

Karlsruher Nachhaltigkeitsbericht 2021

Global denken, lokal handeln – eine Bestandsaufnahme.



Impressum

Herausgeberin:

Stadt Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 10
76133 Karlsruhe

www.karlsruhe.de

Konzeption, Gesamtdredaktion und Gestaltung:

Ariane Kropp
Stadt Karlsruhe, Umwelt- und Arbeitsschutz

Druck:

Gedruckt in der Rathausdruckerei auf Recyclingpapier.

Stand: November 2021

Danksagung:

Am vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Karlsruhe haben viele Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Dienststellen und Gesellschaften mitgearbeitet. Ihnen sei an dieser Stelle für Ihre Mitwirkung durch Textbeiträge, Daten, Fotos und Ideen herzlich gedankt.

Bildnachweise:

Titelbild: © rangizzz, AdobeStock; Vorwort: Roland Fränkle; S. 12 © Adobe Stock, Stockwerk Fotodesign; S. 16 © Stadt Karlsruhe, UA; S. 17 © Stadt Karlsruhe, UA; S. 19 © Stadt Karlsruhe, UA; S. 25 oben © Stadt Karlsruhe, GBA; S. 25 unten © Pixabay, Dr. Georg Wietschorke; S. 31 © Berblinger; S. 43 oben © Carl Forger, Volkswohnung; S. 43 unten © Stadtwerke Karlsruhe; S. 46 oben © Stadt Karlsruhe, UA; S. 47 unten © Stadtwerke Karlsruhe; S. 52 © KVV, Paul Gärtner; S. 54 © KVV, Paul Gärtner; S. 58 © AVG, Michael Krauth; S. 68 oben © Stadt Karlsruhe, Wifö; S. 68 unten © karlsruhe.digital, ONUK; S. 74 © Stadt Karlsruhe, PIA, Monika Müller-Gmelin; S. 76 © Stadt Karlsruhe, UA; S. 78 © Stadt Karlsruhe, HGW; S. 79 © Stadt Karlsruhe, StPIA, Monika Müller-Gmelin, S. 82 © Nachbarschaftsverband Karlsruhe, S. 87 © Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH; S. 89 © Stadt Karlsruhe, PIA, Monika Müller-Gmelin; S. 91 Pexels; S. 94 © AWO Karlsruhe gemeinnützige GmbH; S. 105 © Stadt Karlsruhe, SJB; S. 109 © Pixabay, Gerd Altmann; S. 110 oben © Stadt Karlsruhe, UA; S. 110 unten © Stadt Karlsruhe, PIA, Monika Müller-Gmelin; S. 112 oben: © The Rodina, Mitte: Elias Siebert, unten: Felix Grünschloss; S. 124 © Stadt Karlsruhe, UA; S. 125 © Stadt Karlsruhe, PIA, Monika Müller-Gmelin; S. 130 © Stadt Karlsruhe, AfStA; S. 132 © Stadt Karlsruhe, SAM, KEK.

Vorwort

Nachhaltigkeit beschreibt heute einen Weg, die Welt im Gleichgewicht zu halten. Es geht darum, weder auf Kosten der Menschen in anderen Regionen der Erde, noch auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben. Die Herausforderung besteht somit darin, ein gutes Leben für alle Menschen – heute und in Zukunft – zu ermöglichen, ohne dabei die planetaren Grenzen zu überschreiten.

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 verabschiedet, einen Fahrplan für die Zukunft, der sich nicht nur an die Regierenden, sondern an Privatwirtschaft, Wissenschaft sowie an jede und jeden von uns richtet. Mit 17 Nachhaltigkeitszielen, den Sustainable Development Goals (SDGs) wurde ein ambitionierter globaler Konsens zur Umsetzung von Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen geschaffen. Handlungsfelder sind dabei beispielsweise der Schutz des Klimas und der planetaren Ressourcen, Bildung für alle und der Einsatz für den Frieden.



Für die Stadt Karlsruhe bedeutet Nachhaltigkeit, auf ökologische, sozial verantwortungsvolle und gerechte Konzepte zu setzen, bei gleichzeitigem Ausbau technologischer und wirtschaftlicher Stärken. Nachhaltige Stadtentwicklung ist eine dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte: Nur mit einem Wandel hin zu nachhaltigem Wirtschaften und einem gleichwertig daneben stehenden ökologisch und sozial verantwortungsvollen Handeln kann die Stadtgesellschaft genügend Stabilität, Flexibilität und Regenerationsfähigkeit aufbauen und bewahren, um die anstehenden und kommenden Herausforderungen zu bewältigen.

Im Juli 2016 ist Karlsruhe der Resolution des Deutschen Städtetages „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ beigetreten und hat sich damit zur Unterstützung der globalen Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene verpflichtet. Doch die Stadt Karlsruhe ist bereits sehr viel länger aktiv im Thema Nachhaltigkeit und hat in ihren Entwicklungskonzepten der letzten Jahre dafür wesentliche Grundlagen erarbeitet. Dies wurde unter anderem durch die Auszeichnung mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2015 gewürdigt.

Wo stehen wir heute und in welchen Bereichen engagiert sich die Stadt für Nachhaltigkeit? Welche Aktivitäten und Projekte laufen? Welche Schwerpunkte sollen in und für Karlsruhe für die kommenden Jahre gesetzt werden? Ziel des vorliegenden Berichtes ist es, Antworten auf diese Fragen zu geben. Eine Bestandsaufnahme, die nicht nur einen Überblick über die bestehenden Nachhaltigkeitsaktivitäten liefert, sondern auch eine Entscheidungsgrundlage für den Beschluss weiterer Zielsetzungen hin zu einer integrativen übergreifenden Nachhaltigkeitsentwicklung bietet.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei allen Dienststellen und städtischen Gesellschaften, die an der Erstellung des Berichtes mitgewirkt haben, für ihre engagierte Unterstützung!

A handwritten signature in black ink that reads "Frank Mentrup". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Inhalt

Projektbeschreibung	1
1.1 Ausgangslage	1
1.2 Warum ein Nachhaltigkeitsbericht?.....	1
1.3 Methodik.....	2
1.3.1 Auftaktveranstaltung	2
1.3.2 Berichtsstandards.....	2
1.3.3 Indikatorenauswahl	3
1.3.4 Datenerhebung	3
1.3.5 Aufbau.....	4
1.4 BNK – „Berichtsrahmen nachhaltige Kommune auf Basis des DNK“	7
1. Nachhaltige Verwaltung	11
1.1 Wo stehen wir?	12
1.1.1 Nachhaltigkeits-Management.....	12
1.1.2 Kommunale Finanzen	13
1.1.3 Nachhaltige Beschaffung	14
1.1.4 Fairer Handel	17
1.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	20
1.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	22
2. Ressourcen- und Naturschutz	23
2.1 Wo stehen wir?	24
2.1.1 Naturschutz.....	24
2.1.2 Nachhaltige Forstwirtschaft	26
2.1.3 Landwirtschaft.....	27
2.1.4 Fließgewässerzustand	28
2.1.5 Ressourcenschutz und -verbräuche.....	29
2.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	33
2.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	35
3. Klima und Energie	37
3.1 Wo stehen wir?	38
3.1.1 Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)	39
3.1.2 Energieversorgung.....	41
3.1.3 Klimaanpassung	44
3.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	47
3.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	50
4. Nachhaltige Mobilität	51
4.1 Wo stehen wir?	52
4.1.1 Verkehrsentwicklungsplan.....	52
4.1.2 Mobilitätsverhalten	53
4.1.3 Neue Formen der Mobilität	56
4.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	59
4.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	61
5. Wirtschaft und Wissenschaft	62
5.1 Wo stehen wir?	63
5.1.1 Menschenwürdige Arbeit.....	63
5.1.2 Hochschulbildung	66
5.1.3 Innovationen für Nachhaltigkeit.....	67
5.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	70
5.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	72

6. Wohnen und nachhaltige Quartiere	73
6.1 Wo stehen wir?	74
6.1.1 Wohnen.....	74
6.1.2 Wohnungsnahe Versorgung.....	77
6.1.3 Bauen und Sanieren.....	78
6.1.4 Flächennutzung	79
6.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	82
6.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	84
7. Soziale Gerechtigkeit	85
7.1 Wo stehen wir?	86
7.1.1 Armut	86
7.1.2 Antidiskriminierung	90
7.1.3 Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit	95
7.1.4 Sicherheit	99
7.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	100
7.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	102
8. Lebenslanges Lernen	103
8.1 Wo stehen wir?	104
8.1.1 Frühkindliche Bildung.....	104
8.1.2 Schulbildung	106
8.1.3 Bildungsangebote.....	108
8.1.4 Kultur.....	111
8.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	113
8.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	115
9. Gesundheit und Wohlergehen	116
9.1 Wo stehen wir?	117
9.1.1 Gesundheitszustand.....	117
9.1.2 Medizinische Versorgung	119
9.1.3 Umweltqualität.....	121
9.1.4 Lebensqualität	124
9.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	126
9.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	127
10. Beteiligung und Eine Welt	128
10.1 Wo stehen wir?	128
10.1.1 Beteiligung.....	129
10.1.2 Zusammenarbeit und Partnerschaften	131
10.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten.....	133
10.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf.....	135
Handlungsempfehlungen	137
Fazit	140
Anhang	141

Teil 1

Projektbeschreibung

Projektbeschreibung

1.1 Ausgangslage

„Global denken, lokal handeln“, lautet das Motto der Agenda 21, dem sich auch Karlsruhe seit vielen Jahren verpflichtet sieht. Bereits in den 1990er Jahren befasste sich die Stadtverwaltung in diesem Kontext mit dem Thema der Nachhaltigkeitsberichterstattung und entwickelte in Zusammenarbeit mit der FEST (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft) Heidelberg geeignete Indikatoren, die die Nachhaltige Entwicklung Karlsruhes von 2002 bis 2015 dokumentierten.

Im September 2012 wurde das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020“ (ISEK) einstimmig vom Gemeinderat beschlossen, mit Leitvorhaben in fünf Fokusbereichen, mit denen die Stadt den Herausforderungen der Zukunft begegnen will. Das aus einem umfangreichen Partizipationsprozess hervorgegangene Stadtentwicklungskonzept hat auch eine nachhaltige Stadtentwicklung zum Ziel und kann als eine Grundlage für die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Karlsruhe angesehen werden. Basierend auf dem ISEK entstand der IQ-Prozess, der für eine innovative und quervernetzte Arbeitsweise der Stadtverwaltung mit sechs Korridor-themen (vgl. Abbildung 1) steht, die im Juni 2017 vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Die 15 Leitvorhaben aus den fünf Fokusbereichen des ISEK wurden in die IQ-Projekte integriert, weiterentwickelt und werden kontinuierlich umgesetzt.

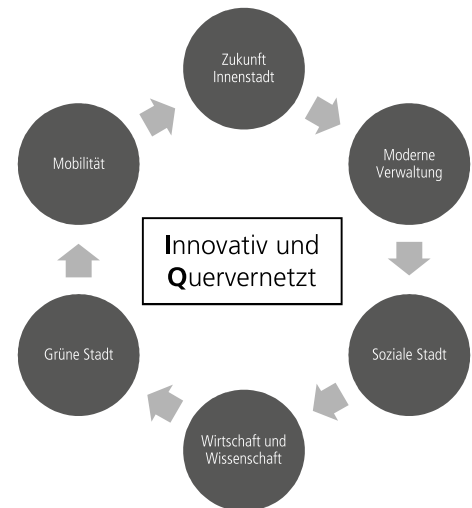


Abbildung 1: Die sechs IQ-Korridor-themen

Die Kommunen leisten einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung, die sich seit September 2015 an den durch die Weltgemeinschaft in der Agenda 2030 vereinbarten 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) orientiert. Im selben Jahr wurde Karlsruhe mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Im Juli 2016 ist die Stadt der Resolution des Deutschen Städtetages „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ beigetreten und hat sich damit selbst zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene verpflichtet. Um die vielfältigen aktuellen Nachhaltigkeitsaktivitäten der Stadt zu erfassen, wurde Ende 2020 eine Projektstelle zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes eingerichtet.

1.2 Warum ein Nachhaltigkeitsbericht?

Die Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung benötigt auch den Einsatz der Kommunen, die in vielen Bereichen konkrete Verbesserungen vor Ort umsetzen können. Mit dem Bericht sollen die lokalen Aktivitäten und Möglichkeiten für kommunale Nachhaltigkeit erfasst werden. Dies bezieht sich zum einen im engeren Sinne auf den nachhaltigen Betrieb der kommunalen Verwaltung. Im Weiteren umfasst das auch den Wirkungsraum in die Kommune und die Stadtgesellschaft hinein.

Ein solcher Überblick ist nicht nur für die Mitarbeitenden der Stadt von Interesse, sondern auch für politische Entscheidungsträger sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema und erfordert ämterübergreifende Zusammenarbeit ganz im Sinne der IQ-Arbeitsweise. Mit einer kontinuierlichen Berichterstattung werden zudem durch die Fortschreibung verschiedener Indikatoren kleine und große Erfolge messbar, die sonst vielleicht unbemerkt blieben.

Schließlich bietet ein an den SDGs orientierter Nachhaltigkeitsbericht auch Einblick in die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene.

1.3 Methodik

1.3.1 Auftaktveranstaltung

Zur Erstellung des Nachhaltigkeitsberichtes für die Stadt Karlsruhe stand eine Projektstelle von einem Jahr Laufzeit zur Verfügung. Ende Januar 2021 fand eine digitale Auftaktveranstaltung statt, zu der alle Dienststellen und städtischen Gesellschaften eingeladen wurden. Neben einer Einführung in das Themenfeld der Nachhaltigkeit wurde den entsendeten Ansprechpersonen das geplante Berichtskonzept sowie die weitere Vorgehensweise vorgestellt. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch. Die Beteiligten wurden unter anderem zu ihrer Meinung befragt, wie der Nachhaltigkeitsbericht gestaltet sein sollte, damit sie ihn gerne lesen. Die Antworten wurden mithilfe von Mentimeter generiert und sind in der folgenden Wortwolke (Abbildung 2) zusammengefasst. Mehrfachnennungen sind mit größerer Schrift dargestellt.



Abbildung 2: Wie sollte der Nachhaltigkeitsbericht gestaltet sein, damit Sie ihn gerne lesen? (Mentimeter, 77 Antworten)

1.3.2 Berichtsstandards

Vorbereitend wurden verschiedene verbreitete Berichtsstandards miteinander verglichen: Die weltweit anerkannte Global Reporting Initiative (GRI), der auf dieser basierende, vereinfachte Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) sowie der neu entwickelte Berichtsrahmen nachhaltige Kommune (BNK) auf Basis des DNK. Herausgegeben vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, berücksichtigt der BNK, verglichen mit den anderen beiden Berichtstandards für Unternehmen, die besonderen Charakteristika von Kommunen, wie beispielsweise deren Gemeinwohlorientierung. Berichtet wird zu neun Aspekten der Steuerung und neun verschiedenen Handlungsfeldern (siehe 1.4). Darüber hinaus wurden bei der Analyse der Baden-Württembergische Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten sowie das Projekt Global Nachhaltige Kommune NRW berücksichtigt. Ganz allgemein liegen die Vorteile der Orientierung an einem Berichtstandard in der Transparenz, Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit. Da es diesem Bericht in erster Linie um eine Übersicht bietende Bestandsaufnahme geht, wird (noch) nicht strikt nach einem festen Standard berichtet. Er ist jedoch an den BNK angelehnt, da dieser für einen weitergehenden Nachhaltigkeitsprozess strukturunterstützend am geeignetsten erscheint.

1.3.3 Indikatorenauswahl

Die Auswahl aussagekräftiger, durch kommunales Handeln zu beeinflussender und verfügbarer, beziehungsweise mit einem vertretbaren Aufwand erhebbarer Indikatoren ist eine zentrale und komplexe Aufgabe. Sinnvoll ist dabei eine Orientierung an den 17 SDGs der Agenda 2030 – dem globalen Konsens Nachhaltiger Entwicklung.

In diesem Zusammenhang hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit einem großen Konsortium¹ insgesamt 120 Indikatoren entwickelt, die die 17 UN-Ziele mit ihren 169 Unterzielen in unterschiedlichen Bereichen der Kommunalverwaltung quantifizierbar machen sollen (SDG-Indikatoren für Kommunen). Auch der BNK verwendet eine Auswahl aus diesem Katalog. Neben der Entwicklung der Indikatoren wurden auch Daten für Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von 2006 bis 2019 erhoben und auf dem Portal „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung zur Verfügung gestellt.

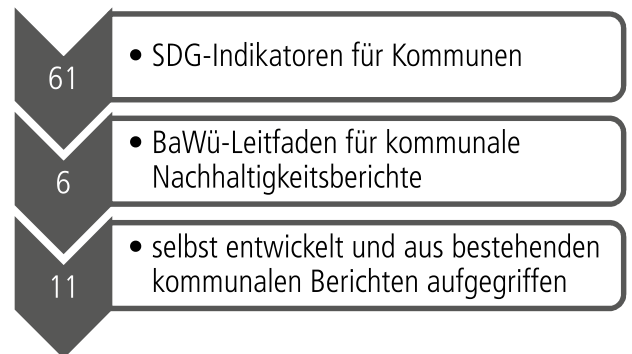


Abbildung 3: 78 Indikatoren für die Stadt Karlsruhe.

Eine Übersichtstabelle mit allen 78 in diesem Bericht verwendeten Indikatoren samt Berechnungshinweisen findet sich im Anhang. Die Auswahl erfolgte nach den Kriterien der Aussagekraft, Datenverfügbarkeit, Relevanz und des Erhebungsaufwands. Allerdings bleibt zu beachten, dass es sich hier um einen ersten Testlauf handelt, der höchst wahrscheinlich Anpassungen des Indikatorssets nach sich ziehen wird. Die Suche und Entwicklung geeigneter Indikatoren ist ein stetiger Prozess.

Zur Interpretation der Daten, wie auch für die Benennung möglicher Gründe für beobachtete Veränderungen in der Zeitreihe, bedarf es der bereichsübergreifenden Analyse.

1.3.4 Datenerhebung

Von den 61 ausgewählten SDG-Indikatoren konnten 34 von dem Online-Portal Wegweiser Kommune bezogen werden. Allerdings wurde beobachtet, dass sich die Daten des Online-Portals in einigen Fällen sehr von den städteigenen unterscheiden. Für die Beschaffung der restlichen fehlenden Daten sorgten in erster Linie die Statistikstelle der Stadt, einzelne Dienststellen und städtische Gesellschaften sowie das Gesundheitsamt. Einige Umweltdaten konnten zudem aus dem Internetauftritt der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) gewonnen werden.

Zur Bewertung der Indikatoren wird im weiteren Verlauf einer längerfristigen Berichterstattung ein Ampelsystem vorgeschlagen oder eine differenzierte Einschätzung mit Wettersymbolen, wie sie die Bunderegierung verwendet. Da bislang keine Nachhaltigkeitsstrategie mit entsprechenden Zielwerten besteht, kann der ermittelte Status-Quo derzeit keiner Bewertung unterzogen werden.

Neben den Indikatoren wurden im Rahmen einer umfangreichen Befragung aller Dienststellen und städtischen Gesellschaften kommunale „Nachhaltigkeitsaktivitäten“, wie zum Beispiel bestehende oder geplante Konzepte und Strategien, Projekte, Programme, institutionalisierte Strukturen oder auch Netzwerke der Stadt Karlsruhe erhoben. Alle diese „Aktivitäten“ wurden stichpunktartig thematisch sortiert, kategorisiert und tabellarisch am Ende eines jeden Handlungsfeldes zusammenfassend dargestellt.

¹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Institut für Urbanistik, dem Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion

1.3.5 Aufbau

Da sich nicht alle Aspekte Nachhaltiger Entwicklung mit Zahlen quantifizieren lassen, setzt sich der vorliegende Bericht neben messbaren Indikatoren auch aus veranschaulichenden Praxisbeispielen und tabellarisch aufgelisteten Nachhaltigkeitsaktivitäten zusammen.

Der Bericht beginnt mit einer Projektbeschreibung, mit Darstellung der Ausgangslage, Motivation und Methodik. Es folgt der Hauptteil, gegliedert in zehn Handlungsfelder und endet mit kompakten Handlungsempfehlungen.

Die Handlungsfelder lehnen sich stark an die vom BNK vorgeschlagenen neun Aspekte der Steuerung und neun Handlungsfelder an. Die Tabelle 2 veranschaulicht, wie die insgesamt 18 Themenbereiche des BNK zu zehn kommunalen Handlungsfeldern für die Stadt Karlsruhe zusammengefasst und angepasst wurden. Dabei wurde ein Großteil der Steuerungsaspekte zu dem Handlungsfeld „Nachhaltige Verwaltung“ zusammengefasst. In der folgenden Abbildung 5 werden die zehn kommunalen Handlungsfelder der Stadt Karlsruhe auf einen Blick dargestellt. Die darauffolgende Abbildung 6 stellt die Berührungspunkte der einzelnen Handlungsfelder zu den SDGs dar.

Jedes Handlungsfeld wird mit einem kurzen einführenden Text vorgestellt, samt einer Übersichtstabelle mit den eingebetteten Indikatoren. Zwischen den thematisch gruppierten Indikatoren finden sich jeweils einzelne Praxisbeispiele und Leuchtturmprojekte. Es folgt eine Tabelle mit den gesammelten Nachhaltigkeitsaktivitäten des jeweiligen Handlungsfeldes. Den Abschluss bilden eine Zusammenfassung sowie die Antworten der befragten Dienststellen und Gesellschaften auf die Fragen:

- Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in Sachen Nachhaltigkeit in Ihrem Handlungsfeld?
- Was müsste sich (politisch) ändern, damit die Stadt Karlsruhe in Ihrem Handlungsfeld nachhaltiger wird?

Mit knappen allgemeinen Handlungsempfehlungen im dritten und letzten Teil endet der Nachhaltigkeitsbericht.



Abbildung 4: Die 17 SDGs und die zehn Karlsruher Handlungsfelder.



Abbildung 5: Die zehn kommunalen Handlungsfelder der Stadt Karlsruhe.

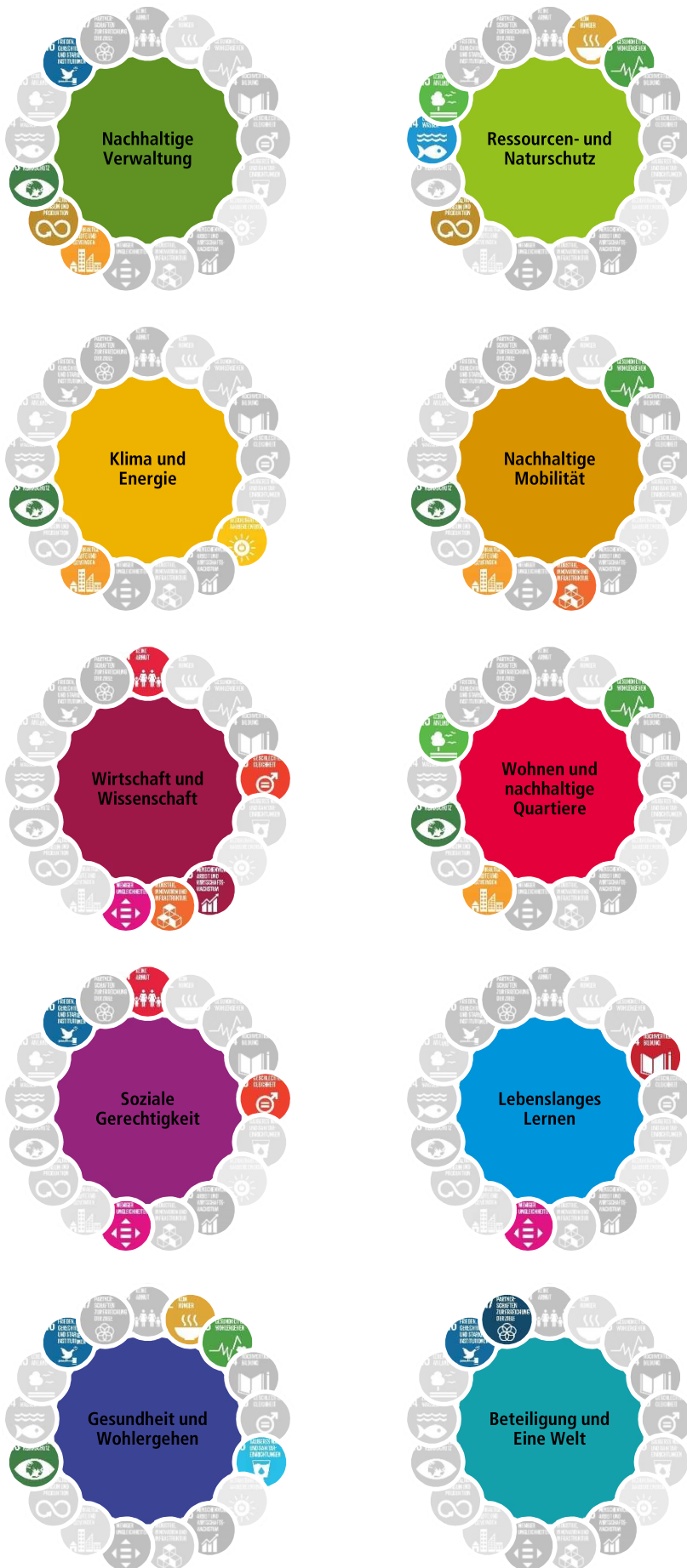


Abbildung 6: Die zehn kommunalen Handlungsfelder und die SDGs.





















1.4 BNK – „Berichtsrahmen nachhaltige Kommune auf Basis des DNK“

Herausgegeben vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, berücksichtigt der „Berichtsrahmen nachhaltige Kommune auf Basis des DNK“ (BNK) die besonderen Charakteristika von Kommunen, wie beispielsweise deren Gemeinwohlorientierung. Berichtet wird zu neun Aspekten der Steuerung und neun verschiedenen Handlungsfeldern, wie in Tabelle 1 dargestellt. Die 44-seitige Handreichung finden Sie [hier](#) oder unter www.nachhaltigkeitsrat.de --> Mediathek --> Stichwort: Kommune.

Tabelle 1: Übersicht aller 18 Aspekte des Berichtsrahmen nachhaltige Kommune (BNK).

BNK Teil 1: Steuerung	BNK Teil 2: Handlungsfelder
01 Strategie	10 Klimaschutz und Energie
02 Schwerpunkte	11 Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung
03 Ziele und Evaluation	12 Nachhaltige Mobilität
04 Öffentliche Beteiligung	13 Lebenslanges Lernen
05 Verantwortung	14 Soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gesellschaft
06 Nachhaltige Verwaltung	15 Wohnen und nachhaltige Quartiere
07 Vergabe und Beschaffung	16 Gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften
08 Finanzen	17 Nachhaltiger Konsum und gesundes Leben
09 Innovation für Nachhaltigkeit	18 Globale Verantwortung und Eine Welt

Tabelle 2: Anpassung des BNK und Zuordnung von 18 Aspekten zu den zehn kommunalen Handlungsfeldern.

BNK Steuerung und Handlungsfelder		Zehn kommunale Handlungsfelder	
01 Strategie	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
02 Schwerpunkte	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
03 Ziele und Evaluation	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
04 Öffentliche Beteiligung	➔	10 Beteiligung und Eine Welt	
05 Verantwortung	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
06 Nachhaltige Verwaltung	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
07 Vergabe und Beschaffung	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
08 Finanzen	➔	01 Nachhaltige Verwaltung	
09 Innovation für Nachhaltigkeit	➔	05 Wirtschaft und Wissenschaft	
10 Klimaschutz und Energie	➔	03 Klima und Energie	
11 Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung	➔	02 Ressourcen- und Naturschutz	
12 Nachhaltige Mobilität	➔	04 Nachhaltige Mobilität	
13 Lebenslanges Lernen	➔	08 Lebenslanges Lernen	
14 Soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gesellschaft	➔	07 Soziale Gerechtigkeit	
15 Wohnen und nachhaltige Quartiere	➔	06 Wohnen und nachhaltige Quartiere	
16 Gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften	➔	05 Wirtschaft und Wissenschaft	
17 Nachhaltiger Konsum und gesundes Leben	➔	09 Gesundheit und Wohlergehen	
18 Globale Verantwortung und Eine Welt	➔	10 Beteiligung und Eine Welt	

Da sich dieser erste Basisbericht nur an den BNK anlehnt, und der Großteil der Steuerungsaspekte des BNK erst bei einem sich an den Basisbericht anschließenden Strategieprozess relevant wird, wurde die BNK-Vorlage für diesen Bericht angepasst und auf insgesamt zehn Handlungsfelder gekürzt. In Tabelle 2 ist zusammenfassend dargestellt, welche Aspekte des BNK in welche Handlungsfelder eingeflossen sind.

Die folgenden zwei Tabellen liefern Erläuterungen zu den genannten 18 Aspekten und zeigen auf, ob diese Aspekte im vorliegenden Bericht bereits thematisiert sind. Vor allem an den noch fehlenden Punkten sollte in Zukunft weitergearbeitet werden. In der Handreichung werden zudem zur Konkretisierung der genannten Erläuterungen weitere einzelne Aspekte sowie eingebettete Indikatoren genannt, auf die im Besonderen eingegangen werden sollte.

Tabelle 3: BNK Teil 1 Steuerung mit Erläuterung

BNK Teil 1: Steuerung	Erläuterung	Thematisiert
01 Strategie	Die Kommune legt offen, ob sie eine Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt und erläutert, welches ihre zentralen Handlungsfelder im Bereich Nachhaltigkeit sind.	nein
02 Schwerpunkte	Die Kommune beschreibt ihre individuellen Besonderheiten sowie die Chancen und Herausforderungen, die sich aus diesen Besonderheiten für die künftige Entwicklung der Kommune in Richtung Nachhaltigkeit ergeben.	nein
03 Ziele und Evaluation	Die Kommune legt offen, welche qualitativen und/oder quantitativen sowie zeitlich definierten Nachhaltigkeitsziele sie sich gesetzt hat. Sie zeigt auf, welche Informationen über die Weiterentwicklung der Kommune zur Nachhaltigkeit in der regelmäßigen internen Planung und Kontrolle genutzt werden und wie diese für politische Entscheidungen genutzt werden.	nein
04 Öffentliche Beteiligung	Die Kommune legt offen, wie die Bandbreite der kommunalen Anspruchsgruppen in den Prozess der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und in die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen einbezogen wird.	nein (nur Beteiligung allgemein)
05 Verantwortung	Die Kommune legt die Verantwortlichkeiten für Nachhaltigkeit sowohl auf politischer Ebene als auch auf Verwaltungsebene offen.	teilweise
06 Nachhaltige Verwaltung	Die Kommune legt offen, wie das Thema Nachhaltigkeit in das Verwaltungshandeln und die Personalentwicklung integriert wird.	teilweise
07 Vergabe und Beschaffung	Die Kommune legt offen, wie Nachhaltigkeitsaspekte in der Beschaffung und in der Vergabe von Aufträgen berücksichtigt werden.	ja
08 Finanzen	Die Kommune berichtet über ihre finanzielle Selbstständigkeit und legt Kennzahlen zu ihrer Liquidität offen. Weiterhin wird sowohl über die Einbindung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Finanzanlage als auch in der Finanzierung berichtet.	ja
09 Innovation für Nachhaltigkeit	Die Kommune beschreibt die Zusammenarbeit mit Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen, um innovative Nachhaltigkeitslösungen zu entwickeln und umzusetzen. Sie erläutert, wie sie Treiber von Innovation (zum Beispiel Möglichkeiten der Digitalisierung) zur Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsziele nutzt.	ja (in Wirtschaft und Wissenschaft)

Tabelle 4: BNK Teil 2 Handlungsfelder mit Erläuterung

BNK Teil 2: Handlungsfelder	Erläuterung	Thematisiert
10 Klimaschutz und Energie	Die Kommune legt offen, wie sie sich für den Klimaschutz einsetzt, und berichtet über ihre Leistungen zum Gelingen der Energiewende. Sie berichtet über ihr Klimaschutzkonzept und über die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren.	ja
11 Ressourcenschutz und Klimafolgenanpassung	Die Kommune legt offen, wie sie natürliche Ressourcen einschließlich der biologischen Vielfalt schützt und die Förderung einer Kreislaufwirtschaft vorantreibt. Sie berichtet über nachhaltigkeitsorientierte Konzepte in den Bereichen Versiegelung und Flächeninanspruchnahme und ihren Einsatz zur Minderung der Umweltbelastung von Boden, Wasser und Luft.	ja
12 Nachhaltige Mobilität	Die Kommune legt offen, wie sie kommunale Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Mobilität und Infrastruktur fördert, insbesondere bezogen auf die Planung der räumlichen Verteilung von Wohnraum, Arbeitsplätzen und Versorgung sowie ihrer Verbindung. Weiterhin wird berichtet, welche Anreize für nachhaltiges Mobilitätsverhalten gesetzt werden.	ja
13 Lebenslanges Lernen	Die Kommune berichtet, wie sie lebenslanges Lernen unterstützt, insbesondere zu den Themenfeldern ökologische Tragfähigkeit und sozialer Zusammenhalt. Sie erläutert außerdem, wie Bildungs- und Kulturangebote die Nachhaltigkeit in der Kommune fördern.	ja
14 Soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gesellschaft	Die Kommune berichtet über die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen sowie über die gezielte Förderung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Sie erläutert, wie Kooperationen, Netzwerke und soziales Engagement für eine zukunftsfähige, nachhaltige Gesellschaft unterstützt werden.	ja
15 Wohnen und nachhaltige Quartiere	Die Kommune berichtet, wie ihr Gesamtbild Grundlagen für das Wohlbefinden aller Bürgerinnen und Bürger schafft, und geht dabei insbesondere auf Wohnraum und Orte für sozialen Kontakt und Erholung ein.	teilweise
16 Gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften	Die Kommune berichtet, wie sie ein familien- und arbeitnehmerfreundliches Umfeld schafft und sich als nachhaltigen Wirtschaftsstandort aufstellt.	ja
17 Nachhaltiger Konsum und gesundes Leben	Die Kommune berichtet über die Förderung und den Schutz der Gesundheit sowie über die Förderung von nachhaltigen Lebensstilen und nachhaltigem Konsum.	ja
18 Globale Verantwortung und Eine Welt	Die Kommune berichtet über ihre Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und Institutionen – auch außerhalb ihres eigenen Geltungsbereichs – zu Nachhaltigkeitsthemen.	ja

Teil 2

Handlungsfelder



1 Nachhaltige Verwaltung

Das erste Handlungsfeld **Nachhaltige Verwaltung** (BNK 6) umfasst viele strategische Elemente der Stadtverwaltung, wie Nachhaltigkeits-Management (BNK 1 – 3), Kommunale Finanzen (BNK 8), den großen Bereich der Vergabe und Nachhaltigen Beschaffung (BNK 7) sowie den Fairen Handel (BNK 17). Die Stadt Karlsruhe hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt und möchte ihre Verwaltung bis 2040 klimaneutral betreiben. Neben sechs messbaren Indikatoren, dienen vier Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeits-Aktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Tabelle 5: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Nachhaltige Verwaltung

Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Finanzmittelsaldo	Haushaltsüberschuss beziehungsweise Haushaltsdefizit je Einwohnerin und Einwohner	x	
2	Steuereinnahmen	Steuereinnahmen je Einwohnerin und Einwohner	x	
3	Index „Nachhaltige Beschaffung“	Summenindex aus 10 Ja/Nein-Fragen (Wert 0 bis 10)		
4	Papierverbrauch	(Recycling)-Papierverbrauch (Blauer Engel) und Quote		
5	Fairtrade-Town	Anzahl der Auszeichnungen als Fairtrade-Town	x	
6	Fairtrade-Schools	Anteil der ausgezeichneten Fairtrade-Schools an allen Schulen		

Tabelle 6: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Nachhaltige Verwaltung

ALLE	Hauptamt	Stadtkämmerei	Stabsstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung
------	----------	---------------	--



1.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Die Stadtverwaltung Karlsruhe möchte bis 2040 klimaneutral sein, wobei vor allem das neue Klimaschutzkonzept helfen soll. Zudem sind alle Mitarbeitenden im Rahmen des Einsparprojektes zum verantwortungsbewussten Umgang mit Energie und Wasser aufgefordert. Mit den Gemeinderatsbeschlüssen zur Nachhaltigen Beschaffung und der Nutzung von Recycling-Papier sowie ihrem Engagement für den Fairen Handel, ist Karlsruhe auf gutem Weg hin zu einer nachhaltigen Verwaltung.

1.1.1 Nachhaltigkeits-Management

Im ersten Teil des BNK, der Steuerung, berichten die Kommunen unter anderem darüber, ob sie eine Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen (BNK 1), welche Schwerpunkte und individuellen Besonderheiten bestehen (BNK 2) und welche Nachhaltigkeitsziele sie sich gesetzt haben (BNK 3).

Obwohl sich die Stadt Karlsruhe schon seit langem für Nachhaltigkeit engagiert und dafür 2015 auch mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet worden ist, existieren zurzeit weder eine Nachhaltigkeitsstrategie, noch konkrete Nachhaltigkeitsziele. Im Juli 2016 ist Karlsruhe allerdings der Resolution des Deutschen Städtetages „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ beigetreten und hat sich damit zur Unterstützung der globalen Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene verpflichtet.

Karlsruhe ist Fahrrad-Stadt, IT-Stadt sowie ein starker Messe-, Kongress- und Tourismusstandort. Die Klimaneutralität 2040 im Blick, bilden die Bereiche Klimaschutz aber auch die notwendige Klimaanpassung wichtige Schwerpunkte für die Stadt.

Klimaneutrale Stadtverwaltung 2040

Im Klimaschutzkonzept 2030 wurde als ein wichtiges Ziel das Erreichen einer klimaneutralen Stadtverwaltung bis 2040 beschlossen. Wege zur Klimaneutralität führen über Sanierungsfahrpläne für Gebäude und Anlagen, den Ausbau von Photovoltaik auf allen geeigneten Dächern, die Reduktion von Fahrzeugen im Fuhrpark und den Übergang hin zu Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, die Reduktion von Dienstfahrten mit dem Pkw und von Flugreisen, bis hin zur konsequent klimafreundlichen, ökologischen und sozialverträglichen Beschaffung.

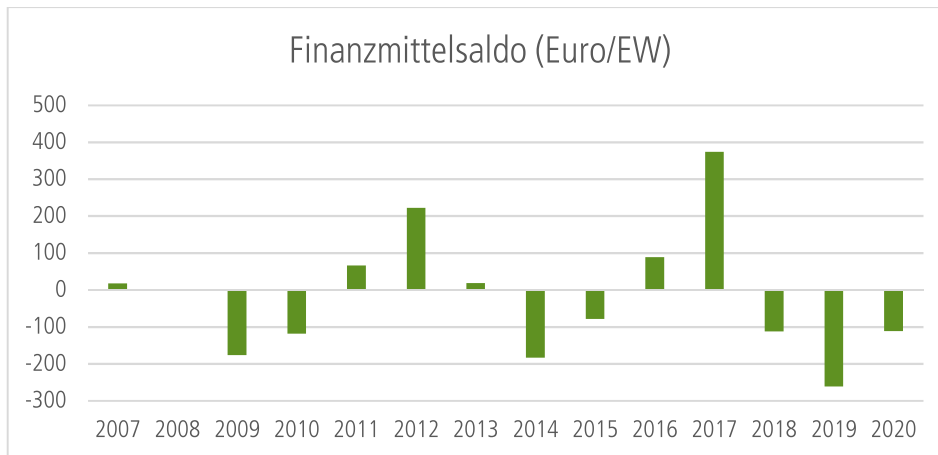


In verschiedenen Arbeitskreisen treffen sich seit Sommer 2020 die zuständigen Mitarbeitenden der städtischen Dienststellen, der Ortsverwaltungen und der städtischen Gesellschaften, um sich zu den Themen „Gebäude“, „Mobilität“ und „Beschaffung/Ernährung“ auszutauschen, voneinander zu lernen und sich bei der Bilanzierung, der Maßnahmenfindung zur CO₂-Reduktion und dem Monitoring zu unterstützen. Über das Voranschreiten des Projekts wird es regelmäßige Berichte geben. Der Umwelt- und Arbeitsschutz übernimmt die Organisation und Koordination des Vorhabens.



1.1.2 Kommunale Finanzen

Finanzmittelsaldo



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Stadtkämmerei

Definition:

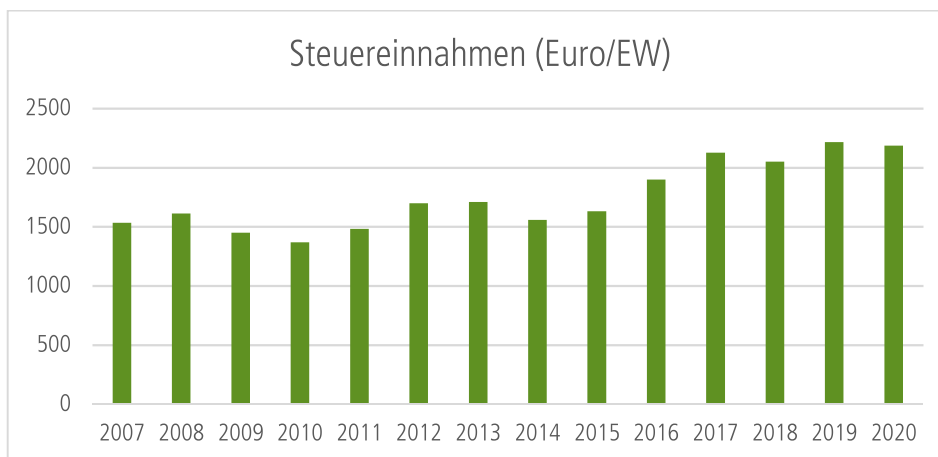
Haushaltsüberschuss beziehungsweise Haushaltsdefizit in Euro je Einwohnerin und Einwohner (EW)



SDG-Indikator Nr.108

Nachhaltigkeitsbezug: Der Finanzmittelsaldo bildet das Ergebnis der Finanzrechnung des kommunalen Handelns entweder als Überschuss oder Defizit der Einzahlungen und Auszahlungen eines Jahres im Kernhaushalt ab. Somit gibt der Indikator Aufschluss über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune und ihre Gestaltungsspielräume bei der Haushaltsplanung, -aufstellung und -durchführung. Ein Haushaltsdefizit indiziert fehlende Einnahmen einer Kommune, mit denen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen vor Ort autonom gestaltet werden können. Da auch die Kommunen dem Prinzip der Gesamtdeckung ihres Haushalts verpflichtet sind, müssen fehlende Einnahmen durch Kreditaufnahme oder Ausgabenkürzungen kompensiert werden. Dies hat im Sinne der intergenerationalen beziehungsweise intertemporalen Gerechtigkeit unmittelbare Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und nachfolgende Generationen.

Steuereinnahmen



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Stadtkämmerei

Definition:

Steuereinnahmen in Euro je Einwohner und Einwohnerin (EW)



SDG-Indikator Nr.109

Nachhaltigkeitsbezug: Die Steuereinnahmen der Gemeinde (insbesondere Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) je Einwohnerin und Einwohner werden auch als Steuerkraft einer Gemeinde bezeichnet. Diese bestimmt maßgeblich über den finanziellen Handlungsspielraum einer Kommune und gibt Auskunft über die Wirtschaftsstärke beziehungsweise Strukturschwäche einer Kommune. Nicht zuletzt werden so auch (investive) Nachhaltigkeitsaktivitäten determiniert, welche im Sinne der intergenerativen Gerechtigkeit als Vermögenswerte fortbestehen. Eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen folgt dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.



1.1.3 Nachhaltige Beschaffung

Index Nachhaltige Beschaffung

Die im Index erhobenen Maßnahmen für ein nachhaltiges Beschaffungswesen wurden zu 70 Prozent umgesetzt.

Fragen		ja/nein
1	Gibt es einen Ratsbeschluss zur nachhaltigen Ausrichtung der Beschaffung?	ja
2	Wird eine Richtlinie zur nachhaltigen Beschaffung angewendet (zum Beispiel ISO 20400)?	ja
3	Wurden konkrete, nachhaltige Beschaffungsziele definiert?	nein
4	Wurden Qualitätsanforderungen an nachhaltige Produktionsweisen und Lieferketten aufgestellt?	ja
5	Existieren Maßnahmen, um Lieferanten/Auftragnehmer bei der Einhaltung der geforderten Standards zu unterstützen?	nein
6	Werden in letzter Konsequenz die Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten beendet, wenn diese die geforderten Standards nicht einhalten?	ja
7	Analysiert Ihre Kommune die sozialen und ökologischen Risiken der zu beschaffenden Produkte?	ja
8	Gibt es definierte Geschäftsprozesse zur nachhaltigen Beschaffung?	ja
9	Kommuniziert Ihre Kommune Ziele, Aktivitäten und Resultate des nachhaltigen Beschaffungsmanagements nach außen?	ja
10	Gibt es eine verantwortliche Stelle für das nachhaltige Beschaffungsmanagement in der Kommune?	nein

Datenquellen:

Stadt Karlsruhe
Hauptamt

Definition:

Summenindex aus 10 Ja/Nein-Fragen
(Wert 0 bis 10)

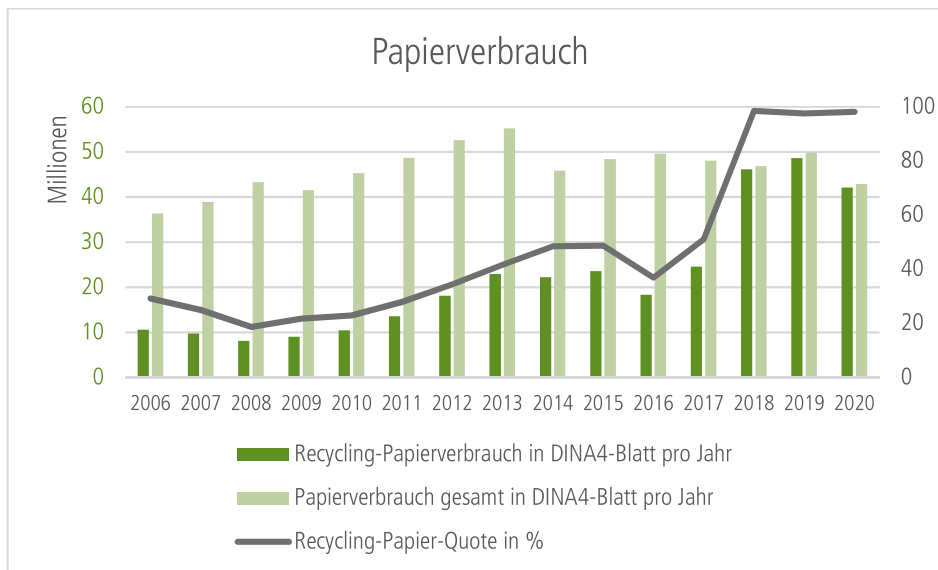


SDG-Indikator Nr. 84

Nachhaltigkeitsbezug: Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Auftraggeber liegt in Deutschland in einem dreistelligen Milliardenbereich. Entsprechend groß ist ihr Potenzial, Einfluss auf die Märkte zu nehmen. Würden die Mittel der öffentlichen Beschaffung konsequent für nachhaltige Produkte und Leistung verwendet, wäre dies ein enormer Anreiz für Hersteller und Lieferanten, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen.



Papierverbrauch



Datenquellen:
 Stadt Karlsruhe
 Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:
 (Recycling)-Papierverbrauch
 (Blauer Engel) und Quote



Nachhaltigkeitsbezug: Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Auftraggeber liegt in Deutschland in einem dreistelligen Milliardenbereich. Entsprechend groß ist ihr Potenzial, Einfluss auf die Märkte zu nehmen. Würden die Mittel der öffentlichen Beschaffung konsequent für nachhaltige Produkte und Leistungen verwendet, wäre dies ein enormer Anreiz für Hersteller und Lieferanten, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen.



Nachhaltige Beschaffung – Textilien



Die Beschaffung der kommunalen Verwaltung ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor und hat große Auswirkungen auf zukünftige Produktentwicklungen. Eine Öffentliche Beschaffung, die Rücksicht auf ökologische und soziale Belange nimmt, wird zunehmend von vielen Seiten gefördert und gefordert. Doch wie kann man sicherstellen, dass mit Steuergeldern nur solche Produkte gekauft werden, in deren Herstellung Menschenrechte, Arbeitsnormen sowie die Umwelt respektiert werden?

Beim Vergabeverfahren des Rahmenvertrags für die Dienst- und Schutzbekleidung 2020 wurden Kriterien des fairen Handels und der Umweltverträglichkeit als verpflichtende Kriterien ausgeschrieben. Mit Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Femnet e.V. wurde dieser Prozess begleitet und mit einem Video dokumentiert. Dadurch sollen auch andere Kommunen ermutigt werden, sich auch auf den Weg zu machen.

Nachhaltige Beschaffung – Papierverbrauch und Recyclingpapier

Mit dem Blauen Engel ausgezeichnetes Recycling-Papier spart im Vergleich zu Frischfaserpapier in der Herstellung mindestens 60 Prozent Wasser und Energie.

In Karlsruhe wurden so 2018 Jahr mehr als 7,2 Millionen Liter Wasser und über 1,5 Millionen Kilowattstunden Energie eingespart. Seit 2018 hat Karlsruhe den Anteil im Bereich Büropapier auf 98,2 Prozent steigern und den Papierverbrauch um 14 Prozent reduzieren können.

Außerdem wurden mit Wirkung Januar 2021 die Vorgaben bei den Printmedien dahingehend überarbeitet, dass es nur noch in Ausnahmefällen Broschüren als Printversion geben und die Stückzahlen der gedruckten Exemplare deutlich reduziert werden soll.

Digitale Medien werden bevorzugt. Für die verbleibenden benötigten Printmedien gilt es Recyclingpapier mit Blauem Engel zu verwenden. Auf diese Weise möchte die Stadt, im Sinne ihrer Klimapolitik, den Papierverbrauch weiter deutlich reduzieren.



Überreichung der Auszeichnung „Aufsteiger des Jahres“ des Papieratlas-Städte Wettbewerbs im Jahr 2019.



1.1.4 Fairer Handel

Fairtrade Stadt



Wir sind Fairtrade Stadt. © Stadt Karlsruhe, Umwelt- und Arbeitsschutz, 2018.

Seit 2010 ist Karlsruhe Fairtrade-Stadt. Seitdem ist die Auszeichnung alle zwei Jahre durch den TransFair e.V. revalidiert worden. Zuletzt 2020 und insgesamt sechs Mal.

Dafür waren nachweislich fünf Kriterien zu erfüllen. Das Engagement in Fairtrade-Städten ist vielfältig: In Karlsruhe sind das beispielsweise die alljährlich stattfindenden Fairen Wochen, der digitale ökofaire Einkaufsführer auf der Webseite der Agenda 21 Karlsruhe sowie die zahlreichen Angebote für Schulprojekte mit Fairtrade-Bezug, um nur einige Beispiele zu nennen.

Von mittlerweile rund 700 Fairtrade-Towns in Deutschland ist Karlsruhe die 23. Stadt, die als Fairtrade Stadt ausgezeichnet wurde. Das globale Netzwerk der Fairtrade-Towns umfasst über 2.000 Fairtrade-Towns in insgesamt 36 Ländern, darunter Großbritannien, Schweden, Brasilien und der Libanon.

Datenquellen:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

Anzahl der Auszeichnungen als Fairtrade-Town



SDG-Indikator Nr. 73

Nachhaltigkeitsbezug und Kriterien:

Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt.

Mit der Kampagne „**Fairtrade-Towns**“ zeichnet TransFair e.V. Kommunen aus, die sich in diesem Bereich engagieren. Als Fairtrade-Town können sich Städte, kreisfreie Städte, Stadtbezirke, Gemeinden, Verbandsgemeinden, Kreise, Regionen, Inseln und Bundesländer bewerben. Für den Titel „Fairtrade-Town“ muss eine Kommune nachweislich fünf Kriterien erfüllen, die das Engagement für den fairen Handel auf allen Ebenen einer Kommune widerspiegeln:

1. **Ratsbeschluss:** Die Kommune verabschiedet einen Ratsbeschluss zur Unterstützung des fairen Handels. Bei allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sowie im (Ober-) Bürgermeisterbüro wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel ausgedient.
2. **Steuerungsgruppe:** Eine Steuerungsgruppe wird gebildet, die auf dem Weg zur Fairtrade-Town und darüber hinaus die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Diese Gruppe besteht aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.
3. **Fairtrade-Produkte im Sortiment des lokalen Einzelhandels:** In den lokalen Einzelhandelsgeschäften und bei Floristen sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus fairem Handel angeboten. Richtwert ist hier die Einwohnerzahl.
4. **Einbindung der Zivilgesellschaft:** Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Vereine und Kirchengemeinden setzen Informations- und Bildungsaktivitäten zu fairem Handel um und bieten Produkte aus fairem Handel an.
5. **Medien und Öffentlichkeitsarbeit:** Die Steuerungsgruppe macht Öffentlichkeitsarbeit über die Aktivitäten zum Thema Fairtrade in der Kommune. Die lokalen Medien berichten über die Ereignisse vor Ort.



Jubiläum „Zehn Jahre Fairtrade Stadt Karlsruhe“



Jubiläumsausstellung „Zehn Jahre Fairtrade Stadt Karlsruhe“

Anlässlich der Titelerneuerung entwickelte die Stadt 2020 eine Jubiläums-Ausstellung. Unter dem Motto „Zehn Jahre Fairtrade Stadt Karlsruhe“ führt die Ausstellung die Besucherinnen und Besucher auf eine Reise durch zahlreiche Aktivitäten der vergangenen Jahre und zeigt ein breites Spektrum an Themen rund um den Fairen Handel.

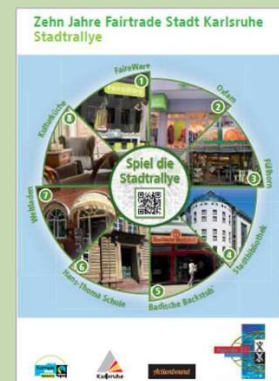
Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Ausstellung auch digital über einen achtminütigen [Kurzfilm](#) verfügbar.

Stadtrallye zum Jubiläum

Eine digitale Stadtrallye schlägt neue Wege zur Unterstützung des Fairen Handels vor Ort ein. Per Tablet oder Handy führt sie Interessierte (einzeln oder in Gruppen) auf spielerische Weise an das Thema Fairtrade in Karlsruhe heran. Es gilt acht interessante Orte zu finden. An jedem dieser Orte erfahren die Spielerinnen und Spieler Wissenswertes zu einem Thema, beispielsweise Kinderarbeit, Textilien, Kaffee und viele weitere.

Die Stadtrallye ist ein Kooperationsprojekt der Fairtrade Stadt Steuerungsgruppe und des Agenda 21 Karlsruhe e.V..

Zum Start geht es [hier](#).



Fair Trade Schools



2015 erhielt das St. Dominikus-Gymnasium als erste Schule in Karlsruhe für ihr Engagement die Auszeichnung Fairtrade School. Als zweite Karlsruher Schule wurde das Kant-Gymnasium 2020 mit diesem Titel ausgezeichnet.

Datenquellen:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

Anteil der ausgezeichneten Fairtrade-Schools an allen Schulen



SDG-Indikator Nr. 74

Nachhaltigkeitsbezug: Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt.

Mit der Kampagne „Fairtrade-Schools“ zeichnet der TransFair e.V. Schulen aus, die sich in diesem Bereich engagieren. Jede Schule in Deutschland – unabhängig von ihrer Schulform – kann sich als Fairtrade-School bewerben. Für die Auszeichnung mit dem Titel „Fairtrade-School“ muss eine Schule nachweislich fünf Kriterien erfüllen, die das Engagement für den fairen Handel auf verschiedenen Ebenen der Einrichtung widerspiegeln:

1. **Gründung eines Schulteams:** Der erste Schritt zur Erfüllung der fünf Kriterien ist die Gründung eines Schulteams. Dieses Team besteht aus Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Eltern und weiteren Interessierten. Das Team bespricht bei regelmäßigen Treffen die Aktivitäten rund um den fairen Handel an der Schule.
2. **Erstellung eines „Fairtrade-Kompass“:** Hierbei handelt es sich um ein Schriftstück, das zusammenfasst, in welche Richtung sich der faire Handel an der Schule in den nächsten zwei Jahren entwickeln soll. Zudem bestätigt die Schule hiermit ihre Teilnahme an der Kampagne und ihre Unterstützung für den fairen Handel.
3. **Angebot von Produkten aus fairem Handel:** Es müssen mindestens zwei verschiedene Produkte aus fairem Handel regelmäßig an der Schule angeboten werden, die für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schülern zugänglich sind.
4. **Fairer Handel als fester Bestandteil des Unterrichts:** Fairer Handel muss ein fester Bestandteil des Unterrichts sein. In mindestens zwei verschiedenen Klassenstufen/Jahrgängen muss in mindestens zwei unterschiedlichen Fächern der faire Handel im Unterricht behandelt werden, und es muss nachgewiesen werden, dass es sich dabei nicht nur um einzelne Unterrichtsstunden handelt.
5. **Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Fairtrade:** Die Schule muss zudem Schulaktionen zum fairen Handel durchführen, die so viele Menschen wie möglich an der Schule und in ihrem Umfeld erreichen.

Die Auszeichnung als Fairtrade-School gilt für zwei Jahre; dann muss der Titel erneuert werden.

Weitere Informationen zum Fairen Handel in Karlsruhe finden Sie unter karlsruhe.de --> Umwelt & Klima --> Nachhaltigkeit --> Ökofaires Karlsruhe und im 10. Handlungsfeld Beteiligung und Eine Welt.



1.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Nachhaltige Beschaffung und Nutzung		
AfA	Zentrales Fuhrparkmanagement	2013	Einrichtung
AfA	Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zum Ausbau und Priorisierung alternativer Antriebe im Fuhrpark der Stadtverwaltung	2020	Beschluss
BD	Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Beschaffung von Dienstkleidung	2015	Strategie
HA	Vergabe Dienstanweisung mit Nachhaltigkeitsaspekten	2021	Dienstanweisung
HA	interner Austausch im Arbeitskreis Nachhaltige Beschaffung	2020	Netzwerk
HA	interkommunaler Austausch im Vergabe- und Beschaffer Netzwerk	2013	Netzwerk
HA	internationaler Austausch mit OECD	2021	Netzwerk
HA	Entwicklung einer Strategie zur fairen Beschaffung (kostenlose Beratung durch SKEW)	Plan	Strategie
HA, UA	Beginn der Etablierung einer Nachhaltigen Beschaffung durch zentrale Vorgaben (Gemeinderatsbeschluss und Dienstanweisung)	2006	Strategie
HA, UA	Nutzung von Recycling Papier in allen Dienststellen (Gemeinderatsbeschluss und Dienstanweisung)	vor 2005	Beschluss/Dienstanweisung
HA, UA	Verwendung von Recyclingpapier im Bereich der Printmedien und Reduktion des Papierverbrauchs durch mehr digitale Medien anstelle von Printausgaben	2021	Strategie
IT	Nachhaltige Beschaffung von PC-Systemen und Notebooks, TFT und Drucker und Scanner (durch gängige Zertifikate, Nachweis über Stromverbrauch und Rücknahme von Verpackungsmaterial)	2009	Konzept
IT	Nutzung von iPads auch über den Abschreibungszeitraum hinaus	2013	Aktivität
IT	Umstieg von Arbeitsplatzdruckern auf etagenweise Multifunktionsgeräte	2020	Projekt
IT	Ersetzen der Telefonapparate in den Büros durch Softphone-Clients, mit denen zum Beispiel auf dem Laptop telefoniert werden kann	Plan 2022	Projekt
IT	PCs werden nicht verschrottet, sondern an die AFB gegeben und Datenschutzkonform weiterverkauft	2006	Konzept
KFG	Bestückung der Teeküche mit Fair-Trade-Produkten, regionalen und Bio-Produkten	2020	Strategie
KTG	Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement: Fairtrade Kaffee	2019	Strategie
TBA	Vergabekriterien bei Baustoffen zugunsten von Recycling-Materialien	circa 2000	Strategie
UA	Sachstandsbericht zur Nachhaltigen Beschaffung in der Verwaltung (2011, 2015)	2015	Bericht
VME	Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement: Mehrweg, und möglichst unverpackte und nachhaltige Give aways	2015	Strategie



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
Nachhaltigkeits-Management			
FBA	Schwachstellenanalyse im Umweltbereich – Zertifizierung nach Ökofit 2014	2014	Zertifizierung
HGW	Klimaneutrale Dienststelle – Wir machen mit! (ehemals EinSparProjekt) zur Förderung von klimafreundlichem Verhalten im Alltag	2013	Projekt
StK	Erstellung einer Tragfähigkeitsanalyse für die Stadt Karlsruhe mit dem Ziel die kommunalen Finanzen nachhaltiger zu gestalten und Generationengerechtigkeit zu schaffen	2019	Ziel/Strategie
SWK	Plastikfreies Bistro (innerhalb der Kantine)	2020	Konzept
UA	Klimaneutrale Verwaltung 2040 (Gemeinderatsbeschluss am 30. Mai 2016)	2020	Ziel
UA	Klimaneutrale Verwaltung 2040 (Gemeinderatsbeschluss am 30. Mai 2016)	2016	Beschluss
ZKM	Gründung eines GreenTeams für Optimierungsmaßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit	2021	Strategie
Digitalisierung			
IT	Stadtweite Einführung der elektronischen Aktenführung (Reduzierung von Lagerraum, Papier und Transportwegen)	2016	Projekt
IT	Pilotprojekt zur Digitalisierung des Posteingangs, um die Papierpost zu reduzieren	2020	Projekt
IT	Flexible Homeoffice-Regelung (Ziele: Einsparung von Verwaltungsflächen und Pendlerverkehr) mit 1-Gerät-Strategie: PC-Arbeitsplätze der Stadtverwaltung die Homeoffice-fähig sind, sollten idealerweise mit einem mobilen Endgerät ausgestattet werden. So können die Mitarbeitenden flexibel den Arbeitsort wählen.	2021	Projekt
IT	digital@KA – Multifunktions-App (Karlsruhe-App), die städtische Dienste und weitere Services in einer Anwendung vereint	Plan	Projekt
IT	Einführung von alfaview, um digitale Videokonferenzen zu ermöglichen	2020	Projekt
Kultur	Begleitung des Stadtarchivs bei der Umstellung auf elektronische Aktenführung	2021	Projekt
OA	<u>Digitales Bürgerbüro</u>	2019	Einrichtung
VME	Smart City Karlsruhe: zahlreiche Projekte in den Bereichen Mobilität, Verwaltung, Infrastruktur, Energie, Kultur- und Kreativwirtschaft u.v.m.	2019	Projekt

Abkürzungen

BD:	Branddirektion	OA:	Ordnungs- und Bürgeramt
FBA:	Friedhofs- und Bestattungsamt	StK:	Stadtkämmerei
HA:	Hauptamt	SWK:	Stadtwerke Karlsruhe GmbH
HGW:	Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft	TBA:	Tiefbauamt
IT:	Amt für IT und Digitalisierung	UA:	Umwelt- und Arbeitsschutz
KFG:	Karlsruher Fächer GmbH	VME:	Stabsstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung
KTG:	Karlsruhe Tourismus GmbH	ZKM:	Zentrum für Kunst und Medien
Kultur:	Kulturamt		



1.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Die Stadtverwaltung Karlsruhe möchte bis **2040 klimaneutral** sein. Um dieses Ziel zu erreichen, bildet vor allem das neue Klimaschutzkonzept einen wichtigen Wegweiser. Auch die Mitarbeitenden werden im Rahmen des EinSparProjektes in diesen Prozess mit eingebunden und zum verantwortungsbewussten Umgang mit Energie und Wasser aufgefordert. Die Themen Mobilität, Ernährung und Beschaffung sollen in Zukunft mit einbezogen werden. Mit den Gemeinderatsbeschlüssen zur **Nachhaltigen Beschaffung** und der Nutzung von Recycling-Papier sowie ihrem Engagement für den Fairen Handel, ist Karlsruhe auf gutem Weg hin zu einer nachhaltigen Verwaltung.

Der wohl dringendste Handlungsbedarf in Bezug auf eine nachhaltige Verwaltung besteht in der **strategischen Ausrichtung**. Noch verfügt die Stadtverwaltung über keine übergeordnete Nachhaltigkeitsstrategie oder Ziele, die sie – abgesehen von der Klimaneutralität – erreichen möchte. Auch ist das Thema Nachhaltigkeit weder thematisch noch personell explizit an einer zentralen Stelle verortet.

Bei der Befragung der Dienststellen und Gesellschaften nach bestehendem (politischen) Handlungsbedarf haben Rückmeldungen beigetragen: das Hauptamt, das Amt für IT und Digitalisierung, die Stabsstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung, der Umwelt- und Arbeitsschutz sowie die Karlsruhe Tourismus GmbH.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Nachhaltige Beschaffung: Einrichtung, Aufbau und Ausbau einer Kompetenzstelle „Nachhaltige Beschaffung“
- Nachhaltige Beschaffung: Papierverbrauch weiter reduzieren (Verzicht auf das Ausdrucken von E-Mails, weniger Papierumläufe), nachhaltige Büromaterialien, energiesparende Bildschirme, Stockwerksdrucker
- Nachhaltige Beschaffung: Leitfaden für die Städtische Beschaffung, um vor allem auch die sozialen Aspekte in den Vergabeverfahren einfacher berücksichtigen zu können.
- Mobilitätsverhalten der Mitarbeitenden: mehr Homeoffice, ÖPNV und Fahrradfahren zur Dienststelle attraktiver machen
- Dienstanweisungen und Richtlinien können hilfreich sein, damit der Spagat zwischen Preis und Nachhaltigkeit im Rahmen einer Ausschreibung unter Berücksichtigung von Qualität- und Sicherheitsaspekten gemeistert werden kann.
- Es müssten nachhaltige Grundsätze und Leitlinien (zum Beispiel Digitalstrategie) zur Selbstverpflichtung für zukünftige Projekte und zur Aufgabenerfüllung der Stadtverwaltung definiert und durch den Gemeinderat bestätigt werden.
- Mit der Umsetzung der derzeit gesetzten politischen Grundsätze könnte ein großer Fortschritt in unserem Handlungsfeld erreicht werden, wenn ausreichende Personalressourcen zur Verfügung stünden.



2 Ressourcen- und Naturschutz

Das Handlungsfeld **Ressourcen- und Naturschutz** (BNK 11) behandelt den Schutz natürlicher Ressourcen einschließlich der biologischen Vielfalt.

Neben neun messbaren Indikatoren, dienen drei Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeits-Aktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind Naturschutz (1), Nachhaltige Forst- und Landwirtschaft (2-4), der Zustand unserer Fließgewässer (5), sowie Ressourcenschutz mit Angaben zum Trinkwasserverbrauch, der Abfallmenge und Recyclingquote bis hin zum Umweltmanagement-System EMAS (6-9). Gerade in der Stadt ist Fläche eine knappe Ressource. Angaben zu Flächeninanspruchnahme und -versiegelung finden sich in Handlungsfeld **Wohnen und Nachhaltige Quartiere**. Weitere Angaben zur Umweltbelastung von Wasser und Luft sind im Handlungsfeld **Gesundheit und Wohlergehen** angesiedelt.

Tabelle 7: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Ressourcen- und Naturschutz










Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Naturschutzflächen	Anteil der Naturschutzflächen mit hohem Schutzstatus (Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparks) an der Gesamtfläche	x	
2	Nachhaltige Forstwirtschaft	Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC beziehungsweise FSC an der gesamten Waldfläche		
3	Ökologischer Landbau	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche		
4	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	Stickstoffüberschuss pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche	x	
5	Fließwasserqualität	Anteil der Fließgewässerslänge mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“ und „gut“ an der gesamten Fließgewässerslänge	x	
6	Trinkwasserverbrauch	Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) je Einwohner und Tag	x	
7	Abfallmenge	Siedlungsabfälle (Restmüll, Wertstoffe, Bioabfälle) in Kilogramm pro Einwohner	x	
8	Recyclingquote	Anteil des stofflich recycelten Abfallaufkommens am gesamten Abfallaufkommen		
9	EMAS-zertifizierte Standorte	Anteil der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte an allen Betriebsstandorten		

Tabelle 8: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Ressourcen- und Naturschutz

Stadtplanungsamt	Gartenbauamt	Tiefbauamt	Forstamt
Liegenschaftsamt	Umwelt- und Arbeitsschutz	Amt für Abfallwirtschaft	Ortsverwaltungen
Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft	Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH	Zentrale Vergabestelle	Zentraler Juristischer Dienst



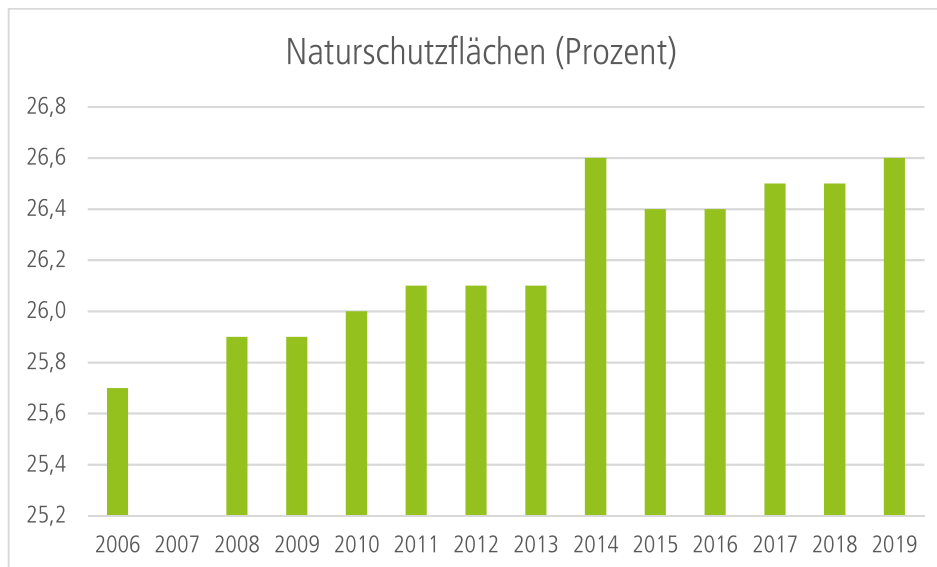
2.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Die Stadt Karlsruhe möchte für die Karlsruherinnen und Karlsruher einen Ort von hoher Lebensqualität in einer grünen und gesundheitsfördernden Umgebung heute und auch in Zukunft schaffen. Neben aktivem Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel soll dazu die Natur geschützt und der Verbrauch natürlicher Ressourcen reduziert werden. Aktuell wird zudem ein umfassendes Konzept zur Förderung der Biodiversität erarbeitet.

2.1.1 Naturschutz

Naturschutzflächen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil der Naturschutzflächen mit hohem Schutzstatus (Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparks) an der Gesamtfläche



SDG-Indikator Nr.102

Nachhaltigkeitsbezug: Die Sicherung der biologischen Vielfalt erfordert ausreichend große Flächen, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann. Somit stellt die Ausweisung von Schutzgebieten eines der wichtigsten Instrumente dar. Innerhalb ausgewiesener Naturschutzflächen ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich geordnet. Die einzelnen Schutzgebietskategorien unterscheiden sich je nach Zweck und juristischer Grundlage. Naturschutzgebiete und Nationalparke gehören zu den sehr streng geschützten Flächen in Deutschland. Obwohl die Fläche der Schutzgebiete in Deutschland insgesamt stetig zunimmt, sind die meisten Gebiete jedoch relativ klein, wodurch sie anfälliger gegen äußere Einflüsse wie Nährstoffeinträge oder Entwässerung sind. Daher kommt einem zusammenhängenden und länderübergreifenden Netz von Schutzgebieten (wie dem europaweiten Verbund der Natura-2000-Gebiete) eine besondere Bedeutung zu. Naturschutzflächen sind Rückzugs- und Erholungsgebiete für den Menschen und oftmals ein wichtiger Standortfaktor für relativ strukturschwache Regionen.



Extensive naturnahe Mahd



Wir mähen anders, weniger, dafür vielfältiger. Die Funktionen und Effekte von Stadtgrün sind vielfältig: Urbane Parks, Grünflächen und Gärten verbessern die Luftqualität und das Stadtklima, sie dämpfen Lärm und sind Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Die Wertschätzung der Stadtbevölkerung für Grünflächen und der Wunsch, Grünflächen natürlicher zu pflegen oder der Natur zu überlassen, ist spürbar hoch. Zur **Förderung der Biodiversität** hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe entschieden, mehr in die Pflege der städtischen Wiesenflächen zu investieren.

Das Gartenbauamt hat daher im Jahr 2020 ein neues Mahdkonzept zur Förderung der Biodiversität entwickelt: Für die Streifenmahd werden mit dem Mähgerät maschinenbreite Bahnen gezogen und dabei nur jede zweite Bahn abgemäht. Bei der Inselmahd werden Wiesenbereiche am Rand gemäht. In der Mitte bleiben blühende Inseln stehen, die bei jedem Arbeitsgang nur zur Hälfte geschnitten werden. Zudem werden einzelne Bereiche als Altgrasstreifen über längere Zeit von der Mahd ausgespart. Diese werden erst im Folgejahr mit der ersten Mahd gemäht und ein anderer Streifen bleibt dafür stehen.

Mehlschwalben ein Zuhause geben

Die Mehlschwalbe (*Delichon urbica*) ist eine Vogelart, die als Kulturfolger in Städten und Dörfern lebt. In den letzten Jahren wurde festgestellt, dass die Anzahl der Mehlschwalben in geradezu dramatischer Weise zurückgeht. Nahrungsknappheit durch Insektenschwund und der zunehmende Verlust an Nistmöglichkeiten sind Hauptgründe für das Fehlen der ortstreuen Tiere.

Es kommt vor, dass Nester einfach heruntergeschlagen werden, weil die Besitzer sich am Kot stören, andere werden im Zuge von Renovierungen und Sanierungen beseitigt. Was viele nicht wissen: Schwalben stehen unter Artenschutz. Das Entfernen von Nestern ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz verboten (auch wenn die Schwalben nicht anwesend sind)!



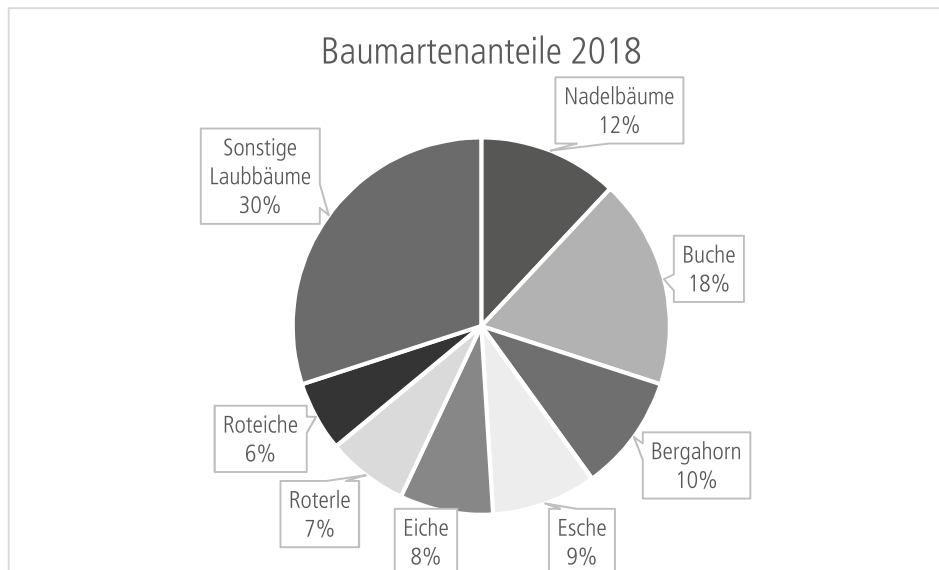
Die **Stadt Karlsruhe fördert und unterstützt** die Anbringung von Kunstnestern und Kotbrettchen an privaten Gebäuden und gibt hilfreiche Tipps zum Umgang mit den Glücksbringern der Lüfte.



2.1.2 Nachhaltige Forstwirtschaft

Nachhaltige Forstwirtschaft

Der gesamte Stadtwald ist seit 2001 zu 100 Prozent PEFC zertifiziert und ist zusätzlich seit 2020 auch PEFC-zertifizierter Erholungswald. Die forstliche Betriebsfläche beträgt 2.250 Hektar.



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe: Forstamt

Definition:
Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC beziehungsweise FSC an der gesamten Waldfläche



SDG-Indikator Nr.101

Nachhaltigkeitsbezug: Das PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council) vergeben Zertifizierungen an solche Waldflächen, die besonders hohe Anforderungen an die Nachhaltigkeit und an die Umweltverträglichkeit der Waldbewirtschaftung erfüllen. Die Kriterien reichen von der Erhaltung und angemessenen Verbesserung der forstlichen Ressourcen, über die Bewahrung der biologischen Vielfalt bis hin zu Maßnahmen für die Mitarbeitenden in der Waldarbeit. Innerhalb Deutschlands tragen dabei circa zwei Drittel der Waldflächen das Zertifikat des PEFC und circa ein Zehntel der Waldflächen das Zertifikat des FSC. Aufgrund des langfristigen Zeithorizonts in der Bewirtschaftung von Wäldern folgt der Indikator primär der intragenerativen Gerechtigkeit und wirkt aufgrund der Relevanz für das Klima auch im Sinne der globalen Verantwortung.



2.1.3 Landwirtschaft

Ökologischer Landbau

Derzeit liegen **keine Daten** zum Anteil der städtischen ökologisch bewirtschafteten Flächen vor. Es ist jedoch eine **Erhebung des Ist-Zustandes** der tatsächlich bewirtschafteten Flächen vom Liegenschaftsamt **geplant**.

Die landwirtschaftlichen Flächen, die dem Stadtkreis zur Verfügung stehen (etwa 700 Quadratmeter pro Person) reichen nicht aus zur Ernährung der gesamten Bevölkerung. Im **Landkreis Karlsruhe** beträgt die **ökologisch bewirtschaftete Fläche** im Jahr 2020 175.600 Hektar. Das entspricht **circa 12 Prozent** der gesamten landwirtschaftlichen Fläche.

Viele Höfe in Karlsruhe bewirtschaften **rund 60 Prozent** ihrer **Flächen ökologisch**, aber offiziell gezählt werden nur die Flächen der Höfe, die komplett zertifiziert sind. Eine komplette Umstellung auf Ökolandbau inklusive Zertifizierung ist aber häufig auch aufgrund von schwer biologisch zu bewirtschaftenden Sonderkulturen wie Spargel und Erdbeeren, nicht vollständig möglich. Eine Teilzertifizierung sieht der Gesetzgeber derzeit nicht vor. Da also auch die konventionellen Betriebe einen Großteil ihrer Flächen ökologisch bewirtschaften, ist der tatsächliche Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche größer, als die Fläche der öko-zertifizierten Betriebe.

Derzeit gibt es in Karlsruhe einen nach Bioland zertifizierten Haupterwerbsbetrieb in Rüppurr, sowie zwei kleinere Höfe im Nebenbetrieb. Produkte werden in der Regel direkt vor Ort im Hofladen verkauft.

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Liegenschaftsamt

Definition:

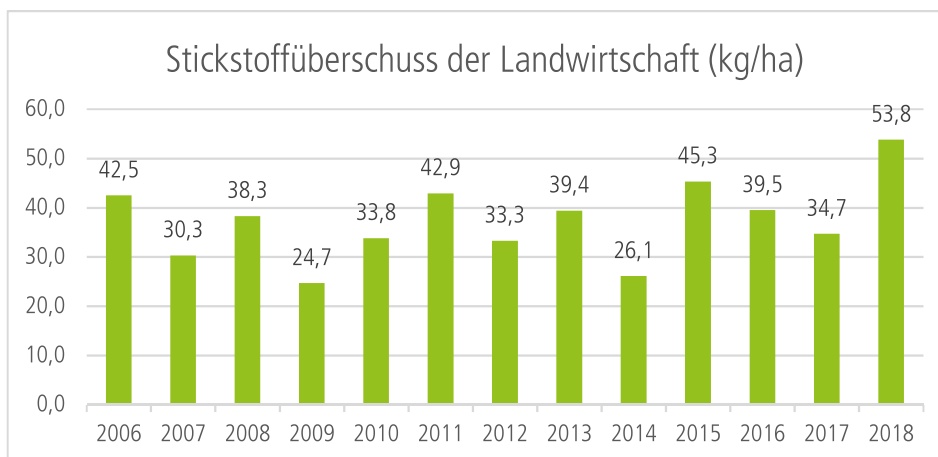
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche



SDG-Indikator Nr. 8

Nachhaltigkeitsbezug: Ökologischer Landbau ist Teil einer nachhaltigen Agrarpolitik und setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden mit möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit sowie auf eine artgerechte Tierhaltung, die durch eine flächenabhängige Begrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden soll. Der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel sowie leicht mineralischer Düngemittel ist in der ökologischen Landwirtschaft nicht gestattet – sie arbeitet nach dem Prinzip der hoheitigen Kreisläufe. Im Gegensatz zu konventionell wirtschaftenden Betrieben wird außerdem auf abwechslungsreiche Fruchtfolgen geachtet, auf Antibiotika und synthetische Wachstumsregulatoren verzichtet und so insgesamt versucht, aktiv Boden-, Gewässer-, Arten- und Tierschutz zu betreiben. Mit diesen Maßnahmen gilt ökologischer Landbau auch als weniger energieintensiv und vermag somit auch einen signifikanten Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu leisten. In Deutschland wird derzeit jedoch nur ein geringer Teil der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet.

Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Liegenschaftsamt

Definition:

Stickstoffüberschuss in Kilogramm (kg) pro Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzter Fläche



SDG-Indikator Nr. 9

Nachhaltigkeitsbezug: Stickstoff ist ein Hauptnährstoffelement der Pflanzen, und zentraler Bestandteil des Düngemiteleinsatz in der Landwirtschaft, welcher in übermäßigen Mengen erhebliche ökologische Probleme nach sich zieht. Stickstoffliebende Pflanzen breiten sich verstärkt aus und verdrängen Pflanzen, die sich an stickstoffarme Standorte angepasst haben. Da die Nährstoffe über Niederschläge oder durch Auswaschung in weitere Land- oder Wasser-Ökosysteme eingetragen werden, haben sie weitreichende Auswirkungen auf den Naturhaushalt: Eutrophierung und Versauerung von Oberflächengewässern, Meeren und diversen Landökosystemen sowie Nitratbelastungen im Grundwasser. Stickstoffüberschüsse führen auch zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit negativen Folgen für Klima, Artenvielfalt und Landschaftsqualität.



2.1.4 Fließgewässerzustand

Fließgewässerqualität

Es liegen keine Daten gemäß Definition des SDG-Indikators Fließgewässerqualität vor.

Die **Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW)** erfasst chemische, physikalisch-chemische und biologische Parameter sowie die Gewässerstruktur von 164 Flusswasserkörpern in Baden-Württemberg.

Da die Schadstoffe Quecksilber, polybromierte Diphenylether und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe überall vorkommen, wird der **chemische Zustand** flächendeckend als unbefriedigend bewertet (Stand 2015).

Der **ökologische Gesamtzustand** der Fließgewässer wird ebenfalls flächendeckend als nicht gut eingeschätzt (überwiegend mäßig bis unbefriedigend und teilweise schlecht).

Es sind langjährige Messreihen für chemisch-physikalische Parameter vorhanden. Dazu kann in einer [Datenbank](#) nach einzelnen Stoffen und Jahren gefiltert werden.

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Umwelt- und Arbeitsschutz,
Landesanstalt für Umwelt BaWü ([LUBW](#))

Definition:

Anteil der Fließgewässerslänge mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“ und „gut“ an der gesamten Fließgewässerslänge



SDG-Indikator Nr. 99

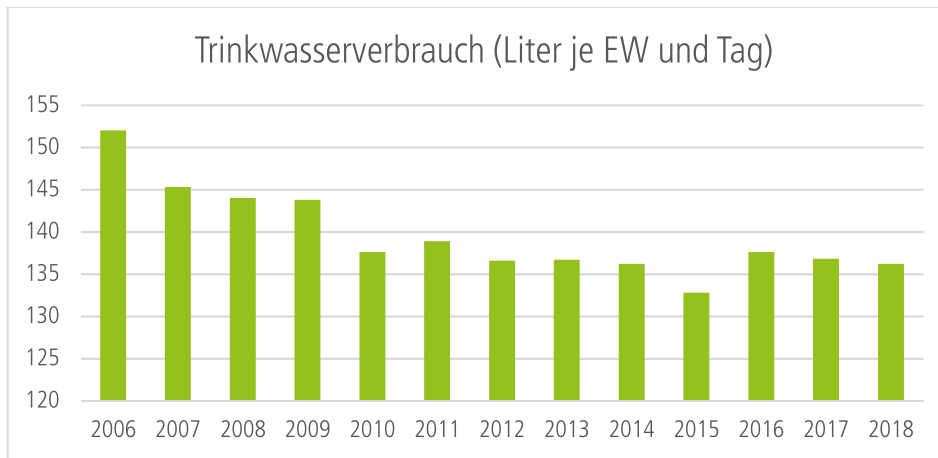
Nachhaltigkeitsbezug: Allgemein ist ein unzureichender ökologischer Zustand von Fließgewässern in den meisten Fällen auf übermäßige Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, auf Verbauungen und Begradigungen sowie auf weitere Einleitungen von unbehandeltem Abwasser zurückzuführen. Da Fließgewässer im Meer münden, hat deren Qualität auch Einfluss auf die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeressourcen. Eine Messung des ökologischen Zustands/Potenzials der Fließgewässer erfolgt nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) anhand von physikalisch-chemischen, hydromorphologischen und biologischen Qualitätskomponenten. Die Bewertungsskala reicht dabei über fünf Stufen von „sehr gut“ bis „schlecht“. Konkretes Ziel der WRRL ist die Erreichung des guten ökologischen Zustands für die natürlichen Oberflächengewässer beziehungsweise das gute ökologische Potenzial für die erheblich veränderten und künstlichen Gewässer.

Das Klärwerk Karlsruhe hält die gesetzlich vorgeschriebenen Einleitwerte ein, welche behördlich überwacht werden und investiert in weitergehende Behandlungsmaßnahmen (zum Beispiel vierte Reinigungsstufe).



2.1.5 Ressourcenschutz und -verbräuche

Trinkwasserverbrauch – Private Haushalte



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Wasserverbrauch privater Haushalte in Karlsruhe in Liter pro Einwohner und Einwohnerin (EW) und Tag

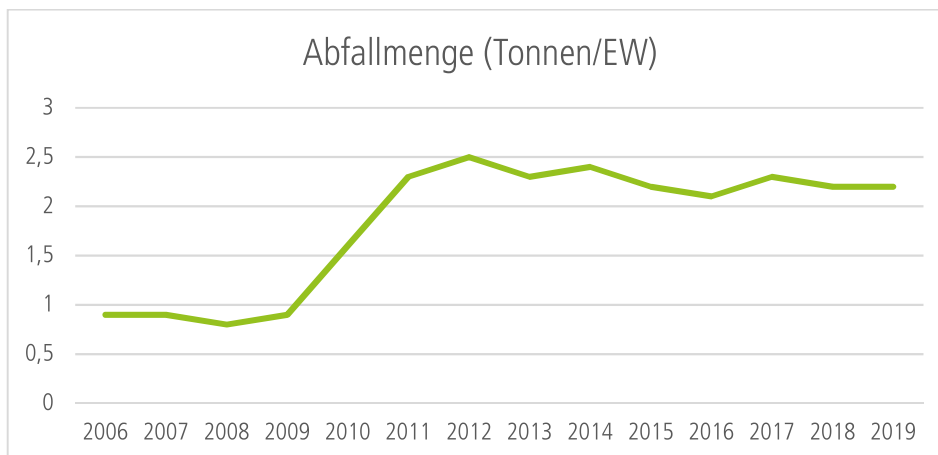


SDG-Indikator Nr. 76

Nachhaltigkeitsbezug: Wenn auch in jüngster Vergangenheit die Länge und Häufigkeit von Dürreperioden zugenommen hat, ist Deutschland insgesamt betrachtet ein wasserreiches Land. Vom jährlichen Wasserdargebot, das heißt der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, wird nur ein geringer Prozentsatz entnommen und nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt. Der seit Jahren stark rückläufige Verbrauch zeigt das wachsende Bewusstsein für einen sorgsamen Umgang mit Wasser. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der in Deutschland auch weiterhin sparsam umgegangen werden sollte. Insbesondere die Entnahme von Tiefenwasser, welche in zahlreichen Regionen stattfindet, kann langfristig zu einer Reduzierung der Grundwasserreserven führen und damit das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit beeinträchtigen. Zusätzlich führt die Verknappung von Wasser zu Mehrkosten für die Bevölkerung, die vor allem regressiv, das heißt untere Einkommensschichten mehr belastend, wirken.



Abfallmenge



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Siedlungsabfälle in Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner (EW) in Karlsruhe



SDG-Indikator Nr. 80

Nachhaltigkeitsbezug: Das Aufkommen an häuslichen Abfällen beschreibt den Bereich des Konsums und den daraus resultierenden Entsorgungsbedarf, der von jeder oder jedem Einzelnen unmittelbar durch Konsumententscheidungen beeinflusst werden kann. Gewinnung und Transport von Rohstoffen, Produktionsprozesse und auch die Abfallentsorgung beanspruchen Ressourcen. Bei der Abfallentsorgung sind zudem der Energieverbrauch, benötigter Deponieraum und Umweltbelastungen durch Luftschadstoffe, Lärm und Treibhausgas zu nennen. In der fünfstufigen Abfallhierarchie aus Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwertung, Recycling, energetischer Verwertung und Beseitigung besitzt Abfallvermeidung laut Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) die höchste Priorität. Dies kann unter anderem über eine ressourceneffiziente Produktion oder über ein umsichtiges Verbraucherverhalten erreicht werden.

Unerklärlich ist, dass die Daten von Wegweiser Kommune stets 30 bis 70 Prozent höher liegen als die stadteigenen Daten.

Recyclingquote

Daten gemäß der Indikator-Definition liegen in dieser Form nicht vor. Auch die verschiedenen Abfallmengen werden in unterschiedlichen Abteilungen des Amtes für Abfallwirtschaft erhoben und einmal im Jahr an die zentrale Auswertungsstelle in Baden-Württemberg gemeldet. Recyclingquoten liegen nicht zu allen Abfallsorten vor und pauschale Angaben können nicht gemacht werden, da diese abhängig vom Markt und der Nachfrage sind.

- **Restmüll** wird zu 100 Prozent thermisch verwertet.
- **Bioabfälle** werden ebenfalls komplett der Biovergärungsanlage zugeführt. Etwa fünf Prozent sind Störstoffe, die vorher entfernt werden. Recycelte Produkte sind ein Flüssiggärrest, der auf die Felder als Dünger ausgebracht wird, ein fester Bestandteil – Kompost, sowie Biogas, das zur Energiegewinnung genutzt wird.
- **Papier** hat die höchste Recyclingquote – fast 100 Prozent.
- **Metalle** haben mit weit über 80 Prozent auch eine sehr gute Recyclingquote.
- Die Recyclingquote von **Altholz** schwankt je nach Markt zwischen 60 und 70 Prozent.
- **Wertstoffe** setzen sich sehr unterschiedlich zusammen und die verschiedenen Bestandteile auch innerhalb einer „Verpackung“ sind teilweise schwer voneinander zu trennen. PET lässt sich beispielsweise gut recyceln.

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Amt für Abfallwirtschaft

Definition:

Anteil des stofflich recycelten Abfallaufkommens am gesamten Abfallaufkommen



SDG-Indikator Nr. 81

Nachhaltigkeitsbezug: Nachhaltige Konsum-, Produktions- und Wachstumsmuster erfordern die Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Ein Schlüssel hierzu liegt neben der grundsätzlichen Vermeidung von Abfall in dessen verstärkter Verwertung. Zur Verwertung zählen alle Maßnahmen zur Nutzung der im Abfall enthaltenen Wertstoffe beziehungsweise Energiepotenziale. Ziel ist es, die Abfallwirtschaft zu einer Quelle für die Beschaffung von Rohstoffen und für die Produktion von Gütern fortzuentwickeln. Insgesamt ist die stoffliche und energetische Verwertung von Siedlungsabfällen in Deutschland fast vollständig gegeben, wobei die stoffliche Verwertung im Zuge von Recycling wesentlich effizienter und nachhaltiger ist als die energetische Verwertung. Die Vorteile eines solchen Rohstoffkreislaufs sind vielfältig. Als relativ ressourcenarmes Land kommt dem Recycling in Deutschland ein erheblicher ökonomischer Effekt zu. Zusätzlich entfällt die notwendige Energie, die bei der Bereitstellung und Erzeugung (vor allem von Verpackungsmüll) mit erheblichen CO₂-Emissionen verbunden ist. Nicht zuletzt wird durch die Wiederverwendung der Rohstoffe dem Prinzip der globalen Verantwortung gefolgt, da der Export von nicht recycelten Wertstoffen in sich entwickelnde Länder vermieden wird.



Karlsruher Dreck-weg-Wochen



Gemeinsamer Frühjahrsputz mit den Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern, das sind die Karlsruher Dreck-weg-Wochen, die mit Ausnahme des coronabedingten Ausfalls 2020 und 2021 seit 2007 jedes Jahr stattfinden. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Sauberkeit zu sensibilisieren und Abfälle nicht mehr achtlos wegzuerwerfen. Durch die öffentlichkeitswirksame gemeinsame Putzaktion, bei der sich zahlreiche Organisationen beteiligen, soll auch bei den sich nicht aktiv beteiligenden Menschen ein Bewusstsein für die Thematik geschaffen werden. Denn zu einer sauberen Stadt, in der wir uns wohlfühlen können, tragen wir alle bei.

Das Amt für Abfallwirtschaft fördert die Teilnahme an der Karlsruher Dreck-weg-Wochen durch Gutscheinerlosungen und Preise für die fleißigsten Sammler und Sammlerinnen. Im Jahr 2019 hatten sich 13.629 Personen bei den 13. Karlsruher Dreck-weg-Wochen engagiert, so viele wie noch nie zuvor. Die Beteiligung ist in den letzten Jahren stetig gewachsen.

Sauberkeitspatenschaften

Bürgerinnen und Bürger, die ein bestimmtes Gebiet in Karlsruhe regelmäßig sauber halten möchten, können sich als Sauberkeitspatin oder Sauberkeitspate beim Amt für Abfallwirtschaft (AfA) melden. Aktuell sind 243 Patenschaften gemeldet, bestehend aus acht Kindergärten, fünf Schulen, neun Vereinen, drei Gewerbebetrieben, 206 Privatpersonen, einer sozialen Einrichtung und elf Privatinitiativen (Gruppen von circa 10 bis 40 Personen). Die Patinnen und Paten sind während ihrer Tätigkeit haftpflicht- und unfallversichert und werden mit Arbeitsmaterialien (Abfallzangen, Karlsruher Drecksäcke) unterstützt. Der gesammelte Müll wird abgeholt.



Das AfA freut sich über Bürgerinnen und Bürger, die als Patinnen und Paten regelmäßig für ein Stück Karlsruhe Verantwortung übernehmen möchten. Das vorbildliche Verhalten der Patinnen und Paten soll weitere Menschen ermutigen, ebenfalls zu einem sauberen Karlsruhe beizutragen.

Weitere Informationen finden Sie hier und unter: www.karlsruhe.de/abfall



EMAS-zertifizierte Standorte

Laut [EMAS Register](#) sind 2021 17 Organisationen mit 41 Standorten in Karlsruhe registriert. (Stand 28. April 2021)

Datenquelle:

www.emas-register.de

Definition:

Anteil der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte an allen Betriebsstandorten



SDG-Indikator Nr. 82

Nachhaltigkeitsbezug: Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Umweltgütern eine optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und – sofern möglich – gleichzeitig Kosteneinsparungen zu ermöglichen. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist eines von mehreren Zertifizierungssystemen (neben beispielsweise ISO 14001). Ein EMAS-Zertifikat dient zusammen mit der regelmäßigen Umwelterklärung der Imagepflege des Unternehmens, da es werbewirksam eingesetzt werden kann. Außerdem kann die Zertifizierung zur technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Risikominimierung im eigenen Unternehmen oder entlang der Lieferkette eingesetzt werden, sodass einige (Groß-)Unternehmen von ihren Zulieferbetrieben einen entsprechenden Nachweis verlangen. Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie wird mit der Zertifizierung das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit verfolgt. Die Förderung des Umweltschutzes entspricht aber auch dem Prinzip der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit.



2.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	IQ-Korridortheema: Grüne Stadt		
Dez5	Hohe Lebensqualität in einer grünen und gesundheitsfördernden Umgebung heute und auch in Zukunft.	2016	Ziel
Dez5	Klimaneutralität erreichen und natürliche Ressourcen schützen, auch durch umwelt- und sozial verträglichen Konsum, weit über die Stadtgrenzen hinaus.	2016	Ziel
Dez5	Flexibilität, Widerstands- und Regenerationsfähigkeit in Bezug auf Herausforderungen wie die Klimaveränderungen und die wachsende Stadt.	2016	Ziel
Dez5	Die Bedeutung und Wertigkeit der „Grünen Stadt Karlsruhe“ sind im Bewusstsein und Handeln der Bevölkerung verankert und werden öffentlich wahrgenommen.	2016	Ziel
Dez5	Eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität mit zufriedenen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und erhalten.	2016	Strategie
Dez5	Klimaschutz praktizieren und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels umsetzen.	2016	Strategie
Dez5	Gesundheitsfördernde Lebenswelten schaffen und bewahren, insbesondere in Schulen, Kitas und Quartieren.	2016	Strategie
Dez5	Die Natur schützen und fördern sowie den Verbrauch natürlicher Ressourcen reduzieren.	2016	Strategie
Dez5	Angesichts der bestehenden Flächenkonkurrenz besonderen Wert auf Vielseitigkeit und Qualität von grünen Räumen legen.	2016	Strategie
Dez5	Das Umweltbewusstsein stärken und nachhaltiges Handeln der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Identifikation mit ihrer Grünen Stadt Karlsruhe fördern, auch durch eine stärkere Einbeziehung und Teilhabe in den Quartieren.	2016	Strategie
GBA	Urbanes Grün	2020	IQ-Leitprojekt
UA	Klimaneutrales Karlsruhe	2020	IQ-Leitprojekt
UA	Stadt im Klimawandel	2020	IQ-Leitprojekt
UA	Stadt der Biologischen Vielfalt (unter anderem Entwicklung eines Biodiversitätskonzeptes)	2020	IQ-Leitprojekt
	Land- und Forstwirtschaft		
FA	Umsetzung des Alt- und Totholzkonzeptes im Stadtwald	2009	Konzept
FA	Waldanpassungskonzept an den Klimawandel	2019	Konzept
FA	Baumschonendes und baumerhaltendes Vorgehen bei Verkehrssicherungsarbeiten	2016	Strategie
FA	Anzucht von Eichen aus Saatgut städtischer Eicheln	2020	Projekt
LA	Förderung des ökologischen Landbaus im Stadtkreis	-	Ziel/Strategie
LA	IST- Zustand Erhebung der teilökologischen Bewirtschaftung nicht zertifizierter Betriebe (Flächen, die ohne Pflanzenschutz und Düngemittel bestellt werden)	2021	Konzept
LA	Erhalt und kontinuierliche Anpassung einer klimaorientierten Bewirtschaftung von Streuobst	-	Ziel/Strategie
LA	Optimierung der allgemeinen Bewirtschaftung von Grünland	-	Ziel/Strategie
OV W.	Streuobstwiesenkonzept 2020 in den Wettersbacher Ortsteilen	2020	Projekt
ZKM	Pacht und Bewirtschaftung einer Streuobstwiese	2020	Projekt



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit) wann	Kategorie
	Arten- und Naturschutz		
FA	Entwicklung und Förderung von Waldrändern	2018	Konzept
FA	Initiative zur Eindämmung der Kermesbeere	2019	Bürgerinitiative
FA	Konzept zur ökologischen Pflege von Wegsäumen	2020	Konzept
FA	Aktionstage Netzwerk Natur- und Umweltbildung	2016	Veranstaltung
FA	Waldklassenzimmer: Bauprojekte für den Artenschutz	1996	BNE
FA	Niederwildprojekt der Hegegemeinschaft Karlsruher Bergdörfer	2018	Projekt
FBA	Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden bei der Unterhaltung der Friedhöfe	-	Daueraufgabe
GBA	Extensive, naturnahe Wiesenmahd (seit Mitte 1980er Jahre; ergänzendes Konzept 2019)	2019	Strategie
GBA	Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung	1998	Förderprogramm
GBA	Pflanzung von neuen Bäumen	-	Daueraufgabe
OV G.	RVO zur Regelung der Nutzung des Grötzinger Baggersees	2016	Rechtsnorm
TBA	Konzept zur Verbesserung der Wasserqualität (Sauerstoffmangel), Schutz der Uferbereiche und Natur und Tierwelt des Heidesees	2021	Ziel/Konzept
TBA	Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinie von 2009	2015	Daueraufgabe
UA	Förderung von Nisthilfen für Mehlschwalben an privaten Gebäuden	2020	Programm
UA	Entwicklung und Verabschiedung eines Biodiversitätskonzeptes	2021	Konzept
ZJD	Flächenschutz (Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten und Flächenhaften Naturdenkmälern)	-	Daueraufgabe
Zoo	Förderung von Blühwiesen durch kostenfreie Ausgabe von exakt definierten Blühwiesen sowie Aufbau von Insektenhäusern an vier verschiedenen Positionen im Zoo	2019	Projekt
Zoo	Schmetterlingsprojekt: Aufzuchtstation für den Goldenen Scheckenfalter im Zoo, Auswilderung in Kooperation mit dem RP Karlsruhe	2020	Projekt
Zoo	Nisthilfen-Finanzierung für Mehlschwalben, Schwalbenhaus mit Fledermausnistkästen im Zoogelände (2020)	2019	Projekt
Zoo	Unterstützung der Nachzucht und Auswilderung von Kiebitzen und dem Großen Brachvogel	2019	Projekt
Zoo	Bienenstöcke im Zoogelände, Betreuung durch professionelle Imker	2015	Projekt
Zoo	WITAS: Auffangstation für verletzte Wildtiere im Oberwald	2020	Projekt
Zoo	In Kooperation mit dem Nationalpark Schwarzwald hält der Zoo Karlsruhe Konik-Pferde zur Beweidung der Grinden vor Ort.	2019	Projekt
Zoo	Aufzuchtstation im Zoo für Moorfrösche mit Wiederauswilderung	Plan	Projekt
Zoo	weitere internationale Artenschutzprojekte in „Beteiligung und Eine Welt“	-	Projekt



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Ressourcenschutz		
AfA	Umweltmanagementsystem EMAS	2003	EMAS
AfA	Förderung von Mehrweg-Behältern in der hauseigenen Kantine	circa 2015	Strategie
AfA	Umstellung von Arbeitsplatzdruckern auf Multifunktionsdrucker zur Reduzierung von Papier- und Stromverbrauch	läuft noch	Strategie
AfA	Waschanlage der Werkstatt mit Brauchwassernutzung (statt Trinkwasser)	2001	Einrichtung
AfA	Dreck-Weg-Wochen (Aktion zur Abfallbeseitigung im Stadt- und Naturraum)	2007	Veranstaltung
AfA	Hotline und App zur Meldung von Abfällen im öffentlichen Raum	circa 2013	Einrichtung
FA	Waldklassenzimmer: Re- und Upcycling	1996	BNE
KEK	Umweltmanagementsystem EMAS	2011	EMAS
KME	Fächer-Becher (Mehrwegbecher und Pfandsystem für Karlsruhe) www.faecher-becher.de	2018	Einrichtung
SWK	Wasserwende: Für Trinkwasser aus der Leitung und gegen Plastikmüll	2018	Strategie
SWK	Umweltmanagementsystem EMAS	1996	EMAS
TBA	Regenwassermanagement	circa 2000	Daueraufgabe
UA	Überwachung der Einhaltung der Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes	1996	Daueraufgabe
UA	Überwachung der Einhaltung der Anforderungen der Verordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	2010	Daueraufgabe
UA	Überwachung der Abwassereinleitung von Betrieben	-	Daueraufgabe
UA	Förderung von Trinkwassernutzung (Leitungswasser)	2017	Strategie
ZKM	Ziel: Zertifizierung nach ISO Norm 14064 (CO ₂ -Bilanz)	Plan	Zertifizierung
	Sonstiges		
GBA u. NKM	Wissensvermittlung: Projekt Stadt.Wiesen.Mensch	2017	Projekt
KME	Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement vor allem bei DAS FEST, einem weit über Karlsruhe hinaus bekannten Musikfestival		Konzept
UA	Karlsruhe ist Mitglied im Bio-Städte-Netzwerk (Aktionen: zum Beispiel Erhöhung des Bio-Anteils in Kita- und Schulverpflegung auf 25 Prozent)	2017	Netzwerk

Abkürzungen

AfA: Amt für Abfallwirtschaft
BNE: Bildung für Nachhaltige Entwicklung
FA: Forstamt
FBA: Friedhofs- und Bestattungsamt
GBA: Gartenbauamt
KEK: Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur

KME: Karlsruhe Marketing und Event GmbH
LA: Liegenschaftsamt
NKM: Naturkundemuseum
OV G.: Ortsverwaltung Grötzingen
OV N.: Ortsverwaltung Neureut
OV W.: Ortsverwaltung Wettersbach

SWK: Stadtwerke Karlsruhe GmbH
TBA: Tiefbauamt
UA: Umwelt- und Arbeitsschutz
ZJD: Zentraler Juristischer Dienst
ZKM: Zentrum für Kunst und Medien



2.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Die Stadt Karlsruhe setzt sich ein für Natur- und Ressourcenschutz und arbeitet derzeit an einem stadteigenen Biodiversitätskonzept. Die **Sicherung der biologischen Vielfalt** erfordert ausreichend große Flächen, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann. Innerhalb ausgewiesener Naturschutzflächen ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich geordnet. Der Anteil der ausgewiesenen Naturschutzflächen liegt bei 26,5 Prozent. Zur Förderung der Biodiversität hat der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe entschieden, mehr in die Pflege der städtischen Wiesenflächen zu investieren. Das Gartenbauamt hat daher im Jahr 2020 ein neues extensives Mahdkonzept entwickelt. Beispielsweise fördert und unterstützt die Stadt auch die Anbringung von Kunstnestern und Kotbrettchen für die unter Artenschutz stehenden Mehlschwalben.

Großen Einfluss auf die Biodiversität haben in besonderem Maße **Land- und Forstwirtschaft**. Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat 2017 beschlossen, dass in bestimmten Waldflächen und bei Zielkonflikten die Gemeinwohlbereiche (Schutz- und Erholungsfunktion) vorrangig gegenüber der Nutzungsfunktion sind. Um eine nachhaltigere Forstwirtschaft zu fördern, ist der gesamte Stadtwald seit 2001 zu 100 Prozent nach PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) zertifiziert. Im Hinblick auf die ökologische Landwirtschaft liegen derzeit keine Daten zum Anteil der städtischen ökologisch bewirtschafteten Flächen vor. Das Liegenschaftsamt plant jedoch eine Erhebung. Im Landkreis Karlsruhe beträgt die ökologisch bewirtschaftete Fläche im Jahr 2020 rund 175.600 Hektar. Das entspricht circa 12 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Der Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft schwankte in den letzten zwölf Jahren zwischen 25 und 45 Kilogramm pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche und hat, 2018 einen neuen Höchststand von 53,8 Kilogramm pro Hektar erreicht. Durch Niederschläge können diese überschüssigen Nährstoffe ausgewaschen und in weitere Land- oder Wasser-Ökosysteme eingetragen werden.

Sowohl der chemische als auch der ökologische Gesamtzustand der Baden-Württembergischen **Fließgewässer** wird von der LUBW als unbefriedigend beziehungsweise als nicht gut eingeschätzt.

Im Hinblick auf den **Schutz natürlicher Ressourcen** ist der Trinkwasserverbrauch von 2006 bis 2010 um rund 15 Liter gesunken und schwankt seitdem zwischen 135 und 140 Litern pro Einwohner und Einwohnerin und Tag. Das Aufkommen des häuslichen Abfalls ist ein Indikator für unser Konsumverhalten. Dieses hat sich in Karlsruhe zwischen 2009 und 2011 verdoppelt und ist seither ziemlich konstant auf diesem Niveau. Höchste Priorität hat – auch gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz – die Abfallvermeidung. Erst dann folgen Wiederverwertung und Recycling und schließlich die energetische Verwertung oder Deponierung.

Im Hinblick auf bestehenden (politischen) Handlungsbedarf haben folgende Dienststellen und Gesellschaften Hinweise beigetragen: Umwelt- und Arbeitsschutz, Gartenbauamt, Forstamt und die Karlsruhe Tourismus GmbH.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Größere Akzeptanz von Flächenschutz, ökologischer Landwirtschaft und aufwändigerer Maßnahmen
- Grenzen des Wachstums erkennen und akzeptieren
- Minderung des Flächenverbrauchs und der Flächenversiegelung
- Höhere Gewichtung von Naturschutz beim Planen und Bauen
- Höhere Gewichtung von Nachhaltigkeitsthemen bei der Abwägung in Verfahren und bei Entscheidungen
- Konzepte zur Behandlung von Nutzungskonkurrenz durch gezielte Lenkung
- Förderung geeigneter Fachfirmen für die naturschutzfachlich orientierte Pflege
- Erstellung eines Konzepts für die Verwertung von Grüngut im Sinne einer Kreislaufbewirtschaftung
- Mehr Platz für blühende Flächen in der Stadt/Bepflanzung von freien Flächen
- Erweiterung oder Ersetzen der De-minimis-Regelung zum vollen Ausschöpfen der Fördermöglichkeiten





3 Klima und Energie

Im Handlungsfeld **Klima und Energie** (BNK 10 und 11) wird gezeigt, wie sich die Stadt Karlsruhe für den Klimaschutz und das Gelingen der Energiewende einsetzt, wie viele Treibhausgas-Emissionen verursacht werden und welche Strategien es zur Anpassung an den Klimawandel gibt.

Neben acht messbaren Indikatoren, dienen sechs Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Die abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind Treibhausgasemissionen (1 – 4), Energieversorgung und Strom aus erneuerbaren Energien (5 – 6) sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung (7 und 8). Das Thema Bauen und energetische Sanierung ist in Handlungsfeld Nr. 6 **Wohnen und nachhaltige Quartiere** angesiedelt.

Tabelle 9: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Klima und Energie









Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	THG-Emissionen – Private Haushalte	THG-Emissionen privater Haushalte je Einwohnerin und Einwohner		
2	THG-Emissionen – Verkehr	THG-Emissionen des Verkehrs (MIV und LKWs)		
3	THG-Emissionen – Industrie und Gewerbe	THG-Emissionen von Industrie und Gewerbe je Beschäftigten am Arbeitsort		
4	THG-Emissionen – kommunale Einrichtungen	THG-Emissionen kommunaler Einrichtungen je Beschäftigten am Arbeitsort		
5	Strom aus erneuerbaren Energien	Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Karlsruhe (Kilowattstunden pro Einwohnerin und Einwohner)		
6	Stromanteil aus erneuerbaren Energien	Anteil des in Karlsruhe aus erneuerbaren Energiequellen (PV, Wind, Wasser und Biomasse) erzeugten Stroms am Gesamtstromverbrauch		
7	Bäume auf städtischem Grund	Bäume auf städtischem Grund, absolut und pro Hektar (ha)		
8	Index Kommunale Klimaanpassung	Summenindex aus 10 Ja/Nein-Fragen (Wert 0 bis 10)		

Tabelle 10: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Klima und Energie (grundsätzlich alle)

Umwelt- und Arbeitsschutz	Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft	Friedhofs- und Bestattungsamt	Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur
Volkswohnung GmbH	Stadtwerke Karlsruhe GmbH	Stadtplanungsamt	Gartenbauamt
Liegenschaftsamt	Karlsruher Fächer GmbH	Albtal Verkehrsgesellschaft	Tiefbauamt



3.1 Wo stehen wir?

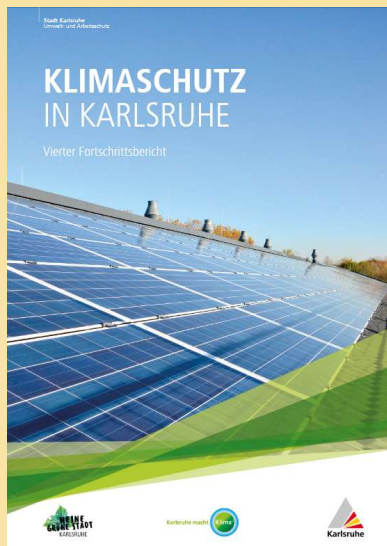
Die wichtigsten Ziele und Strategien

Karlsruhe hat seit 2009 sein erstes Klimaschutzkonzept umgesetzt und verfolgt nun eine neue, weiterführende Klimaschutzstrategie. Das „Klimaschutzkonzept 2030“ gibt den Handlungsrahmen für die Klimaschutzaktivitäten der kommenden Jahre vor und soll die erforderlichen Weichenstellungen für das Erreichen der Klimaneutralität bis spätestens zum Jahr 2050 gewährleisten. Der Gemeinderat hat das Konzept am 28. April 2020 mit großer Mehrheit verabschiedet und folgende Grundsatzbeschlüsse dazu gefasst:

- Bis zum Jahre 2030 sollen die CO₂-Emissionen im Stadtgebiet um mindestens 58% bezogen auf den Stand von 2010 abgesenkt werden, das bedeutet gegenüber 2017 als aktuellstem Bilanzierungsstand eine Minderung um insgesamt mindestens rund 1,3 Millionen Tonnen CO₂ beziehungsweise eine Absenkung von 7,9 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr auf höchstens 3,3 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr.
- Für die angestrebte langfristige Klimaneutralität im Jahr 2050 wird zukünftig ein Zielwert von unter 0,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr zugrunde gelegt.
- Die Stadtverwaltung soll spätestens bis zum Jahre 2040 klimaneutral sein.

Zudem verfügt die Stadt Karlsruhe seit 2013 auch über eine Klimaanpassungsstrategie für den bereits einsetzenden Klimawandel. Diese wurde 2021 inklusive eines Monitoringberichtes ebenfalls fortgeschrieben.

Klimaneutrales Karlsruhe

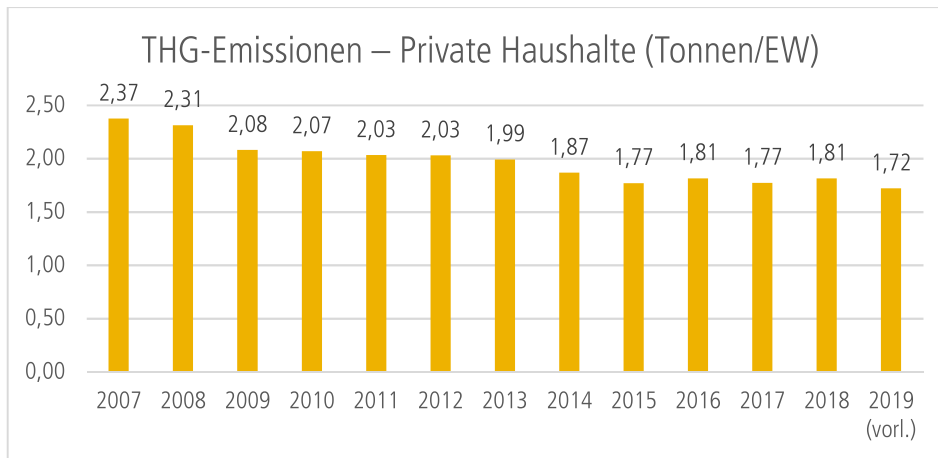


Der Karlsruher Gemeinderat hat im April 2020 ein neues Klimaschutzkonzept beschlossen, welches die Ziele und Maßnahmen des bisherigen Klimaschutzkonzeptes von 2009 fortschreibt. Es gibt den Handlungsrahmen für die Klimaschutzaktivitäten der kommenden zehn Jahre vor und stellt die Weichen für das Erreichen der Klimaneutralität 2050. Wichtige Umsetzungsvorhaben sind der umfassende Ausbau der Photovoltaik und einer Sanierungsoffensive, zahlreiche Maßnahmen zum klimafreundlichen Verkehr sowie neue Beratungs- und Förderangebote. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, soll die Stadtverwaltung bereits bis 2040 klimaneutral sein. Die Karlsruher Bürgerschaft wird in die Umsetzung aktiv mit einbezogen. Unter anderem wurde sie mit sogenannten Klimaforen über den Konzeptionsprozess sowie den aktuellen Stand bei der Umsetzung der Maßnahmen informiert und ist dazu eingeladen, die städtischen Maßnahmen mit eigenen Projektideen zu unterstützen.



3.1.1 Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)

THG-Emissionen – Private Haushalte



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

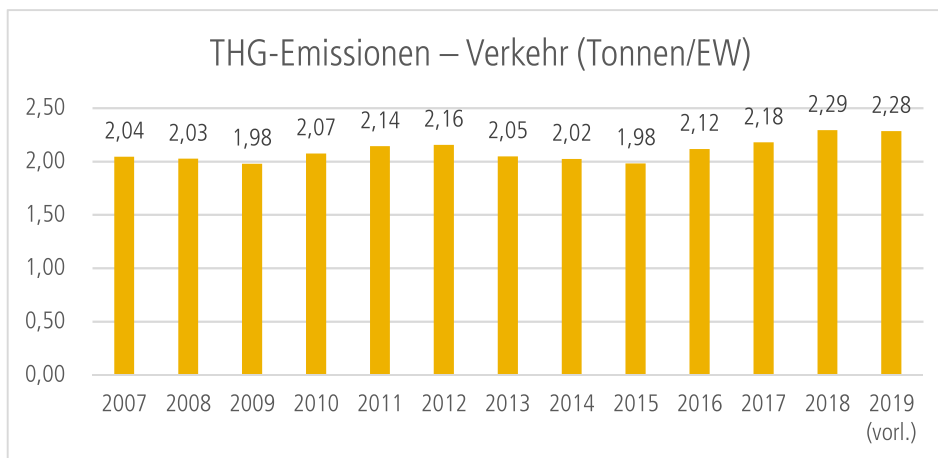
THG-Emissionen privater Haushalte in Tonnen (t) je Einwohnerin und Einwohner (EW)



SDG-Indikator Nr. 90

Nachhaltigkeitsbezug: Der Emissionsanteil privater Haushalte liegt bei etwa einem Viertel der nationalen Emissionen. Allein durch einfache Änderungen beim Nutzerverhalten können erhebliche Mengen an Energie und damit an CO₂-Emissionen eingespart werden. Eine Verringerung der Raumtemperatur um nur ein Grad spart etwa sechs Prozent der Heizenergie. Die Verringerung des CO₂-Ausstoßes adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.

THG-Emissionen – Verkehr



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

THG-Emissionen des motorisierten Individualverkehrs inklusive LKWs in Tonnen (t) je Einwohnerin und Einwohner (EW)

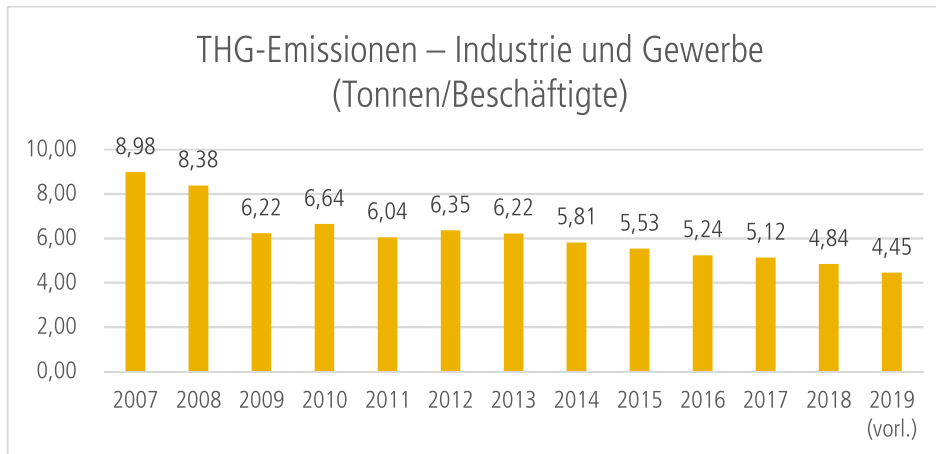


SDG-Indikator Nr. 94

Nachhaltigkeitsbezug: Die THG-Emissionen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) sollten eigentlich auf die geleisteten Personenkilometer bezogen werden. Da diese Daten nicht vorliegen, werden die THG-Emissionen zu den Einwohnerinnen und Einwohnern ins Verhältnis gesetzt. Der MIV ist für knapp zwei Drittel der Gesamtemissionen des Personenverkehrs verantwortlich und hat somit einen Anteil von knapp 13 Prozent an den Gesamtemissionen Deutschlands. Trotz erheblicher Effizienzgewinne der letzten Jahrzehnte ist der MIV, ausgeschlossen Flugverkehr, die Form der Mobilität mit den höchsten spezifischen CO₂-Emissionen pro Verkehrsleistung (Personenkilometer). Zusätzlich werden diese Effizienzsteigerungen vollständig durch eine Steigerung des MIV-Aufkommens kompensiert. Aufgrund der Treibhausgasemissionen (neben CO₂ weitere Gase als CO₂-Äquivalente berücksichtigt) entstehen erhebliche Umwelt- und Klimakosten, die einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen.



THG-Emissionen – Industrie und Gewerbe



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

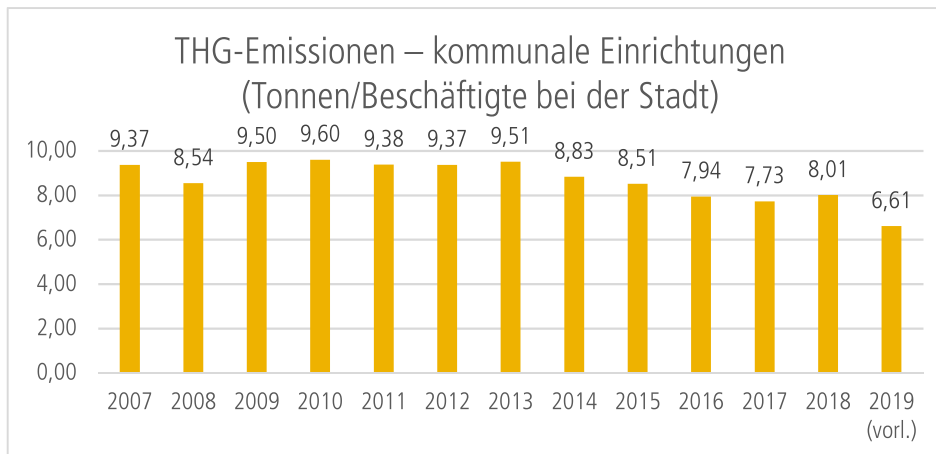
THG-Emissionen von Industrie und Gewerbe in Tonnen (t) je Beschäftigten am Arbeitsort



**SDG-Indikatoren
Nr. 91 und 92**

Nachhaltigkeitsbezug: Der Indikator setzt die produzierte Menge an CO₂-Emissionen von Industrie und Gewerbe in Bezug zu den Beschäftigten in der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO₂-Ausstoß durch Energieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Industrie und verarbeitendes Gewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten verursachen ein Viertel der gesamten direkten Treibhausgasemissionen durch Verbrennungsprozesse und Prozessemissionen. Die direkten Emissionen des Sektors Gewerbe-Handel-Dienstleistungen (GHD) haben einen Anteil von knapp einem Drittel an den nationalen Gesamtemissionen. Dem Sektor GHD werden alle Handwerksbetriebe und Betriebe bis 19 Beschäftigte (industrielle Kleinbetriebe) zugerechnet. Hinzu kommen alle Betriebe des Handel- und Dienstleistungsbereichs sowie die Land- und Forstwirtschaft und militärische Dienststellen. Seit 1990 sind die Gesamtemissionen des GHD-Sektors aufgrund steigender Energieproduktivität um die Hälfte gesunken. Im Zeitraum 1995 bis 2017 ist der Energieverbrauch von Industrie und verarbeitendem Gewerbe um etwa 9 Prozent gestiegen, während gleichzeitig die Bruttowertschöpfung der Industrie aufgrund effizienter Produktionsprozesse und der Produktion hochwertigerer und ressourceneffizienterer Produkte um etwa 39 Prozent (preisbereinigt) angestiegen ist. Ziel ist es, die Wirtschaftsleistung vom Energieverbrauch zu entkoppeln.

THG-Emissionen – Kommunale Einrichtungen



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

THG-Emissionen kommunaler Einrichtungen je Beschäftigten bei der Stadt

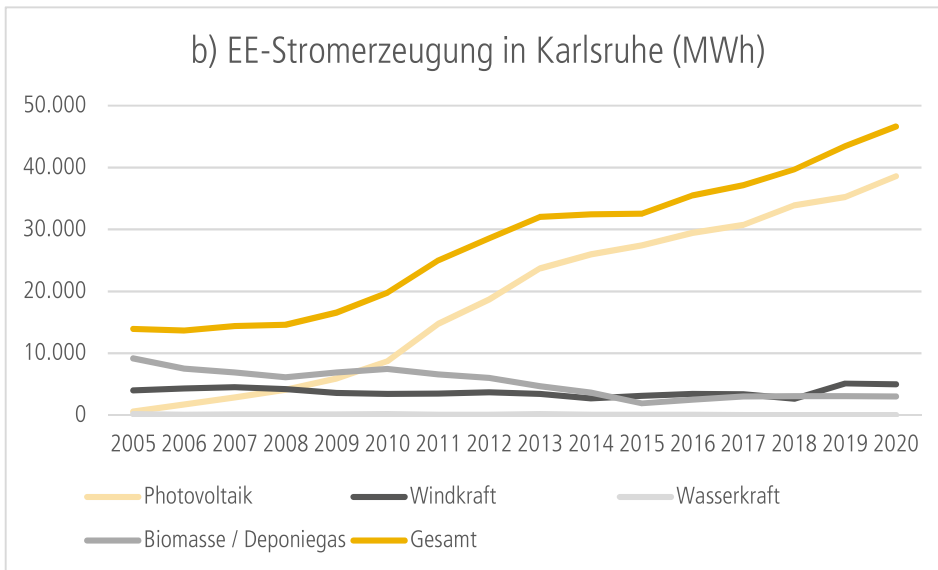
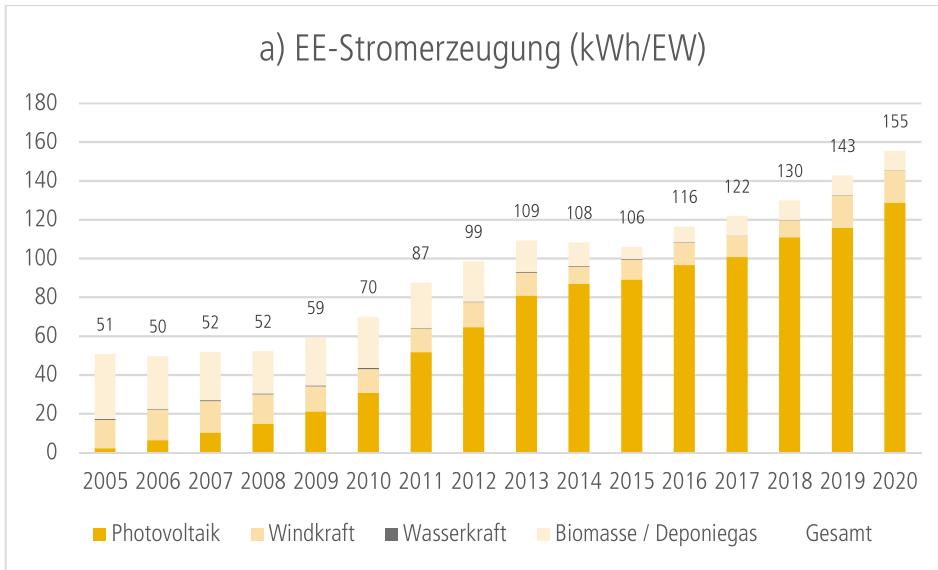


SDG-Indikator Nr. 93

Nachhaltigkeitsbezug: Der Indikator setzt die Menge an CO₂-Emissionen kommunaler Einrichtungen in Bezug zu den Beschäftigten in der Kommune. Als Teil der Infrastruktur zur öffentlichen Daseinsvorsorge hat die Emissionsintensität kommunaler Einrichtungen Vorbildfunktion und erfüllt darüber hinaus die Anforderung an eine kosteneffiziente Verwaltung. Die Emissionen kommunaler Einrichtungen umfassen öffentliche Straßenbeleuchtung, kommunale Gebäude (unter anderem Rathaus, Schulen und Kindergärten) sowie den Energieverbrauch von kommunalen Infrastrukturanlagen, unter anderem aus den Bereichen Wasser/Abwasser, Straßen und Abfall.

3.1.2 Energieversorgung

Strom aus erneuerbaren Energien (EE)



Datenquellen:
Stadtwerke Karlsruhe

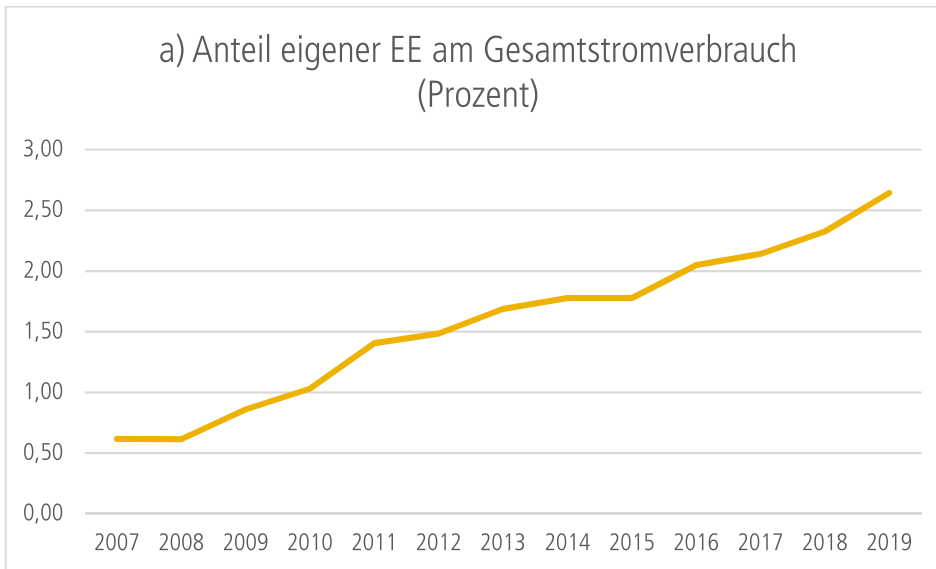
Definition:
a) Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Karlsruhe (Kilowattstunden pro Einwohnerin und Einwohner)
b) Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Karlsruhe (Megawattstunden)

Ergänzung der SDG-Indikatoren Nr. 37 und 38

Nachhaltigkeitsbezug: Die erneuerbaren Energien stellen – neben Energieeinsparmaßnahmen und der Steigerung der Energieeffizienz – einen wichtigen Baustein der deutschen Energiewende dar. Da sie sich als natürliche Energiequellen ständig regenerieren, kann der Bedarf an fossilen Energieträgern so verringert und sowohl die Abhängigkeit von Importen konventioneller Energieträger reduziert, als auch der Ausstoß energetisch bedingter Emissionen verringert werden. Die Möglichkeit einer relativ dezentralen Versorgung mit Strom im Vergleich zur zentralen Bereitstellung durch fossile Energieträger ist darüber hinaus förderlich für regionale Wirtschaftskreisläufe. Der lokale Beitrag zum Klimaschutz dämmt zudem das Ausmaß des globalen Klimawandels ein.



Stromanteil aus erneuerbaren Energien (EE)



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

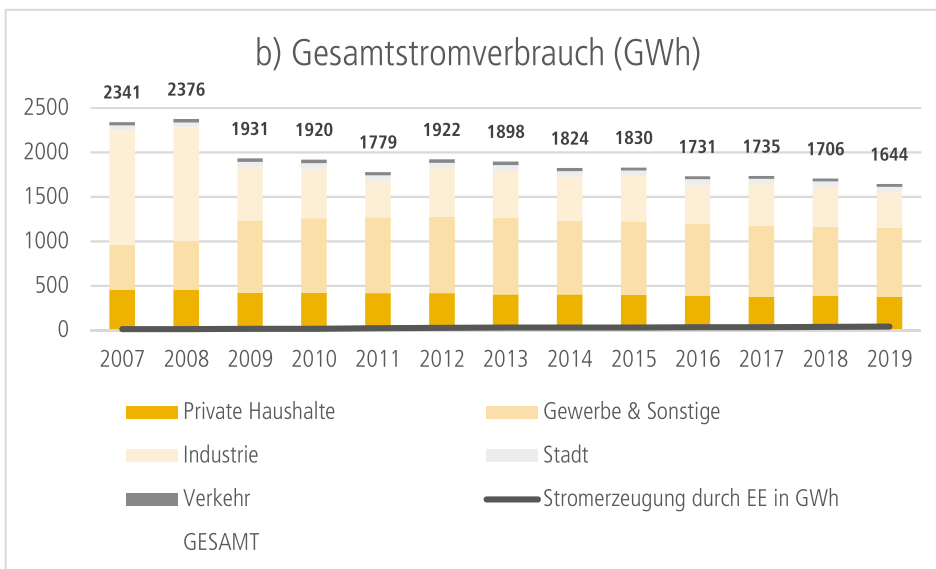
Definition:

a) Anteil EE am Gesamtstromverbrauch (%)

Anteil des aus erneuerbaren Energiequellen (PV, Wind, Wasser und Biomasse) in Karlsruhe erzeugten Stroms am Gesamtstromverbrauch

b) Gesamtstromverbrauch (GWh)

Stromverbräuche Private Haushalte, Verkehr, Industrie, Gewerbe und Sonstige sowie der Stadt und die gesamte Stromerzeugung erneuerbarer Energien (EE) in Gigawattstunden (GWh)



SDG-Indikator Nr. 36

Nachhaltigkeitsbezug: Die erneuerbaren Energien stellen – neben Energieeinsparmaßnahmen und der Steigerung der Energieeffizienz – einen wichtigen Baustein der deutschen Energiewende dar. Da sie sich als natürliche Energiequellen ständig regenerieren, kann der Bedarf an fossilen Energieträgern so verringert und sowohl die Abhängigkeit von Importen konventioneller Energieträger reduziert, als auch der Ausstoß energetisch bedingter Emissionen verringert werden. Die Möglichkeit einer relativ dezentralen Versorgung mit Strom im Vergleich zur zentralen Bereitstellung durch fossile Energieträger ist darüber hinaus förderlich für regionale Wirtschaftskreisläufe. Dies hat Einfluss auf die ökologische, ökonomische und soziale Dimension. Der lokale Beitrag zum Klimaschutz dämmt das Ausmaß des globalen Klimawandels ein und folgt damit dem Prinzip der globalen Verantwortung sowie der intragenerativen Generationengerechtigkeit.



100-Dächer-Programm

Gemeinsam mit den Stadtwerken Karlsruhe stattet die Volkswohnung von 2020-2022 jährlich 30 bis 40 Dächer mit Photovoltaik-Anlagen über das Gemeinschaftsunternehmen Karlsruher Energieservice GmbH (KES) aus. Mit der Energie der Sonne lässt sich sauberer und günstiger Strom erzeugen und klimaschädliches CO₂ einsparen. Ziel ist es, dass die Mieterinnen und Mieter den lokalen Strom selbst nutzen. Aber auch der im Gebäude benötigte Allgemeinstrom bspw. für Aufzug, Flur- oder Kellerlicht wird aus den PV-Anlagen gespeist.



Gleichzeitig setzt die Volkswohnung in puncto Energiewende und Erreichung der Klimaziele einen weiteren Schritt und kann so möglicherweise auch andere Akteure motivieren, die zahlreichen Karlsruher Sonnenstunden stärker zu nutzen.

Papierfabrik Stora Enso wird zum Wärmelieferant – Fernwärme



SEM und SWK besiegeln die künftige Zusammenarbeit. © Stadtwerke Karlsruhe

Die Wärmewende ist ein entscheidender Baustein der Energiewende. Die Stadtwerke Karlsruhe leisten mit ihrer klimafreundlichen Fernwärme einen wichtigen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen bei der Wärmeversorgung der Stadt Karlsruhe. Diese Fernwärme, die bei vielen Karlsruher Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Industrie- und Gewerbebetrieben für behagliche Wärme sorgt, stammt bisher aus drei Bezugsquellen: der Mineralö Raffinerie Oberrhein (MiRO) und dem Rheinhafendampfkraftwerk (RDK) der EnBW als externe Quellen sowie der Eigenerzeugung. Diese verteilt sich auf das Heizkraftwerk (HKW) West und die beiden kleineren Heizwerke (HW) Ahaweg und Waldstadt.

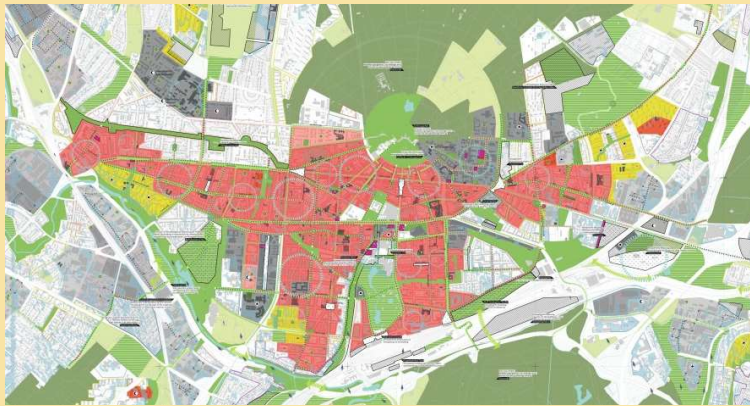
Im Jahr 2022 soll mit der Industriewärmeauskopplung der Papierfabrik Stora Enso Maxau (SEM) eine weitere Einspeisequelle hinzukommen. Durch den Bau einer neuen, hocheffizienten Dampfturbine im Jahr 2020 stehen zukünftig rund 30 Megawattstunden Wärmeleistung zur Verfügung, durch deren Nutzung für die Karlsruher Fernwärmeversorgung weitere rund 10.000 Tonnen CO₂ vermieden werden können. Die zur Verfügung stehende Wärme soll über eine Verbindungsleitung von der Papierfabrik in die Transportleitung zwischen MiRO und HKW West eingespeist werden. Baubeginn für die zwei Kilometer lange Verbindungsleitung war im April 2021. Insgesamt wurden durch die Fernwärme im Jahr 2020 130.764 Tonnen CO₂ eingespart. (berechnet gegenüber Erdgas)



3.1.3 Klimaanpassung

Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung

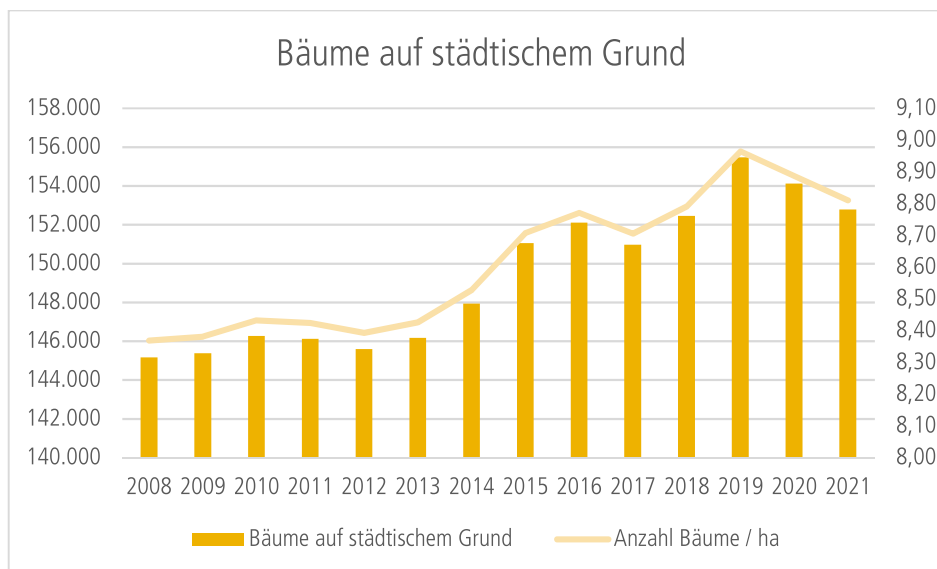
Der Städtebauliche Rahmenplan Klimaanpassung aus dem Jahr 2015 weist für die verschiedenen Stadtstrukturtypen im Karlsruher Stadtgebiet jeweils geeignete Maßnahmen zur Klimaanpassung aus.



Der städtebauliche Rahmenplan Klimaanpassung in der Übersicht.
Darstellung: berchtoldkrass space&options für Stadt Karlsruhe

Der Gemeinderat hat am 24. März 2015 den Rahmenplan als „sonstige städtebauliche Planung“ nach § 1 Abs. 6, Nr. 11 BauGB beschlossen. Er ist damit bei der Abwägung im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen. Er dient zudem als Grundlage bei der Auswahl von Gebieten für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen beziehungsweise für den Stadtumbau und soll auch bei sonstigen planerischen Maßnahmen, wie zum Beispiel städtebaulichen Wettbewerben, berücksichtigt werden.

Bäume auf städtischem Grund



Datenquellen:

Stadt Karlsruhe
Gartenbauamt, Tiefbauamt

Definition:

Bäume auf städtischem Grund,
absolut und pro Hektar (ha)

Nicht enthalten sind private Bäume
auf städtischem Grund sowie Bäume
auf Landesflächen wie dem
Schlossgarten.



SDG-Indikator Nr. 88

Nachhaltigkeitsbezug: Durch Transpiration erzeugen Bäume eine höhere Luftfeuchtigkeit und tragen so zur Senkung der Temperatur bei. So wird das für die Folgen des Klimawandels wichtige Stadtklima durch Sauerstoffproduktion, Schadstoffbindung und Schattenbildung dauerhaft verbessert. Zusätzlich prägen sie das Erscheinungsbild von Städten und Siedlungen und tragen wesentlich zum Wohlbefinden der Bevölkerung bei. Neben den ökologischen Aspekten geht mit der Verringerung der Notwendigkeit von technischen Lösungen zur Kühlung im Gebäudesektor auch ein ökonomischer Vorteil einher. Der Erhalt des städtischen Grüns ist aufgrund des langfristigen Zeithorizonts und nicht zuletzt auch aufgrund des bereits einsetzenden Klimawandels eine große Herausforderung.



Index Kommunale Klimaanpassung

Die im Index erhobenen Klimaanpassungsmaßnahmen werden zu 80 Prozent umgesetzt.

Fragen		ja/nein
1	Sind eine Klimaanalyse und Klimagefahrenkarte für Ihre Kommune erstellt worden?	ja
2	Gibt es einen politischen Beschluss zur Klimaanpassung?	ja
3	Ist ein Konzept vorhanden, das sich mit den Auswirkungen des Klimawandels in der Kommune auseinandersetzt, dabei die spezifische kommunale Betroffenheit und Gefährdung betrachtet und daraus eine lokale Strategie mit geeigneten Anpassungsmaßnahmen entwickelt (Klimaanpassungskonzept)?	ja
4	Wurde dieses Klimaanpassungskonzept beschlossen?	ja
5	Findet die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Schutz vor Überflutung, Hitze, Trockenheit, Sturmschäden, etc.) in der Stadtplanung und -entwicklung Beachtung?	ja
6	Wurden/Werden Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bei öffentlichen Vorhaben/Gebäuden/Flächen (zum Beispiel Dach- und Fassadengrün, Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen auf Plätzen, Retentionsflächen und vieles mehr) bereits umgesetzt?	ja
7	Ist eine fach-/ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Klimaanpassung“ in Ihrer Kommune vorhanden?	nein
8	Ist ein kommunaler Hitzeaktionsplan oder ein ähnliches Instrument zur Hitzevorsorge vorhanden?	nein
9	Existieren Angebote zur Sensibilisierung und Information der Bürgerinnen und Bürger zu Klimawandel und -anpassung?	ja
10	Gibt es kommunale Förderprogramme für private Klimaanpassungsmaßnahmen und Eigenvorsorge für Akteure in der Stadtgesellschaft?	ja

Datenquellen:

Stadt Karlsruhe
Umwelt- und Arbeitsschutz

Definition:

Summenindex aus 10 Ja/Nein-Fragen
(Wert 0 bis 10)

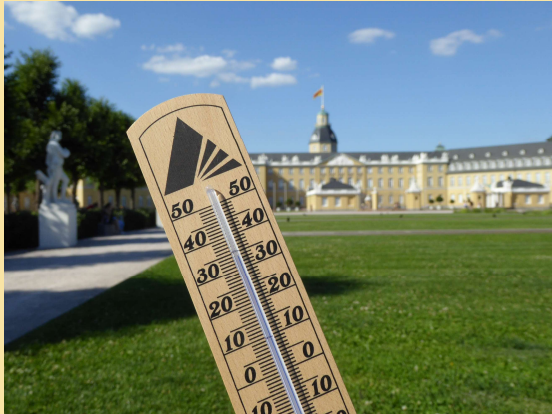


SDG-Indikator Nr. 86

Nachhaltigkeitsbezug: Aufgrund des bereits fortgeschrittenen, anthropogen induzierten Klimawandels muss selbst bei sofort wirksamen Klimaschutzmaßnahmen und Einhaltung der Pariser Klimaziele mit weitreichenden globalen klimatischen Veränderungen gerechnet werden. Dementsprechend müssen auch auf kommunaler Ebene – organisatorisch wie infrastrukturell – Maßnahmen umgesetzt werden. Klimaanpassungsmaßnahmen folgen aufgrund des langfristigen Zeithorizonts vor allem dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit.



Stadt im Klimawandel – Klimaanpassungsstrategie



Bereits 2013 hatte Karlsruhe eine Klimaanpassungsstrategie veröffentlicht und war damit eine der ersten Städte in Deutschland, die das Thema Anpassung an den Klimawandel mit einer eigenen Strategie anging.

2021 wurden nun die Fortschreibung samt Monitoringbericht beschlossen und veröffentlicht. Hierin veranschaulichen unterschiedliche Indikatoren und deren Umsetzungsstand die Klimaentwicklung, die Folgen des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel für Karlsruhe.

Insgesamt verfolgt die Stadtverwaltung 85 Klimaanpassungsmaßnahmen, die von zahlreichen Dienststellen und städtischen Gesellschaften umgesetzt werden. Auch neue Maßnahmen sind geplant. Alle Maßnahmen sind in 16 Handlungsfeldern zusammengefasst und decken damit alle Arbeitsbereiche ab, in denen die Stadt vom Klimawandel betroffen ist. Ein Schwerpunkt der Klimaanpassungsstrategie ist die Vorsorge vor Hitze, sowohl im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitsvorsorge als auch in Bezug auf Stadtplanung und Stadtgrün sowie in vielen anderen Bereichen. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Umgang mit Trockenheit und deren Folgen, vor allem im Wald sowie mit Blick auf die Stadtbäume. Die Vorsorge vor Starkregenereignissen und der Hochwasserschutz sind weitere wichtige Anliegen, die vor allem durch die Maßnahmen in den Handlungsfeldern Stadtentwässerung und Oberflächengewässer umgesetzt werden.

Wasserwerk Mörscher Wald

Wasser ist kostbar, insbesondere im Hinblick auf das sich verändernde Klima, das für Karlsruhe zunehmende Hitze und Trockenheit bedeutet. Um die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung auch weiterhin zu gewährleisten, wurde seit dem Frühjahr 2018 das neue Wasserwerk Mörscher Wald errichtet. Die Inbetriebnahme des Werkes wird voraussichtlich im Spätherbst 2021 erfolgen, daran wird sich der Rückbau des Bestandswerkes anschließen. Aus den betriebenen 24 Förderbrunnen dürfen dann bis zu 6,4 Millionen Kubikmeter Grundwasser im Jahr gefördert werden. Für die zukünftige Trinkwasserversorgung sind für 2026 die Anpassung des Wasserwerkes Hardtwald von 40 auf 60 Kubikmeter pro Tag (Tm^3/d) geplant.



Außenansicht des Wasserwerkes Mörscher Wald

Zu einem bewussten Umgang mit der Ressource Wasser zählt auch der Schutz vor Verschmutzungen des Grundwassers, die meist über lange Zeiträume verbleiben und daher bereits im Vorfeld vermieden werden müssen. Hierfür engagieren sich die Stadtwerke Karlsruhe zusammen mit der IAWR.

3.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Klimaschutz		
HGW	EinSparProjekt Karlsruher Schulen und Dienststellen	2012	Projekt
KEK	Beratungszentrum Klima Energie Mobilität	2021	Einrichtung
KEK	Stromspar-Check	2010	Projekt
KEK	Karlsruher Energiequartiere	2016	Projekt
KEK	Erstberatungsangebot zum Thema E-Mobilität und Ladeinfrastruktur für die Bürgerschaft	2021	Programm
LA	KlimaBonus Karlsruhe: Förderprogramm für energetisches Sanieren und PV-Ausbau	2021	Programm
SWK	Mitgliedschaft Klimaschutz-Unternehmen	2010	Netzwerk
SWK	Klimaschutz-Unternehmen: „Wege zum klimaneutralen Unternehmen“	2021	Projekt
SWK	Nachhaltigkeitskampagne des SWK-Vertriebs	2021	Kampagne
SWK	Baumpflanzaktion – 100Prozent von hier	2007	Programm
SWK	Aktion SWK Klimahelden 2.0 gemeinsam mit IKEA und der „neuen Welle“	2021	Projekt
SWK	KLIMA-Zähler hält Fortschritte fest	2019	Programm
UA	<u>Klimaschutzkonzept (2009, Fortschreibung 2020)</u>	2020	Konzept
UA	Start des Vorhabens „Klimaneutrale Stadtverwaltung 2040“	2020	Ziel
UA	Klimaneutralität 2040, Zwischenziel 2030: -58 % CO ₂ gegenüber 2010	2020	Ziel
UA	Leitprojekt: „Klimaneutrales Karlsruhe“	2020	IQ-Leitprojekt
UA	Karlsruher Klimafonds	2012	Programm
UA	E-Ladeinfrastrukturkonzept	2021	Konzept
UA	Karlsruher Klimakampagne: Beginn 2009, Neuausrichtung 2021	2021	Kampagne
UA	Energieleitplan zur zielgenauen Planung von Energiebedarfen und -potenzialen im gesamten Stadtgebiet	Plan 2021	Strategie
UA	Roadmap für eine Transformation (Defossilisierung) der Wärmeversorgung	2020	Strategie
UA	Klimaschutzpakt mit den Karlsruher Hochschulen	2020	Netzwerk
UA	Klimaallianz mit Karlsruher Unternehmen	2021	Netzwerk
UA	Beitritt zum Klimaschutzpakt des Landes BaWü: Klimaneutrale Stadtverwaltung	2016	Netzwerk
UA	Ausrufung des „Klimanotstands“ und Einführung des „Klima-Checks“ in Gemeinderatsvorlagen	2019	Aktion
UA	Teilnahme am European Energy Award (EEA)	2008	Programm
VoWo	Klimaneutralität 2040	2021	Ziel
VoWo	Klimaschutzstrategie	2021	Strategie
VoWo	Mitgliedschaft Initiative Wohnen.2050	2020	Netzwerk
ZKM	Erstellung einer Klimabilanz	2020	Projekt
Zoo	Klimafaire Energieverbraucher und Bezieher klimafairer Futtermittel	2018	Zielerreichung



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Energieversorgung (Klimaschutz)		
AVG	Stadtbahnbetrieb mit nach TÜV Süd EE Grünstrom zertifiziertem Ökostrom	2017	Programm
FBA	Einsatz und Betrieb von PV-Anlagen auf dem Hauptfriedhof (weitere Anlagen in Planung)	2016	Strategie
HGW	Austausch energieintensiver Leuchtmittel durch LED-Beleuchtung	2015	Konzept
HGW	PV Anlagen auf städtischen Gebäuden (Ausbau ist auf der städtischen Homepage dokumentiert)	2002	Strategie
HGW	Bezug von Ökostrom für die städtischen Liegenschaften	2015	Strategie
HGW u.a.	Nutzung von Fernwärme für diverse Dienstgebäude	1970	Strategie
HGW u.a.	Entwicklung und Einsatz eines Energiedatencontrolling	1979	Konzept
HGW u.a.	Bezug von Ökostrom in Büro, Parkhäusern, treuhändisch verwalteten Gebäuden, gemeinschaftlich genutzten Anlagen und Gebäudeteilen in Mietobjekten	2015	Strategie
HGW, KFG u.a.	Wo möglich, Umstellung der Gebäudebeleuchtung auf LED	2015	Daueraufgabe
HGW u.a.	Wo möglich, Reduzierung der Gebäudebeleuchtung	-	Daueraufgabe
KEK	Photovoltaiknetzwerk Mittlerer Oberrhein	2018	Projekt
KEK	Kompetenzstelle Energieeffizienz	2016	Projekt
KEK	Energiechecks Verbraucherzentrale	2013	Projekt
KFG	Ausschließlicher Bezug von Ökostrom in allen eigenen und treuhänderisch verwalteten Gebäuden der KFG	2018	Daueraufgabe
SWK	Strategie zum Photovoltaik-Ausbau	2021	Strategie
SWK	Ausbauoffensive Fernwärme (inkl. Einbindung Industrieabwärme Stora Enso)	2015	Strategie
SWK	Umbau/Erneuerung/Anpassung der Stromnetze aller Spannungsebenen	2022	Konzept
SWK	Stromnetzstudie: Netze for future	Plan 2021	Studie
SWK	Zukunft Erdgasnetze (Quo vadis Erdgas, H2 ready, grüne Gase)	Plan 2021	Strategie
SWK	Ökologische Modernisierung Laufwasserkraftwerk Appenmühler	2020	Projekt
TBA	Klärwerk Energierückgewinnung	2000	Konzept, Projekt
TBA	Straßenbeleuchtung mit LED	2012	Daueraufgabe
VBK	Straßenbahnbetrieb mit nach GoO Grünstrom zertifiziertem Ökostrom	2017	Konzept
VoWo	Energieeffizienz und Energieeinsparung	-	Daueraufgabe
VoWo	Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien	-	Daueraufgabe
VoWo	100-Dächer-Programm (Förderung von Photovoltaik)	2020	Programm



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit) wann	Kategorie
	Anpassung an den Klimawandel		
FBA	Baumpflanzaktionen auf dem Friedhof Heidenstücker und großer Baumbestand auf dem Hauptfriedhof	2008	Konzept
GBA	„Urbanes Grün“ (Weiterentwicklung des städtischen Grüns)	2020	IQ-Leitprojekt
GBA	Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung	1998	Förderprogramm
GBA	Pflanzung von neuen Bäumen	-	Daueraufgabe
KFG	Alter Schlachthof: Verzicht auf Klimaanlage	2007	Daueraufgabe
IT u.a.	Smarter Friedrichsplatz (Installation von Umweltsensorik, um Daten zu sammeln zu Bewässerungsbedarfen und auftretenden Kühlungseffekten)	2021	Projekt
LA	<u>Bürger-GIS Karlsruhe Karte mit Klimaanpassungsmaßnahmen</u>	2015	Karte
NVK	Klimafunktionskarte	2011	Karte
StPIA	Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung	2015	Konzept
SWK	Neubau Wasserwerk Mörscher Wald	2018	Projekt
UA	<u>Klimaanpassungsstrategie</u> (2013, Monitoring und 1. Fortschreibung 2021)	2021	Strategie
UA	„Stadt im Klimawandel“ (Klimaanpassungsstrategie und Hitzeaktionsplan)	2020	IQ-Leitprojekt
UA	Stadtklima im Wandel – Überprüfung der Praxis- und Nutzertauglichkeit von Stadtklimamodellen für eine klimawandelgerechte Stadtentwicklung	2019	Projekt
UA	CityClim	2021	Projekt
UA	Klimaangepasste Fassadengestaltung (Bachelorarbeit Hochschule Karlsruhe)	2021	Bachelorarbeit
UA	Arbeitsgemeinschaft Klimawandel und Klimafolgenanpassung des Städtetags Baden-Württemberg	2014	Netzwerk
UA, AfStA	Ge[Kli]mapped: Stadtraummonitor Klimaanpassung und Gesundheit	2021	Projekt
UA, GBA, StPIA	Green GROWnership: rechtliche, planerische und motivierende Instrumente für mehr privates Grün	2021	Projekt
UA, LA	<u>Stadtplan für heiße Tage – Karlsruher Guide zum Abkühlen</u>	2021	Karte, Website
UA, StPIA	NaMaRes – Bewertung der Ökologie, Wirtschaftlichkeit und sozialen Effekte von ressourceneffizienzsteigernden Maßnahmen auf Quartiersebene – von der volkswirtschaftlichen zur akteurspezifischen Perspektive	2019	Projekt
VBK	Pilotprojekt zur Bewässerung von Rasengleisen	Plan	Projekt

Abkürzungen

AfStA:	Amt für Stadtentwicklung	NVK:	Nachbarschaftsverband Karlsruhe
AVG:	Albtal Verkehrsgesellschaft	StPIA:	Stadtplanungsamt
FBA:	Friedhofs- und Bestattungsamt	SWK:	Stadtwerke Karlsruhe GmbH
GBA:	Gartenbauamt	TBA:	Tiefbauamt
HGW:	Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft	UA:	Umwelt- und Arbeitsschutz
IT:	Amt für IT und Digitalisierung	VBK:	Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH
KEK:	Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH	VoWo:	Volkswohnung GmbH
LA:	Liegenschaftsamt	ZKM:	Zentrum für Kunst und Medien



3.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Angefangen mit dem ersten **Klimaschutzkonzept** 2009, möchte die Stadt Karlsruhe mit einer neuen Klimaschutzstrategie samt umfangreichem Maßnahmenkatalog möglichst bereits bis 2040 klimaneutral sein. Bis zum Jahre 2030 sollen die CO₂-Emissionen im Stadtgebiet um mindestens 58 Prozent im Vergleich zu 2010 abgesenkt werden. Auch die Stadtverwaltung selbst soll spätestens bis zum Jahre 2040 klimaneutral sein. Zudem verfügt die Stadt Karlsruhe als eine der ersten Städte seit 2013 auch über eine **Klimaanpassungsstrategie** für den bereits einsetzenden Klimawandel. Diese wurde 2021 inklusive eines Monitoringberichtes ebenfalls fortgeschrieben.

Die **THG-Emissionen** privater Haushalte machen etwa ein Viertel der nationalen Emissionen aus. In Karlsruhe betragen die THG-Emissionen im Jahr 2019 circa 1,72 Tonnen je Einwohner und Einwohnerin und sind damit seit 2007 auf dem niedrigsten Stand. Allein durch einfache Änderungen beim Nutzerverhalten können erhebliche Mengen an Energie und damit an CO₂-Emissionen eingespart werden. Haben sich die THG-Emissionen der Privaten Haushalte verringert, so sind die THG-Emissionen des Verkehrs seit 2015 stetig gestiegen und liegen 2019 bei 2,28 Tonnen je Einwohnerin und Einwohner. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist für knapp zwei Drittel der Gesamtemissionen des Personenverkehrs verantwortlich und hat somit einen Anteil von knapp 13 Prozent an den Gesamtemissionen Deutschlands. Die THG-Emissionen von Industrie und Gewerbe sinken dagegen seit 2007 stetig und haben sich 2019 mit 4,45 Tonnen je Beschäftigten fast halbiert. Auch bei den kommunalen Einrichtungen sind die THG-Emissionen leicht rückläufig und erreichen 2019 ihren bisherigen Tiefststand mit 6,61 Tonnen je Beschäftigten bei der Stadt.

Der **Gesamtstromverbrauch** (Private Haushalte, Verkehr, Industrie, Gewerbe und Sonstige, Stadt) beträgt im Jahr 2019 rund 1.644 GWh und hat sich in den letzten zehn Jahren um etwa 300 GWh, maßgeblich durch Einsparungen im industriellen Sektor, verringert. Der Anteil des aus **erneuerbaren Energiequellen** (PV, Wind, Wasser und Biomasse) in Karlsruhe erzeugten Stroms am Gesamtstromverbrauch ist seit 2007 kontinuierlich angestiegen und beträgt 2019 knapp drei Prozent. Um die Energiewende weiter voranzubringen, müsste daher der Gesamtstromverbrauch weiter sinken und/oder der Anteil erneuerbaren Stroms erhöht werden. Um die Stromerzeugung aus Photovoltaik weiter zu fördern, hat die Volkswohnung gemeinsam mit den Stadtwerken das **100-Dächer-Programm** ins Leben gerufen.

Um dem bereits stattfindenden Klimawandel zu begegnen, wurde 2021 die **Klimaanpassungsstrategie** der Stadt fortgeschrieben. Ein Schwerpunkt dabei ist die Vorsorge vor Hitze, sowohl im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitsvorsorge, als auch in Bezug auf Stadtplanung und Stadtgrün. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Umgang mit Trockenheit und deren Folgen, als auch auf der Vorsorge vor Starkregenereignissen und Hochwasserschutz. Die im Index Kommunale Klimaanpassung erhobenen Maßnahmen werden bereits zu 80 Prozent umgesetzt. Zudem werden jährlich etwa 800 Bäume gepflanzt.

Im Hinblick auf bestehenden (politischen) Handlungsbedarf haben folgende Dienststellen und Gesellschaften Hinweise beigetragen: Umwelt- und Arbeitsschutz, Stadtwerke Karlsruhe GmbH und die Volkswohnung GmbH.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Der Klimawandel muss in Karlsruhe oberste Priorität haben und allen anderen Themen vorangestellt werden.
- Ausrichtung Klimaneutralität, 100 Prozent Versorgung mit erneuerbaren Energien unter Beachtung der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.
- Wärmewende: energetische Sanierung der kommunalen Liegenschaften und Anreize für private Haushalte
- Energiewende: Steigerung der Attraktivität in EE-Projekte zu investieren; Mieterstromprojekte vereinfachen; Beschleunigung/Vereinfachung von Genehmigungsverfahren
- Verkehrswende: mehr Menschen vom ÖPNV, Fahrrad oder Zufußgehen zu überzeugen
- Erhöhung des Handlungsspielraums bezüglich Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Produkte. gegebenenfalls Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen und/oder Senkung von Renditeanforderungen.
- Klimaallianzen mit Industrie- und Gewerbebetrieben schließen zur weiteren Effizienzsteigerung
- Stärkeres Gewicht bei Entscheidungen für die befürworteten Ziele zur Klimaanpassung und Nachhaltigkeit
- Im Bereich Klimaanpassung fehlen bindende Vorgaben – sowohl übergeordnet (Gesetzgeber) als auch stadtintern – und finanzielle und personelle Ressourcen in den zuständigen Ämtern.





4 Nachhaltige Mobilität

Im Handlungsfeld **Nachhaltige Mobilität** (BNK 12) wird dargestellt, wie es um die Mobilität in Karlsruhe bestellt ist, wie die Stadt die kommunalen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Mobilität und Infrastruktur fördert und welche Anreize für nachhaltiges Mobilitätsverhalten gesetzt werden. Neben sechs messbaren Indikatoren, dienen drei Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind das Mobilitätsverhalten (Modal Split) mit Angaben zum Radwegenetz und der Pkw-Dichte; die Verkehrssicherheit (Verunglückte im Verkehr) und neue Formen der Mobilität wie CarSharing, E-Mobilität und Warentransport mit dem ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr).

Tabelle 11: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Nachhaltige Mobilität

Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Modal Split	Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen		
2	Radwegenetz	Radverkehrsanlagen in Karlsruhe in km		
3	Pkw-Dichte	Anzahl der Pkw je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen (EW)	x	
4	Verunglückte im Verkehr	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen (EW)	x	
5	CarSharing	Anzahl der Teilnehmenden bei Stadtmobil/ Anzahl der registrierten Fahrzeuge		
6	E-Mobilität	Anzahl der Ladepunkte und Ladestandorte für E-Fahrzeuge		

Tabelle 12: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Nachhaltige Mobilität

Stadtplanungsamt	Tiefbauamt	Ordnungsamt
Karlsruher Verkehrsverbund	Albtal Verkehrsgesellschaft	Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH
Umwelt- und Arbeitsschutz	Stadtwerke Karlsruhe GmbH	Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur



4.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Die Stadt Karlsruhe möchte Mobilitätsbedürfnisse und Lebensqualität in Einklang bringen. Darunter verstehen wir nachhaltige, zukunftsfähige, sichere und innovative Formen einer umweltverträglichen Mobilität in Karlsruhe sowie in die, aus der und innerhalb der Region. Zentrales Instrument ist dabei der Verkehrsentwicklungsplan. Zudem soll, gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 19. Oktober 2021, die Fahrleistung des Umweltverbundes bis 2035 auf 70 Prozent der Gesamtfahrleistung gesteigert und die Kfz-Fahrleistung von 64 Prozent auf 30 Prozent der Gesamtfahrleistung reduziert werden.

4.1.1 Verkehrsentwicklungsplan



Die Stadt Karlsruhe engagiert sich sehr ehrgeizig und mit langer Tradition für nachhaltige Mobilität und wird dabei oft als Vorbild genannt, zum Beispiel als ÖPNV-, Fahrrad- und Carsharing-Stadt. Nachhaltige Mobilität ist auch eines von sechs **Korridorthernen**.

Bereits seit 2012 besitzt die Stadt Karlsruhe einen integrierten **Verkehrsentwicklungsplan**, welcher vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde und als Rahmenplan für die nachhaltige Mobilitätsentwicklung dient. Er beinhaltet über 120 Strategien, Projekte und Maßnahmen, die mit anderen Zielplänen wie dem Klimaschutzkonzept 2030 oder dem Nahverkehrsplan rückgekoppelt werden.

Um das Ziel einer nachhaltigen Mobilität im Sinne einer CO₂-Einsparung zu erreichen, ist es zudem wichtig, dass bei der Priorisierung der Strategien, Projekte und Maßnahmen die sogenannte **3V-Reihenfolge** beachtet wird:

Reihenfolge	Leitsatz	Beispiele von Strategien und Projekten
1. Priorität	Vermeiden: Kfz-Verkehr vermeiden	Stadt der kurzen Wege (Bauleitplanung)
2. Priorität	Verlagern: Verkehr verlagern auf den Umweltverbund	Ausbau des Umweltverbunds (ÖPNV, Rad, Fuß)
3. Priorität	Verträglich gestalten: Verbleibenden Verkehr verträglich gestalten	Elektromobilität, Lärmaktionsplan

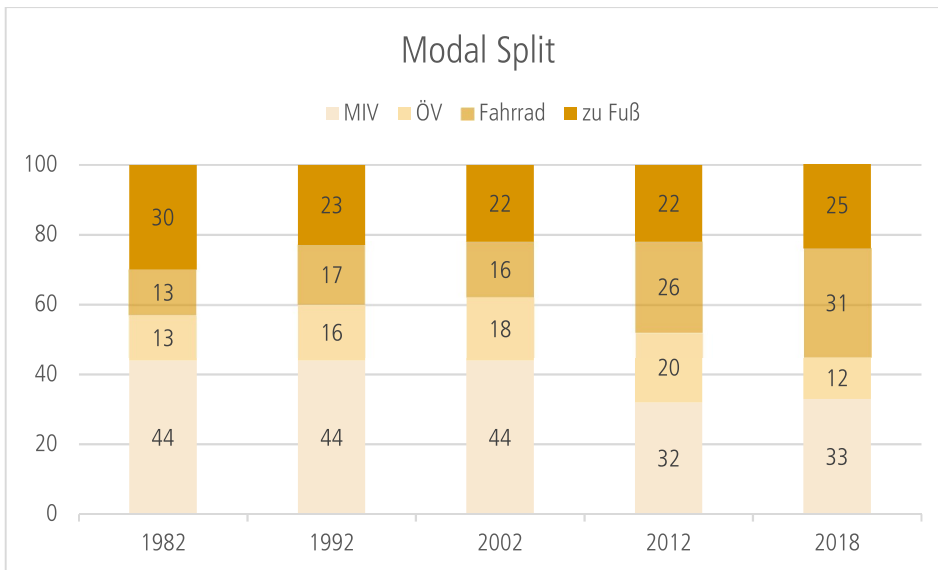
KVV.nextbike



Die Stadt Karlsruhe hat mit Stand 2021 rund 640 Bikeshaing Räder des Systems KVV.nextbike in ihrem Stadtgebiet im Einsatz. Seit der Einführung 2019 haben sich die Leihzahlen mehr als verdoppelt. Gerade auch innerhalb der Flexzone werden die Räder sehr stark von Pendlern und Studierenden genutzt. Besonders attraktiv am KVV.nextbike ist, dass sich das System nicht nur auf die Stadt Karlsruhe beschränkt. In 5 weiteren Städten in der Region rollen die KVV.nextbikes und können von den Nutzern überall geliehen werden. Nicht zuletzt dadurch ist das Bikeshaing eine ideale nachhaltige Ergänzung zum ÖPNV in der Region. Der KVV hat einen laufenden Vertrag mit der Betreiberfirma bis 2027.

4.1.2 Mobilitätsverhalten

Modal Split

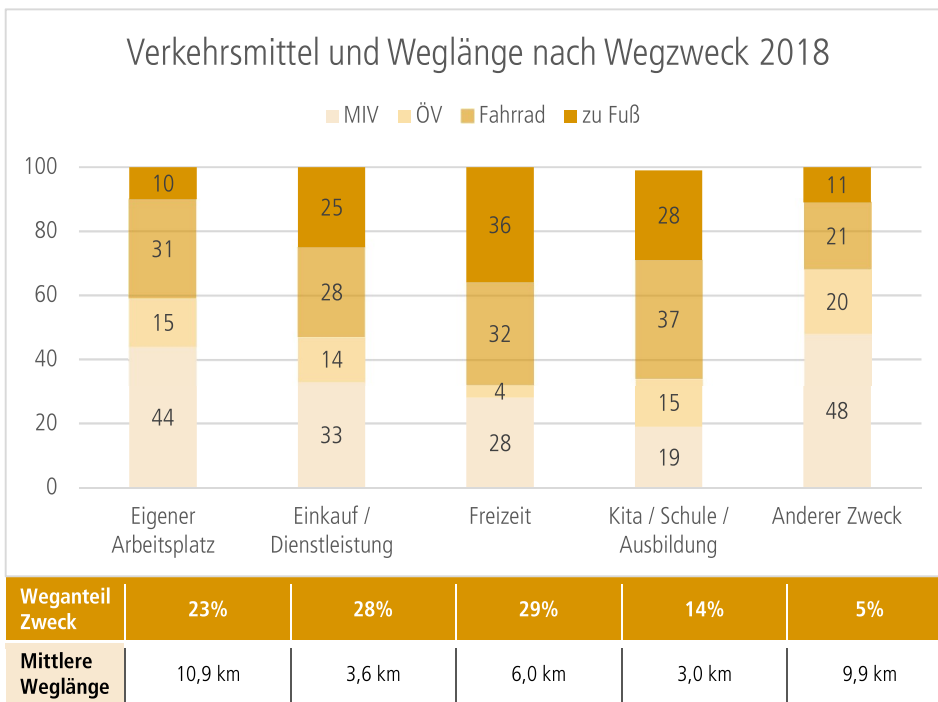


Datenquelle:
Stadt Karlsruhe: Stadtplanungsamt

Die Zeitreihe basiert auf unterschiedlichen Datenquellen, aber immer auf repräsentativen Haushaltsbefragungen.

1982, 1992 und 2002: Socialdata;
2012: omniphon, Befragung Dienstag bis Donnerstag, statt Montag bis Sonntag
2018: Technische Universität Dresden mit System repräsentativer Verkehrsbefragungen (SrV), Befragung Dienstag bis Donnerstag, statt Montag bis Sonntag

Definition:
Anteile des Motorisierten Individualverkehrs (MIV), des öffentlichen Verkehrs (ÖV), des Rad- und Fußverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in Prozent

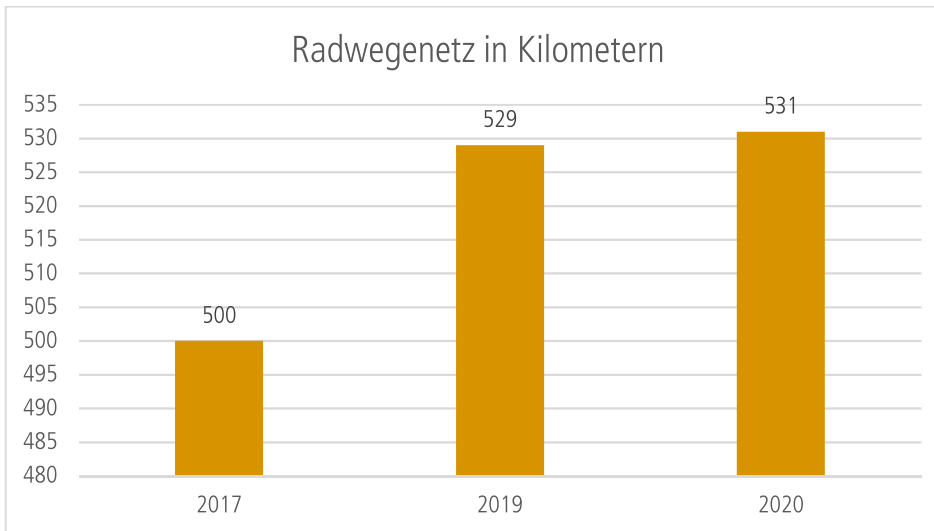


SDG-Indikator Nr. 60

Nachhaltigkeitsbezug: Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Transportaufkommens auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (i. d. R. Fußverkehr, Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Motorisierter Individualverkehr (MIV)). Der Indikator vermittelt auf diese Weise ein Bild vom Mobilitätsverhalten innerhalb der Kommune. Dabei sollen langfristig die Anteile des nicht-motorisierten Verkehrs (das heißt Fuß- und Radverkehr) und des ÖPNV gesteigert werden, um die Nachhaltigkeit der Verkehrssysteme zu sichern. Die Nachhaltigkeitsrelevanz leitet sich, nach dem Prinzip der globalen Verantwortung, aus der ökologischen Perspektive eines lokalen Beitrags zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und der damit einhergehenden Minderung des Klimawandels ab. Dies folgt auch der intragenerativen Gerechtigkeit. Aspekte wie die Neuverteilung des urbanen öffentlichen Raums und eine geringere Immissionsbelastung der Bevölkerung wirken zusätzlich im Sinne der ganzheitlichen Nachhaltigkeit auf die soziale und ökonomische Dimension.



Radwegenetz



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe:
Tiefbauamt

Definition:

Radverkehrsanlagen in Karlsruhe in
Kilometern



SDG-Indikator Nr. 63

Nachhaltigkeitsbezug: Eine bessere Radinfrastruktur trägt dazu bei, das Rad als Fortbewegungsmittel für den alltäglichen Gebrauch attraktiver zu machen. Größere, baulich besser vom Straßenverkehr getrennte und dediziert dem Fahrrad gewidmete Wege reduzieren das wahrgenommene Unfallrisiko und die Unannehmlichkeiten, die mit schlechter Infrastruktur assoziiert werden. Insgesamt wird so im ländlichen und urbanen Umfeld der Umstieg auf das Rad als alternatives Fortbewegungsmittel zu Pkw und ÖPNV erleichtert. Dem Prinzip der Ganzheitlichkeit entsprechend sind die Zielsetzungen vor allem in der ökonomischen und ökologischen Dimension zu verorten. Darüber hinaus leistet eine nachhaltigere Fortbewegung auf lokaler Ebene einen erheblichen Beitrag zur globalen Herausforderung des Klimawandels und entspricht somit zusätzlich den Prinzipien der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit.

App KVV.regiomove

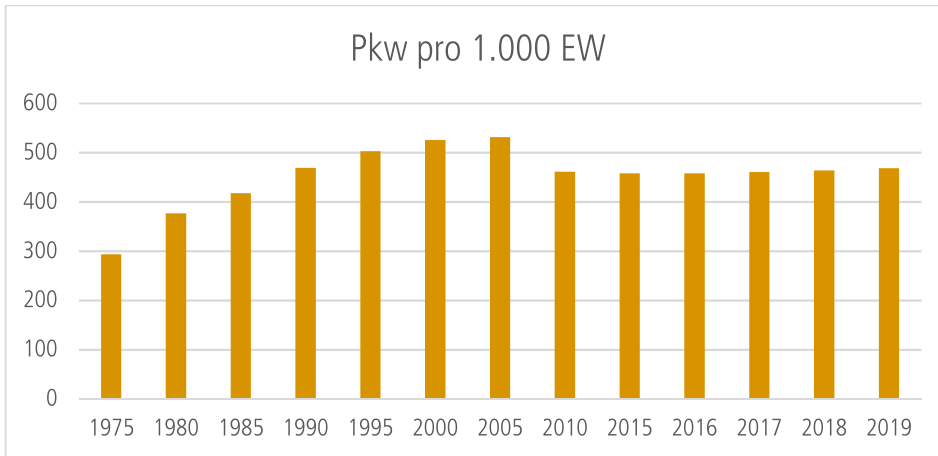


Seit dem Start der regiomove App im November 2020 wachsen die Nutzerzahlen ständig an. Die App des KVV ermöglicht den Kauf von ÖPNV-Tickets. Aber auch Carsharing-Fahrzeuge von Stadtmobil und Räder von KVV.nextbike sind mit dieser App einfach buchbar. Das Besondere daran ist, dass die Kundinnen und Kunden nur noch ein regiomove-Konto benötigen, um alle Services buchen und bezahlen zu können. Konten bei den jeweiligen Mobilitätspartnern sind nicht mehr erforderlich, die App bringt alle zusammen.

Gelegenheitsnutzer von Carsharing können somit auch Stadtmobil-Fahrzeuge nutzen, ohne eine monatliche Teilnehmergebühr zahlen zu müssen. Vorhandene Abos bei KVV.nextbike kann die App verknüpfen. Der KVV hat mit der regiomove App nun die Möglichkeit, das nachhaltige Mobilitätsangebot in der Region noch besser aktiv mitzugestalten. Dazu zählt in Zukunft die Erweiterung um weitere Mobilitätsdienste wie MyShuttle, Taxi-Dienste, die Buchbarkeit von Bikeboxen und weitere Carsharing-Anbieter in der Region. Aber auch die digitale Verknüpfung von P+R-Angeboten oder E-Scooter-Sharing spielen eine wichtige Rolle, gerade für die Gewinnung neuer Nutzergruppen und für die Wahrnehmung von Mobilität bei den Menschen. Die Homezone – ein individueller wabenunabhängiger Zeitkartentarif für KVV-Kunden – ist ein weiterer wichtiger Schritt in die Individualisierung des ÖPNV-Tarifangebots.



Pkw-Dichte



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe:
Amt für Stadtentwicklung

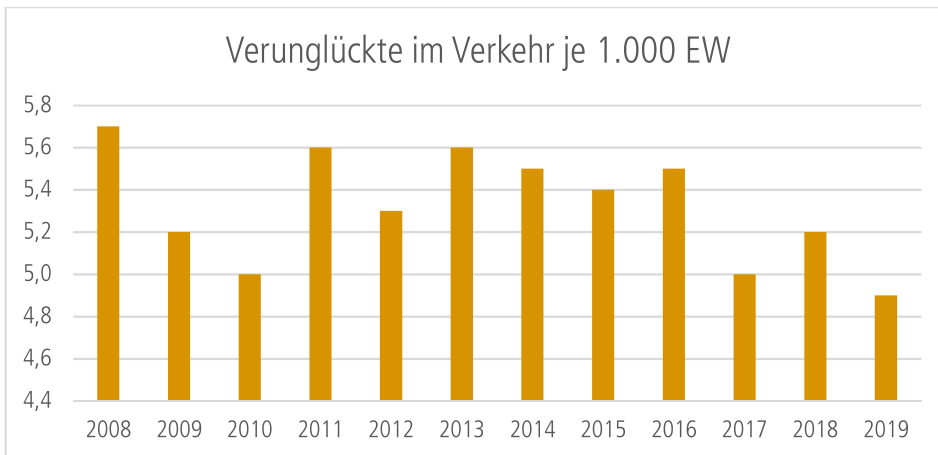
Definition:
Anzahl der Pkw je 1.000
Einwohnerinnen und Einwohnern
(EW)



SDG-Indikator Nr. 61

Nachhaltigkeitsbezug: Die Anzahl an zugelassenen Personenkraftwagen (Pkw) steigt seit Jahren kontinuierlich an. Dies verschärft die Verteilungsproblematik des öffentlichen Raumes sowohl auf dem Land, als auch in den Städten erheblich und konterkariert die Bestrebungen, Verkehrssysteme nachhaltiger und vor allem zugänglicher zu gestalten. Die Konsequenz von Politik und Verwaltung, auf hohe Pkw-Dichten mit einem Ausbau der Infrastruktur zu reagieren, führt erwiesenermaßen zu einer umso höheren Auslastung der Infrastruktur. Zusätzlich hat der Infrastrukturausbau weitreichende Konsequenzen für die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen, die in der Nähe einer (stark befahrenen) Straße wohnen. Aufgrund der Lärm- und Schadstoffbelastung sind solche Wohnlagen besonders oft von einkommensschwachen Personen bewohnt. Dadurch gewinnt die soziale Dimension von Nachhaltigkeit noch zusätzlich an Bedeutung. Da insbesondere die Infrastruktur des motorisierten Individualverkehrs auch erhebliche ökonomische und ökologische Kosten mit sich bringt, folgt eine Reduktion des Pkw-Aufkommens dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.

Verunglückte im Verkehr



Datenquelle:
www.wegweiser-kommune.de

Definition:
Anzahl der verletzten oder getöteten
Personen bei Verkehrsunfällen je
1.000 Einwohnerinnen und
Einwohnern (EW)



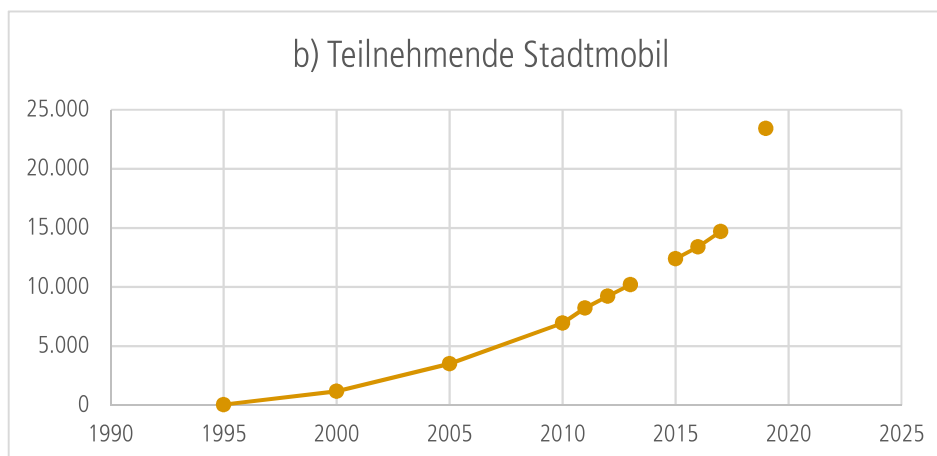
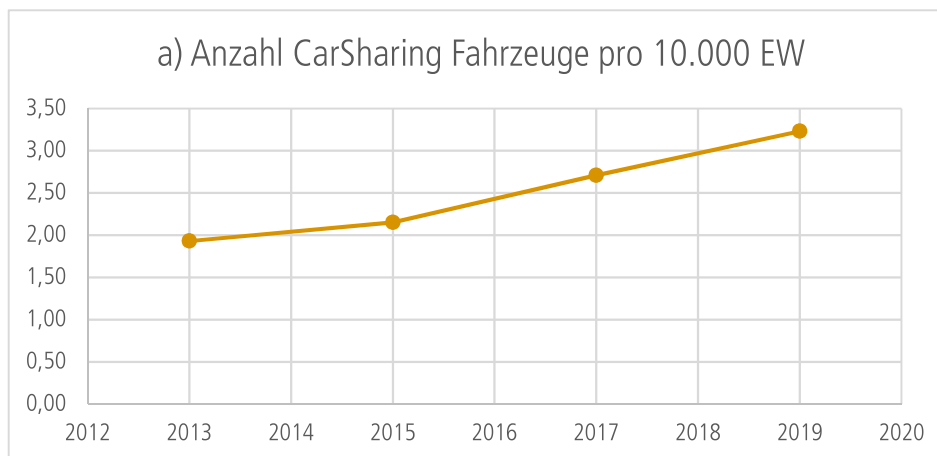
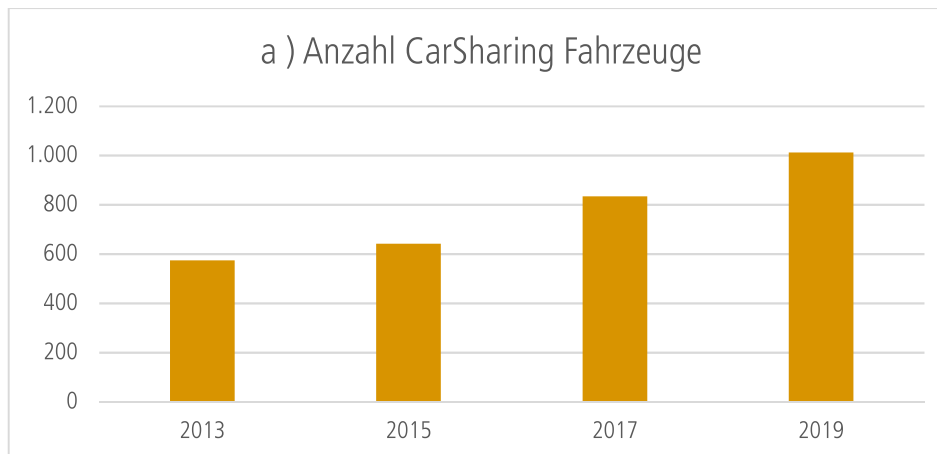
SDG-Indikator Nr. 66

Nachhaltigkeitsbezug: Die Anzahl der Verunglückten im Verkehr ist ein Maßstab für die Beurteilung der allgemeinen Verkehrssicherheit. Weltweit sind Verkehrsunfälle – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes – die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zudem werden Verkehrsteilnehmer, von denen die geringste Gefahr eines Unfalls ausgeht, überproportional oft verletzt oder getötet. Fußgängerinnen und Fahrradfahrer verunglücken häufiger und schwerer durch Einwirkung von Pkws. Die Wahrscheinlichkeit als Pkw-Fahrer bei so einem Unfall schwer zu verunglücken ist dagegen minimal. Innerhalb einer Generation bestehen demnach Ungleichheiten in der Verkehrssicherheit, die zusätzlich zum Alter eine soziale und ökonomische Dimension besitzen.



4.1.3 Neue Formen der Mobilität

CarSharing



Datenquelle:

a) Anzahl Fahrzeuge
Bundesverband CarSharing (bcs),

Der Bundesverband CarSharing e.V. erhebt alle zwei Jahre die Zahl der CarSharing-Fahrzeuge in deutschen Städten und Gemeinden und errechnet, wie viele Fahrzeuge für jeweils 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung gestellt werden. Berücksichtigt werden alle CarSharing-Orte mit mindestens 50.000 Einwohnern und Einwohnerinnen.

b) Teilnehmende Stadtmobil
Stadtmobil CarSharing GmbH und Co. KG

Definition:

a) Anzahl der CarSharing-Fahrzeuge absolut und pro 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

b) Anzahl der Teilnehmenden beim CarSharing-Anbieter Stadtmobil Karlsruhe



Nachhaltigkeitsbezug: Carsharing führt zu einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens und damit zu einer gewissen Eindämmung des Individualverkehrs in der Stadt. Es entlastet vom Druck, Parkflächen zu schaffen und trägt zu einer Verringerung von Autoabgasen bei. Bei der zweijährigen Erhebung des Bundesverbands CarSharing e.V. belegt Karlsruhe seit Beginn 2013 jedes Mal den 1. Platz. Die Zahl der Nutzer des Carsharing-Dienstleisters „stadtmobil“ wächst rasant an. Seit dem Jahr 2005, als auch die Stadtverwaltung Karlsruhe die Vorteile des Teilens eines Fahrzeuges erkannte und sich der Carsharing-Idee anschloss, hat sich der Nutzerkreis fast verfünffacht. Karlsruhe hat die höchste Carsharing-Dichte Deutschlands.



E-Mobilität

Eine Maßnahme des Klimaschutzkonzeptes ist der **Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge** im öffentlichen (und öffentlich zugänglichen) Raum, wofür Ende August 2021 vom Umwelt- und Arbeitsschutz ein **Rahmenkonzept** erarbeitet wurde.

Derzeit stehen insgesamt **238 Ladepunkte an 66 Standorten** im öffentlichen wie öffentlich zugänglichen Raum zur Verfügung. Da einige Ladesäulen mit mehreren Ladepunkten ausgestattet sind, entspricht die Anzahl der Ladepunkte nicht automatisch der Anzahl der Ladesäulen. Grundsätzlich können an einer Ladesäule maximal zwei Ladepunkte gleichzeitig genutzt werden, eine Wallbox ist gängiger Weise nur mit einem Ladepunkt ausgestattet.

Davon befinden sich an 50 Standorten insgesamt 199 AC-Ladepunkte. Sie sind mit Leistungen von bis zu 22 kW ausgestattet, teilweise kann mit bis zu 11 kW geladen werden. An 16 Standorten im Stadtgebiet befinden sich 39 DC-Ladepunkte, die zum Schnellladen mit bis zu 300 kW genutzt werden können.

Die meisten Ladestandorte befinden sich im Innenstadtdistrict und sind mit den gängigen Standard-Anschlusssteckern, die auch in der LSV (Ladesäulenverordnung) definiert sind, ausgestattet.

Zum 1. Februar 2021 waren insgesamt 141.933 Pkws in Karlsruhe zugelassen, davon waren 1.516 batterieelektrische Pkws und 1.320 Plug-In-Hybride gemeldet.

Bis 2030 werden nach Hochrechnung des Fraunhofer ISI circa 77.000 E-Fahrzeuge in Karlsruhe zugelassen sein. Ein ergänzendes Angebot an öffentlich zugänglichen Ladepunkten wird daher notwendig.

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe:
Umwelt- und Arbeitsschutz

Rahmenkonzept für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe

Definition:

Anzahl der Ladepunkte und Ladestandorte für E-Fahrzeuge

(Stand 24.08.2021)



Nachhaltigkeitsbezug: Die E-Mobilität ist ein Baustein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität. Da der motorisierte Individualverkehr vorerst nicht vollständig ersetzt werden kann, bieten E-Fahrzeuge, die mit Strom betrieben werden, eine CO₂-arme Alternative – sofern der Strom aus regenerativen Energiequellen erzeugt wird. Weltweit waren 2020 10,9 Millionen E-Autos zugelassen. Allerdings benötigen die Batterien der E-Fahrzeuge Ressourcen wie Lithium, Kobalt und Nickel, die nicht nur begrenzt verfügbar, sondern teilweise auch unter menschenunwürdigen Bedingungen gewonnen werden. Derzeit (Juni 2021) arbeitet die Forschung an kobaltfreien Batterien. Nach etwa acht bis zehn Jahren muss eine Autobatterie ausgewechselt werden. Zu diesem Zeitpunkt verfügen die Batterien aber noch über einen Energiegehalt von 70 bis 80 Prozent und können daher ein zweites Leben als Stromspeicher für private Haushalte oder auch im industriellen Bereich. Auch über ein mögliches drittes Leben kann weiter nachgedacht werden. Das Recycling der endgültig ausgedienten Batterien ist notwendig und technisch möglich, allerdings teilweise noch mit großem Aufwand verbunden und daher nicht wirtschaftlich. Notwendig sind auch einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen, sowie der Umgang mit bei Unfällen beschädigten Batterien, welche bisher hochgefährlichen Sondermüll darstellen.

Quellen:

www.sonderabfall-wissen.de/wissen/recycling-und-entsorgung-von-e-auto-batterien
www.br.de/nachrichten/wirtschaft/milliardengeschaeft-das-recycling-von-e-auto-batterien,SbFwJtW
www.sonderabfall-wissen.de/news/elektroauto-batterien-ohne-kobalt-im-aufwind



Netzwerk regioKArgo – Logistik und Mobilität

Die Generalinitiative „regioKArgo“ ist ein umfassendes Strategiekonzept für den Bereich Logistik und Mobilität. Ziel ist es, dem steigenden Logistik- und Mobilitätsbedarf bei wachsender Verkehrsflächenkonkurrenz, bestehender Klimaziele und dem Bedürfnis nach lebenswerteren Wohnquartieren besser zu begegnen. Im Brennpunkt steht ein kundenzentriertes, nachhaltiges sowie schieneneinbeziehendes Logistikkonzept für Stadt und Region, welches sich auch auf andere Städte und Regionen übertragen lässt.



Die Vision von „regioKArgo“ ist es, mehr Güter klimaschützend auf die Schiene zu bringen. Ein Kernelement ist die Entwicklung einer neuartigen „Güter-Stadtbahn“ – der „regioKArgoTramTrain“. Mit dieser sollen künftig klimaneutral Fahrgäste und Pakete befördert werden – aus der Region in die Stadt und umgekehrt – und das unter Betrachtung des gesamten Transportprozesses von der Quelle bis zum Ziel. Dieses Vorhaben ist am 14. April 2021 als RegioWIN-Leuchtturmprojekt vom Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg prämiert worden. Wichtiger Bestandteil der Gesamtinitiative „regioKArgo“ ist dabei die Vernetzung vielfältiger Akteure aus den Bereichen Verkehr, Logistik und Forschung sowie Kommunen und Verbraucherschutz.

4.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	IQ-Korridortheema: Mobilität		
StPIA	Mobilitätsbedürfnisse und Lebensqualität in Einklang bringen	2017	Ziel
StPIA	Förderung des umweltverträglichen Verkehrs	2017	Strategie
StPIA	Weiterentwicklung des Umweltverbunds	2017	Strategie
StPIA	Herstellung von Gleichberechtigung zwischen allen Verkehrsteilnehmenden	2017	Strategie
StPIA	Ermöglichung einer sozialgerechten Mobilität für alle	2017	Strategie
StPIA	Vermeidung von Verkehr durch Stadt der kurzen Wege	2017	Strategie
StPIA	Entlastung des Wohnumfelds von nachteiligen Auswirkungen des Verkehrs	2017	Strategie
StPIA	Förderung und Entwicklung neuer Mobilitätssysteme mit Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft	2017	Strategie
StPIA	IQ-Leitprojekt: Nachhaltig mobiler Stadtteil	2017	Projekt
TBA	IQ-Leitprojekt: Dachmarke Mobilität	2017	Projekt
StPIA	IQ-Leitprojekt: Fahrradstadt Karlsruhe	2017	Projekt
	Allgemein/Übergreifend		
AVG	UITP – Ausschuss für nachhaltige Entwicklung	2016	Netzwerk
AVG	Dynamic sustainability tool	Plan	Netzwerk
SAM	Partnerschaft Urban Mobility	2017	Partnerschaft
StPIA	Verkehrsentwicklungsplan	2012	Konzept
StPIA	3 V-Reihenfolge: vermeiden, verlagern, verträglich gestalten	2012	Strategie
TBA	Länderübergreifendes Mobilitätsportal: www.mobil.trk.de	2010	Portal
TBA, KVV	App „regiomove“ – vernetzt klassische und neue Mobilität (www.regiomove.de)	2020	App
TRK	Regionalkonferenz Mobilitätswende (jährlich)	2017	Netzwerk
VBK	regioKArgo: Neue Formen des Warenladungs- und Lieferverkehrs in Karlsruhe und Region untersuchen und umzusetzen.	2020	Netzwerk
VBK	regioKArgo Tram Train: Gütertransport in Straßen- und Stadtbahnwagen	2021	Projekt
VBK	Entwicklung und Bau von „regiomove Ports“: Mobilitätsknotenpunkte mit zusätzlichen Services wie Fahrradpumpen und Schließfächern	Plan (2022)	Konzept
VBK	VDV Ausschuss Nachhaltigkeit (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen)	2021	Netzwerk

Abkürzungen

AfA: Amt für Abfallwirtschaft
AVG: Albatal Verkehrsgesellschaft
KFG: Karlsruher Fächer GmbH
KVV: Karlsruher Verkehrsverbund
SAM: Stabsstelle Außenbeziehungen und Strategisches Marketing

StPIA: Stadtplanungsamt
SWK: Stadtwerke Karlsruhe GmbH
TBA: Tiefbauamt
TRK: TechnologieRegion Karlsruhe GmbH
VBK: Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Rad- und Fußverkehr		
KFG	Einrichtung und Betrieb der Fahrradstationen Nord und Süd am Hauptbahnhof (Umnutzung von 38 KfZ-Stellplätzen in 680 Fahrradstellplätze)	2018	Einrichtung
KFG	Erhöhung der Anzahl an Fahrrad-Stellplätzen und Anschaffung von Diensträdern	2020	Strategie
StPIA	Plan weiterer Fahrradstationen im Innenstadtbereich	Plan	Konzept
StPIA	Radkonzept zur Verbesserung der Radwege	2020	Konzept
StPIA	20-Punkte-Programm zur Förderung des Radverkehrs	2005	Programm
StPIA	Fahrradstadt Karlsruhe (IQ-Leitprojekt zur kontinuierlichen Förderung des Radverkehrs)	2017	Ziel
StPIA	Kompetenznetz Klima Mobil (Förderung von Fuß- und Radverkehr)	Plan (2021)	Projekt
StPIA	Auszeichnung Fahrradfreundliche Kommune	2011 - 2017	Auszeichnung
StPIA	1. Platz beim ADFC Fahrradklima-Test 2020	2020	Auszeichnung
StPIA	Radlerforum (Expertengremium zum Thema Radverkehr)	circa 1995	Netzwerk
StPIA	Förderprogramm Lastenräder (Unterstützung privat gekaufter Lastenräder)	2019 - 2020	Programm
StPIA	BYPAD (Bicycle Policy Audits) (Audit Rad- und Fußverkehr) (Verfahren ist abgeschlossen) Nachfolgeprojekt ab 2021: Karlsruher Programm für aktive Mobilität	2020	Programm
VBK	KVV.nextbike	2019	Projekt
	ÖPNV		
VBK	Ausbau Nachhaltiger Mobilität – Tram 2	2020	Projekt
	E-Mobilität und Autonomes Fahren		
AfA	Investitionsprogramm und Neuausrichtung des Kämmereifuhrparks	2015	Programm
AfA	Städtischer Fuhrpark: Beschaffung von E-Fahrzeugen und Aufbau einer Ladeinfrastruktur	2020	Strategie/Ziel
AVG	Neubau Betriebshof für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben	Plan	Programm
KFG	Einrichtung von kostenlosen E-Ladestationen in den Parkhäusern der KFG	2019	Konzept
TBA	Testfeld Autonomes Fahren	2016	Projekt
StPIA	Autonomes vernetztes E-Shuttle EVA für die letzte Meile, Forschungsprojekt (www.eva-shuttle.de)	2021	Projekt
SWK	Förderprogramm (E- Zweiräder) und Wallbox	2021	Programm
SWK	Ausbau E-Ladeinfrastruktur für Gewerbetunden/Mittelstand/Wohnungswirtschaft mit Wallboxen (11 kW) bis Schnelllader (300 kW) inkl. Abrechnung des Ladestroms.	2021	Konzept
SWK	Fuhrpark: Beschaffung weiterer E-Fahrzeuge und Betrieb einer leistungsfähigen E-Ladeinfrastruktur. Mittelfristig Umrüstung auf alternative Antriebe als Zielsetzung.	Plan	Ziel/Strategie
UA	Rahmenkonzept für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe	2021	Konzept
VBK	Beschaffung von zwölf E-Bussen	Plan	Programm

4.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf



Die Stadt Karlsruhe ist **Vorreiter in Sachen Nachhaltige Mobilität** und hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben. Die kontinuierliche Förderung des Radverkehrs und Reduktion des motorisierten Individualverkehrs steht weit oben auf der Agenda mit dem Ziel, Karlsruhe zur Fahrradstadt zu machen. Als **fahrradfreundliche Kommune** wurde Karlsruhe bereits 2011 und 2017 ausgezeichnet. Doch die Förderung des Radverkehrs ist nur ein Baustein der nachhaltigen Mobilitätsentwicklung, die 2012 mit dem Verkehrsentwicklungsplan beschlossen wurde und über 120 Strategien, Projekte und Maßnahmen enthält. Die Stadt Karlsruhe verfügt auch über die höchste CarSharing-Dichte Deutschlands und belegt bei der zweijährigen Erhebung des Bundesverbands CarSharing e.V. seit Beginn 2013 jedes Mal den 1. Platz. **CarSharing** führt zu einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens und damit zu einer gewissen Eindämmung des Individualverkehrs in der Stadt. Des Weiteren wird derzeit ein neues **schienenbasiertes Logistikkonzept** erarbeitet und erprobt. Die Fortschrittlichkeit in Sachen Nachhaltige Mobilität liegt vor allem auch in der erfolgreichen Zusammenarbeit von Stadtplanungs-, Tiefbau- und Ordnungsamt begründet.

Im Hinblick auf bestehenden (politischen) Handlungsbedarf haben folgende Dienststellen und Gesellschaften Hinweise beigetragen: Stadtplanungsamt, Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH, Albtal Verkehrsgesellschaft, Karlsruher Verkehrsverbund und die Stadtwerke Karlsruhe GmbH.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Prioritäten bei der nachhaltigen Mobilitätsentwicklung
 1. Verkehr vermeiden – Stadt der kurzen Wege (Bauleitplanung)
 2. Verkehr verlagern auf den Umweltverbund – Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fuß) ausbauen
 3. (den verbleibenden) Verkehr verträglich gestalten – Elektromobilität, Lärmaktionsplan
- MIV (Motorisierten Individualverkehr) aus der Stadt zurückzudrängen
- Alternative Mobilitätsangebote (zum MIV) ausbauen
- Flächenplanung: Flächenzugewinn durch reduzierten MIV, barrierefreier Zugang zum ÖPNV, mehr Raum für Rad und Carsharing, Möglichkeiten für Sammelstellen und Mobilitätsknoten.
- Unter der Einbeziehung aller Verkehrsarten Verbesserung von Verkehrslärmreduktion, Verkehrssicherheit, Verkehrsflächenaufteilung und Verkehrsemissionsentlastung.
- Schwerpunktverlagerung zum Klimaschutz insbesondere unter Einbeziehung und Neuorganisation schienengebundener Verkehrswege.
- Digitalisierung des Parkens via App (Erfassung von Parkflächen und Bezahlmöglichkeit) und Verknüpfung mit alternativen Mobilitätsangeboten in der regiomove App
- Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen: zum Beispiel StVO, Tempo 30 innerorts
- Notwendigkeit beschleunigter Prozesse in Genehmigungsverfahren, zum Beispiel Planfeststellungsverfahren
- Es werden mehr personelle und finanzielle Ressourcen benötigt.
- Förderung ordnungspolitischer Maßnahmen und Bereitstellung entsprechender Finanzmittel für Güter-Hubs für den Warenumschlag und den Personennahverkehr
- Weiterer Bürokratieabbau, um mehr Zeit für die zielgerichtete Umsetzung zu haben.
- Allgemein scheint gesellschaftlicher und politischer Konsens schwer zu erreichen. So können beispielsweise sinnvolle und wichtige Park-Restriktionen heftige Kritik in der Bevölkerung auslösen.





5 Wirtschaft und Wissenschaft

Das Handlungsfeld **Wirtschaft und Wissenschaft** (BNK 9 und 16) beleuchtet, wie die Stadt Karlsruhe als innovativer und international geprägter Standort Wirtschaft und Wissenschaft aktiv fördert, ein familien- und arbeitnehmerfreundliches Umfeld schafft und sich als nachhaltiger Wirtschaftsstandort aufstellt. Neben neun messbaren Indikatoren, dienen drei Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind menschenwürdige Arbeit, Hochschulbildung und Forschung sowie Innovationen für Nachhaltigkeit. Ergänzende Informationen zum Thema Familienfreundlichkeit (Kinderbetreuung) finden sich im Handlungsfeld **Lebenslanges Lernen** und zur Geschlechtergerechtigkeit im Handlungsfeld **Soziale Gerechtigkeit**.

Tabelle 13: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Wirtschaft und Wissenschaft










Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner (EW)	X	
2	Beschäftigungsquote	Anteil SV-Beschäftigter (15-64) am Wohnort an allen Einwohner (15-64)	X	
3	Verhältnis von Beschäftigungsquoten	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern	X	
4	Langzeitarbeitslosenquote	Anteil an Erwerbspersonen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind.	X	
5	Aufstocker und Aufstockerinnen	Anteil erwerbstätiger erwerbsfähiger Leistungsberechtigter an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)	X	
6	Hochqualifizierte	Anteil SV-Beschäftigter mit akademischem Berufsabschluss an allen SV-Beschäftigten am Arbeitsort	X	
7	Studierende an Karlsruher Hochschulen	Anzahl Studierende an Karlsruher Hochschulen im Wintersemester		
8	Existenzgründungen	Anzahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner	X	
9	Breitbandversorgung Private Haushalte	Anteil der privaten Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können	X	

Tabelle 14: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Wirtschaft und Wissenschaft

Wirtschaftsförderung	Amt für Stadtentwicklung	Arbeitsförderungsbetriebe gGmbH
Wissenschaftsbüro	Karlsruhe Marketing und Event GmbH	Karlsruhe Tourismus GmbH
Karlsruher Fächer GmbH	Karlsruher Messe- und Kongress GmbH	Amt für IT und Digitalisierung
Stadtplanungsamt	Umwelt- und Arbeitsschutz	Zentrum für Kunst und Medien



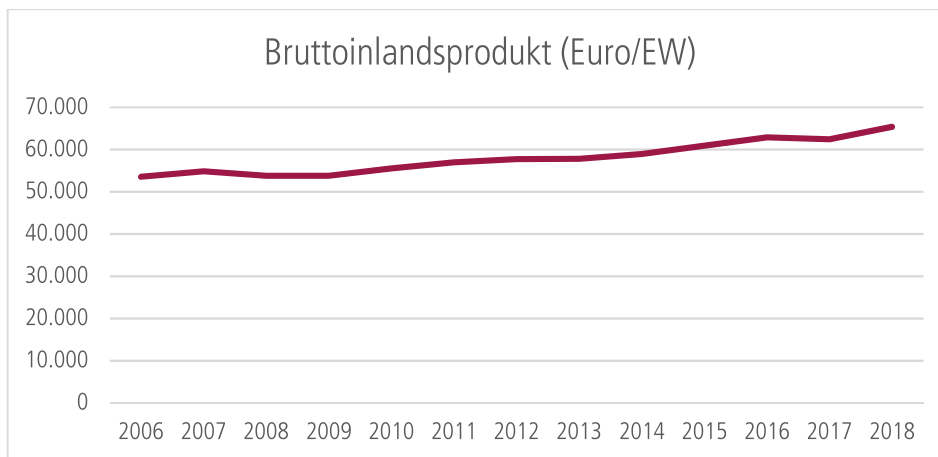
5.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Als innovativer und international geprägter Standort mit hoher Lebensqualität, möchte Karlsruhe beste Rahmenbedingungen für den Erfolg von Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen bieten, sowie neue Entwicklungen in der Wirtschaft und Wissenschaft aktiv fördern, nutzen und kommunizieren. Dazu sollen unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, die Infrastruktur ausgebaut und Karlsruhe als Messe-, Kongress-, Tourismus- und Digitalstandort gestärkt werden.

5.1.1 Menschenwürdige Arbeit

Bruttoinlandsprodukt in Euro je Einwohnerin und Einwohner



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner (EW)

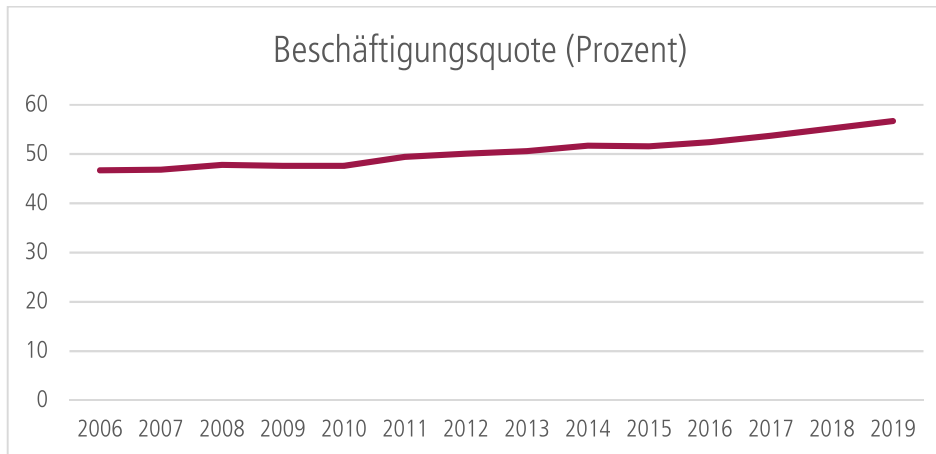


SDG-Indikator Nr. 41

Nachhaltigkeitsbezug: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Einwohnerzahl liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard. Langfristig sollte die Betrachtung des BIPs durch Indikatoren wie Rohstoff- oder Energieproduktivität ergänzt werden, welche die erzeugte Wertschöpfung ins Verhältnis zum Mitteleinsatz setzen. In Hinblick auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit kann ein Zusammenhang zur Generationengerechtigkeit hergestellt werden, da die Leistungsfähigkeit und der damit verbundene Wohlstand die Grundlagen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen bilden.



Beschäftigungsquote



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

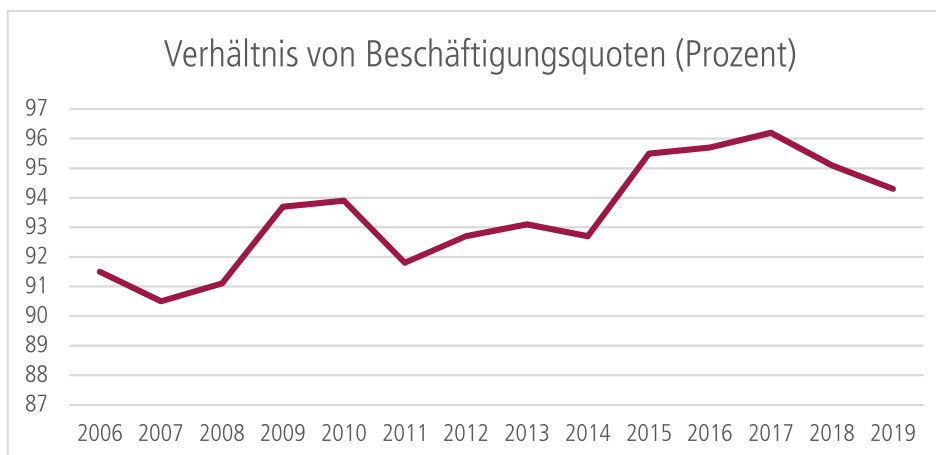
Anteil SV-Beschäftigter (15-64) am Wohnort an allen Einwohnern und Einwohnerinnen (15-64)



SDG-Indikator Nr. 43

Nachhaltigkeitsbezug: Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung an. Sie lässt Rückschlüsse auf die soziale Situation der Bevölkerung zu. Eine hohe Beschäftigungsquote sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, hat die Beschäftigungsquote auch eine große Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und steht in enger Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension. Da der demografische Wandel langfristig zu einem Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften und einer Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Rentnerinnen und Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern führt, ist mit einer zunehmend schwierigeren Finanzierung der Rentenkassen zu rechnen. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Generationengerechtigkeit.

Verhältnis von Beschäftigungsquoten



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern

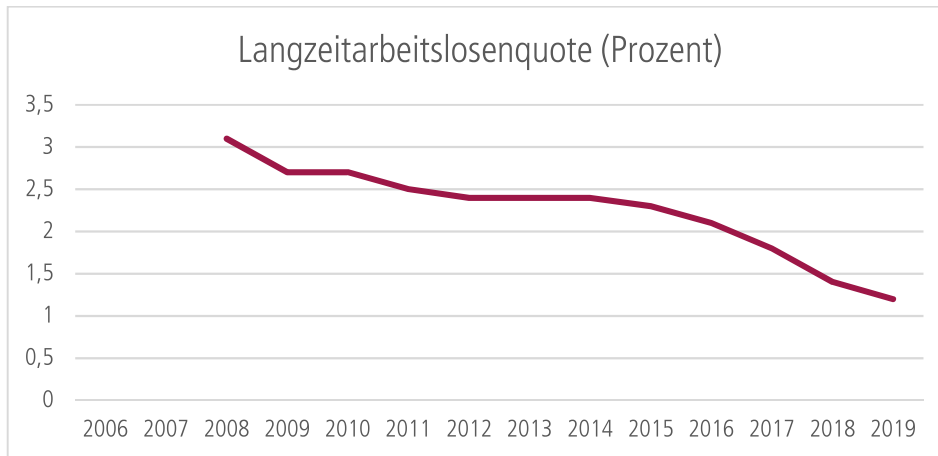


SDG-Indikator Nr. 28

Nachhaltigkeitsbezug: Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung von Beschäftigungsstandards und -entwicklung. Sie beschreibt den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der nach Alter erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung. Der Indikator setzt die Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern ins Verhältnis und liefert auf diese Weise Informationen zur anteiligen Teilhabe von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt x Prozent der Männerbeschäftigungsquote. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, liegt der Wert bei über 100 Prozent. Bei einem Wert von unter 100 Prozent sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.



Langzeitarbeitslosenquote



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

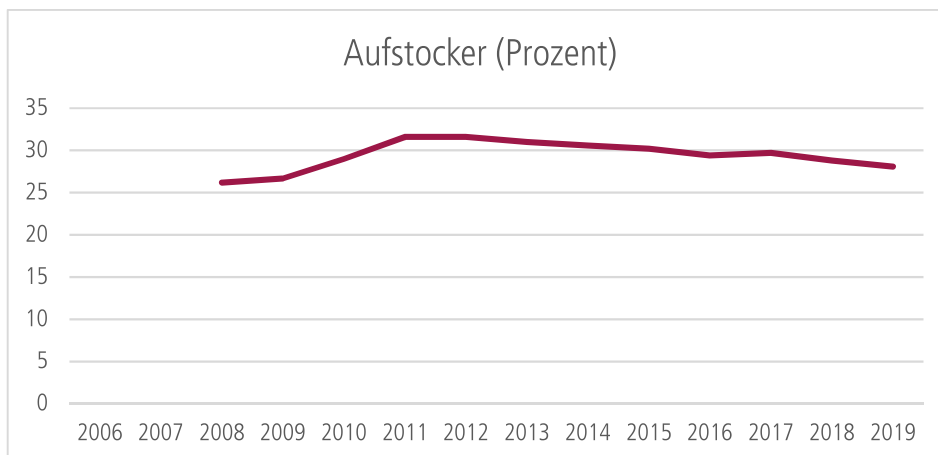
Anteil an Erwerbspersonen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind.



SDG-Indikator Nr. 45

Nachhaltigkeitsbezug: Als langzeitarbeitslos gelten solche Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet sind. Ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche, die sich in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirkt und auch die finanzielle Situation der Kommune beeinträchtigen kann. Demnach hat die Indikatorkonzeption Auswirkungen auf eine Vielzahl an Nachhaltigkeitsdimensionen – dem Prinzip der Ganzheitlichkeit entsprechend. Langzeitarbeitslosigkeit führt zu Armut und benachteiligt die Kinder der Betroffenen, so dass der Indikator als relevant für das Prinzip der Generationengerechtigkeit bezeichnet werden kann. Daher müssen insbesondere solche Maßnahmen weiter in den Vordergrund der Arbeitsmarktpolitik rücken, die darauf ausgerichtet sind, langzeitarbeitslose Personen zurück in eine Beschäftigung zu führen.

Aufstocker und Aufstockerinnen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil erwerbstätiger erwerbsfähiger Leistungsberechtigter an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)



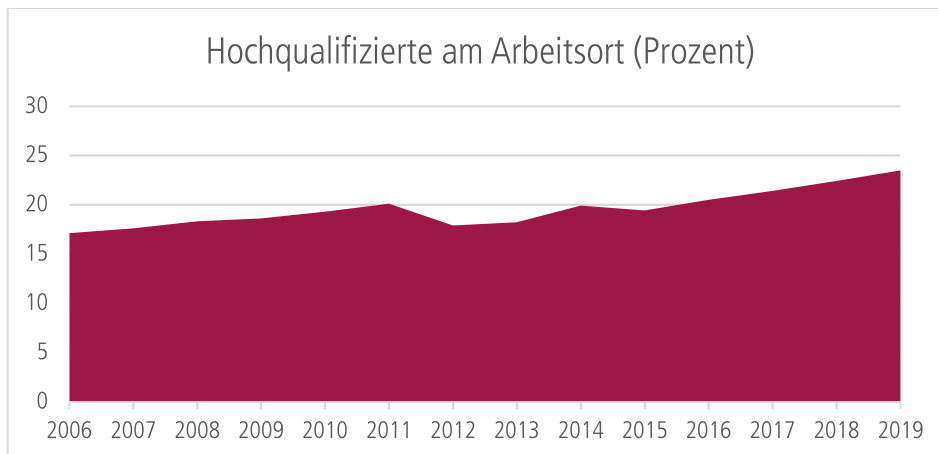
SDG-Indikator Nr. 45

Nachhaltigkeitsbezug: Als „Aufstocker und Aufstockerinnen“ werden Empfängerinnen und Empfänger von ALG II bezeichnet, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Arbeitseinkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Wenn trotz Erwerbstätigkeit staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss, kann von atypischer Beschäftigung gesprochen werden. Eine hohe Zahl an „Aufstockerinnen und Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin, die sich auf die ökonomische und soziale Situation der Betroffenen auswirken kann. In gleichem Maße kann davon ausgegangen werden, dass die Leistungsfähigkeit der Kommune selbst durch verringerte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben beeinträchtigt wird.



5.1.2 Hochschulbildung

Hochqualifizierte



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

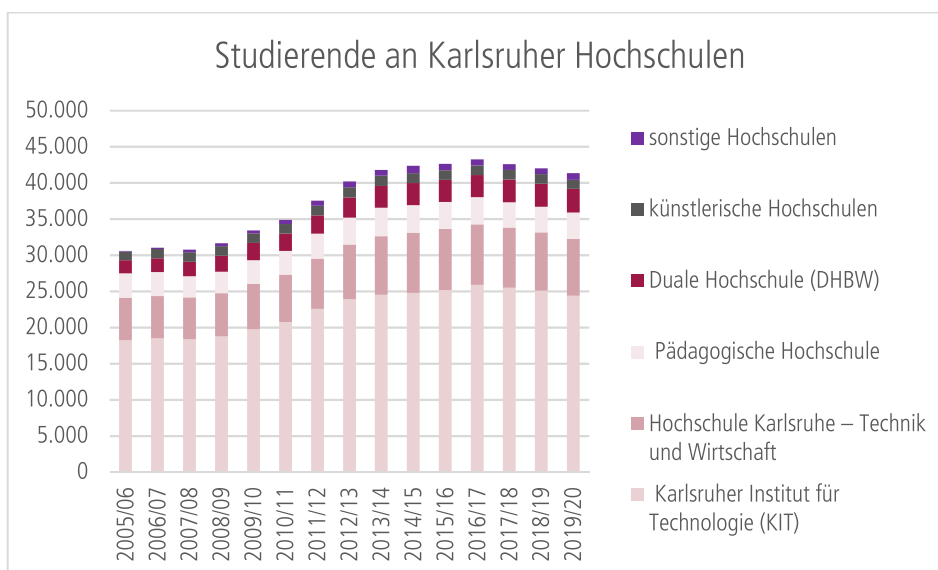
Anteil SV-Beschäftigter mit akademischem Berufsabschluss an allen SV-Beschäftigten am Arbeitsort



SDG-Indikator Nr. 47

Nachhaltigkeitsbezug: Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräftemangels ist ein hoher Anteil an hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern speziell der Innovationsfähigkeit von Unternehmen und generell der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Kommunen zuträglich. Entscheidend für Kommunen mit ansässigen technologieabhängigen Unternehmen ist dabei ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und auch als Wohnort. Gelingt dies, profitieren Kommunen als Technologie- und Unternehmensstandort mehrfach. Neben positiven ökonomischen Aspekten (wie zum Beispiel höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer) führen Hochqualifizierte, die in der betreffenden Kommune nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen, auch zu einer Veränderung der Sozialstruktur – mit positiven Effekten in den sozialen, ökologischen und kulturellen Dimensionen von Nachhaltigkeit. Bei der permanenten Verlagerung des Lebensmittelpunktes verändert sich das öffentliche Leben in der Kommune somit langfristig.

Studierende an Karlsruher Hochschulen



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe:
Amt für Stadtentwicklung

Definition:

Anzahl Studierende an Karlsruher Hochschulen im Wintersemester

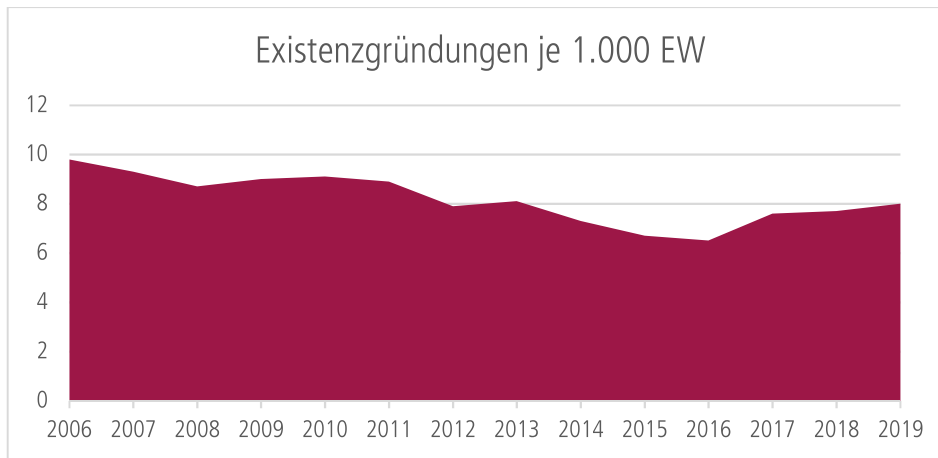


Nachhaltigkeitsbezug: Die Sicherstellung von hochwertiger Bildung ist unabdingbar, um die Qualifikation der Bevölkerung zu gewährleisten und so deren Beschäftigungsfähigkeit auch in Zukunft zu sichern. Vor allem Universitäten und Hochschulen, ermöglichen eine akademische Ausbildung oder eine hochschulmäßige Weiterbildung. Seit Jahren erfreuen sich die Karlsruher Bildungseinrichtungen einer stetig steigenden Beliebtheit. Durch die damalige Auszeichnung des KIT als Eliteuniversität, aber auch durch den Wegfall der Wehrpflicht 2011 sowie den doppelten Abiturjahrgang in Baden-Württemberg 2012 hat sich der Druck auf die attraktiven Karlsruher Hochschulen noch verstärkt und zu einem erhöhten Anstieg der Studierendenzahlen geführt.



5.1.3 Innovationen für Nachhaltigkeit

Existenzgründungen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

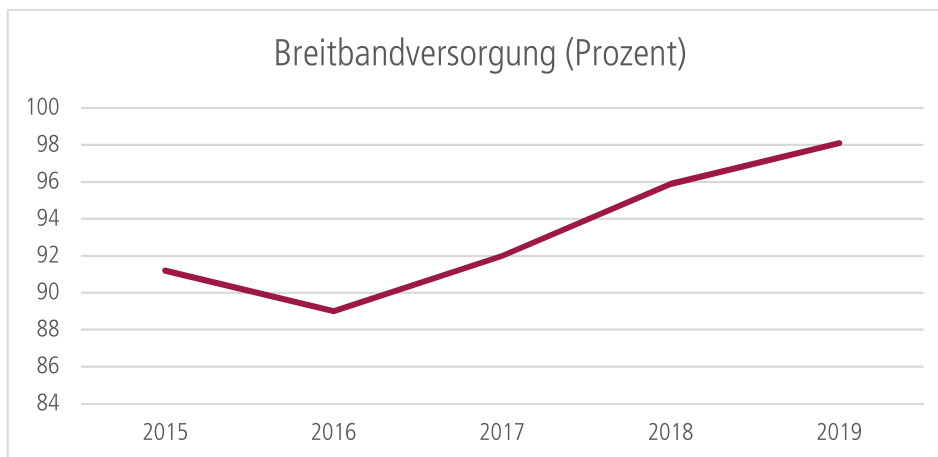
Anzahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen (EW)



SDG-Indikator Nr. 46

Nachhaltigkeitsbezug: Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom beziehungsweise von selbstständigen Dienstleistungsanbieterin und -anbieter (zum Beispiel Friseursalon oder Schnellimbisse) bis hin zum innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. Eine hohe technologiebasierte Gründerquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden. Generell entstehen durch erfolgreiche Gründungen zumeist auch Arbeitsplätze. Nicht zuletzt stehen hinter Existenzgründungen Menschen, die ein hohes Maß an Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft sowie Gestaltungswillen zeigen.

Breitbandversorgung Private Haushalte



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil der privaten Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können



SDG-Indikator Nr. 48

Nachhaltigkeitsbezug: Die Breitbandversorgung privater Haushalte hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Private Haushalte profitieren auf vielfältige Weise von der Versorgung mit einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s. So wird zum Beispiel das Arbeiten im Home-Office ermöglicht und dadurch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert. Der Zugang zu elektronischen Diensten kann als gleichwertige Alternative zu physischen Dienstleistungen Haushalte durch zeitliche und monetäre Einsparungen entlasten (e-Medizin, e-Government und vieles mehr). Die Breitbandversorgung ist so zu einem wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird, diesem Stellenwert Rechnung tragend, von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, sowie als kostengünstige Zugangsmöglichkeit zu vielfältigen Bildungs- und Informationsmöglichkeiten für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen folgt der Indikator dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.



Nachhaltige Innenentwicklung von Gewerbeflächen



Der Vorrang der Innenentwicklung ist in Karlsruhe ein vom Gemeinderat vorgegebener, fest verankerter Grundsatz. Dieser gibt vor, schonend mit der Ressource „Boden“ umzugehen und möglichst keine weiteren Gewerbeflächen im Außenbereich auszuweisen. Deshalb steht die Reaktivierung sowie Attraktivitätssteigerung der vorhandenen Gewerbegebiete im Mittelpunkt.

Erfolgreiche Konversionen von Gewerbeflächenarealen sind zum Beispiel das IWKA-Areal, das BMD-Areal und das Pfaff-Areal in Durlach, aber auch die Bebauung des Areals Hauptbahnhof stellt einen wichtigen Meilenstein dar. Um die Revitalisierung von Gewerbegebieten weiter voranzutreiben, ist ein ämterübergreifendes Arbeitsteam, bestehend aus Stadtplanung, Wirtschaftsförderung sowie dem Umwelt- und Arbeitsschutz, gebildet worden.

Einen weiteren Baustein zur Innenentwicklung stellt auch die strategisch vorausschauende Gewerbeflächenpolitik der Stadt Karlsruhe dar. In den letzten Jahren wurde verstärkt vorausschauend investiert, wie durch den Erwerb des ROTAG-Areals in Grünwinkel, beziehungsweise es wurde von der Ausübung der städtischen Vorkaufrechte Gebrauch gemacht, wie zum Beispiel beim Erwerb des ehemaligen L'Oreal-Areals in Hagsfeld.

karlsruhe.digital

Die **Digitalisierung** bedeutet einen radikalen Wandel, für Unternehmen, Wissenschaft und Kultur – für die gesamte Stadtgesellschaft. 2021 belegte Karlsruhe beim Smart City Index Gesamtranking des BitKom e.V. als digitale Großstadt den dritten Platz. Die exzellente IT-bezogene Forschungs- und Hochschullandschaft ist ein bedeutender Innovationstreiber und Alleinstellungsmerkmal des Digitalstandortes. 4.800 Digitalunternehmen in der Region Karlsruhe und rund 30.000 Arbeitsplätze in digitalen Bereichen sprechen für sich.



2020 stammten über 40 Prozent der Gewerbesteuererinnahmen der Fächerstadt aus der Digitalbranche. Im Bereich der digitalen Kunst kann Karlsruhe stolz auf die Auszeichnung als UNESCO City of Media Arts und auf das Zentrum für Kunst und Medien | ZKM blicken. Im November 2020 ist Karlsruhe als einzige deutsche Stadt in die G20 Global Smart Cities Alliance des Weltwirtschaftsforums aufgenommen worden.

Die Initiative **karlsruhe.digital** vereint Karlsruher Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung mit dem Ziel, Karlsruhe als Motor der Digitalisierung zu positionieren und weiter zu entwickeln.



Neues Gründerzentrum (#SmartProductionPark) zur Förderung der intelligenten und vernetzten Produktion



Um Gründungen im Bereich der intelligenten und vernetzten Produktion gezielt zu fördern, hat die Stadt Karlsruhe unter der Leitung der Wirtschaftsförderung das Gesamtkonzept des Smart Production Parks entwickelt, das aus einem Accelerator sowie dem Wachstums- und Festigungszentrum für Gründungen im Bereich der digitalen Produktion besteht. Die im Juli 2021 eröffnete Werkstatt 10 ist Teil dieses Gesamtkonzepts. Die Stadt Karlsruhe beteiligt sich mit 2,2 Millionen Euro an dem 3,2 Millionen Euro Projekt und übernimmt die Kosten für das Wachstums- und Festigungszentrum. Das Land Baden-Württemberg steuert 972.000 Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für den Konzeptbaustein des Accelerators bei.

Die Werkstatt 10 umfasst eine 500 qm große Produktionshalle für schwere Maschinen, Starkstrom und Druckluft. Seit Sommer 2021 nutzt bereits das Start-up Daedalus um die Gründer Jonas Schneider und Martin Lander die Werkstatt 10. Weitere Infos finden Sie [hier: karlsruhe.de > Stadtzeitung > Ausgabe vom 18. Juni 2021](https://www.karlsruhe.de).

Gründer- und Gewerbezentrum zur Förderung und Unterstützung des Handwerks und kleinen produzierenden Gewerbes

Untersucht wird der Bedarf an einem zukunftsorientierten Zentrum, unter dessen Dach die Themen Existenzgründung, Digitalisierung, Bereitstellung von Gewerbeflächen, aber auch Klimaneutralität kombiniert werden könnten. Ziel ist es, das Handwerk in Karlsruhe nachhaltig zu fördern. Im Rahmen dieses Projekts sollen aus stadtplanerischer Sicht auch die Themen Nachverdichtung sowie Zentralisierung von Angeboten und Dienstleistungen auf die Nachhaltigkeit einzahlen. Der Ergebnisbericht einer entsprechenden Bedarfsanalyse, welcher im Januar 2022 vorliegt, kann wichtige Hinweise für die mögliche Umsetzung eines solchen Zentrums liefern.

Angebot zur Berufsorientierung zur Förderung von Nachwuchskräften im Handwerk

Um bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig das Interesse für Handwerksberufe zu wecken und für die Karrierechancen im Handwerk zu werben, wurde von der Wirtschaftsförderung und der Kreishandwerkerschaft Region Karlsruhe die craft.ROADSHOW ins Leben gerufen. Schülern und Schülerinnen der 7. und 8. Klassenstufe wird in einem zweistündigen Format im Rahmen der Berufsorientierung an Schulen das Handwerk nähergebracht. Abgerundet wird das Angebot mit einer entsprechenden App und der dazugehörigen [Webseite](http://www.craft-roadshow.de) (www.craft-roadshow.de).





5.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit) wann	Kategorie
	IQ-Korridortheema: Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt		
KMK	Stärkung als Messe-, Kongress-, Tourismus- und Digitalstandort.	2017	Strategie
Wifö	Aktive Förderung von Wirtschaft und Wissenschaft als innovativer und international geprägter Standort mit hoher Lebensqualität	2017	Ziel
Wifö	Stärkung der internationalen, nationalen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Ansiedlung von Menschen, Wirtschaft und Forschungs-Institutionen	2017	Strategie
Wifö	Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur	2017	Strategie
Wifö u.a.	Vermarktung von Karlsruhe als innovative, entspannte, weltoffene, internationale Stadt mit hoher Lebensqualität.	2017	Strategie
WiBü	IQ-Leitprojekt: karlsruhe.digital	2017	Projekt
KMK	IQ-Leitprojekt: Ausbau Kongressstandort	2017	Projekt
Wifö	IQ-Leitprojekt: Innenentwicklung und Flächen	2017	Projekt
Wifö	IQ-Leitprojekt: Entwicklungsquartier Hauptbahnhof Süd	2017	Projekt
Wifö	IQ-Leitprojekt: Aktionsprogramm Handwerk	2017	Projekt
	Wirtschaft		
Wifö, AfStA	Aktionsplan City 2020-2026 zur zukunftsfähigen Ausrichtung der Karlsruher Innenstadt (Strukturwandel beim Einzelhandel, hohe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, Folgen der Corona-Pandemie)	2017	IQ-Leitprojekt der „Zukunft Innenstadt“
Wifö, StPIA, UA	Beteiligung am ExWoSt-Projekt „Ressourcenoptimiertes Gewerbeflächenmanagement durch Kooperation“ im Gewerbegebiet Grünwinkel	2015 - 2018	Projekt
Wifö	Wirtschaftsförderung entwickelt neue Strategie mit Nachhaltigkeitsaspekten	2021	Strategie
Wifö	Die Innenentwicklung von Gewerbeflächen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit	2015	Strategie
Wifö	Neues Gründerzentrum #SmartProductionPark zur Förderung der intelligenten und vernetzten Produktion	2018	Gründerzentrum (Bau)
Wifö	Gründer- und Gewerbezentrum zur Förderung und Unterstützung des Handwerks und kleinen produzierenden Gewerbes	2019	Gründerzentrum (Analysephase)
Wifö	SmarterCity Initiative – Workshops zur Förderung neuer Geschäftsmodelle	2017	Ziele
	Wissenschaft und Transfer		
WiBü	Erstwohnsitzkampagne (Karlsruhe soll für die Studierenden keine „Durchgangsstation“ sein, damit Vorbeugung des Fachkräftemangels)	2007	Kampagne
WiBü	EFFEKTE (Wissenschaftsfestival und innovative Wissenschaftskommunikations-Reihe)	2020	Veranstaltung
Wifö	FameLab (internationaler Wettbewerb zur Wissenschaftskommunikation, ähnlich dem Science Slam)	2016	Veranstaltung
Wifö	Cluster4Future (Bundes-Förderung von Wissens- und Technologietransfer): Thema: Energieeffizientes nachhaltiges Bauen, in Kooperation mit Firma Vollack	2021	Netzwerke



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Digitalisierung und Innovation		
IT, WiBü	1. Platz im Bereich „Digitale Verwaltung“	2020	Auszeichnung
IT, WiBü	2. Platz beim Smart City Award 2019 des Bitkom e.V. 3. Platz beim Smart City Index 2021 des Bitkom e.V.	2019	Auszeichnung
IT, WiBü	Karlsruhe ist als einzige deutsche Stadt Teil der G20 Global Smart Cities Alliance des Weltwirtschaftsforums (WEF).	2019	Netzwerk
KIT	<u>Triangel – Open Space Angebot</u>	2021	Open Space
VME u.a.	<u>Smart City Karlsruhe</u> : zahlreiche Projekte in den Bereichen Mobilität, Verwaltung, Infrastruktur, Energie, Kultur- und Kreativwirtschaft u.v.m. Die Stadt koordiniert unterschiedliche Projekte, die langfristig auf eine Smart City einspielen werden. Hierbei sind dienststellenübergreifend mehrere Ämter parallel beteiligt, u.a. GBA, UA, IT, VME. Auch Tochtergesellschaften wie die SWK sind an diversen Projekten beteiligt.	2019	Projekt
Wifö	Initiative karlsruhe.digital	2016	IQ-Leitprojekt
Wifö	InnovationFestival für digitale Karlsruher Transformationsprojekte	2020	Veranstaltung
Wifö	KA-WLAN (Kostenloses WLAN an über 100 Standorten in Karlsruhe und der Region, Beginn 2004)	2015	Strategie
Wifö	Automotive Engineering Network (aen) entwickelt mit der VBK ein Citylogistik-Konzept für die Innenstadt.	2020	Netzwerk/Konzept
Wifö	CyberForum e.V.	1997	Netzwerk
Wifö	K ³ Kultur- und Kreativwirtschaftsbüro Karlsruhe	2012	Netzwerk
Wifö	Karlsruher IT-Sicherheitsinitiative (KA-IT-Si)	2001	Netzwerk
Wifö	Urban Pioneer's (Start-ups mit nachhaltigen Produktideen, die in Europa keinen Abnehmermarkt finden, als Franchise in Schwellenländern etablieren)	2017	Konzept
Wifö	Gründung und Innovation beflügeln (zum Beispiel mit Smart Production Park, e-Mobilitätszentrum, Kreativwirtschaft)	2011	Strategie
Wifö	Förderung und Unterstützung des Handwerks bei der Nachwuchsgewinnung, Existenzgründung, Beratung und Flächenbedarf	2018	IQ-Leitprojekt
Wifö, KH	<u>craft.ROADSHOW</u> (zweistündiges Format zum Näherbringen des Handwerks für die 7. und 8. Klassenstufe mit Website und App)	2020	Projekt
Wifö, TBA	Ämterübergreifendes Projekt zum Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitband)	2019	Projekt
ZKM	Low Carbon Internet (Digitalisierung und Nachhaltigkeit)	2021	Projekt

Abkürzungen

AfStA: Amt für Stadtentwicklung
IT: Amt für IT und Digitalisierung
KFG: Karlsruher Fächer GmbH
KH: Kreishandwerkerschaft Karlsruhe
KIT: Karlsruher Institut für Technologie
KMK: Karlsruher Messe- und Kongress GmbH

StPIA: Stadtplanungsamt
UA: Umwelt- und Arbeitsschutz
VME: Stabsstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung
WiBü: Wissenschaftsbüro
Wifö: Wirtschaftsförderung
ZKM: Zentrum für Kunst und Medien



5.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Wirtschaft und Wissenschaft werden in der Stadt Karlsruhe aktiv gefördert.

Das **Bruttoinlandsprodukt** je Einwohnerin und Einwohner in Karlsruhe steigt beständig an, ebenso wie die Beschäftigungsquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand 2019: 56,7 Prozent). Dabei beträgt das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen zu Männern seit 2006 stets über 90 und aktuell 94,3 Prozent. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, liegt der Wert bei über 100 Prozent. Bei einem Wert von unter 100 Prozent sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert. Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** hat sich seit 2008 halbiert auf derzeit 1,2 Prozent. Allerdings hat sich die Zahl der sogenannten Aufstockerinnen und Aufstocker in diesem Zeitraum kaum verändert und liegt 2019 bei 28,1 Prozent. Als „Aufstocker und Aufstockerinnen“ werden Empfänger und Empfängerinnen von ALG II bezeichnet, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Arbeitseinkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht.

Die Stadt Karlsruhe ist auch ein attraktiver **Bildungsstandort**, was die steigenden Studierendenzahlen zeigen. Auch hat der Anteil der Hochqualifizierten seit 2006 um rund 5 Prozent zugenommen.

Wie lässt sich die **Innovationskraft** einer Kommune messen? Diese ist wohl kaum in Zahlen zu fassen. Existenzgründungen und Breitbandversorgung sind nur grobe Annäherungen. Klar ist, Karlsruhe fördert Innovation, zum Beispiel durch das Gründerzentrum #SmartProductionPark, das geplante Gründerzentrum für Handwerk und Gewerbe (Analysephase) oder die Initiative karlsruhe.digital. Die **Digitalisierung** bedeutet einen radikalen Wandel, für Unternehmen, Wissenschaft und Kultur – für die gesamte Stadtgesellschaft. Karlsruhe zählt zu den digitalsten Städten in Deutschland und wurde vom Weltwirtschaftsforum als Pioneer City der G20 Global Smart Cities Alliance gewürdigt. Karlsruhe ist als digitale, vernetzte Stadt überall ganz vorne mit dabei, nicht zuletzt dank eines großen Netzwerks sowie einer umfassenden Expertise aus der lokalen Digitalbranche. 2020 wurde die Fächerstadt sogar mit dem ersten Platz im Bereich „Digitale Verwaltung“ ausgezeichnet.

Im Hinblick auf bestehenden (politischen) Handlungsbedarf hat sich die Wirtschaftsförderung mit Hinweisen beteiligt.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Das Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz in die Unternehmen zu transportieren und Impulse für eine Umsetzung zu geben sowie das Flächenmanagement in Karlsruhe als wachsenden Wirtschaftsstandort.
- Inhaltliche Hilfestellung bei der Umsetzung von Maßnahmen und gegebenenfalls auch Förderung solcher Maßnahmen. Stadt und Wirtschaft müssen gemeinsam agieren.





6 Wohnen und nachhaltige Quartiere

Das Handlungsfeld **Wohnen und nachhaltige Quartiere** (BNK 15) beleuchtet die Stadtentwicklung, welche eine wichtige Grundlage für das Wohlbefinden aller Bürgerinnen und Bürger darstellt. Wie werden die zur Verfügung stehenden Flächen genutzt? Wie viel Fläche ist versiegelt? Wie steht es um bezahlbaren Wohnraum? Und finden sich ausreichend Orte für Erholung und soziale Kontakte?

Neben sieben messbaren Indikatoren, dienen zwei Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, nachhaltige Flächennutzung und Flächenverbrauch, Bauen und Sanieren sowie die Versorgung mit Supermärkten.

Tabelle 15: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Wohnen und nachhaltige Quartiere

Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete	x	
2	Wohnfläche	Wohnfläche in Quadratmetern je Einwohner	x	
3	Bestand an Sozialwohnungen	Anzahl Sozialwohnungen		
4	Flächeninanspruchnahme	Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche	x	
5	Flächennutzungsintensität	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner	x	
6	Naherholungsflächen	Naherholungsflächen in Hektar pro 1.000 Einwohner	x	
7	Wohnungsnaher Grundversorgung Supermarkt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter	x	

Tabelle 16: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Wohnen und nachhaltige Quartiere

Amt für Stadtentwicklung	Karlsruher Verkehrsverbund	Sozial- und Jugendbehörde	Zentraler Juristischer Dienst
Kulturamt	Marktamt	Liegenschaftsamt	Gartenbauamt
Volkswohnung GmbH	Stadtplanungsamt	Bauordnungsamt	Ortsverwaltungen



6.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Richtschnur für die städtische Wohnungspolitik für die nächsten 15 Jahre ist die Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen. Ein zentrales Ziel ist das Schaffen von 10.300 neuen Wohnungen bis 2035. Bezahlbarer Wohnraum wird auch in Karlsruhe immer knapper, die Stadt wächst und etwa 14.200 Wohnungen werden bis 2035 benötigt. Doch die Schaffung von neuem Wohnraum hat meist zusätzliche Flächenversiegelung zur Folge und die Bautätigkeit belastet das Klima. Der neue Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Modernisierung städtischer Gebäude soll dem entgegenwirken. Nichtsdestotrotz bestehen Zielkonflikte zwischen ökologischen und sozialen Zielen.

6.1.1 Wohnen

Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen

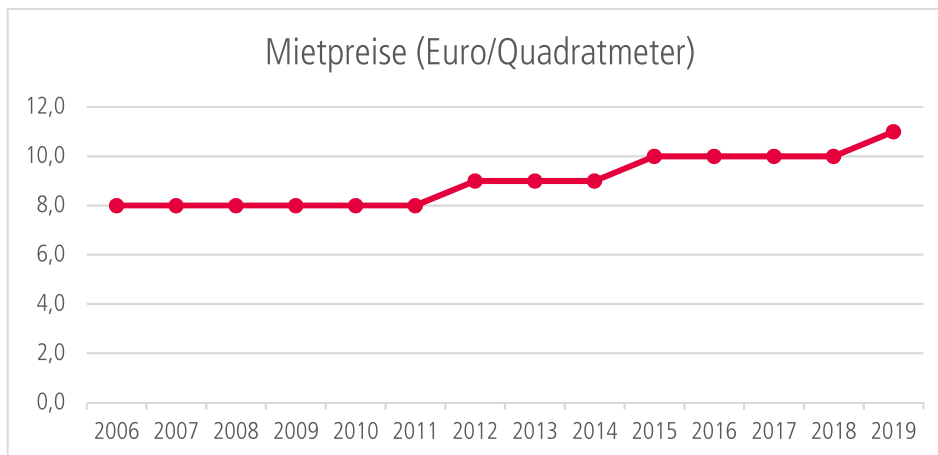
Die städtische Wohnungspolitik stellt einen zentralen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Sie ist essentieller Baustein einer modernen, zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik, die wirtschaftliche, soziale, städtebauliche und klimatische Aspekte in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt. Die Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen leitet – auf Basis umfangreicher Analysen – Zielsetzungen, Leitlinien und Maßnahmen für eine qualitativ und quantitativ adäquate Bereitstellung von Wohnraum im Stadtgebiet für die nächsten 15 Jahre ab. Sie dient damit als Richtschnur für die städtische Wohnungspolitik.



Dabei trägt sie unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit vor allem den Bedarfen in den Bereichen Sozialmietwohnungen und genossenschaftliche/preisgedämpfte Wohneinheiten sowie von Studierenden, jungen Familien, Alleinerziehenden, älteren Alleinlebenden und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit Rechnung.



Mietpreise



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

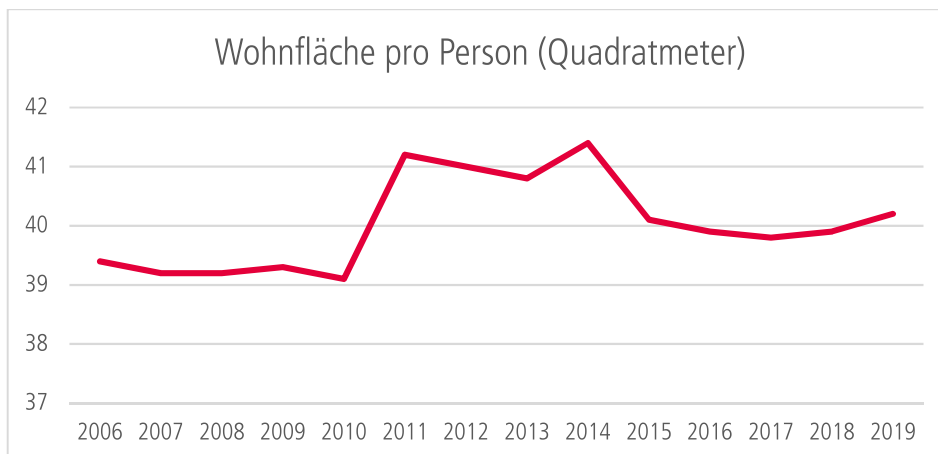
Durchschnittliche Nettokaltmiete (Angebotsmieten)



SDG-Indikator Nr. 56

Nachhaltigkeitsbezug: Die eigene Wohnung wird im Wesentlichen als Ort der Geborgenheit, der Selbstbestimmtheit, der Sicherheit und der Gemeinschaft gesehen und damit als zentraler Ort des Ausgleichs zum Arbeitsplatz wahrgenommen. Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten gibt es allerdings oft große Engpässe in der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Gleichzeitig herrschen in anderen Städten und Gemeinden massive Abwanderungstendenzen mit einhergehenden Problemen der Rentabilität für kommunale Träger und damit einhergehender abnehmender Wohnqualität. In Summe liegt die Wohnkostenbelastung der rund 102.000 Karlsruher Miet-Haushalte mit 29,9 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens im bundesweiten Durchschnitt. Anlass zur Sorge bereitet jedoch, dass etwa ein Fünftel der Miet-Haushalte eine Wohnkostenbelastung von 40 Prozent oder mehr haben und damit als "überlastete" Haushalte im Hinblick auf die Wohnkosten gelten. Dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgend sind die Auswirkungen von hohen Mietpreisen zusätzlich mit erheblichen Konsequenzen für sozioökonomisch schlechter gestellte Gruppen innerhalb einer Generation verbunden und wirken intragenerativ benachteiligend.

Wohnfläche



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Wohnfläche in Quadratmetern je Einwohner und Einwohnerin

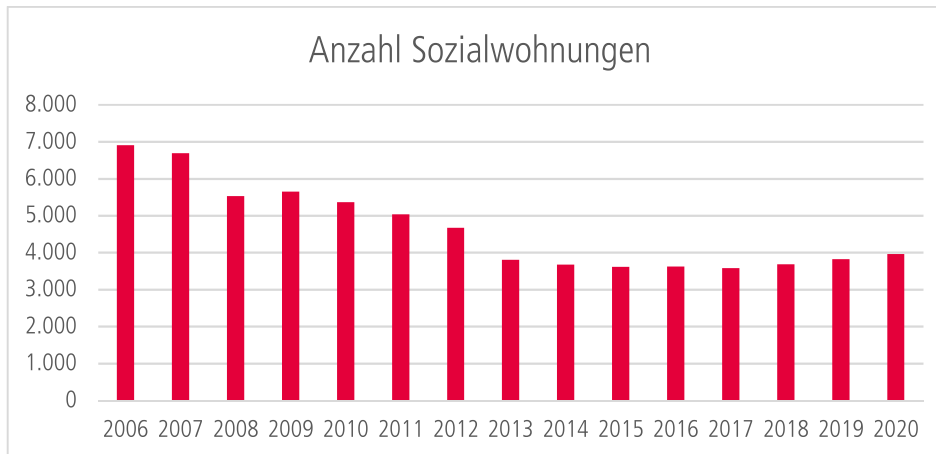


SDG-Indikator Nr. 58

Nachhaltigkeitsbezug: Die verfügbare Wohnfläche je Person in Deutschland steigt seit Jahren aufgrund unterschiedlicher Faktoren. Zum einen führt der Trend zu Haushalten mit weniger Personen dazu, dass die Bevölkerung insgesamt mehr Wohnfläche beansprucht. Dieser generelle Trend zu mehr Wohnfläche pro Person wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass Altersgruppen über 75 Jahren oftmals überdurchschnittlich große Wohnungen oder Häuser bewohnen. Die Folgen dieser Entwicklungen sind regional oft unterschiedlich und führen dazu, dass dieser sogenannte Remanenzeffekt erhebliche Missverhältnissen im Hinblick auf Pro-Kopf-Flächenbedarf und -verfügbarkeit nach sich zieht. In Kombination mit stetig steigenden Immobilienpreisen und Mieten ist die effiziente Nutzung bestehender Wohnflächen, gemäß dem Prinzip der Ganzheitlichkeit, eine Herausforderung mit weitreichenden Konsequenzen für alle Dimensionen der Nachhaltigkeit.



Bestand an Sozialwohnungen



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Amt für Stadtentwicklung

Definition:

Anzahl Sozialwohnungen



Nachhaltigkeitsbezug: In einer Zeit, in der es eine beträchtliche Anzahl von Armutsrentnerinnen und -rentnern, SGB II-Empfängerinnen und -empfängern, Geringverdienenden und Arbeitslosen gibt und diese Bevölkerungsgruppen aufgrund der angespannten Lage am Karlsruher Wohnungsmarkt geringe Versorgungsmöglichkeiten haben, kommt mietpreisgebundenen Sozialwohnungen eine besonders wichtige Funktion zu. Es gibt viele Menschen, die sich eine geeignete Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt kaum leisten können. Die Zahl der mietpreisgebundenen Sozialwohnungen sinkt seit dem Jahre 1998 mit einem Höchststand von 10.371 Wohnungen stetig. Seit 2018 ist wieder ein geringer jährlicher Anstieg zu verzeichnen. Dennoch bleibt für sozial schwächere Haushalte die aktuelle Wohnungsmarktsituation in Karlsruhe schwierig. Vor diesem Hintergrund ist in der Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen das Ziel verankert, bis 2035 insgesamt 2.100 neue Sozialmietwohnungen zu schaffen.

Mehr zum Thema Wohnen, wie Angaben zu bestehender Wohnungslosigkeit finden Sie im folgenden Handlungsfeld „Soziale Gerechtigkeit“.

Soziale Erhaltungssatzung „Alte Südstadt“

Um Gentrifizierungsprozessen insbesondere in den gründerzeitlich geprägten Gebäudestrukturen der Karlsruher Südstadt entgegenzuwirken, hat der Gemeinderat im März 2021 den Beschluss zur Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung sowie über ein besonderes Vorkaufsrecht für das Gebiet „Alte Südstadt“ gefasst.



Seit Veröffentlichung des Aufstellungsbeschlusses stellt die Stadt Entscheidungen über Bauvorhaben zurück, sofern diese grundsätzlich geeignet wären, die im Gebiet „Alte Südstadt“ ansässige Bevölkerung zu verdrängen. Zusätzlich wird die Begründung von Wohnungs- und Teileigentum im Gebiet vorläufig untersagt.

Nach Abschluss vertiefender Untersuchungen könnte im Frühjahr 2022 der Erlass einer Sozialen Erhaltungssatzung folgen. Diese hätte zum Ziel, die Bevölkerungszusammensetzung im Gebiet aus städtebaulichen Gründen zu erhalten.



6.1.2 Wohnungsnahe Versorgung

Wohnungsnahe Grundversorgung Super-Markt

Die einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter betrug in Karlsruhe im Jahr 2017 **431 Meter**.

Daneben gibt es aber auch zahlreiche Wochenmärkte in Karlsruhe, wo frische Lebensmittel, teils saisonal und aus der Region erworben werden können. Zusätzlich wurde erfasst, wie viele Supermärkte sich im Umkreis von einem Kilometer der Marktplätze befinden (Quelle Marktamt).

Karlsruher Wochenmärkte mit der Anzahl der Supermärkte im Umkreis von einem Kilometer

Abendmarkt-Marktplatz (6)	Mühlburg – Entenfang (6)
Bauernmarkt Durlach (5)	Neureut -Neureuter Platz (2)
Blumenmarkt -Marktplatz (6)	Nordweststadt- Walther-Rathenau- Platz (4)
Daxlanden – Turnerstraße vor der Kirche (2)	Oberreut – Julius-Leber-Platz (3)
Durlach – Marktplatz (5)	Rüppurr – vor der Christ-König-Kirche (3)
Gottesauer Platz (5)	Stephanplatz (10)
Gutenbergplatz (6)	Waldstadt – Waldstadtzentrum (2)
Knielingen – Elsässer Platz (1)	Werderplatz (9)
Kronenplatz (4)	Werderplatz (9)

Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de
Stadt Karlsruhe: Marktamt

Definition:

Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter



SDG-Indikator Nr. 59

Nachhaltigkeitsbezug: Essen und Trinken zählt zu den grundlegendsten menschlichen Bedürfnissen und kann, anders als andere Güter, die unter den Begriff der Daseinsvorsorge fallen, zum täglichen Bedarf gezählt werden. Unabhängig von den persönlichen Konsumentscheidungen müssen Lebensmittel deshalb in hoher Regelmäßigkeit beschafft werden, leicht verderbliche Waren meist mehrmals wöchentlich. Der Einkauf muss daher ohne größeren zeitlichen und logistischen Aufwand in den Tagesablauf integrierbar sein. Wohnortnähe ist in diesem Zusammenhang ein entscheidender Faktor. Umso mehr, da sich im Lebensmittelhandel seit Jahren ein Trend zur Konzentration beobachten lässt, der sich unter anderem in einer Abnahme kleinerer Standorte niederschlägt wie auch einer allgemeinen Zunahme durchschnittlicher Ladenflächengrößen. Der Trend zu relativ abgelegenen Einkaufsmöglichkeiten wirkt vor allem dem Konzept der für die Nachhaltigkeit wichtigen fußläufigen Erreichbarkeit entgegen. Die Abhängigkeit von Fortbewegungsmitteln führt zu Kosten, die mit Einschränkungen in der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension verbunden sind. Neben diesem Prinzip der Ganzheitlichkeit ist aufgrund des Stadt-/Land-Gefälles in der Versorgung mit Supermärkten und Discountern zusätzlich das Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit berücksichtigt.



6.1.3 Bauen und Sanieren

Im neuen Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Modernisierung städtischer Gebäude werden zum **Gebäudebestand der Stadt** folgende Angaben gemacht: Mit Stand vom 19.02.2020 sind die Einrichtungen der Stadt Karlsruhe auf 1.119 Gebäude verteilt, davon sind 969 Gebäude im Besitz der Stadt Karlsruhe. Die restlichen Gebäude sind angemietet. Die im Eigentum der Stadt stehenden Gebäude haben insgesamt circa 1,3 Millionen Quadratmeter Brutto-Grundfläche. Nach Abzug von Garagen, Lagerflächen, öffentlichen Toilettenanlagen und sehr kleinen Objekten verbleiben circa 460 beheizte Gebäude relevanter Größe (circa 890.000 Quadratmeter Brutto-Grundfläche).

Vereinfacht dargestellt gliedert sich der städtische Gebäudebestand in **zwei wesentliche Bauphasen**. Etwa 30 Prozent der Gebäude wurden vor 1948 errichtet. Der sprunghafte Flächenbedarf der Nachkriegsjahrzehnte sorgte für eine Verdopplung der nutzbaren Flächen. Gebäude der 1950er Jahre bis Ende der 1970er Jahre umfassen daher rund 65 Prozent des aktuellen Gebäudebestandes. Bei Schulgebäuden und Turnhallen ist der Anteil der ersten Phase etwas höher. Diese Gebäude sind fast ausnahmslos weder grundsaniert noch modernisiert.

Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass Gebäude nach 40 Jahren grundlegend modernisiert und den aktuellen Bedürfnissen der Nutzung, aber auch dem Stand der Technik angepasst werden müssen.

Ein sehr großer Anteil aller Karlsruher Gebäude der maßgeblichen Bauphase zwischen 1949 und 1977 befindet sich über dem vierten Jahrzehnt der Nutzung, ohne dass bisher eine grundlegende **Modernisierung** erfolgt ist. Zur Beseitigung des Investitionsstaus und zur Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse zur „Klimaneutralen Verwaltung 2040“ sind circa 80 Prozent der beheizten Gebäude in relevanter Größe zu sanieren, also etwa 370 der insgesamt 460 Objekte.

Durch die **Gebäudesanierungsstrategie** können jährlich circa 30.000 Tonnen CO₂ eingespart werden. Über eine

Nachhaltige Baumaterialien

Seit 2016 verwendet die Stadt Recycling-Beton (Foto rechts).

Um den Abbau von Kies und Sand, welcher für Beton benötigt wird, zu reduzieren, wird alter Beton recycelt. Dazu wird der Beton gebrochen und das so entstandene kiesartige Material dem neuen Beton beigemischt.



Weitere nachhaltige Baumaterialien stellen Dämmstoffe aus Seegrass dar (Foto links). Angespült an den Stränden des Mittelmeeres und der Ostsee lässt sich abgestorbenes Seegras aufgrund seiner Eigenschaften wie der Resistenz gegen Fäulnis, Pilze und Schädlinge hervorragend als Dämmstoff verwenden. Ein nachwachsendes diffusionsoffenes Material, welches außerdem einen guten sommerlichen Hitzeschutz bietet. Für den Einsatz von Seegrass als ökologisches und nachwachsendes Füllmaterial hat die Stadt Karlsruhe 2016 eine Auszeichnung erhalten.

Bauteilnutzungsdauer von 40 Jahren lassen sich so in Summe circa **1.200.000 Tonnen CO₂ einsparen**.



Das Räumliche Leitbild – Die Stadt wächst mit inneren Werten

Der Rahmenplan Räumliches Leitbild wurde in einem öffentlichen Prozess erarbeitet und beschreibt strategische Ziele für die räumliche Entwicklung der Stadt. Unter anderem hat sich Karlsruhe darin zu einer flächensparenden Bodenpolitik, die Entwicklungsräume im Außenbereich ausschließt und Landschaftsräume bewahrt, bekannt.

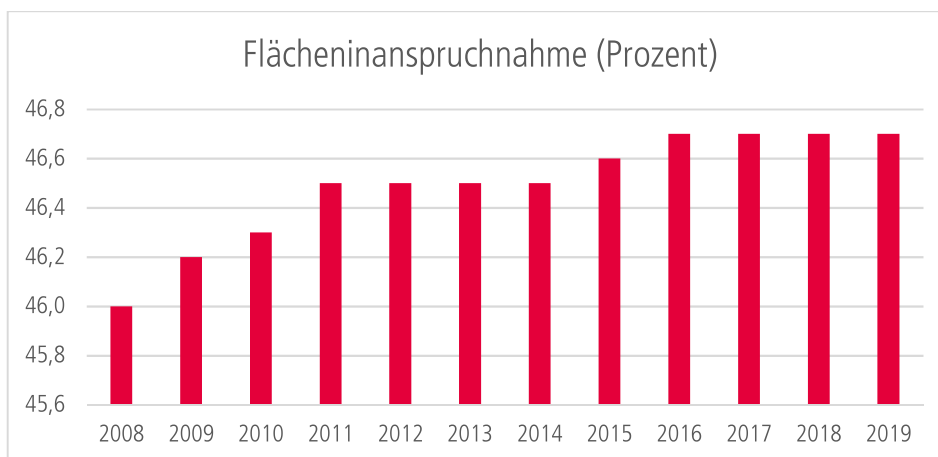
Dabei spielt auch die Qualitätssicherung von städtischen Freiräumen sowie die klimabewusste Planung eine Rolle. Das Stichwort lautet „Doppelte Innenentwicklung“: Wo gebaut wird, will man auch einen Benefit für die Freiflächen erhalten.

Um die Innenentwicklung weiter voran zu treiben entstanden seitdem die gesamtstädtische Potenzialstudie „Innere Entwicklung Karlsruhe“, der „Karlsruher Wohnpotenzialflächenatlas“ (Ka-WoPA) und das „Konzept Höhenentwicklung Karlsruhe“, das Regeln für eine mögliche Stadterweiterung in die Höhe festlegt.



6.1.4 Flächennutzung

Flächeninanspruchnahme



Datenquelle:
www.wegweiser-kommune.de

Definition:
Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche (Prozent)

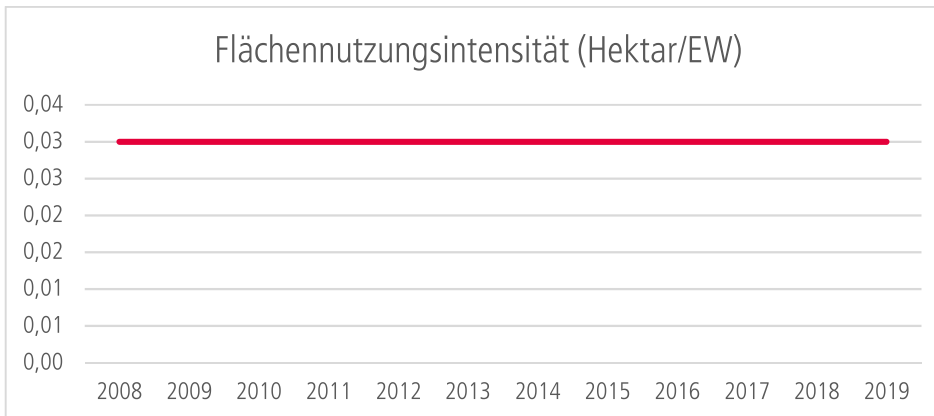


SDG-Indikator Nr. 67

Nachhaltigkeitsbezug: Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche des Bundesgebiets ist prinzipiell Ausdruck des Industrialisierungsgrades einer Volkswirtschaft und der damit verbundenen Bevölkerungsdichte. Die Flächenversiegelung bringt allerdings vielfältige direkte und indirekte ökologische und ökonomische Probleme mit sich. Böden sind eine endliche Ressource, die durch das Zusammenspiel von Gestein, Luft, Wasser und Lebewesen über Jahrhunderte entstehen und dem Natur- und Wasserhaushalt dienen. Einmal versiegelter Boden ist nur schwer und unter Einsatz von hohen Kosten wiederzubeleben. Im Sinne einer normativen Betrachtungsweise beschreibt der Indikator das Ziel, den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche zu reduzieren und somit insgesamt im Sinne der Generationengerechtigkeit dazu beizutragen, dass die zwangsläufige Urbanisierung und Verstädterung weniger auf Expansion als auf Effizienz beruht. Eine effiziente und nachhaltige Flächennutzung kann im Sinne der Ganzheitlichkeit den Konflikt der Verstädterung mit den Nachhaltigkeitsdimensionen entspannen und wirkt im Sinne der globalen Verantwortung auf regionaler und nationaler Ebene.



Flächennutzungsintensität



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Einwohner und Einwohnerin (EW)



SDG-Indikator Nr. 69

Nachhaltigkeitsbezug: Der Indikator gibt Hinweise auf die Effizienz der Siedlungsflächennutzung. Grundlegend ist eine effiziente Flächennutzung durch die Maximierung des ökonomischen und sozialen Nutzens bei einer Minimierung des Faktor- beziehungsweise Flächeneinsatzes gekennzeichnet. Je höher die räumliche Verdichtung von Einwohnern und Einwohnerinnen und Arbeitsplätzen, desto kostengünstiger lassen sich soziale und technische Infrastrukturen betreiben und desto geringer ist die Material- und Energie- sowie die Verkehrsintensität eines Siedlungssystems für die Kommunen. Die Siedlungsdichte kann somit als positive Einflussgröße für die ökonomische Leistungs- und Innovationsfähigkeit angesehen werden. Eine Erhöhung der Siedlungsdichte durch Nachverdichtung und genereller Erhöhung der Baudichte verringert die Notwendigkeit, Siedlungs- und Verkehrsflächen kontinuierlich zu erweitern. Dadurch wird der Verbrauch an Flächen verringert und ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit der begrenzten Ressource Boden geleistet. Dies hat erheblichen Einfluss auf das Prinzip der Generationengerechtigkeit.

Flächennutzungsplan 2030 – Mehr als Bauflächen ausweisen

Im gemeinsamen Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe planen elf Gemeinden über ihre Gemarkungsgrenzen hinweg, wie sie sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren entwickeln wollen.

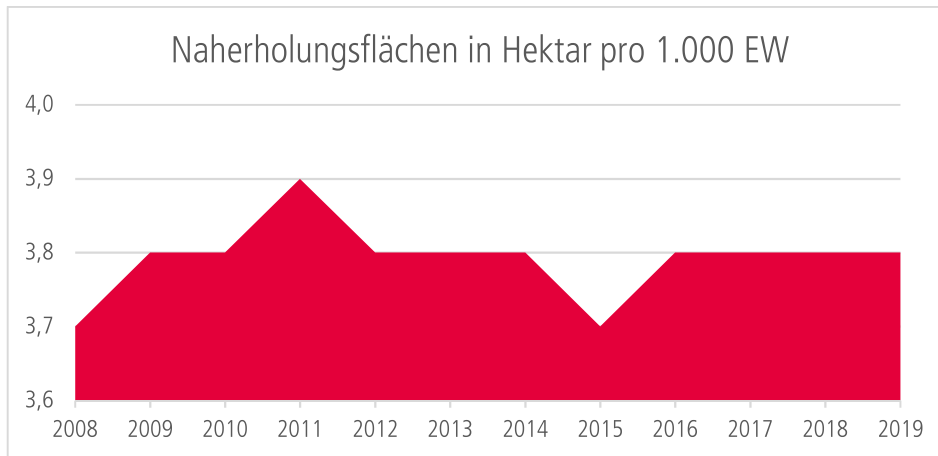
Dabei geht es nicht nur um die Frage „Wo können zusätzliche Flächen ausgewiesen werden?“ – sondern auch darum, „Wie können die bestehenden Ressourcen effizienter genutzt werden?“.

Man schöpft zum Beispiel bei weitem nicht die vollen Flächenkontingente aus, die man laut Bedarfsnachweis des Landes Baden-Württemberg ausweisen dürfte. Im Gegenzug haben sich alle Mitgliedsgemeinden dazu verpflichtet dichter und vielfältiger zu bauen. Klassische Einfamilienhausgebiete gehören somit der Vergangenheit an.





Naherholungsflächen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Naherholungsflächen in Hektar pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (EW)



SDG-Indikator Nr. 70

Nachhaltigkeitsbezug: Erholungsflächen umfassen unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Zu diesen Flächen gehören unter anderem Grünanlagen, Parks, Schrebergärten sowie Sportflächen und Campingplätze.

Erholungsflächen erfüllen wichtige soziale, ökologische und ökonomische Funktionen. So haben Erholungsflächen einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben jedoch auch einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung insbesondere in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können. Letztlich sind Erholungsflächen aber auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit von ökonomischer Relevanz. Naherholungsflächen folgen demnach primär dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Zusätzlich kann auch eine Wirkung im Sinne der intragenerativen Gerechtigkeit attestiert werden, da die verfügbaren Flächen einem klaren Gefälle zwischen Stadt und Land sowie gehobenen und einfachen innerstädtischen Lagen unterliegen.



6.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit) wann	Kategorie
	Wohnen		
AfStA	Gutachten zur Zweckentfremdung von Wohnraum	2021	Projekt
LA	Karlsruher Wohnraum Förderprogramm KaWoF (Förderung von sozialem Wohnungsbau und Ankauf von Belegungsrechten)	2014	Programm
VoWo	Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum	-	Ziel
VoWo	Förderquote im Neubau mindestens 50%	-	Ziel
VoWo	„Wohnung sucht Mieter“ (Kooperation)	2015	Netzwerk
VoWo	Smartes Quartier Durlach	2019	Projekt
VoWo	Forschungsprojekt Falkenweg 69 Dammerstock	2019	Projekt
VoWo	Innovativ Wohnen BW: Garagenaufstockungen Rintheim	2020	Projekt
VoWo	Innovativ Wohnen BW: Der Mensch als Maßstab	2021	Projekt
VoWo	Grünflächenmanagement	-	Konzept
VoWo	Netzwerkprojekt „BuWoMo“ (Bundesweites Netzwerk Wohnen und Mobilität) des VCD Verkehrsclub Deutschland	2021	Projekt
	Quartiere		
AfStA	Bürgerzentren	2013	Netzwerke
AfStA	Lesepatentförderung	2003	Netzwerke
AfStA	Stadtteilentwicklungskonzepte	2001	Konzept
AfStA	Soziale Erhaltungssatzung „Alte Südstadt“	2021	Strategie
Kultur	Kultur im Quartier: Stadtteilbibliotheken, Bürgerzentrum Mühlburg	-	Einrichtung
Kultur	Ausstellung im Stadtteil Oberreut mit aktiver Bürger-Beteiligung		Projekt
MA	Neue Wochenmarkt-Satzung und verstärkte Förderung von Eigenerzeugnissen, Regionalität, ökologischer Landwirtschaft und Mehrweg.	2021	Strategie
MA	Bevorzugung von regionalen und ökologisch wirtschaftenden Eigenerzeugern auf dem Wochenmarkt	-	Strategie
MA	Zusammenarbeit mit den Tafeln zur Lebensmittelrettung		Strategie
MA	Bevorzugung von Regionalität und Mehrweg auch auf dem Christkindlesmarkt, sowie LED oder solarbetriebener Beleuchtung	-	Strategie
VoWo	Erarbeitung von Mobilitätskonzepten in zwei Quartieren (August-Klingler-Areal und Staudenplatz Rintheim)	2021	Projekt
VoWo	Etablierung von Kooperationen mit sozialen Trägern/Quartiersangeboten	2012	Strategie
	Bauen und Sanieren		
Alle	Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Modernisierung städtischer Gebäude	2021	Beschluss
AfStA	Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen	2021	Strategie
BD	Energetische Sanierung der Feuerwehrhäuser	2010	Strategie



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Bauen und Sanieren		
HGW	Langfristiges Sanierungskonzept für städtische Gebäude	2021	Konzept
HGW	Planung städtischer Neubauten nach Passivhausstandard	2012	Strategie
KFG	Alter Schlachthof: Energetische Sanierung der Bestandsgebäude und Errichtung von Neubauten mit Passivhausstandard bzw. mit Geothermieanlagen (Konzeption eines Neubaus nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip)	2018	Projekt
LA	Grundstücksvergabe konzept Wohnen zur Förderung der Vielfalt im Wohnungsbau und des Klimaschutzes	2021	Konzept
LA	KaWoF Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm	2014	Programm
LA	KlimaBonus Karlsruhe (Förderung der energetischen Sanierung des Karlsruher Wohnungsbestands)	2021	Programm
LA	Karlsruher Innenentwicklungskonzept (KAI)	2014	Konzept
OV G.	Verdichtung von drei auf zwei Rathausgebäude	Plan	Ziel
OV G.	Verdichtung von zwei auf einen Standort für Bauhof	Plan	Ziel
OV G.	Prüfung Nahwärmenetz für städtische Gebäude in Ortsmitte Grötzingen	Plan	Ziel
OV N.	Entwicklung und Ansiedlung von Gewerbebetrieben mit Feuerwehr und Rettungsdienstzentrale	Plan	Ziel
StPIA	Räumliches Leitbild – Karlsruhe	2016	Strategie
StPIA	Innere Entwicklung Karlsruhe – Gesamtstädtische Potenzialstudie	2016	Konzept
StPIA	Konzept Höhenentwicklung Karlsruhe	2020	Konzept
StPIA	Flächennutzungsplan 2030	2021	Strategie
StPIA	Aktuelle oder geplante Sanierungsgebiete zur Aufwertung dörflich geprägter Bereiche (Knielingen, Grünwettersbach, Durlach-Aue, Grötzingen (+ Energiequartier Ortsmitte)), zur Stärkung der Innenstadt (Innenstadt-Ost und Kaiserstraße-West) sowie Durlach-Stadteingang (Antrag für 2023)		Projekte
StPIA	OV Neureut: Zentrum III: Wohnraum für über 2.200 Personen	Plan	Projekt
UA	Grundsatzentscheid für eine klimaschutzgerechte Bauleitplanung	2020	Grundsatzentscheid
UA	Energiekonzepte für Neubaugebiete und Bebauungspläne	2020	Konzept
Wifö	Nachhaltige Bewertungskriterien bei der Vergabe und bauliche Anforderungen an städtische Gewerbegrundstücke (insbesondere optimale Flächenausnutzung)	2020	Strategie

Abkürzungen

AfStA: Amt für Stadtentwicklung
BD: Branddirektion
HGW: Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft
KFG: Karlsruher Fächer GmbH
Kultur: Kulturamt
LA: Liegenschaftsamt
MA: Marktamt

OV G.: Ortsverwaltung Grötzingen
OV N.: Ortsverwaltung Neureut
StPIA: Stadtplanungsamt
UA: Umwelt- und Arbeitsschutz
VoWo: Volkswohnung GmbH
Wifö: Wirtschaftsförderung



6.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Wie viele andere deutsche Großstädte steht auch Karlsruhe vor der Herausforderung, **bezahlbaren Wohnraum** zur Verfügung zu stellen und dabei Flächenverbrauch und -versiegelung gering zu halten. Da die Stadt weiterwächst, werden bis zum Jahr 2035 circa 14.200 neue Wohnungen benötigt. Richtschnur der städtischen Wohnungspolitik für die nächsten 15 Jahre ist die **Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen**. Ein zentrales Ziel ist die Schaffung von 10.300 neuen Wohnungen bis 2035.

Den Handlungsrahmen für die Stadtplanung gibt hierbei das **Räumliche Leitbild** vor, das im Zusammenspiel von Bürgerschaft, städtischen Gremien und Verwaltung erarbeitet wurde. Der Schwerpunkt liegt auf der Weiterentwicklung der vorhandenen Siedlungsstruktur. Im Sinne der **doppelten Innenentwicklung** wird der Blick dabei nicht nur auf die bauliche Verdichtung, sondern auch auf die Weiterentwicklung des innerörtlichen Grüns gerichtet. Ganz ohne zusätzliche Bauflächen geht es trotzdem nicht. Dabei beschränkt sich die Stadt jedoch auf das Nötigste. Im neuen **Flächennutzungsplan 2030** weist die Stadt bei weitem nicht so viele Flächen aus, wie laut Bedarfsnachweis des Landes möglich wären. Dafür hat man sich dazu verpflichtet, **dichter und vielfältiger** zu bauen. **Neue Quartiere müssen hohen Qualitätsstandards genügen**. So wurde zum Beispiel das C-Areal am alten Flugplatz, das sich gerade in der Entwicklung befindet, nach Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen e.V. (DGNB) zertifiziert.

Gentrifizierung, die Verdrängung von weniger wohlhabenden Menschen aus ihren durch Umbau und Sanierung aufgewerteten Stadtteilen, ist ebenso ein Problem, mit dem sich viele Großstädte konfrontiert sehen. Hier hat die Stadt zur Verbesserung der Wohnqualität eine **Vielzahl an Sanierungsgebieten** ausgewiesen, deren Förderung an eine Mietpreisbindung gekoppelt ist, und zudem im März 2021 den Beschluss zur Aufstellung einer **Sozialen Erhaltungssatzung** sowie eines besonderen Vorkaufsrechtes für das Gebiet „Alte Südstadt“ gefasst. Dadurch können Entscheidungen über Bauvorhaben bis zu einem Jahr zurückgestellt sowie die Begründung von Wohnungs- und Teileigentum vorläufig untersagt werden, wenn diese Maßnahmen grundsätzlich geeignet wären, Verdrängungsprozessen Vorschub zu leisten. Die Sanierungssatzungen gehen ebenfalls mit einem Vorkaufsrecht der Stadt einher.

Neben dem Problem der Flächenversiegelung belastet die Bautätigkeit das Klima. Der Grundsatzbeschluss zur nachhaltigen Modernisierung städtischer Gebäude soll dem entgegenwirken. Die Stadtverwaltung möchte 2040 klimaneutral sein. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel stellt daher die **energetische Gebäudesanierung** dar. Aktuell wird zudem beispielsweise die energetische Sanierung von Gebäuden in den eher dörflich geprägten Stadtteilen Knielingen, Durlach-Aue, Grötzingen und Grünwettersbach gefördert – aber auch in der Innenstadt-Ost und sogar im Gewerbegebiet Grünwinkel. Mit dem **KlimaBonus Karlsruhe** wird die energetische Sanierung des Karlsruher Wohnungsbestands mit 2 Millionen Euro jährlich gefördert.

Im Hinblick auf bestehenden (politischen) Handlungsbedarf haben folgende Dienststellen und Gesellschaften Hinweise beigetragen: Amt für Stadtentwicklung, Marktamt, Liegenschaftsamt und die Volkswohnung GmbH.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, auch im sanierten Zustand
- Abmilderung der Suburbanisierung und der damit verbundenen negativen Folgen (Pendlerverkehre etc.)
- Weitere energetische Gebäudesanierung (insbesondere von Altbaubeständen) notwendig
- Abmilderung von Gentrifizierungsprozessen in zentral gelegenen gründerzeitlich geprägten Quartieren
- Dämpfung der dynamischen Preisentwicklung in den Bereichen Eigentumserwerb und Mieten
- Weitere Förderung der Niedrigschwelligkeit der in den Stadtteilen angesiedelten Projekte
- Ausbau der Förderbedingungen für Stadtbegrünung
- Anschlussfinanzierung von Quartiersprojekten
- Ausbau der auf die Quartiersentwicklung ausgerichteten Förderprogramme.
- Bessere Müllentsorgung auf dem Gutenbergplatz
- Mehr Kooperationen bezüglich übrig gebliebener Waren auf den Wochenmärkten
- Es mangelt an Fahrradabstellplätzen an den Wochenmarktplätzen.





7 Soziale Gerechtigkeit

Das Handlungsfeld **Soziale Gerechtigkeit** (BNK 14) nimmt die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen sowie den Förderungsbedarf benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Blick.

Neben neun messbaren Indikatoren, dienen fünf Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeits-Aktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind Armutsprävention und Armutsbekämpfung, Beseitigung von Diskriminierung und gesellschaftliche Teilhabe, Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit, sowie das Thema Sicherheit.

Ergänzende Angaben zu den Themen Arbeit und Wohnen finden sich in den Handlungsfeldern **Wirtschaft und Wissenschaft**, beziehungsweise **Wohnen und nachhaltige Quartiere**.

Tabelle 17: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Soziale Gerechtigkeit










Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	SGB II-/SGB XII-Bezugs-Quote	Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II oder SGB XII (unter 65 Jahre) an der Bevölkerung (unter 65 Jahre)	x	
2	Kinder-, Jugend- und Altersarmut	Anteil der unter 15-Jährigen/15 bis 17-Jährigen/über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind	x	
3	Wohnungslosigkeit	Anteil von im Jahresverlauf wohnungslosen Personen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit Hauptwohnsitz		
4	Inklusives Arbeiten bei der Stadtverwaltung	Anteil der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Frauen, Männer und Menschen mit Behinderung		
5	Einbürgerungen	Anteil an Einbürgerungen der ausländischen Bevölkerung pro Jahr	x	
6	Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung	Anteil der Frauen in den unterschiedlichen Führungspositionen der Stadtverwaltung in Prozent		
7	Geschlechterverteilung im Kommunalparlament	Geschlechterverteilung im Karlsruher Kommunalparlament in Prozent	x	
8	Städtische Beschäftigte in Elternzeit	Männliche und weibliche städtische Beschäftigte in Elternzeit (Anzahl)		
9	Straftaten	Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner	x	

Tabelle 18: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Soziale Gerechtigkeit

Sozial- und Jugendbehörde	Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH	Amt für Stadtentwicklung	Personal- und Organisationamt
Schul- und Sportamt	Gleichstellungsbeauftragte	Stadtjugendausschuss	Volkswohnung



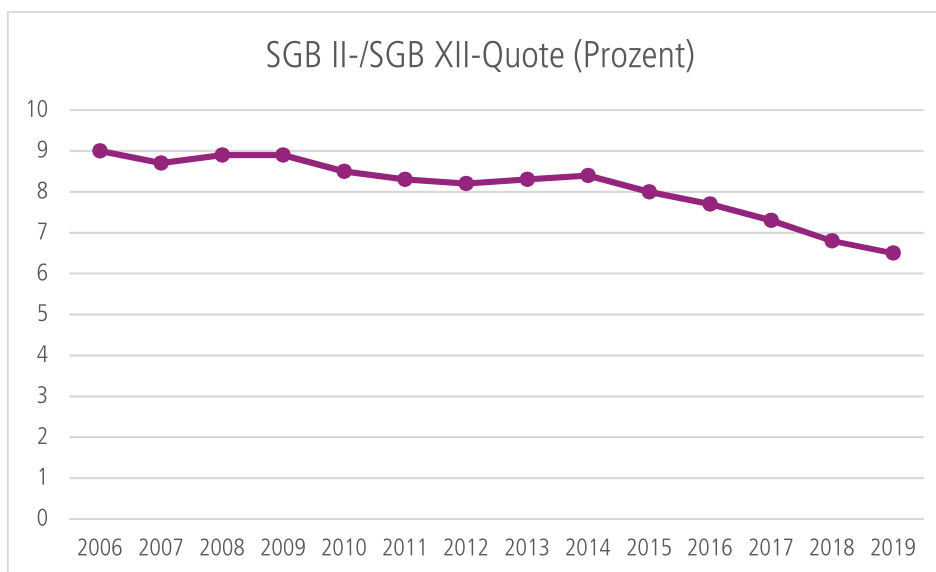
7.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Die Soziale Stadt verfolgt als eins von sechs IQ-Korridorleitthemen, insbesondere die Ermöglichung von Teilhabe für alle sowie den Ausbau und die Förderung inklusiver Schulen. Darüber hinaus soll das Armutsbekämpfungsprogramm die Lebenslagen der armutsgefährdeten Karlsruher Bevölkerung verbessern und soziale Exklusionen, zum Beispiel in den Bereichen Arbeit oder Wohnen überwinden. Mit dem Gemeinderatsbeschluss zum Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt von 2013 setzt sich vor allem die Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH (afka) für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ein. Die seit 1994 bestehende Dienstanweisung zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann bei der Stadtverwaltung Karlsruhe, wird diesen Herbst erneut fortgeschrieben und hat die Gleichstellung von Männern und Frauen gefördert. Mit Blick auf die Mitarbeitenden insgesamt ist das Geschlechterverhältnis fast ausgewogen. In Führungspositionen sind Frauen allerdings nach wie vor unterrepräsentiert. Abschließend sucht das 2020 neu entwickelte Sicherheitskonzept der Stadt sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung als auch die objektive Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe zu verbessern.

7.1.1 Armut

SGB II-/SGB XII-Quote



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II oder SGB XII (unter 65 Jahre) an der Bevölkerung (unter 65 Jahre)



SDG-Indikator Nr. 1

Nachhaltigkeitsbezug: Die Quote zeigt, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) oder Sozialhilfe (SGB XII) hat und gibt damit an, wie hoch die Hilfebedürftigkeit innerhalb der Kommune ist. In einer nachhaltigen Kommune sollte es daher das Ziel sein, dass allen Hilfebedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt, damit sie wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.



Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

Ein geregeltes Einkommen sichert die Existenz und ermöglicht die materielle aber auch soziale und kulturelle Teilhabe am Alltagsleben. Die gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Karlsruhe **Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH (afka)** leistet bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der Verbesserung von Teilhabechancen einen wichtigen Beitrag.



Seit 1988, damals noch unter dem Namen AFB – Arbeitsförderungsbetriebe gGmbH, bietet die Gesellschaft ein breites Spektrum an Beschäftigungs- und Beratungsangeboten, um Arbeitslosigkeit zu verhindern oder den Einstieg in das Arbeitsleben (wieder) zu ermöglichen. Wichtiger Baustein dieser geförderten Beschäftigungen ist das Karlsruher **Gesamtkonzept „Sozialer Arbeitsmarkt“**. Am 22. Oktober 2013 verabschiedete der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe einstimmig das Gesamtkonzept Arbeit (GKA) und betraute die afka mit der Koordinierung.



Bär29 – Second Hand Möbel und Mehr

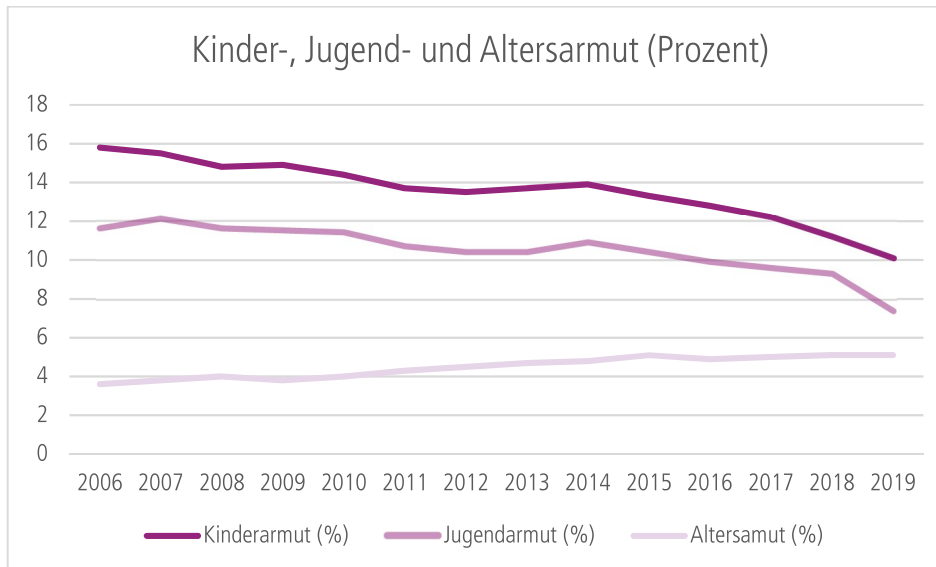
Wesentliches Element ist die Schaffung von Beschäftigungsangeboten für den 3. Arbeitsmarkt für Menschen, die lange arbeitslos sind und bisher nicht in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden konnten.

Seit 2014 sind im Durchschnitt **jedes Jahr mindestens 200 Personen** über den kommunalen sozialen Arbeitsmarkt bei verschiedenen Trägern beschäftigt. Beispiele sind der „Soziale Garten“ von Initial, das Sozialkaufhaus KASHKA der Diakonie oder die Second-Hand-Produkte von afka und AWO und vieles mehr.

Mehr zum Thema Arbeit, wie Angaben zu Beschäftigungsquoten, Langzeitarbeitslosen sowie „Aufstockerinnen und Aufstockern“ finden Sie im Handlungsfeld „Wirtschaft und Wissenschaft“.



Kinder-, Jugend- und Altersarmut



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil der unter 15-Jährigen/15-17-Jährigen/über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind



SDG-Indikatoren
Nr. 2, 3, 4

Nachhaltigkeitsbezug:

Kinderarmut

Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass Kinderarmut zu einem Dauerzustand in Deutschland geworden ist. Kinderarmut ist oftmals bedingt durch Arbeitslosigkeit und Armut der Eltern. Etwa ein Fünftel der betroffenen Kinder lebt fünf Jahre oder dauerhaft in Armut. Kinderarmut ist eine mögliche Ursache für Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen wie Wohnen oder Ernährung. Darüber hinaus führt sie mitunter zu sozialer Diskriminierung sowie ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen. Eine Reduktion des Anteils der unter 15-Jährigen, die von Armut betroffen sind, erfüllt aufgrund der umfassenden Auswirkungen auf andere Nachhaltigkeitsdimensionen das Prinzip der Ganzheitlichkeit. Zusätzlich kann hier im Sinne der Generationengerechtigkeit auch von einer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten.

Jugendarmut

Jugendarmut ist im Vergleich zu Kinderarmut im innerdeutschen Diskurs immer noch ein Randthema. Genauso wie bei Kindern bedeutet Armut in der Jugend nicht nur, dass die Mittel zur physischen Grundversorgung fehlen; Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen verbunden. Jugendliche sind in einer besonderen Phase ihres Lebens: Sie sollen oder müssen den Start in ein selbstständiges Leben wählen. Konnten sie jedoch bereits zuvor wegen Armut nur unterdurchschnittlich an Bildung teilhaben, so schränkt das ihre Wahlmöglichkeiten in dieser Phase enorm ein. Die fehlende soziale Mobilität determiniert mit hoher Wahrscheinlichkeit auch den zukünftigen ökonomischen Erfolg, der stellenweise Voraussetzung für ökologisches Verhalten (z. B. für nachhaltigen Konsum) sein kann. Somit kann hier im Sinne der Generationengerechtigkeit auch von einer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten.

Altersarmut

Altersarmut beschreibt die Problematik, trotz teilweise lebenslanger Erwerbstätigkeit, nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters über einen Rentenanspruch zu verfügen, der unter dem Existenzminimum liegt. Im Verhältnis zu Kindern und Jugendlichen sind ältere Menschen weniger von Armut betroffen. In den nächsten Jahren muss jedoch mit einer zunehmenden Verschärfung der Problematik gerechnet werden, die hauptsächlich auf Rentenreformen und auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen sind. Im Rentenalter arm zu sein, bedeutet nicht nur, dass die Mittel zur physischen Grundversorgung fehlen, Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Teilhabechancen verbunden. Altersarmut ist für die Betroffenen beschämend und erniedrigend, da sie mehrheitlich trotz zum Teil lebenslanger harter Arbeit nicht genügend Geld für den Lebensalltag besitzen. Ihre Situation schränkt sie nicht nur in ihren Teilhabechancen ein, sondern führt auch zu unterdurchschnittlichen Möglichkeiten, sich aktiv gesund zu halten. Ältere Menschen haben nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Einkommenshöhe aktiv zu gestalten – diese besondere Situation macht Altersarmut zu einer besonders schwerwiegenden Form von Armut.



Karlsruher Pass und Karlsruher Kinderpass



Der Karlsruher Pass, der Karlsruher Pass 60Plus und der Karlsruher Kinderpass sind wichtige, wirkungsvolle und unkomplizierte **Instrumente zur Armutsbekämpfung**. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Menschen mit geringen finanziellen Mitteln am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Pässe ermöglichen es, viele soziale, kulturelle, Freizeit-, Sport- oder Bildungsangebote zu ermäßigten Preisen zu nutzen. Um zu den Angeboten gelangen zu können, bieten die Pässe auch deutliche Preisnachlässe für den ÖPNV beim Karlsruher Verkehrsverbund.

Mit dem **Ziel der Entstigmatisierung** werden die Pässe niedrigschwellig beim Jugendfreizeit- und Bildungswerk (jfbw), einer Einrichtung des Stadtjugendausschuss e. V. Karlsruhe, ausgegeben. Seit 2013 wurden die Pässe auch **im Landkreis Karlsruhe eingeführt**. Die politischen und administrativen Grenzen der Stadt entsprechen nicht zwingend den subjektiv wahrgenommenen Sozialräumen der dort wohnenden Menschen. Zur wirksamen Armutsbekämpfung sind daher Lösungen gefragt, die über diese Grenzen hinausreichen. Die **SozialRegion Karlsruhe** überwindet als regionale Aktionsgemeinschaft diese Grenzen und ermöglicht Teilhabe. Mittlerweile sind zwölf Kommunen und Gemeinden in unterschiedlicher Form beteiligt. Weiterführende Informationen, sowie Hinweise zur Bezugsberechtigung finden Sie auf der Homepage unter: www.karlsruher-pass.de.

Wohnraumakquise durch Kooperation

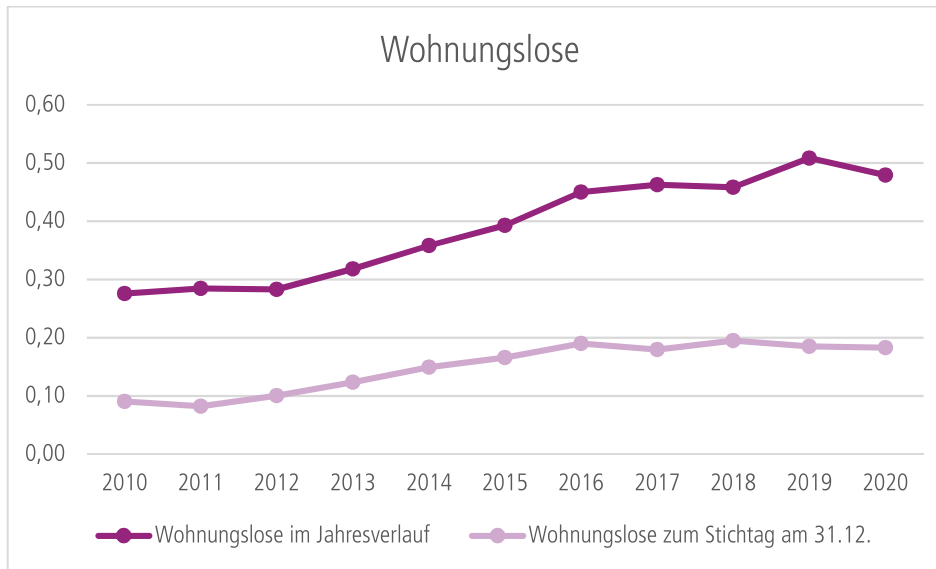
Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis aller Menschen und Menschenrecht. Das **Programm Wohnraumakquise durch Kooperation**, welches die Stadt Karlsruhe seit 2005 betreibt, ist ein wirkungsvolles Instrument, um wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen trotz schwieriger Rahmenbedingungen auf dem Mietwohnungsmarkt bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Stadt erwirbt hierfür bei privaten Vermieterinnen und Vermietern ein Belegrecht für zehn Jahre. Diese erhalten, abhängig von Zustand und Größe der Wohnung, einen Zuschuss sowie eine Mietausfallgarantie für fünf Jahre. Die Mieter und Mieterinnen werden durch die Sozialarbeit der Wohnraumakquise beim Wohnen begleitet. Ehemals Wohnungslose erhalten über das Programm einen Mietvertrag.

Mithilfe des mittlerweile bundesweit angefragten Programms konnten seit 2005 in **1000 Wohnungen** über **2.400 Menschen** mit Wohnraum versorgt werden.

Die Wohnungslosenzahlen in Karlsruhe wären ohne das Programm deutlich höher. Die akquirierten Wohnungen sind nahezu auf alle Stadtteile verteilt, was dazu beiträgt, einer (weiteren) Segregation belasteter Stadtteile vorzubeugen. Durch das Belegrecht und die Mietbindung wird verhindert, dass Mietpreise steigen und sich der Wohnungsmarkt für die unteren Einkommensklassen weiter verengt. Die in vielen Städten häufig beklagte Entwicklung, dass Objekte von Eigentümern an Investoren veräußert werden, die daraus hochwertigen und hochpreisigen Wohnraum schaffen, wird so zumindest gebremst.



Wohnungslosigkeit



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: SJB; AfStA

Definition:

Anteil von im Jahresverlauf wohnungslosen Personen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit Hauptwohnsitz



SDG-Indikator Nr. 6

Nachhaltigkeitsbezug: Als wohnungslos gilt, wer über keine mietvertraglich abgesicherte Wohnung oder über selbst genutztes Wohneigentum verfügt. Ein Teil der Wohnungslosen ist obdachlos, das heißt, lebt und nächtigt im öffentlichen Raum, zum Beispiel auf der Straße. Es handelt sich bei Wohnungslosigkeit um eine besonders schwere Form von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Lebenslage wohnungslos geht oftmals mit einer Kumulation von Problemlagen einher (zum Beispiel Überschuldung oder Arbeitslosigkeit) und zieht oft Ausgrenzungen aus gesellschaftlichen Teilbereichen wie dem Gesundheitssystem oder dem Arbeitsmarkt nach sich. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, hat die Stadt Karlsruhe in Kooperation mit freien Trägern ein differenziertes Wohnungslosenhilfesystem aufgelegt, das entsprechend den Bedarfen stets angepasst wird und von der Prävention, der Unterbringung bis hin zur Wohnraumversorgung reicht.

Bisher gibt es keine bundesweite Statistik zur Erfassung von Wohnungslosigkeit; diese wird mit Beschluss der Bundesregierung ab dem Jahr 2022 eingeführt. In der Stadt Karlsruhe hat die statistische Erfassung von Wohnungslosigkeit eine lange Tradition. Seit 1997 werden in dem Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 das lokale Hilfesystem und die Datenlage regelmäßig im Zwei-Jahres-Rhythmus veröffentlicht (siehe www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/wohnungssicherung/bericht).

Im Jahr 2020 waren 1.459 Menschen im Jahresverlauf in Karlsruhe wohnungslos und am Stichtag 31. Dezember 2020 waren es 556 Menschen.

Mehr zum Thema Wohnen, wie Angaben zu verfügbarem Wohnraum, Mietpreisen und dem Bestand an Sozialwohnungen finden Sie im Handlungsfeld „Wohnen und Nachhaltige Quartiere“.

7.1.2 Antidiskriminierung

Niemand darf „aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ benachteiligt werden. So steht es im **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**, einem 2006 in Kraft getretenen deutschen Bundesgesetz.

Auch die Stadt Karlsruhe macht sich für das Thema Antidiskriminierung stark. Die städtische Integrations-, Behinderten-, und Gleichstellungsbeauftragte sowie die Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe haben sich 2020 zum **Runden Tisch Vielfalt** zusammengeschlossen. Ziele sind der gemeinsame Austausch und eine Antidiskriminierungsarbeit für Karlsruhe, die Mehrfachbetroffenheit von Diskriminierung und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen berücksichtigt.

Auf Beschluss des Gemeinderates hat das Kulturamt im Juli 2021 zu einem ersten Runden Tisch für kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit eingeladen. Teilnehmende sind Menschen aus allen Lebensbereichen von Diskriminierungserfahrung und -geschehen. Der Runde Tisch für kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit wird Anfang 2022 seine Arbeit fortsetzen.



Ziel ist es, **Teilhabe** für jede und jeden zu ermöglichen, egal woher, egal welches Geschlecht, egal welche ökonomische oder gesundheitliche Lage und egal, ob körperlich oder seelisch eingeschränkt. Diese universale Teilhabegerechtigkeit versteht Karlsruhe als **Inklusion**. Dem Konzept der Inklusion wird häufig das der **Integration** gegenübergestellt, nach dem sich Individuen in eine Mehrheitsgesellschaft integrieren, also anpassen sollen. Dies ist jedoch ein wechselseitiger Prozess, da sich niemand allein integrieren kann oder ausschließlich von anderen integriert wird. Oft werden den beiden Begriffen auch unterschiedliche Personengruppen zugeordnet: der Integration meist Migrantinnen und Migranten und der Inklusion meist Menschen mit Behinderung. Dabei konzentriert sich Inklusion nicht nur auf Menschen mit Behinderung, sondern auf alle Menschen, die Benachteiligungen erleben.

7.1.2.1 Menschen mit Behinderung

Inklusion heißt hier: Menschen mit und ohne Behinderungen spielen, lernen, wohnen und arbeiten, kurzum leben gemeinsam – von Anfang an. Sie leben nicht in Sondereinrichtungen, sie nehmen teil an allen Aktivitäten und Angeboten, die Menschen ohne Behinderung offenstehen. Um ein solches selbstverständliches Miteinander zu gewährleisten, schafft die Gesellschaft die notwendigen Voraussetzungen – mit Hilfe von Aufzügen und Rampen, Dolmetschen für Gehörlose, Verwendung von leichter Sprache, Blindenleitsystemen und anderen Unterstützungsformen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Nicht der Mensch mit Behinderung passt sich an, sondern die Gemeinschaft sorgt dafür, dass ihre Angebote für alle zugänglich sind. Inklusive Beispiele gibt es überall: Gemeinsame Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten, Betriebe in denen Menschen mit und ohne Behinderungen ausgebildet werden und arbeiten, barrierefreies Wohnen mitten in der Gesellschaft, aber auch etwa barrierefreie Arztpraxen, Kommunion- oder Konfirmandenunterricht mit Gebärdendolmetschen oder Vereine und Theatergruppen, die Menschen mit und ohne Behinderungen offenstehen.

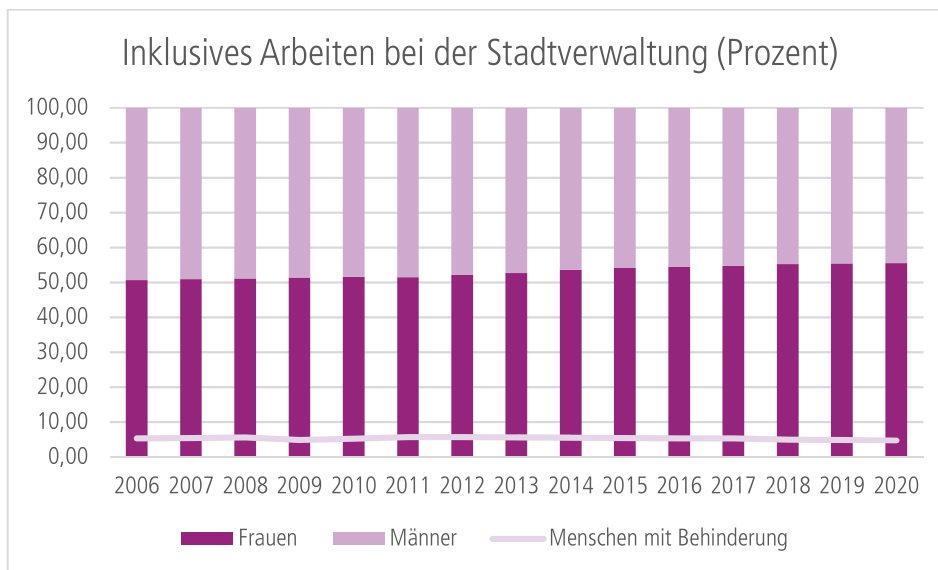
Förderprogramm Inklusion im Sport

Die aktive Teilnahme an Angeboten in ihrer Lieblingssportart wünschen sich viele Menschen mit Behinderung. Inklusive Sportgruppen kann jeder Sportverein anbieten, soweit geeignete Räumlichkeiten vorhanden sind und motivierte Übungsleitende zur Verfügung stehen. Seit 2013 fördert die Stadt Karlsruhe im Rahmen der Inklusionskampagne Sportvereine, die sich für ein Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung im Sport einsetzen. Mit der finanziellen Unterstützung werden Rahmenbedingungen für inklusive Maßnahmen im Sportverein geschaffen. So werden gemeinsamer Sport und respektvolles Miteinander in Karlsruhe immer selbstverständlicher.





Inklusives Arbeiten bei der Stadtverwaltung



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe: POA

Definition:
Anteil der Frauen, Männer und Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung



Nachhaltigkeitsbezug: Um die Verwirklichung von Teilhabegerechtigkeit geht es bei der Förderung von Inklusion. Alle Menschen sollen teilhaben können, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ökonomischen oder gesundheitlichen Lage und unabhängig von körperlichen oder seelischen Einschränkungen.

Dieser Indikator war geplant als ein Indikator, der die Diversität der Stadtverwaltung widerspiegelt. Neben bei der Stadt Karlsruhe beschäftigten Frauen, Männern und Menschen mit Behinderung wäre auch interessant zu wissen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund bei der Stadt arbeiten. Dazu liegen derzeit jedoch keine Daten vor.

Insgesamt herrscht über den gesamten Betrachtungszeitraum ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis und rund fünf Prozent der Mitarbeitenden haben eine Behinderung.

7.1.2.2 Menschen mit Migrationshintergrund

Eine zentrale Einrichtung für Menschen mit Migrationshintergrund ist das **Büro für Integration** mit seiner Integrationsbeauftragten. Zahlreiche Broschüren, Sprach- und Integrationskurse erleichtern das Ankommen. Ziele des Büros sind es, Vielfalt zu zeigen, die Chance auf Teilhabe zu ermöglichen und den sozialen Frieden zu erhalten. Alle Menschen, die hier leben, sollen Wertschätzung erfahren, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Lebensstil. Damit verfolgt das Büro für Integration auch einen inklusiven Ansatz, auch wenn der Name dies nicht direkt nahelegt. Das Büro für Integration setzt dabei auf die Befähigung von Migrantinnen und Migranten, zum Beispiel durch Sprachkurse; auf das Aufdecken und sichtbar machen struktureller Hindernisse und Formen der Diskriminierung vor allem im Bildungsbereich; und schließlich auf die Förderung der Motivation, sich integrieren zu wollen.

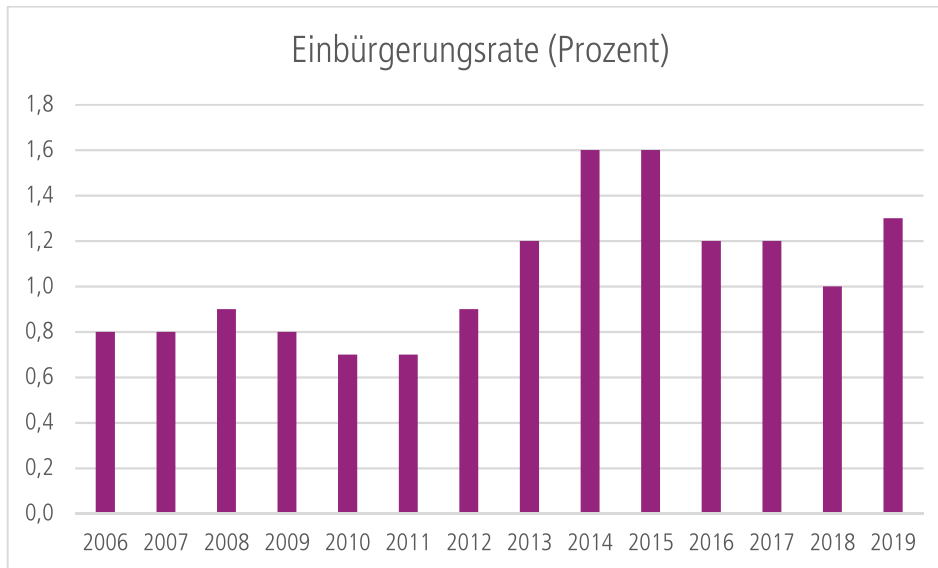
Die Willkommensstruktur zu stärken ist auch das Ziel des Bündnisses AniKA (Ankommen in Karlsruhe) - ein Zusammenschluss von über 60 integrationspolitischen Organisationen und Institutionen. Ein wichtiges Angebot ist die Webseite www.anika.net.de. Neuzugewanderte können sich hier über Angebote und Ansprechpartner informieren.



Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Ankommen und Fuß fassen in einem fremden Land, ist das Erlernen der **Sprache**. Ohne Sprachkenntnisse ist i.d.R. kein Zugang zu Ausbildung oder Beruf möglich. Eltern und vor allem Mütter haben aufgrund der Kinderbetreuung allerdings häufig nicht die Möglichkeit, einen Sprachkurs zu besuchen. Die Stadt Karlsruhe bietet daher einen Deutschkurs für Eltern mit Kinderbetreuung an. Ein Angebot, das weiter ausgebaut werden sollte, um mehr Migrantinnen und Migranten die Teilnahme an einem Sprachkurs zu ermöglichen.



Einbürgerungen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil an Einbürgerungen der ausländischen Bevölkerung pro Jahr



SDG-Indikator Nr.55

Nachhaltigkeitsbezug: Zunehmende Einbürgerungszahlen gelten als ein wichtiger Indikator für eine verbesserte Integration, denn die Einbürgerung trägt im Allgemeinen zu einer stärkeren Identifikation mit der Gesellschaft des Einwanderungslandes bei. Nur die deutsche Staatsangehörigkeit ermöglicht den ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen politische Partizipation, rechtliche Gleichstellung, volle Reisefreiheit und weitere Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit erstreckt sich diese Teilhabe auf kommunaler Ebene über die Dimensionen Ökonomie, Ökologie, Soziales und Governance. In Anbetracht des demographischen Wandels wirken Einbürgerungen darüber hinaus einer fortschreitenden Entfremdung entgegen. Bundesbürger und Ausländerinnen, als zwei Gruppen, die einerseits durch Geburtenrückgang kleiner werden und andererseits aufgrund von Zuwanderung größer werden, können zu einem Ungleichgewicht in der demokratischen Repräsentation führen. Dieser Aspekt gewinnt im Zuge der aktuell hohen Zuwanderung von Geflüchteten, auch nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, an Bedeutung.

Die Stadt Karlsruhe wirbt mit ihrer **Kampagne** „Längst in Karlsruhe daheim“ aktiv für das Thema Einbürgerung. Um eingebürgert werden zu können, müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. **Anspruch auf Einbürgerung** hat, wer seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht hat, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt, seinen Lebensunterhalt sichern kann, mit den Lebensverhältnissen hier vertraut ist, straffrei ist und sich zum Grundgesetz bekennt sowie bereit ist, seine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. Die Staatsangehörigkeitsbehörde im Ordnungs- und Bürgeramt steht hier zur persönlichen Beratung zur Verfügung.

Geflüchtete in Karlsruhe

Die erste Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Flüchtlinge² in Baden-Württemberg mit rund 1.000 Plätzen wurde in Karlsruhe errichtet. Im Jahr 2015 waren dort etwa 3.000 Menschen untergebracht, momentan sind es circa 500. Von dort werden die Menschen in die umliegenden Gemeinden verteilt. Karlsruhe ist aufgrund der ansässigen LEA von dieser Weiterverteilung ausgeschlossen, verfügt aber über 100 bis 150 Plätze für sogenannte „Kontingentflüchtlinge“. Diese Menschen leben häufig sehr viel länger in Karlsruhe, verglichen mit dem Aufenthalt in der LEA, und haben großen Bedarf an Wohnraum und weiterer Unterstützung.



² Der Begriff „Flüchtling“ hat eine Abwertung erfahren. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen allerdings nur „Flüchtlinge“ Schutz, nicht aber „Geflüchtete“. Es gilt also gründlich zu überlegen, welcher Begriff der angemessenere ist.



Hier setzt die **Initiative „Zusammenleben Willkommen“** an, die Wohnraumgebende und geflüchtete Menschen auf einem Online-Portal zusammenbringt. Daneben versammelt das **Bündnis bunt** auf seiner [Website](#) viele verschiedene Angebote für Geflüchtete in Karlsruhe

„Elterntreffs“ – Treffpunkte für Eltern von Schulkindern

In den mittlerweile elf städtischen „Elterntreffs“/„Elterncafés“ an Grundschulen im Stadtgebiet sind Mütter, Väter und Kinder jeder Nationalität und Religion herzlich willkommen, um in Kontakt miteinander zu treten. Die Elterntreffs fungieren als eine Plattform, in der Beziehungsarbeit und persönlicher Kontakt zwischen Eltern und Schule kontinuierlich stattfindet.

Geleitet wird das kostenlose, offene und damit niederschwellige Angebot in vertrauensvoller Atmosphäre von Ansprechpartnerinnen, die bei Fragen aller Art ein offenes Ohr haben.

Informiert wird in den Treffs/Cafés über alles rund um die Themen Schule und Erziehung sowie über Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung am schulischen und gesellschaftlichen Geschehen. Erfahrungen können ausgetauscht werden und die Eltern unterstützen sich gegenseitig. Bei Bedarf erfolgt eine Vermittlung zu Beratungsstellen und bei Sprachschwierigkeiten wird unterstützt und vermittelt. Zudem gibt es Vorträge zu Themen wie Erziehung, Schule und Alltag.

Weitere Informationen zu den Elterntreffs finden Sie auf der städtischen Webseite.



Internationaler Elterntreff Mühlburg



7.1.3 Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

„**Männer und Frauen sind gleichberechtigt.** Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“, heißt es in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Auf **Landesebene** trat im Februar 2016 die novellierte Fassung des „Gesetzes zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg“ in Kraft. Ziel des Gesetzes ist die berufliche Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Dienst weiter voranzubringen, und die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an Positionen entscheidend zu verbessern, sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen wie auch Männern ermöglichen, Erwerbstätigkeit und Familien- oder Pflegeaufgaben zu vereinbaren. Um bestehende Nachteile für Frauen weiter abzubauen oder auszugleichen, werden diese unter Wahrung des Vorrangs von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz gezielt gefördert, insbesondere im Hinblick auf verbesserte Zugangs- und Aufstiegschancen.

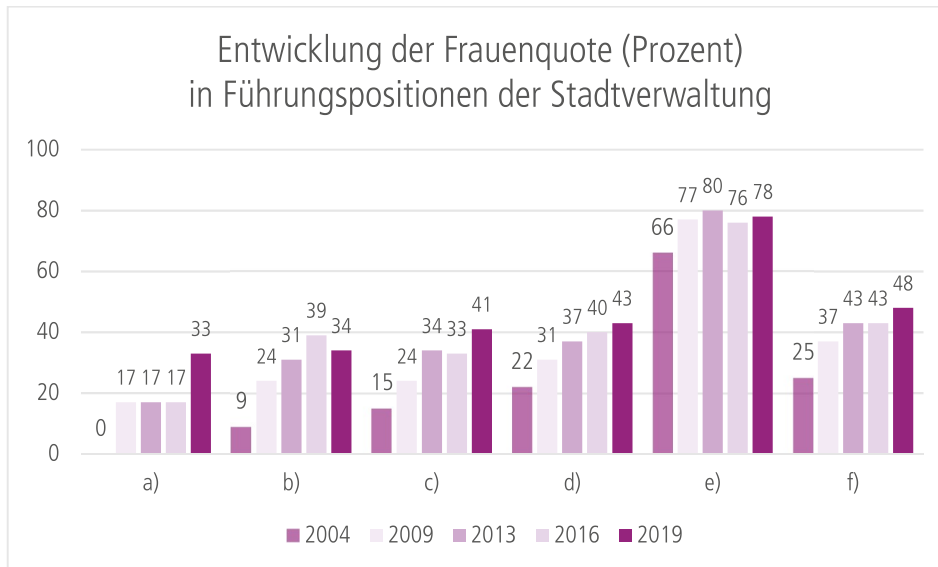
Die **Stadt Karlsruhe** erhebt seit dem Jahr 1986 regelmäßig die nach Geschlecht differenzierte Beschäftigungsstruktur der Stadtverwaltung. Diese Erhebung ist Teil eines Gleichstellungs-Controllings, welches sich sowohl auf die Ebene der Dienststellen als auch auf die Ebene der gesamten Stadtverwaltung bezieht. Sie basiert auf der Dienstanweisung zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Stadtverwaltung Karlsruhe vom 29. August 2011. Die „Gleichberechtigungsdienstanweisung“ ist eine Fortschreibung der Dienstanweisungen zur Frauenförderung vom April 2000 und aus dem Jahr 1994. Alle drei Jahre, zuletzt 2019, wird ein **Beschäftigungsbericht** erstellt, der Zahlen zur Unterrepräsentation enthält. In der „Gleichberechtigungsdienstanweisung“ sind dazu **drei Definitionen von Unterrepräsentation** festgelegt:

- a) Eine Unterrepräsentation eines Geschlechts liegt vor, wenn der Anteil von Frauen oder Männern an den Beschäftigten in den **Statusgruppen**, Besoldungs- und Entgeltgruppen sowie bei der Teilnahme an Fortbildungen, Gremien und Projektgruppen 50 Prozent unterschreitet.
- b) Eine Unterrepräsentation eines Geschlechts liegt ebenso dann vor, wenn der Anteil von Frauen oder Männern in den **Beförderungssämtern** geringer ist als deren Anteil in der jeweiligen Laufbahn insgesamt. Hinweis: Als Beförderungssämter definiert werden zwei Bezahlungsgruppen in jeder Laufbahn: die oberste und die darunterliegende Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe.
- c) Eine Unterrepräsentation von Frauen oder Männern ist ebenfalls dann vorhanden, wenn in einem Arbeitsbereich (zum Beispiel Funktions- oder Organisationsbereich) der Anteil der Angehörigen eines Geschlechts in **Führungspositionen** geringer ist als der jeweilige Anteil der in diesem Arbeitsbereich beschäftigten Frauen oder Männern.

Die **Dienstanweisung zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Stadtverwaltung Karlsruhe** ist in einigen Punkten nicht kompatibel mit dem neuen Chancengleichheitsgesetz des Landes Baden-Württemberg. Unter der Federführung der Gleichstellungsbeauftragten mit Beteiligung des Personal- und Organisationsamtes, dem Gesamtpersonalrat und Dienststellenvertreterinnen und -vertretern wird die Gleichberechtigungsdienstanweisung ab Herbst 2021 überarbeitet.



Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung



a) Bürgermeisterinnen; b) Amtsleitungen/Ortsvorsteherinnen/Dezernatsleitungen
c) Bereichs-/Abteilungsleitungen; d) Sachgebietsleitungen; e) Einrichtungsleitungen; f) Gesamt

Datenquelle:
Stadt Karlsruhe: POA

Definition:
Anteil der Frauen in den unterschiedlichen Führungspositionen der Stadtverwaltung in Prozent



**SDG 5-Indikator
Nr. 31**

Nachhaltigkeitsbezug: Die Repräsentation und Teilhabe von Frauen in den Spitzenorganen öffentlicher Verwaltungen ist ein wichtiges Thema für die Gesellschaft, das politische Leben und die Verwaltungspraxis. Trotz Intensivierung der Diskussion um verschiedene Handlungsoptionen zur Steigerung des Anteils von Frauen in hohen Managementpositionen der kommunalen Verwaltungsorgane sind in Deutschland weiter weniger Frauen als Männer in Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen tätig.

Insgesamt ist bei der Stadtverwaltung Karlsruhe eine **positive Entwicklung** im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu verzeichnen. Mit Blick auf die Mitarbeitenden insgesamt ist das Geschlechterverhältnis fast ausgewogen.

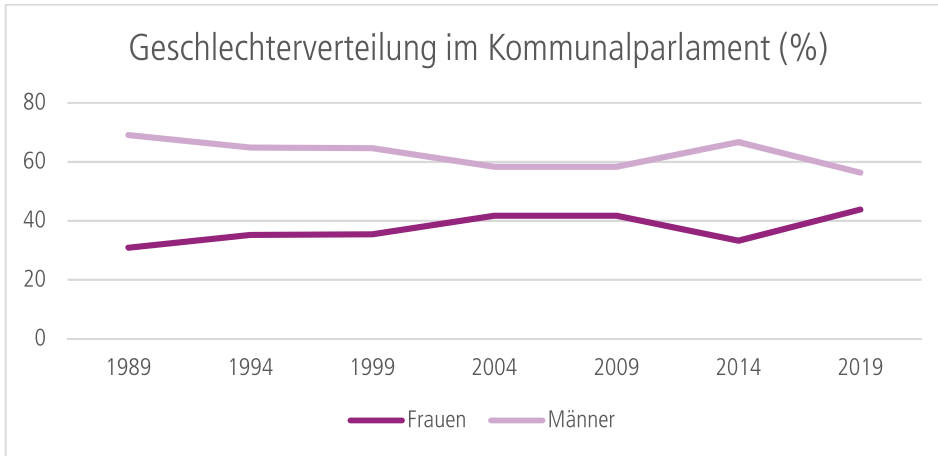
In Führungspositionen sind Frauen allerdings nach wie vor unterrepräsentiert. Wobei der Anteil in den letzten drei Jahren weiter zugenommen hat und mittlerweile fast die Hälfte der Führungskräfte weiblich sind (48 Prozent). Dieser hohe Mittelwert entsteht jedoch vor allem aufgrund der höheren Frauenanteile in den niedrigen Führungsebenen. Vor allem in der Gruppe der Amtsleitungen/Ortsvorstehenden/Dezernatsleitungen hat sich der Frauenanteil nicht weiter erhöht.

Trotz einer positiven Dynamik in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter bestehen weiterhin klare **Steuerungsbedarfe**. Um diesen zu begegnen werden etablierte und bewährte Maßnahmen weiter fortgesetzt. Das Personal- und Organisationsamt und die Gleichstellungsbeauftragte haben darüber hinaus drei gemeinsame strukturelle Ziele formuliert, um vorhandene Unterrepräsentationen zu reduzieren:

- Überarbeitung der Dienstanweisung zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Stadtverwaltung Karlsruhe
- Weiterentwicklung und Implementierung der Qualitätssicherung von Personalauswahlverfahren in der Praxis
- Sensibilisierung und Information für gleichberechtigte Sorgearbeit



Geschlechterverteilung im Kommunalparlament



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe: AfStA

Definition:
Geschlechterverteilung im
Karlsruher Kommunal-
parlament (Prozent)

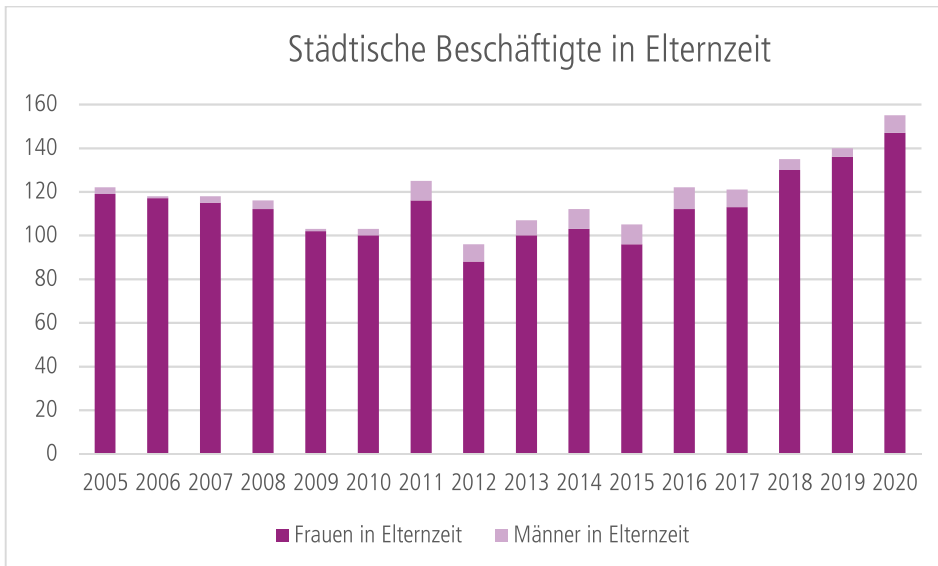


**SDG-Indikator
Nr. 30**

Nachhaltigkeitsbezug: Die politischen Parteien können über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den Stadträten, Gemeinderäten beziehungsweise Kreistagen adäquat abgebildet werden kann. Damit wird es ermöglicht, beiden Geschlechtern durch eine gleichberechtigte Repräsentation Gehör und Einfluss zu verschaffen. Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit werden so die unterschiedlichen ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Interessen ausgeglichen.

Im Karlsruher Kommunalparlament liegt eine leichte Unterrepräsentanz von Frauen vor. 2019 sind unter 48 Ratsmitgliedern 21 Frauen vertreten. Dies entspricht einem Frauenanteil von 44 Prozent.

Städtische Beschäftigte in Elternzeit



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe: POA

Definition:
Männliche und weibliche
städtische Beschäftigte in
Elternzeit (Anzahl)



SDG 5

Nachhaltigkeitsbezug: Im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit sollte es beiden Geschlechtern möglich sein, sich der Kinderbetreuung zu widmen, beziehungsweise sich diese Arbeit zu teilen.

Auch wenn die Anzahl der Männer, die in Elternzeit gehen in den letzten zehn Jahren zugenommen hat, nehmen sich weiterhin überwiegend die Frauen dieser Aufgabe an. Die aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflegeaufgaben fehlenden Arbeitsjahre wirken sich sowohl negativ auf die Rente als auch auf zukünftige Karrierechancen aus. Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe für den Gender Pay Gap, also des häufig auftretenden Gehaltsunterschieds von Männern und Frauen. Im öffentlichen Dienst ist aufgrund der Tarifbindung und der gesetzlich geregelten Beamtenbesoldung keine Gehaltsdifferenzierung zwischen Frauen und Männern gegeben.



Zur Förderung der Chancengleichheit und Vorbeugung von Altersarmut – von der vor allem Frauen betroffen sind – sollen verstärkt Männer für die **gleichberechtigte Sorgearbeit** (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen) sensibilisiert und informiert werden. Daneben gilt es Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen, sodass auch Menschen mit familiären Verpflichtungen oder alternativen Lebensentwürfen die Möglichkeit haben, eine Führungsposition zu ergreifen. Beispielsweise das Instrument der **Tandemführung**: das Teilen einer Führungsposition durch zwei Teilzeitkräfte. 2010 hat das erste Pilot-Tandem bei der Sozial- und Jugendbehörde die gemeinsame Arbeit aufgenommen. Das damalige Pilotprojekt überzeugt bis heute, denn zwischenzeitlich gibt es 16 Führungstandems – Tendenz steigend!

Im Jahr 2014 hat der Gemeinderat den Beschluss verabschiedet, dass bei der Besetzung von Führungsstellen im Tandem die geteilte Stelle um insgesamt 5 bis 20 Prozent aufgestockt wird.

Istanbul-Konvention – Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen

Im Jahr 2017 hat die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen des Europarates zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“)** ratifiziert. Dieser Menschenrechtsvertrag ist am 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft getreten und verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, die Arbeit zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu intensivieren und auszuweiten.

Die Stadt Karlsruhe fördert seit 30 Jahren zahlreiche Maßnahmen und Einrichtungen für die Unterstützung und den Schutz von Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt geworden sind. Im Juli 2018 hat der Sozialausschuss die Verwaltung beauftragt, ein **Konzept** zur Fortführung dieser Aufgaben zu erarbeiten, welches die Vorgaben der Konvention auf der kommunalen Ebene umsetzt. Unter der Federführung der Gleichstellungsbeauftragten wird nun ein Konzept erarbeitet, das eine Bestands- und Bedarfsanalyse und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen umfasst. Dabei werden alle in der Istanbul-Konvention genannten Gewaltformen in den Blick genommen: Häusliche und sexualisierte Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel, Zwangsheirat, Verstümmelung weiblicher Genitalien, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation sowie Straftaten im Namen der sogenannten „Ehre“.

Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit mehrfach für ein proaktives Vorgehen im Themenfeld Gewalt gegen Frauen eingesetzt. Mit dem **Auftrag des Sozialausschusses zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vom 11. Juli 2018** ist die Stadt erneut zu einer Vorreiterin unter den Kommunen in Deutschland geworden, die landesweite Aufmerksamkeit erfährt.



7.1.4 Sicherheit

Öffentliche Sicherheit ist ein **wichtiges soziales Bedürfnis** und wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Ein sicheres Umfeld, in dem Bürgerinnen und Bürger ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme sowie den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

2018 wurden von der Universität Heidelberg drei **Sicherheitsgutachten** für Karlsruhe durchgeführt: für die Gesamtstadt, die Innenstadt und den Ortsteil Oberreut.

Das **2020 neu entwickelte Sicherheitskonzept** der Stadt sucht mit einer ausgewogenen Mischung aus ordnungsrechtlichen, präventiven und sozialen Maßnahmen sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung als auch die objektive Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe zu verbessern.

Viele der beschriebenen Maßnahmen werden bereits umgesetzt oder stehen kurz vor der Umsetzung. Um die Wirksamkeit beurteilen zu können, ist eine regelmäßige Evaluierung vonnöten.

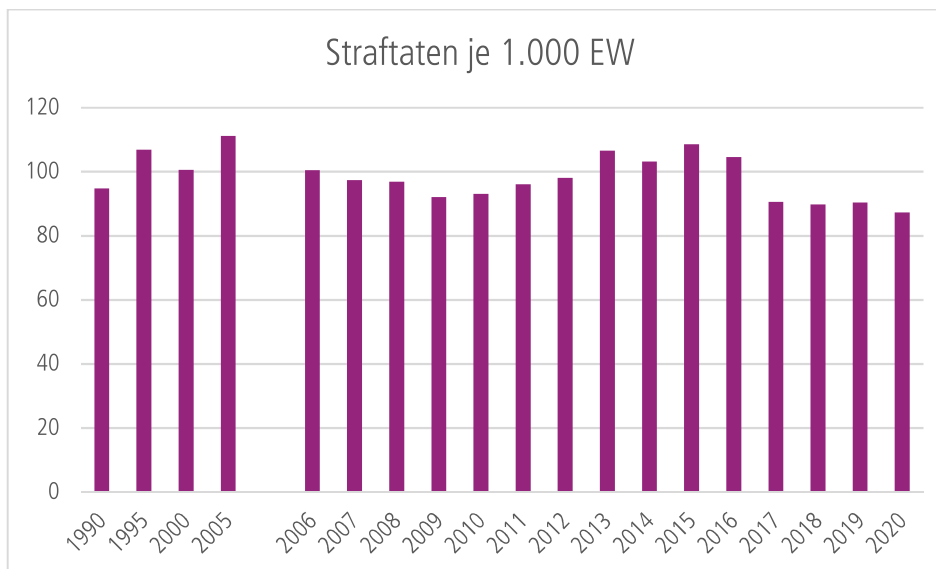
Objektive und subjektive Sicherheit

Beim Thema Sicherheit ist es wichtig, zwischen **objektiver** (bekannte Straftaten) und **subjektiver** (gefühlter) **Sicherheit** zu unterscheiden. Denn es gibt deutlich mehr Menschen, die sich vor Kriminalität fürchten, als es Opfer von Straftaten gibt.

Da aus einem Rückgang an Straftaten noch kein höheres Sicherheitsempfinden folgt, bedarf es anderer Maßnahmen, um die subjektive Sicherheit zu erhöhen. Die Förderung von Vertrauen in staatliche Institutionen und in die Mitmenschen sind von großer Bedeutung. Aber auch Maßnahmen der sozialen Sicherung und insbesondere Bildungsinvestitionen scheinen ein Schritt in die richtige Richtung zu sein.

(Quelle: bpb, 2017, Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland)

Straftaten



Datenquelle:
Landeskriminalamt BaWü

Definition:
Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen (EW)



SDG-Indikator
Nr. 106

Nachhaltigkeitsbezug: Eine am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Kommune sollte demnach eine Reduzierung der Anzahl der Straftaten zum Ziel haben, als Indikator eines objektiv höheren Sicherheitsniveaus der Bürger und Bürgerinnen. Der betrachtete Indikator setzt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten innerhalb einer Kommune ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und vermittelt dadurch ein Bild der allgemeinen Sicherheitslage. Außerdem vermag er Einfluss auf die Ansiedlung von Unternehmen und dem Zugbewegungsweise Wegzug von Familien zu haben. Auch die regionale politische Kultur wird u. U. von der wahrgenommenen Unsicherheit beeinflusst.



7.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit) wann	Kategorie
	IQ-Korridortheema: Soziale Stadt		
SJB	IQ- Ziel: Teilhabe für alle	2017	Ziel
SJB	Ermöglichung von Teilhabe durch Sprachförderung	2017	Strategie
SuS	IQ-Leitprojekt: Weißbuch Schulen (komprimierte Darstellung der wichtigsten Bereiche der Schulentwicklung)	2017	Projekt
Kultur	IQ-Leitprojekt: „Bunte Stadt“ – Lernorte für kulturelle Vielfalt und Demokratie	2019	Projekt
SJB	IQ-Leitprojekt: Durchgängige Sprachbildung	2017	Projekt
SJB	IQ-Leitprojekt: Sozial Quartiersentwicklung	2017	Projekt
	Armut		
afka	Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Teilhabechancen durch Beschäftigungs- und Beratungsangebote	1988	Daueraufgabe
afka	Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt (Fortschreibung 2020/2021)	2013	Konzept
SJB	Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe (Fortschreibung alle 2 Jahre)	1997	Bericht
SJB	Wohnraumakquise durch Kooperation	2005	Programm
SJB	Leitlinien gegen Kinderarmut	2010	Strategie/Ziel
SJB	Leitlinien gegen Altersarmut	2012	Strategie/Ziel
SJB	Armutsbekämpfung	-	Daueraufgabe/Ziel
SJB	Armutsbekämpfungsprogramm		Programm
SJB	Jährlicher Fachtag Armutsbekämpfung	2012	Veranstaltung
SJB und LIGA	Armutsbericht (1993, 2008, 2019)	1993	Bericht
SJB und LIGA	Langjährige Kooperation mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege		Netzwerk
STJA/jfbw	Karlsruher Kinderpass	2006	Einrichtung
STJA/jfbw	Karlsruher Pass	2009	Einrichtung



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Antidiskriminierung und Inklusion		
Alle	Dienstanweisung zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Stadtverwaltung	2011	Dienstanweisung
GB	Ziel zur Vermeidung von drei Arten der Unterrepräsentation von Frauen oder Männern in der Stadtverwaltung: nach Gruppen, in den Beförderungsämtern und in Führungspositionen	2011	Ziel
POA	Förderung der Diversitykompetenz der Mitarbeitenden durch Fortbildungsprogramme	-	Daueraufgabe
POA	Perspektive Ausbildung – Berufliche Integration von Geflüchteten	2019	Projekt
POA und GB	Beschäftigungsbericht zur Chancengleichheit von Männern und Frauen (letzter Bericht 2019)	1986	Bericht
SJB	Beirat für Menschen mit Behinderung	2003	Netzwerk
SJB	Förderprogramm zur Inklusion im Sport	2013	Förderung
SJB	Jahresbericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten	2020	Bericht
SJB	Runder Tisch Inklusion (für Eltern Thema KITA und Schule)	-	Netzwerk
SJB	Stadtseniorenrat	-	Netzwerk
SJB	Arbeitskreis Ältere Generation	-	Netzwerk
SJB	Karlsruher Inklusionspreis	2015	Wettbewerb
SJB und LA	Web-App „Karlsruhe barrierefrei“	2016	Web-Anwendung
SJB/ZJD	Runder Tisch Vielfalt mit der Behinderten-, Integrations- und Gleichstellungsbeauftragten sowie der Antidiskriminierungsstelle	2020	Netzwerk
SuS	Elternforum Inklusion		Veranstaltung
VME	Verankerung von Diversität in Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit		Strategie/Ziel
	Sicherheit		
AfStA und OA	Sicherheitskonzept für die Karlsruher Innenstadt	2020	Konzept
OA	4. Sachstandsbericht zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2018	Bericht
OA	Sicherheitsgutachten für die Gesamtstadt	2018	Gutachten
OA	Sicherheitsgutachten für die Innenstadt	2018	Gutachten
OA	Sicherheitsgutachten für Oberreut	2018	Gutachten

Abkürzungen

afka: Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH
AfStA: Amt für Stadtentwicklung
GB: Gleichstellungsbeauftragte
jfbw: Jugendfreizeit- und Bildungswerk (jfbw)
Kultur: Kulturamt
LA: Liegenschaftsamt

LIGA: Liga der freien Wohlfahrtspflege
OA: Ordnungs- und Bürgeramt
POA: Personal- und Organisationsamt
STJA: Stadtjugendausschuss
SJB: Sozial- und Jugendbehörde
SuS: Schul- und Sportamt
ZJD: Zentraler Juristischer Dienst



7.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Zentrales Ziel, welches die Stadt Karlsruhe im Handlungsfeld Soziale Gerechtigkeit verfolgt, ist die **Ermöglichung von Teilhabe**. Dazu gehört die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung und die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit.

Mit dem langjährigen **Armutsbekämpfungsprogramm** soll die Lebenslage der armutsgefährdeten Karlsruher Bevölkerung verbessert und soziale Exklusion, zum Beispiel in den Bereichen Arbeit oder Wohnen, überwunden werden. Insbesondere die Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH (afka) setzt sich mit dem Gemeinderatsbeschluss zum Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt von 2013 für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ein. Ein wichtiges Instrument zur konkreten Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe sind die drei **Karlsruher Pässe**. Der Anteil der Bevölkerung, der Grundsicherung oder Sozialhilfe (SGB II/SGB XII Quote) benötigt, liegt 2019 bei 6,5 Prozent und ist seit 2006 um 2,5 Prozent gesunken. Auch die Kinder- und Jugendarmut ist rückläufig, mit aktuell 10,1 Prozent (Kinder) und 7,4 Prozent (Jugendliche), wohingegen die Altersarmut kontinuierlich leicht ansteigt auf aktuell 5,1 Prozent.

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis aller Menschen und ein Menschenrecht. Im Jahr 2020 waren 1.459 Menschen im Jahresverlauf in Karlsruhe wohnungslos und am Stichtag, den 31.12.2020, waren es 556 Menschen. Durch das Programm **Wohnraumakquise durch Kooperation** konnten seit 2005 in 860 Wohnungen knapp 2.200 wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen mit Wohnraum versorgt werden.

Doch Armut ist nur eine Form, die gesellschaftliche Teilhabe gefährdet. Daher setzt sich die Stadt Karlsruhe gegen jegliche Form der **Diskriminierung** ein. Die seit 1994 bestehende Dienstanweisung zur Verwirklichung der **Gleichberechtigung von Frau und Mann** wird diesen Herbst erneut fortgeschrieben. Mit Blick auf die Mitarbeitenden insgesamt ist das Geschlechterverhältnis fast ausgewogen. In Führungspositionen sind Frauen allerdings nach wie vor unterrepräsentiert. Zur Förderung der Chancengleichheit und Vorbeugung von Altersarmut – von der vor allem Frauen betroffen sind – sollen verstärkt Männer für die gleichberechtigte Sorgearbeit (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen) sensibilisiert werden. Daneben gilt es, Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen, sodass auch Menschen mit familiären Verpflichtungen oder alternativen Lebensentwürfen die Möglichkeit haben, eine Führungsposition zu ergreifen. Ein Beispiel dafür ist das Instrument der **Tandemführung**: das Teilen einer Führungsposition durch zwei Teilzeitkräfte.

Öffentliche Sicherheit ist ein wichtiges soziales Bedürfnis und wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Ein sicheres Umfeld, in dem Bürgerinnen und Bürger ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme sowie den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Das 2020 neu entwickelte Sicherheitskonzept der Stadt sucht sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung, als auch die objektive Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe zu verbessern.

Im Hinblick auf bestehenden (politischen) Handlungsbedarf hat maßgeblich die Sozial- und Jugendbehörde mit Einrichtungen wie dem Sozialamt, Jugendamt, Sozialen Dienst und dem Büro für Integration Hinweise beigetragen.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Förderung gleichberechtigter Sorgearbeit und neuer Arbeitszeitmodelle wie dem der Tandemführung
- Abmilderung der sich im Hinblick auf die Corona-Pandemie verschärfenden sozialen Ungleichheit.
- Partizipation und die Ressourcen der „Betroffenen“ mit Hilfe von Self Empowerment stärken.
- Der Mangel an Leerstand und an bezahlbarem Wohnraum bleibt eine große soziale Herausforderung.
- In Bezug auf geflüchtete Personen (Kontingentflüchtlinge) besteht ebenfalls Bedarf bei der Versorgung mit Wohnraum wie auch an der Beschleunigung und Verbesserung der im Heimatland erworbenen Berufsqualifikationen. Da die Anerkennung derzeit nur schwer möglich ist, arbeiten viele Migrantinnen und Migranten nicht in ihren eigentlichen Berufen, sondern in sehr viel niedriger qualifizierten Jobs.





8 Lebenslanges Lernen

Das Handlungsfeld **Lebenslanges Lernen** (BNK 13 und SDG 4) zeigt wie die Stadt Karlsruhe inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleistet und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördert.

Neben neun messbaren Indikatoren, dienen fünf Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind die frühkindliche Bildung mit Angaben zu Betreuungsangeboten für Kleinkinder (1, 2), Schulbildung (3 – 6), Bildungsangebote (7), Bibliotheksnutzung (8) sowie der große Bereich der Kultur (9) ist hier angesiedelt.

Tabelle 19: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Lebenslanges Lernen

Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Betreuung von Kindern (unter drei Jahre)	Anteil der Kinder unter drei Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden		
2	Integrative Kindertageseinrichtungen	Anteil der integrativen Kindertageseinrichtungen an allen Kindertageseinrichtungen		
3	Schulabbrecherquote	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern	x	
4	Schulabbrecherquote Ausländer	Anzahl der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen ausländischen Schulabgängern		
5	Übergänge auf weiterführende Schulen	Anteil der Schüler, die nach Ende der Grundschule auf eine weiterführende Schule gehen		
6	Inklusiv beschulte Schüler und Schulen	Anteil der inklusiven Schulen an allen Schulen und die Anzahl inklusiv beschulter Schüler		
7	Bildungsangebote der Volkshochschule	Anzahl Bildungsangebote und Teilnehmerzahlen der Volkshochschule e.V.		
8	Bibliotheksnutzung	Medienbestand und Entleihungen je 100 Einwohner		
9	Kulturelles Angebot	Besucher verschiedener kultureller Einrichtungen je 100 Einwohner und Einwohnerinnen		

Tabelle 20: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Lebenslanges Lernen

Schul- und Sportamt	Sozial- und Jugendbehörde	Presse- und Informationsamt	Umwelt- und Arbeitsschutz
Hauptamt	Stabsstelle für Projektcontrolling	Personal- und Organisationsamt	Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft
Amt für IT und Digitalisierung	Stadtwerke Karlsruhe GmbH	Büro für Integration	Zentrum für Kunst und Medien



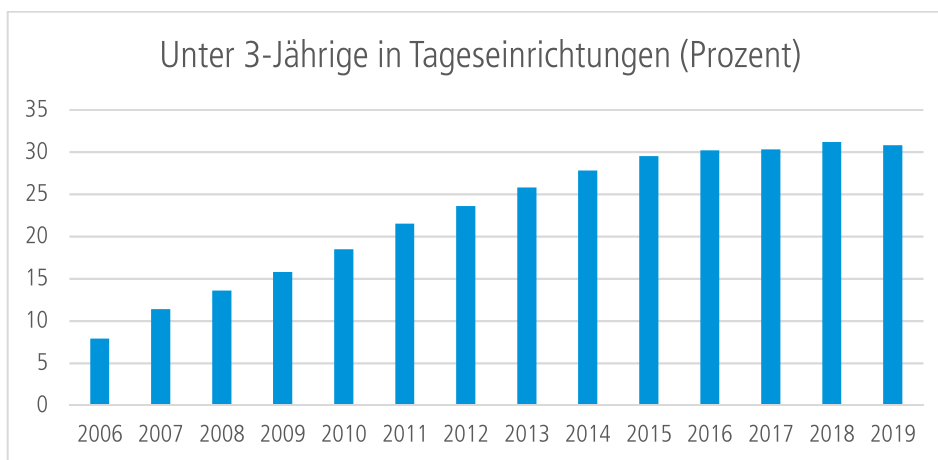
8.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Die Stadt Karlsruhe macht die Schulen fit für Inklusion. Dazu werden die räumlichen Voraussetzungen optimiert oder geschaffen, Beratungsangebote für Eltern weiterentwickelt sowie Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht betreut. Weiterhin soll die Teilhabe durch eine durchgängige Sprachbildung gestärkt werden. Darüber hinaus möchte sich Karlsruhe als bunte Stadt weiterentwickeln Orte, Anlässe und Strukturen schaffen für ein demokratisches und vielfältiges Zusammenleben.

8.1.1 Frühkindliche Bildung

Betreuung von Kindern (unter 3 Jahren)



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden



SDG-Indikator Nr. 22

Nachhaltigkeitsbezug: Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und Einkommen der Eltern – zu erhöhen. So sollen alle Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden, optimal auf die Grundschule vorbereitet werden. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mit einem steigenden Anteil der Kinder, die in Tageseinrichtungen auf den Schuleintritt vorbereitet werden, auch die Differenzen zwischen betreuten und nicht-betreuten Kindern beim Eintritt in die Schule größer werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise den Eltern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot oft nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen übernimmt die frühkindliche Bildung eine Schlüsselrolle für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel und vieles mehr) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen.



Kitalotsinnen und Kitalotsen in Karlsruhe

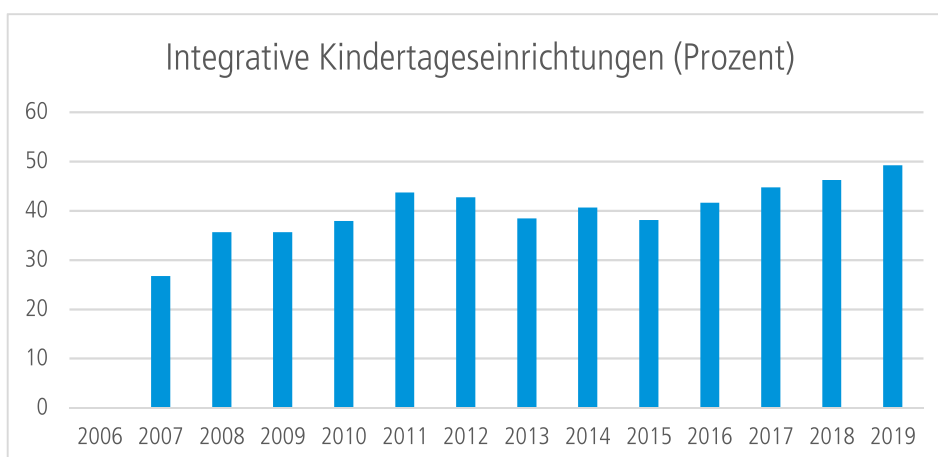


Kitalotsin Samira Ahmed

Das Projekt Kitalotsinnen und Kitalotsen in Karlsruhe entstand innerhalb des Bundesprogramms „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kitalotsinnen und Kitalotsen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen und kulturellen Hintergründen (arabisch, rumänisch, türkisch) unterstützen Familien in Karlsruhe niederschwellig und sozialraumorientiert auf ihrem Weg in die Kindertagesbetreuung. Sie informieren Familien über die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten, leisten konkrete Hilfe bei der Anmeldung im städtischen Kitaportal, begleiten bei relevanten Behördengängen oder unterstützen bei der Kommunikation mit der Kindertagesstätte (Eingewöhnung, Entwicklungsgespräch).

Durch die Kitalotsinnen und Kitalotsen gelingt der Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung für alle Kinder in Karlsruhe unabhängig ihrer Herkunft und des familiären sozioökonomischen Status. Bildung ist der zentrale Schlüssel bei der Reduktion von immer noch vorherrschenden Bildungsungleichheiten, für eine zukunftsfähige Entwicklung und legt den Grundstein für ein Lebenslanges Lernen.

Integrative Kindertageseinrichtungen



Datenquelle:
www.wegweiser-kommune.de

Definition:
Anteil integrativer
Kindertageseinrichtungen



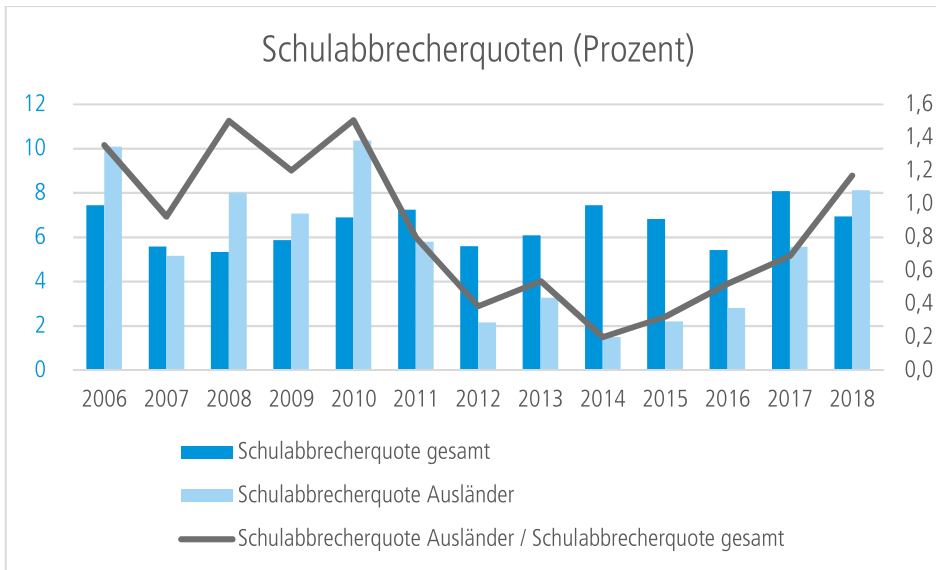
SDG-Indikator Nr. 27

Nachhaltigkeitsbezug: In integrativen Kindertageseinrichtungen werden körperlich oder geistig behinderte Kinder mit nicht behinderten Kindern gemeinsam gefördert. Kleinere Gruppenstärken und ein höherer Betreuungsschlüssel ermöglichen hierbei die gezielte Förderung aller Kinder ohne Benachteiligungen. Zusätzlich gibt es oft Räumlichkeiten zur Durchführung von Therapien, womit Eltern und ihre Kinder entlastet werden, da keine zusätzlichen Therapiefahrten außerhalb des Betreuungszeitraums anfallen. Familien werden so in der ökonomischen, sozialen und indirekt auch in der ökologischen Dimension unterstützt – dies entspricht dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. In Gruppen mit integrierten Kindern werden die Sozialkompetenzen aller Kinder gefördert. Integrative Kindertageseinrichtungen folgen dem Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit.



8.1.2 Schulbildung

Schulabbrecherquote



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe
Amt für Stadtentwicklung

Definitionen:
Schulabbrecherquote gesamt:
Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern (die ausländischen Schulabgänger sind hier mit enthalten)

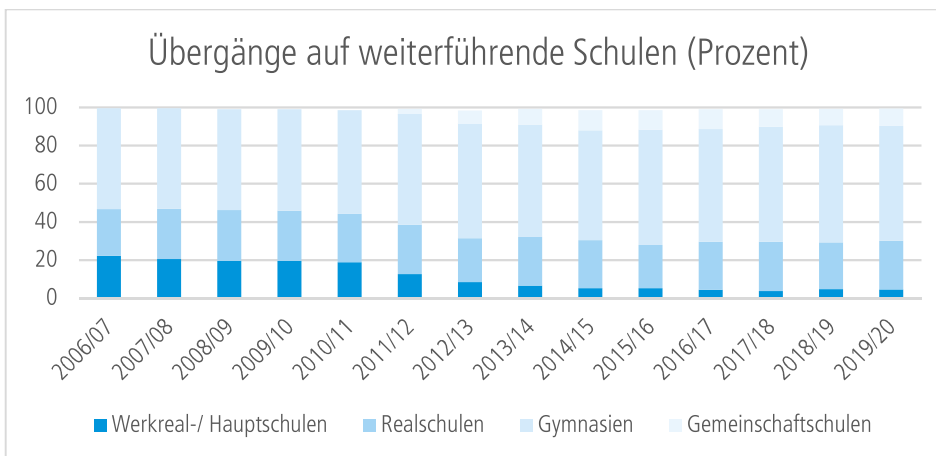
Schulabbrecherquote Ausländer:
Anzahl ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen ausländischen Schulabgängern



SDG-Indikator Nr. 21 und 51

Nachhaltigkeitsbezug: Als Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher gelten solche Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Insbesondere sozial schwache und bildungsferne Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund stehen hierbei im Fokus, da der Bildungserfolg stark von den sozioökonomischen Faktoren der Eltern abhängt. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund spielt Bildung eine zentrale Rolle für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und ist eine bedeutende Voraussetzung für eine gelungene Integration.

Übergänge auf weiterführende Schulen



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe
Amt für Stadtentwicklung

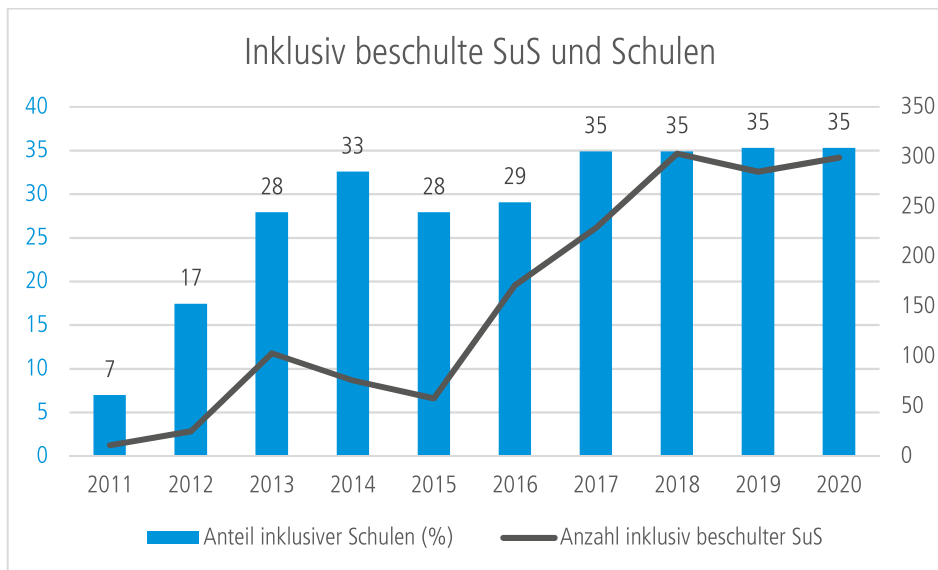
Definitionen:
Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach Ende der Grundschule auf eine weiterführende Schule gehen (nach Schularten)



Nachhaltigkeitsbezug: Der Wechsel der Schulart am Ende der Primarstufe ist eine Weichenstellung in der Bildungslaufbahn von Kindern. Da sich die Anforderungen des Arbeitsmarkts immer mehr verändern, werden eine gute schulische Ausbildung und ein damit einhergehender möglichst qualifizierter Schulabschluss als essenziell für die Chancen auf eine solide berufliche Entwicklung angesehen. Eine hohe Quote an Übergängen auf weiterführende Schulen ist hierfür ein aussagekräftiger Maßstab. Die Übergänge auf die Gymnasien liegen mittlerweile mit knapp 60 Prozent auf einem sehr hohen Niveau. Die Übergänge auf Realschulen nach dem Ende der Grundschulzeit pendeln seit gut 20 Jahren um die 25 Prozent. Die Gemeinschaftsschulen, die zum Schuljahr 2012/13 neu eingeführt wurden, erleben einen großen Zulauf, der deutlich zu Lasten der Werkreal- und Hauptschulen geht. Durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung sind die Übergangsquoten im Zeitverlauf jedoch nur noch eingeschränkt vergleichbar.



Inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler sowie Schulen



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Schul- und Sportamt

Definitionen:

Anteil der inklusiven Schulen an allen Schulen und die Anzahl inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler (SuS)



Nachhaltigkeitsbezug: Inklusive Pädagogik ist ein neuer pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität in Bildung und Erziehung ist. Grundlage ist die 2009 beschlossene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung der Regelfall ist. Durch die gemeinsame Förderung werden die Sozialkompetenzen aller Kinder gefördert und Benachteiligungen vermieden. Die Anzahl inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen ist in der Stadt Karlsruhe vor allem seit 2015 stark angestiegen.

Grüne Pyramide – Nachhaltigkeitspreis für Schulen

Karlsruher Schulen tun was! Von Radschulwegplänen bis zu naturnahen Schulgärten, von Energiesparen bis zu umweltfreundlichen Schulmaterialien ... In vielen kleinen und großen Projekten engagieren sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen gemeinsam. Sie alle tragen dazu bei, dass ein Bewusstsein dafür wächst, wie wir in Karlsruhe nachhaltiger leben und arbeiten können.



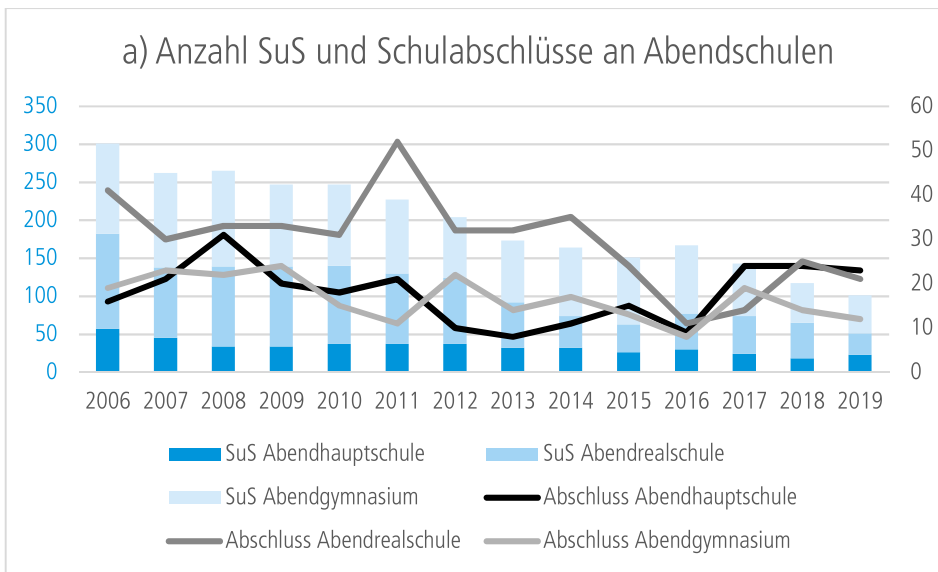
Dieses beispielhafte Engagement zeichnet die Stadt Karlsruhe seit 2014 mit der Grünen Pyramide aus. Der Nachhaltigkeitspreis wird in den vier Kategorien „Klimaschutz“, „Naturschutz“, „Umwelt und Faire Welt“ und „Gesundheit“ verliehen und ist in jeder Kategorie mit jeweils 1.000 Euro dotiert. Seit 2019 wird die Grüne Pyramide alle zwei Jahre ausgeschrieben. In jedem Wettbewerbsjahr können maximal vier Schulen mit der Grünen Pyramide ausgezeichnet werden, daneben gibt es Anerkennungspreise. Es bewerben sich im Durchschnitt pro Wettbewerb circa sieben Schulen. Einige Schulen haben sich im Laufe der Jahre bereits in mehreren Kategorien erfolgreich beworben.

Die Kampagne zum Thema Fairtrade Schools ist im 1. Handlungsfeld „Nachhaltige Verwaltung“ angesiedelt.



8.1.3 Bildungsangebote

Bildungsangebote der Volkshochschule



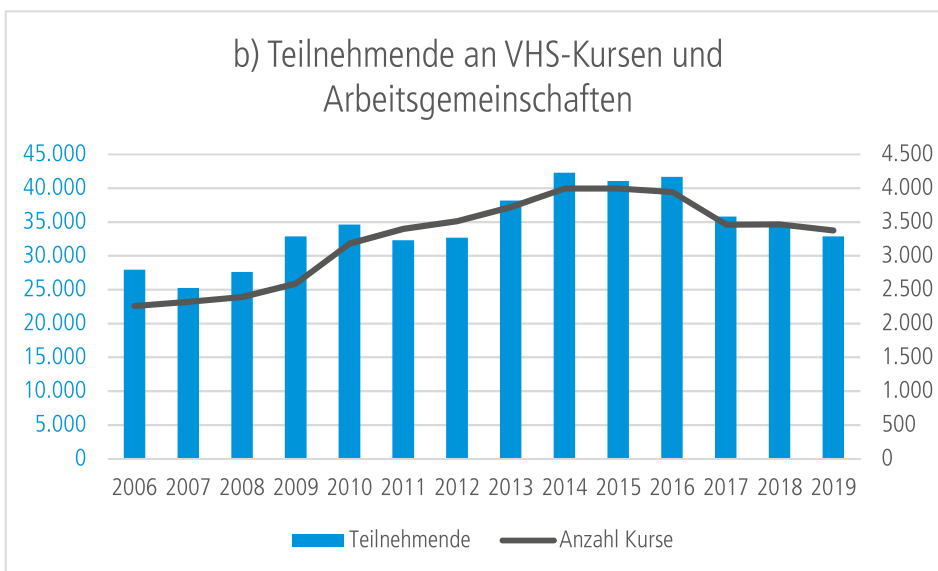
Datenquelle:
Volkshochschule e.V.
(Amt für Stadtentwicklung)

Definitionen:
a) Schüleranzahl und Schulabschlüsse an Abendschulen

Anzahl der Schülerinnen und Schüler (SuS) an Haupt- und Realschule, sowie Gymnasium (gestapelte Balken) und die Anzahl der Schulabschlüsse (Linien)

b) Teilnehmende an VHS-Kursen und Arbeitsgemeinschaften

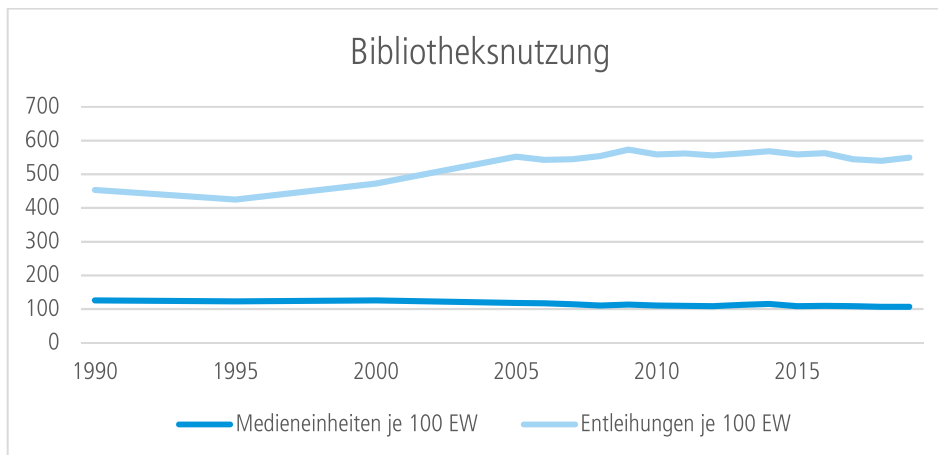
Anzahl der bestehenden VHS-Kurse und Arbeitsgemeinschaften, sowie deren Teilnehmende



Nachhaltigkeitsbezug: Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Volkshochschulen bilden hier wichtige Unterstützungsmöglichkeiten bei der Aus- und Weiterbildung. Schulabschlüsse können auch zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt und somit neue berufliche Chancen eröffnet werden. Bildung ist somit für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune ein weitreichendes Schlüsselthema und hebt die Relevanz von lokalem Handeln im Sinne des Prinzips der globalen Verantwortung hervor.



Bibliotheksnutzung



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe
Amt für Stadtentwicklung

Definitionen:
Medienbestand und Entleihungen je
100 Einwohner und Einwohnerinnen
(EW)



Nachhaltigkeitsbezug: Öffentliche Bibliotheken haben die Aufgabe, durch die Zurverfügungstellung von Literatur und Informationen den Zielen der Weiterbildung zu dienen und der Bevölkerung die Aneignung von allgemeiner Bildung sowie von Kenntnissen für Leben und Beruf zu ermöglichen. Der Bestand an Bibliotheken und somit an Medien steht für einen Teil des kulturellen Angebots. Öffentlich zugängliche Bibliotheken sind von besonderer Bedeutung, da sie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Hierdurch wird gewährleistet, dass zumindest in diesem Bereich die private Weiterbildung nicht an Privilegien geknüpft ist und niemand von Wissen und Bildung ausgeschlossen wird.

Die Zahl der Entleihungen in Karlsruher Bibliotheken liegt seit etwa 2005 stets bei deutlich über 500 Entleihungen pro 100 Einwohner und Einwohnerinnen. Im Schnitt entfallen also auf jede Bewohnerin beziehungsweise jeden Bewohner in Karlsruhe zwischen fünf und sechs Entleihungen pro Jahr.

Bildungsangebote für Neuzugewanderte

Seit dem Dezember 2016 wurden für vier Jahre zwei Stellen im Rahmen des Bundesprogramms „Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ finanziert. Mit Auslaufen des Programms zum Dezember 2020 wurde im Schul- und Sportamt eine feste Stelle für die Aufgabe geschaffen. Eine zweite wurde im Büro für Integration installiert. Die Arbeitsbereiche umfassen die Themenfelder „Datenbasierte Ermittlung von Bedarfen“, Schaffung von Angebotstransparenz“, Vernetzungsaktivitäten“, „Durchführung von Fachveranstaltungen“ und „Beratung von Entscheidungsträgern“.



Aktuell wird das Programm „Interkulturelle Elternmentoren“ in Karlsruhe umgesetzt, das Pilotprojekt „VKL in der Ganztagschule“ an der Schillerschule erprobt. Des Weiteren wird angestrebt, eine Clearing-Stelle für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I einzurichten, um mit Hilfe von sprachunabhängigen Testverfahren und Beratung die geeignetste Schulart für diese Schülerinnen und Schüler zu ermitteln.



Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Von zentraler Bedeutung für die Transformation in eine nachhaltigere Gesellschaft ist das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), welche vor allem die Handlungs- und Gestaltungskompetenz fördern möchte.

Ziel der städtischen Bildungsarbeit ist es, dass Schüler und Schülerinnen, Familien, Studierende und interessierte Erwachsene mehr über Nachhaltigkeitsthemen erfahren und die notwendigen Kompetenzen für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Welt erwerben.



Mit dem Projekt „Umweltthemen im Unterricht“ erhalten Karlsruher Schulen pädagogische Unterstützung durch externe Fachkräfte zu relevanten Nachhaltigkeitsthemen, welche aus einem Themenkatalog ausgewählt und angefordert werden können. Der Umwelt- und Arbeitsschutz beauftragt die Pädagoginnen und Pädagogen und übernimmt hierfür die Kosten. Darüber hinaus können Schulen eine Unterstützung bei der Nachmittagsbetreuung beantragen oder unter vielfältigen Bildungsangeboten aus dem Umweltbildungsportal oder der Homepage zu außerschulischen Lernorten im Karlsruher Stadtgebiet wählen.

Waldpädagogik Karlsruhe ...



... führt als außerschulischer Lernort seit 1996 Veranstaltungen für alle Bevölkerungsgruppen im Stadt- und Landkreis durch. Die Veranstaltungen sind zielgruppenspezifisch angepasst an Alter, Wissensstand, unterschiedliche Bedürfnisse sowie an den Bildungsplan und fördern Kompetenzen im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Seither haben bei mehr als 9.000 Veranstaltungen etwa 250.000 Menschen aller Altersgruppen den Wald aus den unterschiedlichsten Perspektiven kennen gelernt (Stand Ende 2016).

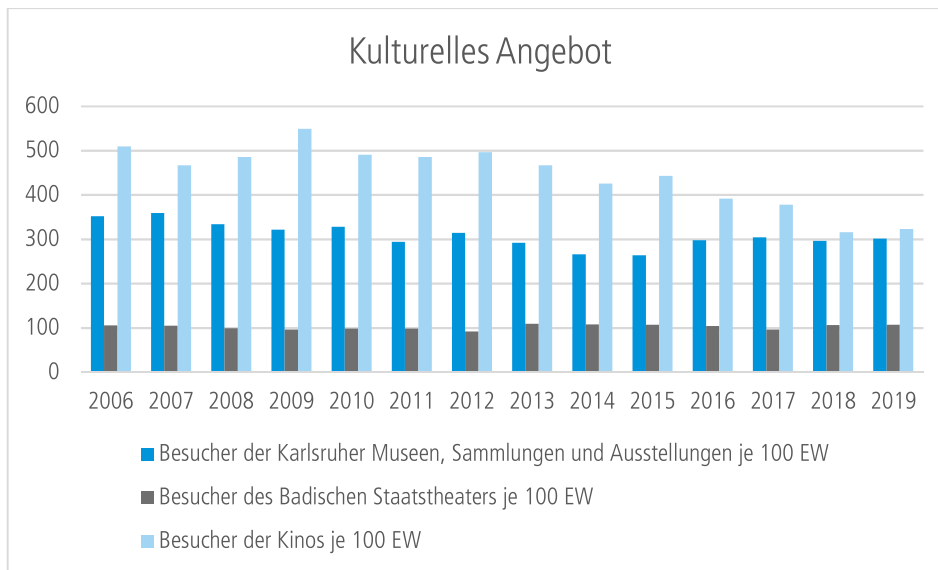
Da der Begriff der Nachhaltigkeit ursprünglich aus der Forstwirtschaft stammt, ist es der Waldpädagogik Karlsruhe ein besonderes Anliegen, diesen abstrakten und teilweise inflationär verwendeten Begriff zu konkretisieren und mit den Teilnehmenden praktisch umzusetzen. Kompetenzen für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Welt erwerben.

Das Gemeinschaftsprojekt wird unterstützt von den Projektträgern Forstamt Stadt und Landkreis Karlsruhe, der Forstverwaltung Baden-Württemberg (ForstBW) sowie der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW).



8.1.4 Kultur

Kulturelles Angebot



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe
Amt für Stadtentwicklung

Definitionen:

Besucherinnen und Besucher
verschiedener kultureller
Einrichtungen je 100
Einwohnerinnen und Einwohner (EW)

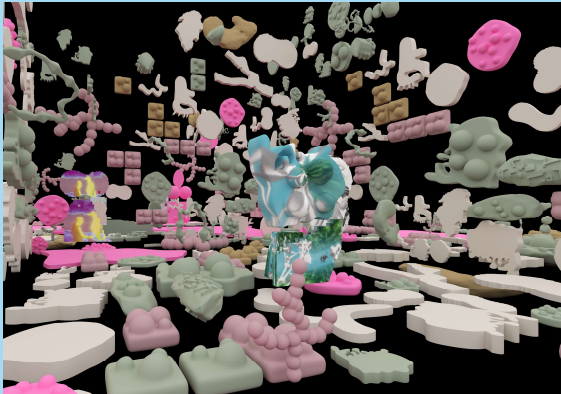


Nachhaltigkeitsbezug: Kultur und gesellschaftlicher Wandel stehen im engen Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung. Die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu finden, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, eigene Initiativen mit den Handlungsmöglichkeiten anderer Menschen zu verbinden – das ist die wesentliche Herausforderung der Nachhaltigkeit. Kunst und Kultur tragen seit jeher zum Aufbrechen alter festgefahrener Denkmuster bei und schaffen Raum für neue Möglichkeiten. Quelle und weitere Informationen: kubi-online.de und nachhaltigkeitsrat.de



Zentrum für Kunst und Medien (ZKM)

Das Zentrum für Kunst und Medien (ZKM) bietet einen Ort der Gemeinschaft und Versammlung sowie eine kontinuierliche Möglichkeit zum lebenslangen Lernen. Mit Angeboten für Gruppen jeden Alters formuliert es aktuelle Themen der Gesellschaft und regt an zu einer kritischen Meinungsbildung und einer beständigen Anreicherung von Wissen.



Ausstellungsansicht Spatial Affairs. Worlding. A tér világlása, © The Rodina

Die Ausstellung Critical Zones initiierte 2020 innerhalb der Kulturwelt eine weitere intensive Auseinandersetzung mit dem Leben auf unserem Planeten und unserem Umgang damit. Wichtige Grundlage ist die Erkenntnis, dass sich die Gesellschaft nicht allein an den Bedürfnissen der Menschheit orientieren darf, sondern wieder „irdisch“ werden muss, wenn sie weiterleben will. Das Projekt bildet zudem den Ausgangspunkt für weitere Vorhaben in den kommenden Jahren.



Ausstellungsansicht Open Codes, © ZKM, Foto: Felix Grünschloss

Das internationale praxisbasierte Forschungsprojekt Beyond Matter untersucht und reflektiert die virtuellen Bedingungen von Orten des Wissensaustauschs, der sowohl das Erlebnis von Inszenierungen und Ausstellungen aber auch die Aushandlung und die Bildung an den Inhalten entlang ermöglichen soll. Die Notwendigkeit der virtuellen Begegnung ist in der Pandemie deutlicher denn je geworden. Damit werden weitere Möglichkeiten des lebenslangen Lernens über den analogen Raum hinweg entwickelt.



Ausstellungsansicht Critical Zones. Horizonte einer neuen Erdpolitik, Foto: Elias Siebert

So soll es neben einer regelmäßige Klimabilanzierung ein sogenanntes Greenteam geben, das gemeinsam mit der Geschäftsführung Optimierungsmaßnahmen der Nachhaltigkeit entwickelt.

Weiterhin soll die kontinuierliche Auflage von Programmen und Angeboten für die breite Bevölkerung, diese anregen – auch im Sinne eines lebenslangen Lernens – beständig an einem nachhaltigeren Leben zu arbeiten.



8.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit) wann	Kategorie
	Allgemein/Übergreifend		
IT	Lerninseln: Plattform zum Teilen und Buchen von Räumlichkeiten zum Lernen	2021	Netzwerk
Kultur	Bunte Stadt – Lernorte für kulturelle Vielfalt und Demokratie	2019	IQ-Leitprojekt
SJB	Durchgängige Sprachförderung (Förderung von Teilhabe)	2019	IQ-Leitprojekt
SuS	Prozentuale Erhöhung des Bioanteils beim Essen in Schulen, Kitas, Horten und Kantinen	Plan	Ziel
UA	Karlsruher Netzwerk für Natur- und Umweltbildung: nubnetzwerk.karlsruhe.de	2017	Netzwerk
Zoo	Betreuung von Bachelor- und Masterarbeiten der Fachrichtung Biologie	-	Daueraufgabe
	Frühkindliche Bildung – KITAs		
OV G.	Draußen-KITA-Naturgruppe „Grashüpfer“	2015	KITA
SJB	Projekt Kita-Lotsen (Unterstützung auf dem Weg in die Kindertagesbetreuung von Menschen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen und kulturellen Hintergründen)	2019	Projekt
	Schulbildung – Schulen		
AfA	Umweltberatung in Schulen und Kitas zu Umweltthemen und Abfallvermeidung	circa 2000	Programm
OV G.	Natur- und Waldpädagogik Sommerferien Hort	2016	Programm
OV N.	Erneuerung und Erweiterung der Schullandschaft	2020	Projekt
SuS, HGW	Weißbuch Schulen: komprimierte und anschauliche Darstellung der wichtigsten Bereiche der Schulentwicklung und des Schulgebäudezustands	2020	IQ-Leitprojekt
SuS	IT-moderne Schule (Digitalisierung der Karlsruher Schulen)	2017	Konzept
SuS	Leitperspektive Medienbildung	2016	Ziel/Strategie
SuS	Ganztagsangebote für Grundschul Kinder; Rahmenkonzeption und Richtlinie	2013	Konzept
SuS	VKL (Vorbereitungsklassen) in der Ganztagschule	2020	Projekt
SWK	Projekt „Trinkwasser in Schulen“	2010	Projekt/Programm
SWK	„Schüler auf den Energieberg“		Projekt/Programm
UA	Grüne Pyramide (Nachhaltigkeitswettbewerb für Schulen)	2014	Wettbewerb/Auszeichnung
UA	Schüler-Nachmittagsbetreuung in Kooperation mit Umweltverbänden	2009	Programm
UA	Schülerinnen und Schüler erleben Naturschutz	2016	Programm
UA	Schüler*innen-Tage: jährlich von den Schülerinnen und Schülern selbst organisierte Aktionswoche mit einer Reichweite von circa 1000 Schülern pro Jahr	2004	Projekt

Abkürzungen

AfA: Amt für Abfallwirtschaft	KME: Karlsruhe Marketing und Event GmbH	SuS: Schul- und Sportamt
BNE: Bildung für Nachhaltige Entwicklung	Kultur: Kulturamt	SWK: Stadtwerke Karlsruhe GmbH
FA: Forstamt	LA: Liegenschaftsamt	UA: Umwelt- und Arbeitsschutz
HGW: Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft	OV G.: Ortsverwaltung Grötzingen	ZKM: Zentrum für Kunst und Medien
IT: Amt für IT und Digitalisierung	OV N.: Ortsverwaltung Neureut	Zoo: Zoo Karlsruhe
KFG: Karlsruher Fächer GmbH	SJB: Sozial- und Jugendbehörde	



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Fort- und Weiterbildungen		
KFG	Fort- und Weiterbildungsangebote an die Mitarbeiter*innen zum Thema „Nachhaltigkeit im Bauwesen“	-	Fortbildung
ZKM	Weiterbildung eines „Transformationsmanagers Nachhaltige Kultur“	Plan 2022	Ziel
Zoo	Fortbildungen für ErzieherInnen und LehrerInnen jeglicher Bildungseinrichtungen		Fortbildung
	Bildungsangebote		
FA	Gründung Waldklassenzimmer mit fortlaufender Entwicklung neuer Programme	1996	BNE
FA	Waldklassenzimmer: Schule macht Wald	1996	BNE
FA	Waldklassenzimmer: Aliens im Wald	1996	BNE
FA	Waldklassenzimmer: Jahreszeitenprojekt	1996	BNE
FA	Waldklassenzimmer: Projekte aus dem Bereich Natur und Leben	1996	BNE
FA	Jahresprogramm Waldpädagogik- Veranstaltungen für versch. Zielgruppen	1996	BNE
Kultur	Stadtbibliothek: TechnoThek: Interessenförderung an MINT-Fächern		Daueraufgabe
LA	Angebote in der Streuobstpädagogik für Schulen, Schülerhorte, Kindertagesstätten		Daueraufgabe
SuS	Bildungsangebote für Neuzugewanderte	2016	Programm
SuS	Interkulturelle Elternmentoren	2020	Programm
UA	Programm „Umweltthemen im Unterricht“ – Unterstützung von Umweltbildung in Schulen	vor 2003	Programm
UA	www.karlsruher-naturkompass.de: Tipps, welche Tiere, Pflanzen und Landschaften wann und wo in Karlsruhe besonders gut beobachtet werden können	2015	Website
Zoo	Führungen für Schulklassen, Kindergärten und alle weiteren Interessierten	2003	Programm
Zoo	Workshops zu besonderen Themen des Artenschutzes zum Beispiel Fledermäuse	2017	Programm
Zoo	Ferienprogramme für Kinder mit Fokus auf Artenkenntnis, Arten- und Umweltschutz	2017	Programm
Zoo	Spezielle Veranstaltungen wie Nachtzoo mit Führungen oder „Dreamnight“ als Bildungs- und Entspannungsmodul für Familien mit behinderten Kindern	2017	Veranstaltung
Zoo	Artenschutztag jährlich im Zoo: 27-30 Institutionen vermitteln ihre speziellen Artenschutzprojekte und ihre Bildungspotentiale	2017	Veranstaltung
	Kultur		
KME	Nachhaltigkeitskonzept bei DAS FEST (großes Musikfestival)		Konzept
Kultur	Stadtbibliothek: Bereitstellung von „Energiesparpaketen“, Geräten zur Messung des häuslichen Energieverbrauchs		Programm
Kultur	Stadtbibliothek: Förderung der Lesekompetenz von Kindern jeglichen Alters	-	Daueraufgabe
Kultur	SHM: Kritisches Hinterfragen und Neu-Ausrichtung der Sammlung sowie der Repräsentation bisher wenig verteilter gesellschaftlicher Gruppen in Ausstellungen		Ziel/Strategie
Kultur	Kulturkonzept: Kernthema Recht auf Kultur		Konzept
OV G.	Stadtteilkulturkonzept „Kunst-Handwerk-Natur“	2018	Konzept



8.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf

Die Förderung **inklusive Schulen**, einer durchgängigen **Sprachbildung** und einem **demokratischen und vielfältigen Zusammenleben** ist ein wichtiges Anliegen der Stadt Karlsruhe. Auch die zahlreichen Kultureinrichtungen machen Karlsruhe zu einem Ort lebenslangen Lernens.

Angefangen bei der **frühkindlichen Bildung** werden 2019 30,8 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen betreut. 49,2 Prozent der Kindertageseinrichtungen sind zudem integrativ. Um den Einstieg in die Kita zu erleichtern, unterstützen Kitalotsinnen und Kitalotsen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen und kulturellen Hintergründen Familien in Karlsruhe niederschwellig und sozialraumorientiert auf ihrem Weg in die Kindertagesbetreuung. Im Bereich der **Schulbildung** bewegt sich die Quote der Schülerinnen und Schüler, die die Schule vorzeitig abbrechen, zwischen 5 und 8 Prozent, wohingegen die Schulabbrecherquote der ausländischen Schüler und Schülerinnen von 1,5 Prozent im Jahr 2014 auf 8,1 Prozent im Jahr 2019 angestiegen ist. Der Anteil der inklusiven Schulen liegt seit fünf Jahren bei 35 Prozent und inzwischen werden rund 300 Schüler und Schülerinnen inklusiv beschult. Zahlreiche **Bildungs- und Kulturangebote**, die von der Karlsruher Bürgerschaft gerne genutzt werden, bieten die Möglichkeit für ein lebenslanges Lernen.

Im Hinblick auf Anregungen zum bestehenden (politischen) Handlungsbedarf hat maßgeblich das Schul- und Sportamt, die Sozial- und Jugendbehörde sowie das Zentrum für Kunst und Medien beigetragen.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Kindertageseinrichtungen konsequent als Bildungseinrichtungen anerkennen und damit auch den Zugang zu frühkindlicher Bildung für Familien mit Zugangshürden (insbesondere nicht-deutschsprachige Haushalte) besser begleiten und steuern.
- Förderung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte: Mehr personelle Ressourcen/Unterrichtsstunden an den Schulen für Vorbereitungsklassen und für die Sprachförderung beim Übertritt in die Regelklassen.
- Konkrete Bleibeperspektiven für Geflüchtete, die eine Ausbildungs- beziehungsweise eine Arbeitsstelle haben.
- Für die weitere prozentuale Erhöhung des Bioanteils beim Essen in Schulen, Kitas, Horten und Kantinen werden weitere Personalstellen benötigt.
- Stärkung der Ganztagschule durch das Land (Kultusministerium) durch mehr Lehrpersonal, Ausbau der Digitalisierung und Anerkennung der Arbeit des nicht lehrenden Personals als Partner auf Augenhöhe.
- Bereitstellung von adäquatem Personal, um das Aufkommen der bereits anstehenden und wachsenden Aufgaben der Digitalisierung fach-, sach- und zeitgerecht bewältigen zu können.
- Die Hemmschwelle für einen Museumsbesuch weiter senken und so die Museums- und Bildungsarbeit für jedermann zugänglich zu machen.





9 Gesundheit und Wohlergehen

Das Handlungsfeld **Gesundheit und Wohlergehen** (BNK 17) verfolgt wie das gleichnamige SDG 3 die Gewährleistung eines gesunden Lebens für alle Karlsruherinnen und Karlsruher sowie die Förderung ihres Wohlergehens.

Neben zehn messbaren Indikatoren, dienen zwei Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeits-Aktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind der Gesundheitszustand der Bevölkerung (1, 2), die medizinische Versorgung (3 – 6), aber auch die Umwelt- und Lebensqualität (7 – 10). Dazu gehören beispielweise auch die Lärm- und Hitzebelastung oder der Tourismus.

Tabelle 21: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Gesundheit und Wohlergehen











Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Vorzeitige Sterblichkeit von Männern und Frauen	Anzahl der Todesfälle bei Frauen/Männern unter 70 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	x	
2	Zahngesundheit Kinder	Anteil Kinder in ersten Klassen mit naturgesundem Gebiss an Schulen der Stadt Karlsruhe		
3	Wohnungsnaher Grundversorgung Hausarzt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt	x	
4	Krankenhausversorgung (Betten)	Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern		
5	Personal in Pflegeheimen	Anzahl Personal in Pflegeheimen je 10.000 stationär Pflegebedürftiger	x	
6	Personal in Pflegediensten	Vollzeit-Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten je pflegebedürftiger Person	x	
7	Luftschadstoffe	Immission von Luftschadstoffen (Stickstoffdioxid, Feinstaub (PM10; PM2,5), Ozon)	x	
8	Lärmbelastung	Verkehrslärm und geschätzte Zahl der tags und nachts von Lärm belasteten Personen für das Jahr 2015 und 2009.		
9	Nitrat im Grundwasser	Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird		
10	Zu- und Fortzüge	Zu- und Fortzüge je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und Wanderungssaldo		

Tabelle 22: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Gesundheit und Wohlergehen

Gesundheitsamt	Umwelt- und Arbeitsschutz	Schul- und Sportamt	Karlsruhe Tourismus GmbH
----------------	---------------------------	---------------------	--------------------------



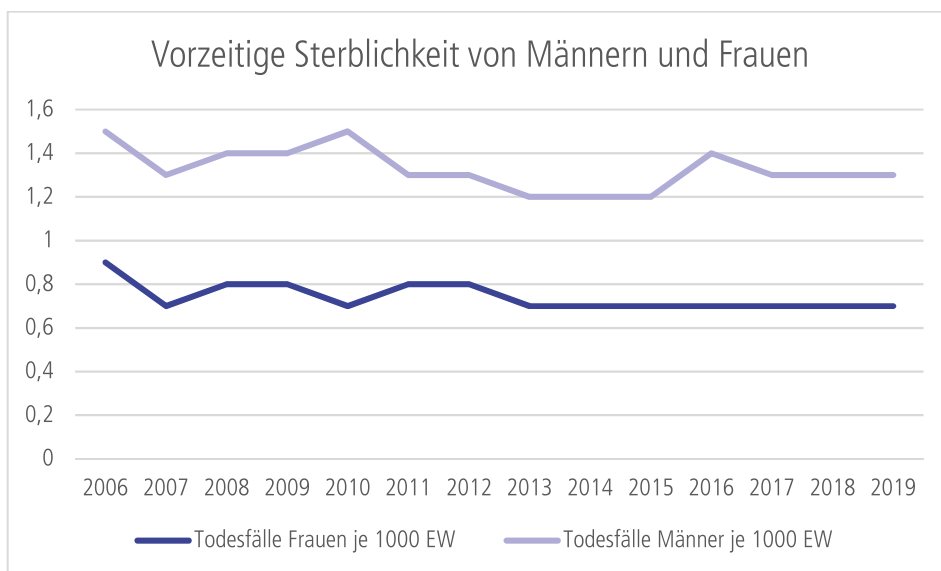
9.1 Wo stehen wir?

Die wichtigsten Ziele und Strategien

Durch die kommunale Gesundheitsförderung verfolgt die Stadt Karlsruhe ein umfassendes Gesundheitsverständnis, das körperliche, seelische, soziale und ökologische Aspekte umfasst. Sie will dabei gesundheitsförderliche Strukturen schaffen, um die Schutzfaktoren für die Erhaltung der Gesundheit zu fördern und zu stärken.

9.1.1 Gesundheitszustand

Vorzeitige Sterblichkeit von Männern und Frauen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Anzahl der Todesfälle bei Frauen/Männern unter 70 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

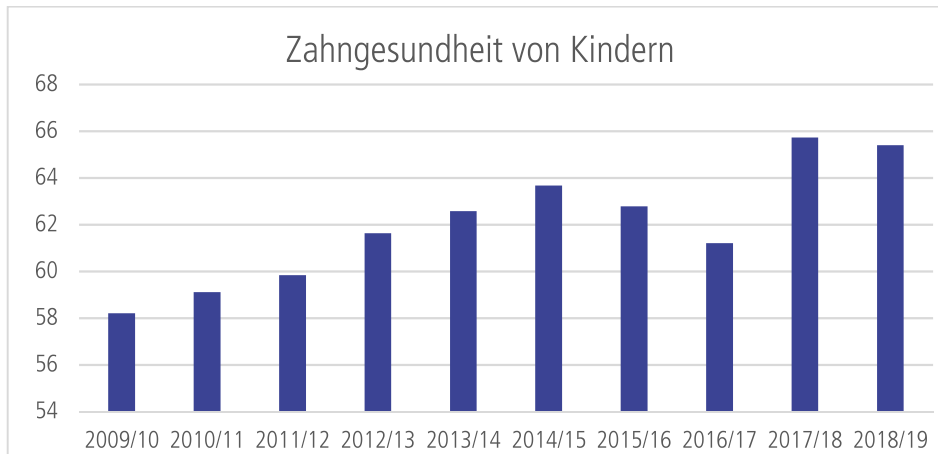


**SDG-Indikator
Nr.10 und 11**

Nachhaltigkeitsbezug: Vorzeitige Todesfälle können Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Die Wahrscheinlichkeit im Alter von unter 70 Jahren zu sterben, ist für Frauen signifikant geringer als für Männer. Neben einer oftmals gesünderen Lebensweise und einer generell höheren Bereitschaft zu Vorsorgeuntersuchungen, spielen hier auch Faktoren, wie die Berufswahl, welche hinsichtlich der physischen Belastung auch heute noch den traditionellen Rollenbildern entspricht, eine Rolle. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss es sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit). In Kommunen kommen hier der gesundheitlichen Versorgung und Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen, die sowohl die physische, als auch die psychische Gesundheit beinhaltet, und der erhöhten Sicherheit im Straßenverkehr eine besonders hohe Priorität zu. Des Weiteren können Kommunen im Austausch mit Wirtschaftsverbänden helfen, den Arbeitsschutz zu verbessern.



Kindergesundheit



Datenquelle:
Gesundheitsamt Karlsruhe

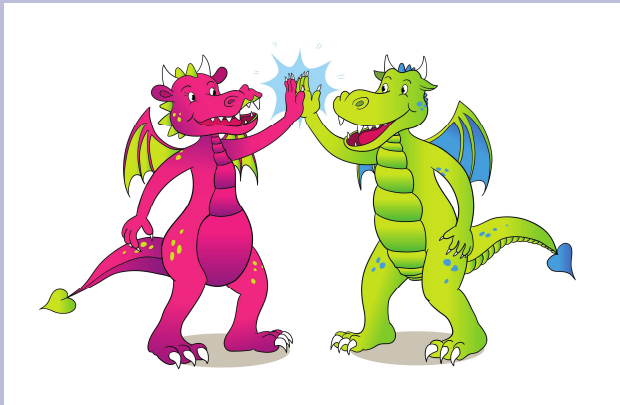
Definition:
Anteil Kinder in ersten Klassen mit naturgesundem Gebiss an Schulen der Stadt Karlsruhe



Nachhaltigkeitsbezug: Mundgesundheit ist laut WHO ein Schlüsselindikator für die allgemeine Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität. Erkrankungen des Mundraumes haben ähnliche Risikofaktoren wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Atemwegserkrankungen und Diabetes. Daten zur Zahngesundheit liegen für die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 aufgrund der Corona-Pandemie nicht oder nur unvollständig vor.

Ein weiterer Indikator zur Abbildung von Kindergesundheit ist „Kinder mit Fehlernährung“ (SDG-Indikator Nr. 7), welcher insbesondere Über- und Mangelernährung deutlich macht. Die Daten werden in der Schuleingangsuntersuchung erhoben und werden dem Gesundheitsamt ab dem Schuljahr 2021/22 für alle Kinder im Stadtkreis vorliegen. Sie können ab dann auch in die Nachhaltigkeitsberichterstattung einfließen.

Bewegungspass in Stadt- und Landkreis Karlsruhe



Das Projekt „Bewegungspass“ ist ein Baustein zur Bewegungsförderung für zwei- bis siebenjährige Kinder in Kindertageseinrichtungen und in Sportvereinen in Stadt und Landkreis Karlsruhe. Insbesondere soll die Freude an der Bewegung gefördert und die Entwicklung der motorischen Fertigkeiten unterstützt werden. Ein nicht unbedeutender Nebeneffekt ist der Beitrag zur Prävention von Übergewicht im Kindesalter. Der Bewegungspass lässt sich leicht in die alltäglichen Lebenswelten der Kinder integrieren.

Er bietet spielerische und kindgerechte Übungen für alle betreffenden Altersstufen, bei denen vor allem Bewegungsabläufe ausgewählter Tiere nachgeahmt werden. Bis zum Ende der vierjährigen Projektlaufzeit (2019 – 2023) soll der Bewegungspass möglichst flächendeckend in Stadt und Landkreis Karlsruhe implementiert sein. Das Projekt wurde von der Stadt Stuttgart entwickelt und in enger Zusammenarbeit an die Gegebenheiten im Raum Karlsruhe angepasst.

Weitere Informationen unter www.karlsruhe.de/bewegungspass



9.1.2 Medizinische Versorgung

Wohnungsnah Grundversorgung mit Hausarzt und Hausärztin

Jahr	Wohnungsnah Grundversorgung – Hausarzt (Meter)
2011	382
2015	375

Datenquelle:
www.wegweiser-kommune.de

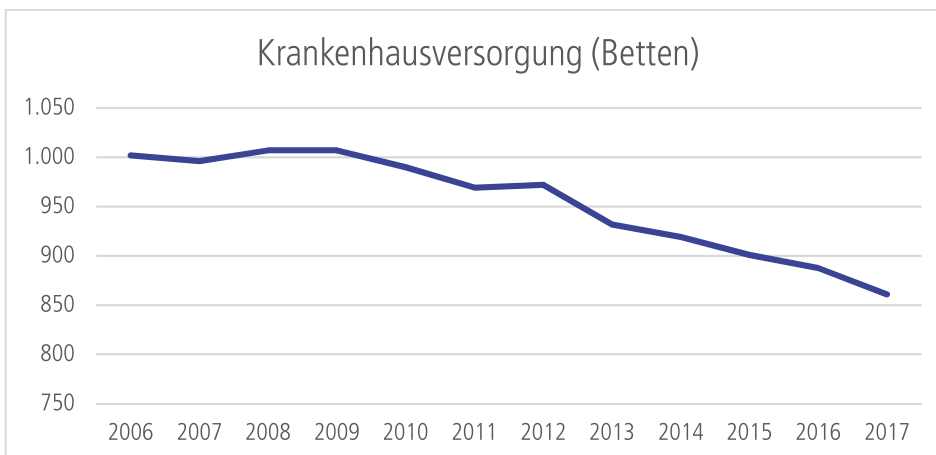
Definition:
Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt



SDG-Indikator Nr. 13

Nachhaltigkeitsbezug: Ein Arztbesuch mit möglichst wenig organisatorischem Aufwand ist nicht nur für Berufstätige und Familien mit Kindern eine enorme Entlastung, sondern gerade ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität profitieren von dieser Form der wohnungsnahen Gesundheitsgrundversorgung. Diese haben einen höheren Bedarf an regelmäßigen Arztbesuchen und meist keine Möglichkeit, um mit einem Pkw dorthin zu gelangen. Bei akuter Erkrankung ist die unkomplizierte und unmittelbare Erreichbarkeit des Hausarztes entlastend. Unabhängig von der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (diese liegt für Hausärzte und Hausärztinnen bei einem Verhältnis von 1.617 Einwohnerinnen und Einwohnern je Hausarzt im Einzugsbereich eines Mittelzentrums) hat die demographische und wirtschaftliche Struktur Einfluss auf die Versorgungsdichte mit Hausärzten und Hausärztinnen. Die wohnungsnah Grundversorgung unterliegt dem folgend einem besonders ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle und nimmt mit der Ausbreitung von Siedlungen und der Einwohnerdichte zu.

Krankenhausversorgung (Betten)



Datenquelle:
www.wegweiser-kommune.de

Definition:
Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern je 100.000 Einwohner und Einwohnerinnen

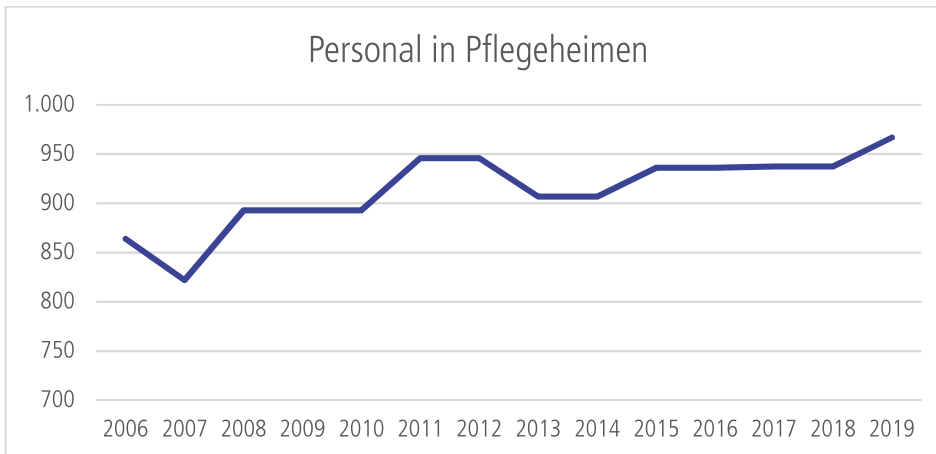


SDG-Indikator Nr. 14

Nachhaltigkeitsbezug: Eine bundesweit flächendeckende Krankenhausversorgung ist ein wesentliches Element der staatlichen Daseinsvorsorge. Um mit den begrenzten finanziellen Mitteln eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung zu garantieren, nehmen Bund und Länder alle Krankenhäuser in die Pflicht, nach strengen wirtschaftlichen Parametern zu handeln und zu behandeln. In Verbindung mit unterschiedlichen demographischen und wirtschaftlichen regionalen Parametern ist die wirtschaftliche Bereitstellung von Krankenhauskapazitäten oft nur bedingt möglich und schlägt sich dementsprechend in einer Verknappung des Angebotes nieder. Die wohnungsnah Grundversorgung mit Krankenhäusern unterliegt, aufgrund oft vorgenommener Rationalisierungsmaßnahmen, einem zunehmend ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle. Eine adäquate Versorgung zu gewährleisten entspricht deshalb dem Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit.



Personal in Pflegeheimen



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

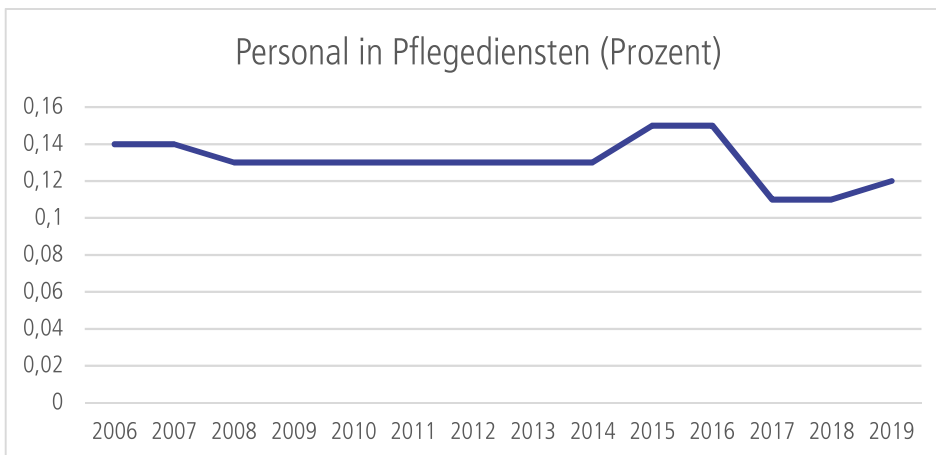
Anzahl Personal (Vollzeit) in Pflegeheimen je 10.000 stationär Pflegebedürftiger



SDG-Indikator Nr. 16

Nachhaltigkeitsbezug: Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und gut erreichbaren stationären pflegerischen Versorgung auf hohem Niveau ist ein wesentlicher Teil der medizinischen Daseinsvorsorge. Pflegeheime stellen hierbei das Fundament der Versorgung für jene dar, welche nicht im familiären Umfeld versorgt werden können oder wollen. Angesichts der demografischen Entwicklung erhöht sich die Anzahl der Pflegebedürftigen und mit deren durchschnittlichem Alter auch das Maß an Pflegebedürftigkeit. Beide Entwicklungen stellen das Gesundheitssystem in seiner heutigen Form vor große personelle und somit auch finanzielle Herausforderungen. Um weiterhin menschenwürdige Pflege für alle Pflegebedürftigen in Deutschland gewährleisten zu können, braucht es mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, die letztlich ein Gewinn für die Patienten und Patientinnen, Angehörige und das Pflegepersonal sind.

Personal in Pflegediensten



Datenquelle:

www.wegweiser-kommune.de

Definition:

Vollzeit-Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten je pflegebedürftiger Person



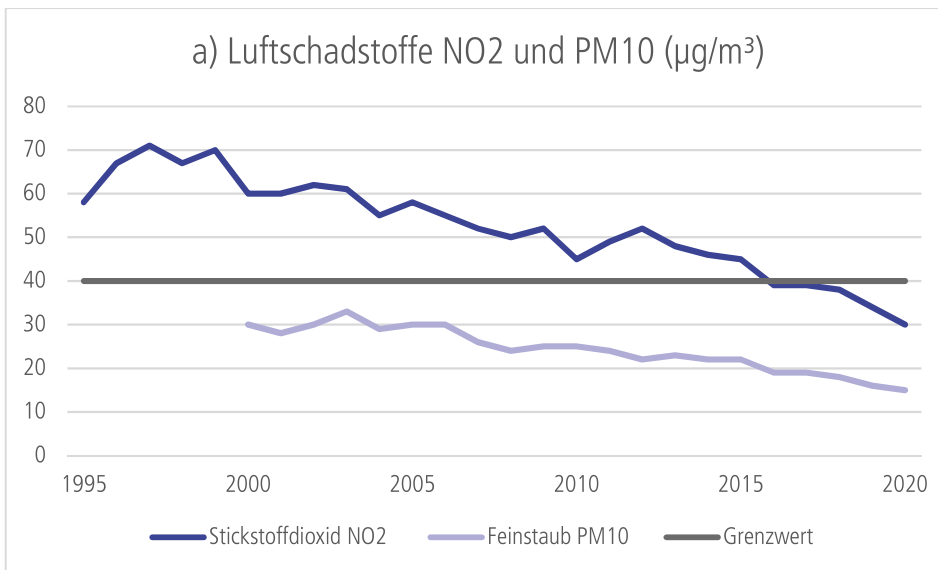
SDG-Indikator Nr. 17

Nachhaltigkeitsbezug: Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und gut erreichbaren ambulanten pflegerischen Versorgung auf hohem Niveau ist ein wesentlicher Teil der medizinischen Daseinsvorsorge. So erlaubt die Inanspruchnahme ambulanter Pflegedienstleistungen eine Versorgung der Pflegebedürftigen in einem vertrauten Umfeld. Durch die Kombinationsleistung wird es Pflegebedürftigen in den Pflegegraden 2 bis 5 zudem ermöglicht, Pflegesachleistungen mit Pflegegeld zu kombinieren. Aufgrund des demografischen Wandels steigt die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen kontinuierlich an. Dies schlägt sich vor allem in der Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen nieder. Um eine menschenwürdige ambulante Pflege in Deutschland gewährleisten zu können, bedarf es daher einer besseren personellen Ausstattung eines vormerklich durch privatwirtschaftliche Akteure geprägten Bereichs. Um dies zu erreichen, sind bessere Arbeitsbedingungen durch geringere personelle Belastungen erforderlich.



9.1.3 Umweltqualität

Luftschadstoffe



Datenquelle:
Landesanstalt für Umwelt BaWü (LUBW)

Definition:

a) Jahresmittelwerte (JMW) der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub (PM₁₀) in Mikrogramm pro Kubikmeter an der Verkehrsmessstation Reinhold-Frank-Straße

b) Anzahl der Überschreitungstage des Feinstaub (PM₁₀) Tagesmittelgrenzwertes von 50 µg/m³ bei maximal 35 zulässigen Überschreitungen im Kalenderjahr

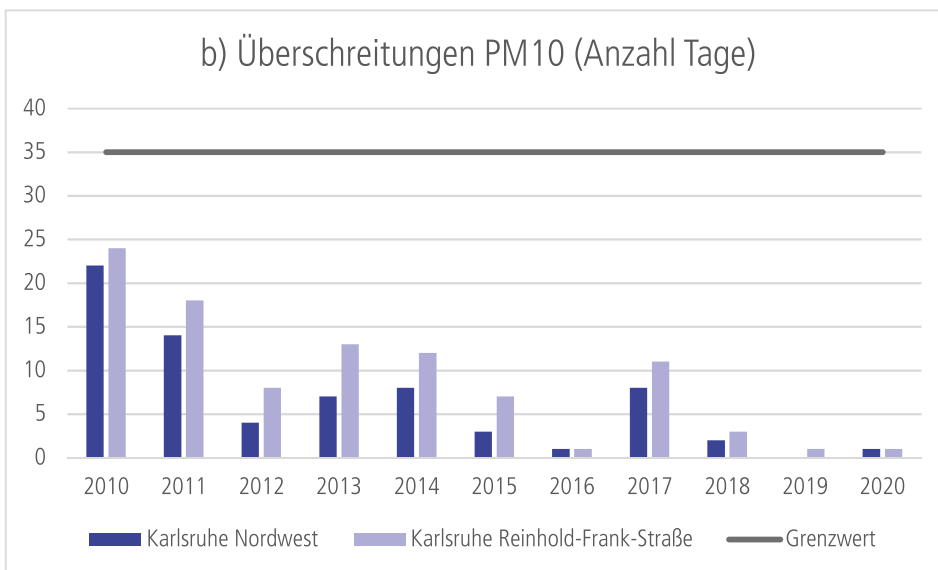
Messstationen:

Karlsruhe Nordwest:
Städtischer Hintergrund

Karlsruhe Reinhold-Frank-Straße:
Verkehrsmessstation



SDG-Indikator Nr. 19

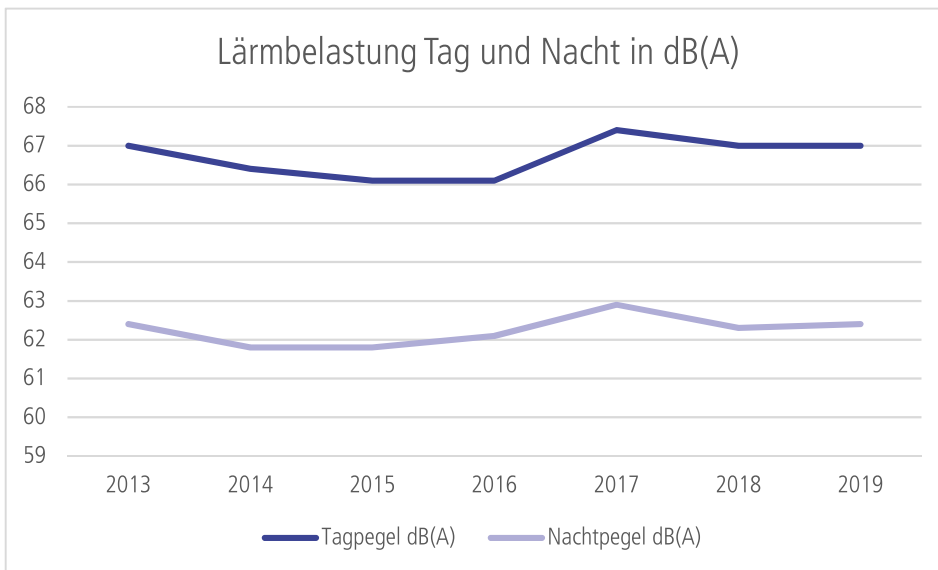


Nachhaltigkeitsbezug: Luftschadstoffimmissionen können bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte die menschliche Gesundheit sowie Ökosysteme negativ beeinflussen und schädigen. Die Energieerzeugung, der Straßenverkehr, die Landwirtschaft und die Produktion von Gütern können als Hauptemissionsquellen für Luftschadstoffe genannt werden. Besonders hoch ist die Konzentration dieser Schadstoffe in dicht besiedelten Gebieten. Während Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid ihre gesundheitsgefährdende Bedeutung in Deutschland verlieren, gehen gegenwärtig vor allem von Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon Gefahren für die menschliche Gesundheit aus. Zur Einschätzung der vorliegenden Schadstoffkonzentration können die gemessenen Werte mit den Richt- beziehungsweise Grenzwerten der WHO oder der EU abgeglichen werden. Die Ozonbelastung ist seit vielen Jahren in Karlsruhe nicht mehr relevant.



Lärmbelastung

a) Jahresmittelungspegel für den Tag und die Nacht in dB(A)



Datenquelle:

a) Landesanstalt für Umwelt BaWü (LUBW)

b) Stadt Karlsruhe: Umwelt- und Arbeitsschutz Lärmaktionsplan 3. Stufe (2016)

Definition:

a) Jahresmittelungspegel für den Tag und die Nacht in dB(A) an stationärer Verkehrslärm-Messstation (Karlsruhe Reinhold-Frank-Straße)

b) Geschätzte Zahl der tags und nachts von Lärm belasteten Personen für das Jahr 2015 und 2009.



SDG-Indikator Nr. 12

b) Geschätzte Zahl der tags und nachts von Lärm belasteten Personen

Jahr	Straßenverkehr				Straßenbahnen			
	Anzahl Tag*	Anzahl Nacht**	% Tag	% Nacht	Anzahl Tag*	Anzahl Nacht**	% Tag	% Nacht
2009	16.000	19.100	5,33	6,36	10.400	12.900	3,47	4,30
2015	15.600	17.400	5,08	5,67	9.200	11.600	3,00	3,78

Erläuterungen:

* Anzahl Tag = Anzahl der Betroffenen mit einer täglichen Lärmbelastung von > 65 dB(A)

** Anzahl Nacht = Anzahl der Betroffenen mit einer nächtlichen Lärmbelastung von > 55 dB(A)

% = Anzahl der Betroffenen mit Lärmbelastung/Anzahl Einwohner * 100

Nachhaltigkeitsbezug: Chronischer Stress durch Verkehrslärm kann nicht nur die Gesundheit und das Wohlergehen einschränken, sondern – aufgrund der Folgekosten durch stressbezogene Erkrankungen – auch erhebliche volkswirtschaftliche Schäden verursachen. Da sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufiger erhöhten Lärmpegeln ausgesetzt sind und diese gesundheitlich insgesamt vulnerabler sind, ist Verkehrslärm auch eine Frage der Umwelt(un-)gerechtigkeit. Lärmbedingte gesundheitliche Folgeschäden können bei Arbeitsunfähigkeit oder verminderter Erwerbsfähigkeit erheblichen Einfluss auf die soziale und kulturelle Dimension von Nachhaltigkeit haben. Werden durch Lärm zum Beispiel die Kommunikation zwischen Tieren oder ganze Biotopverbünde gestört, so berührt dieser ebenso die ökologische Nachhaltigkeitsdimension. Insgesamt folgt eine Reduktion der Lärmbelastung dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.



Nitrat im Grundwasser

Der Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe überwacht drei Brunnen/**Grundwassermessstellen** in den drei Trinkwasserschutzgebieten nach der **SchALVO** (Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung Baden-Württemberg), die jährlich systematisch untersucht werden, zur Einstufung der Wasserschutzgebiete (WSG).

Alle drei Wasserschutzgebiete im Stadtgebiet Karlsruhe sind als Nitrat-Normalgebiete eingestuft.

Die Stadtwerke betreuen weitere 20 bis 30 Messstellen in den WSG, an denen ebenfalls der **Nitrat-Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter nicht überschritten** wurde.

Alle Gebiete, aus denen Trinkwasser für die Stadt Karlsruhe gewonnen wird, sind als Normalgebiete eingestuft.

In den Tiefen, wo das Karlsruher Grundwasser gefördert wird, ist kaum Sauerstoff vorhanden. Es handelt sich um sogenanntes **reduziertes Grundwasser**, welches unter anderem Nitrat zur Sauerstoffgewinnung abbaut. Ein niedriger Nitratgehalt muss daher nicht unbedingt bedeuten, dass der Nitratreintrag aus der Landwirtschaft gering ist.

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Umwelt- und Arbeitsschutz,
Stadtwerke Karlsruhe GmbH

Definition:

Anteil oder Anzahl der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird



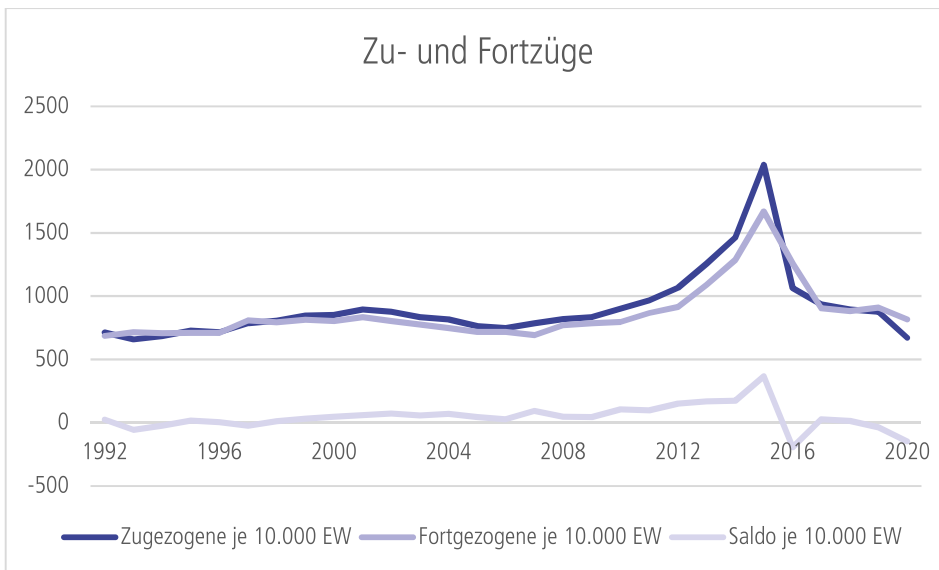
SDG-Indikator Nr. 33

Nachhaltigkeitsbezug: Bei einer zu intensiven Nutzung von Dünger können Pflanzen den auf diese Weise zugeführten Stickstoff nicht mehr vollständig aufnehmen. Es besteht so die Gefahr, dass der überschüssige Stickstoff als Nitrat unter anderem ins Grundwasser gelangt und bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte zu gesundheitlichen Schäden bei Menschen führen kann. Des Weiteren kann das überschüssige Nitrat auch in Oberflächengewässer gelangen und Ökosysteme nachhaltig belasten. Die Trinkwasserverordnung schreibt einen Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter vor. Dieser Wert wird derzeit in Deutschland nicht selten überschritten. Eine Reduktion des Nitratgehalts im Grundwasser verringert die Folgekosten, die durch den gestiegenen Aufwand in der Trinkwasseraufbereitung entstehen und in letzter Instanz von der Bevölkerung getragen werden müssen. Dies hat nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit Auswirkungen auf die ökonomische Nachhaltigkeitsdimension. Besonders der Nitratreintrag von lokal begrenzten Quellen ist zudem relevant für das Prinzip der globalen Verantwortung, da die Folgen überregional wahrnehmbar sind.



9.1.4 Lebensqualität

Zu- und Fortzüge



Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Amt für Stadtentwicklung

Definition:

Zu- und Fortzüge je 10.000 Einwohner und Einwohnerinnen (EW) und Wanderungssaldo



Nachhaltigkeitsbezug: Die Zahl der Wanderungen ist nicht nur ein Gradmesser für die Attraktivität einer Stadt, sondern auch für deren Entwicklung und Veränderung. Der Saldo auf Einwohnerinnen und Einwohner gerechnet, vermittelt eine vergleichbare Größenordnung hinsichtlich des zahlenmäßigen Wachstums einer Stadt. Ein positiver Saldo, also mehr Zuzüge als Fortzüge, ist ein Beleg für eine lebenswerte Stadt. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ihren Lebensmittelpunkt in der Kommune wahrnehmen und für sich und ihre Kinder Perspektiven sehen. Karlsruhe hat von 2000 bis 2015 durch Wanderungen kontinuierlich Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewonnen. Der starke Anstieg im Jahr 2015 ist auf die nur temporär in der örtlichen LEA aufgenommenen Flüchtlinge zurückzuführen. Seither stagniert der Zuwachs, beziehungsweise sind in den letzten beiden Jahren mehr Menschen weg- als zugezogen.

Wasserwende – Trinkwasser ist Klimaschutz



Das Karlsruher Trinkwasser ist von hervorragender Qualität, gesund, frisch sowie bequem und preiswert aus dem heimischen Wasserhahn zu genießen. Die Stadtwerke Karlsruhe sind Deutschlands erster klimaneutraler Wasserversorger.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Verein a tip: tap e.V. wurde ein Netzwerk geschaffen, das den Trinkwasserkonsum in Karlsruhe steigern will. Das Netzwerk macht Öffentlichkeitsarbeit mit den Zielen der Vermeidung von Ein-Weg-Flaschen, der Unterstützung von Betrieben bei der Umstellung auf Trinkwasser statt Flaschenwasser, es bietet Bildungsangebote in Schulen und Kitas und den Aufbau von öffentlichen Trinkorten.

Mehr Infos [hier](#) oder unter: atitap.org --> Projekte --> Wasserwende



Karlsruhe als nachhaltiges Reiseziel

Karlsruhe setzt auf nachhaltigen Tourismus. Aus diesem Grund hat sich die Karlsruhe Tourismus GmbH (KTG) 2021 auf den Weg gemacht, nachhaltiges Reiseziel zu werden. Der Prozess soll nach etwa 1,5 Jahren mit einer Zertifizierung nach TourCert, einem Siegel für Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung im Tourismus abgeschlossen werden.

Unter nachhaltigem Tourismus versteht TourCert:

- Den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Reiseziels sichern.
- Zum Erhalt einer intakten und vielfältigen Natur und Kultur beitragen.
- Förderung der Lust am Lernen, Entdecken und Genießen.
- Zur Lebensqualität und zur Mitbestimmung der Bevölkerung in der Region beitragen.

Wichtige Parameter sind dabei der Stakeholder-Dialog, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen, Kunden-Orientierung, schonender Umgang mit Ressourcen, Barrierefreiheit und Angebote im Bereich der nachhaltigen Mobilität.





9.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Gesundheitsförderung		
Alle	Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit		Ziel/Daueraufgabe
G.Amt	Tabakprävention für 7. Klassen	2004	Programm
UA, SuS, G.Amt, AOK	Bewegungspass (Bewegungsförderung in Kitas und Sportvereinen)	2019	Projekt
UA, G.Amt	Gesund aufwachsen (Bewegungsförderung in Kitas und Schulen, gesunde Ernährung, psychische Gesundheit, Fortbildungsangebote für Erzieher und Erzieherinnen, Naturerfahrung)	2013	Konzept
UA, G.Amt	Resilienzförderung bei Kindern und Jugendlichen	2015	Konzept
UA und LA	Stadtplan für heiße Tage – Karlsruher Guide zum Abkühlen	2021	Karte/Website
UA, INI Gesundheitssport, AOK	Bewegte Apotheke (Bewegungsförderung für Seniorinnen und Senioren, geleiteter Spaziergang und Übungen zur Sturzprophylaxe)	2016	Projekt
UA	Bekämpfung der allergenen Ambrosie durch verschiedene Maßnahmen (Öffentlichkeitsarbeit) und Aktionen (Zupftermine)	2016	Projekt
UA	Internetseite und Plakataktion zur Bekämpfung der Tigermücke	2017	Projekt
UA	Förderung der ganzjährigen Alltagsmobilität durch herbstlichen Fahrradcheck an weiterführenden Schulen	2018	Projekt
UA	Klimawandelanpassung (Hitze, Eindämmung Ambrosie, Tigermücke ...)	2019	Strategie
SJB, UA	Runder Tisch Geburtshilfe in Karlsruhe	2021	Netzwerk
SJB	Karlsruher Initiative gegen Depression	2015	Netzwerk
	Umweltqualität		
UA	Überwachung der Luftschadstoffemissionen gewerblicher Anlagen, Erarbeitung von Auflagen in Genehmigungsverfahren		Daueraufgabe
UA	Überwachung der Schallemissionen von Anlagen im Sinne der TA Lärm, Erarbeitung von Auflagen in Genehmigungsverfahren		Daueraufgabe
UA	Überwachung der Einhaltung gesetzeskonformer Raumtemperaturen (Arbeitsschutz)		Daueraufgabe
UA	Lärmaktionsplan (LAP), Fortschreibung 2016	2009	Konzept
	Lebensqualität		
KTG	Start der strategischen Entwicklung von Karlsruhe als zertifizierte nachhaltige Destination	2021	Konzept
UA	Förderung von Naturerfahrungen für Mühlburger Kinder	2013	Projekt
A tip: tap e.V., SWK, GBA, UA	Förderung des Konsums von Leitungswasser, Vermeidung von Ein-Weg-Flaschen, Hitzeanpassung	2019	Netzwerk

Abkürzungen

AOK: Allgemeine Ortskrankenkasse
G.Amt: Gesundheitsamt
KTG: Karlsruhe Tourismus GmbH
LA: Liegenschaftsamt

UA: Umwelt- und Arbeitsschutz
SJB: Sozial- und Jugendbehörde
SuS: Schul- und Sportamt
SWK: Stadtwerke Karlsruhe

9.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf



Die kommunale **Gesundheitsförderung** der Stadt Karlsruhe hat seit der Einführung 2012 bereits Vieles erreicht, insbesondere durch die Entwicklung der Handlungsempfehlungen in der Leitlinie „gesund aufwachsen“ oder der Umsetzung konkreter Projekte wie dem Bewegungspass. Für alle Altersgruppen werden Projekte und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen angeboten, wie die Bewegungsförderung oder der gesunde Umgang mit zunehmender Hitze. Darüber hinaus setzt die kommunale Gesundheitsförderung vor allem auf die Vernetzung städtischer und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Durch verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen und Megatrends gewinnt die Gesundheitsförderung immer mehr an Bedeutung. Dadurch erweitert sich das Aufgabengebiet, zum Beispiel durch die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, die Prävention nichtübertragbarer Erkrankungen sowie die Erreichung und Unterstützung vulnerabler Zielgruppen im Sinne einer Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit.

Die **vorzeitige Sterblichkeit** von Männern und Frauen ist in den letzten Jahren leicht gesunken, wobei die Wahrscheinlichkeit im Alter von unter 70 Jahren zu sterben, für Frauen signifikant geringer ist als für Männer. So kommen auf 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen 0,7 vorzeitige Todesfälle bei den Frauen und 1,3 Fälle bei den Männern.

Trotz eines allgemeinen Rückgangs der **Karieshäufigkeit bei Kindern und Jugendlichen** besteht eine ungleich verteilte Karieslast auf einzelne Bevölkerungsgruppen in Abhängigkeit von der sozialen Lage. Es zeigt sich, dass Kinder aus Schulen eines Stadtteils mit überdurchschnittlich hoher Betroffenheit von Armutsrisiken deutlich weniger naturgesunde Gebisse beziehungsweise häufiger sanierte oder behandlungsbedürftige Gebisse aufwiesen als Kinder von Schulen in anderen Stadtteilen. Diese ungleiche Verteilung der Karieserfahrung ist bei einer systematischen bedarfsgerechten Steuerung gruppenprophylaktischer Maßnahmen zur Kariesbekämpfung sowie bei weiteren Maßnahmen der Gesundheitsförderung zu berücksichtigen (siehe dazu auch Armutsbericht Karlsruhe 2019).

Was die **medizinische Versorgung** angeht, so nimmt die Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern je 100.000 Einwohner und Einwohnerinnen stetig ab. Die Anzahl des Personals in Pflegeheimen und Pflegediensten ist 2019 jedoch wieder gestiegen.

Die **Luftqualität** in Karlsruhe ist gut. Die Feinstaubbelastung ist sehr gering und liegt seit 20 Jahren weit unterhalb des zulässigen Grenzwertes. Die Werte des Luftschadstoffes Stickstoffdioxid sind seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich gesunken und unterschreiten seit 2016 ebenfalls den zulässigen Grenzwert. Auch die Belastung durch **Lärm** ist weiter rückläufig. Belastungen des Grundwassers mit **Nitrat** liegen ebenfalls nicht vor. Alle Gebiete, aus denen Trinkwasser für die Stadt Karlsruhe gewonnen wird, sind als Normalgebiete eingestuft. Bei dem Karlsruher Grundwasser handelt es sich allerdings um reduziertes Grundwasser, weswegen ein niedriger Nitratgehalt nicht unbedingt durch einen geringen Nitratreintrag aus der Landwirtschaft begründet sein muss.

(Politischer) Handlungsbedarf

- Der gesteigerte Bedarf an kommunaler Gesundheitsförderung, auch bedingt durch eine erweiterte Themenvielfalt, kann nur durch eine Aufstockung an personellen Ressourcen gedeckt werden.
- Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit: Größter Handlungsbedarf besteht in der Bekämpfung der gesundheitlichen Ungleichheit in den Bereichen Bewegung, Ernährung, psychische Gesundheit und Anpassung an den Klimawandel.
- Gesundheit ist nicht nur Thema des Gesundheitssektors, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in allen Bereichen des öffentlichen Handelns gefördert werden soll ("Health in All Policies").
- Die Entscheidungstragenden der Stadt Karlsruhe werden dafür sensibilisiert, das Thema Gesundheit bei politischen Weichenstellungen mitzudenken. Kommunalpolitische Entscheidungen, Planungen und Aktivitäten werden immer auch auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensqualität/Wohlbefinden hin überprüft, um damit für alle Bevölkerungsgruppen einen möglichst hohen gesundheitsfördernden Nutzen anzustreben.





10 Beteiligung und Eine Welt

Im Handlungsfeld **Beteiligung und Eine Welt** wird über die Bandbreite der Partizipation beziehungsweise öffentlichen Beteiligung (BNK 4) sowie über die (länderübergreifende) Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und Institutionen zu Nachhaltigkeitsthemen (BNK 18) berichtet.

Neben fünf messbaren Indikatoren dienen drei Praxisbeispiele der besseren Veranschaulichung. Eine abschließende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in diesem Handlungsfeld.

Zentrale Themen sind Ehrenamtliches Engagement (1), Wahlbeteiligung (2) und Beteiligungsformate sowie Entwicklungszusammenarbeit (3, 5), Städtepartnerschaften (4) und Fairer Handel. Weitere Angaben zum Thema Fairer Handel findet sich im ersten Handlungsfeld **Nachhaltige Verwaltung**. Das Thema gesellschaftliche Teilhabe ist im Handlungsfeld **Soziale Gerechtigkeit** angesiedelt.

Tabelle 23: Übersicht über die eingebetteten Indikatoren des Handlungsfeldes Beteiligung und Eine Welt






Nr.	Indikator	Definition	BNK	SDG
1	Ehrenamtliches Engagement	Anteil ehrenamtlich tätiger Personen (> 18 J.) an allen Einwohner		
2	Wahlbeteiligung	Anteil aller Wähler an allen Wahlberechtigten nach Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl		
3	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Euro pro Jahr		
4	Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens	Städtepartnerschaften insbesondere in Ländern des Globalen Südens		
5	Entwicklungspolitische Projekte	Anzahl entwicklungspolitischer Projekte, an denen die Kommune beteiligt war		

Tabelle 24: Primär involvierte Dienststellen und Gesellschaften im Handlungsfeld Beteiligung und Eine Welt

Amt für Stadtentwicklung	Stabsstelle Außenbeziehungen und Strategisches Marketing
---------------------------------	---

10.1 Wo stehen wir?

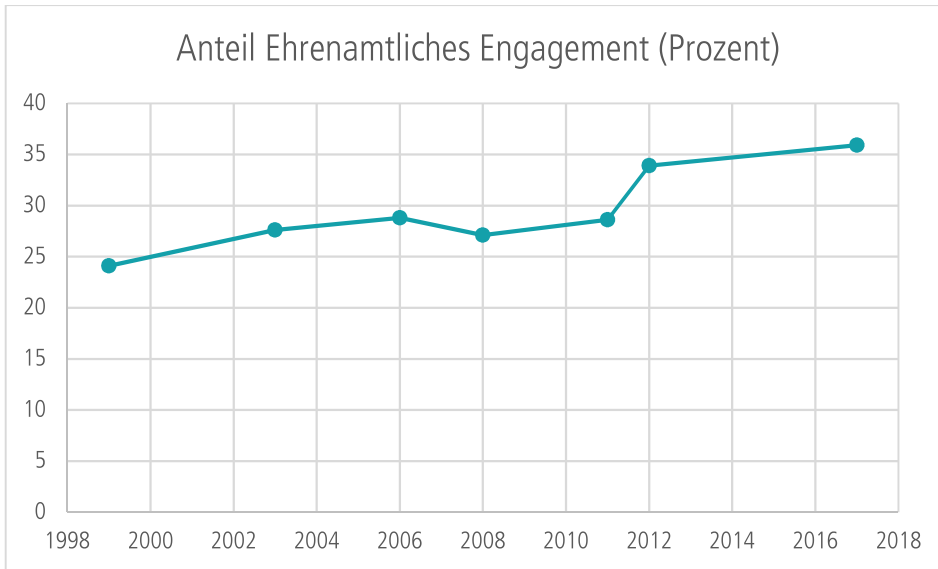
Die wichtigsten Ziele und Strategien

Das Einbeziehen der verschiedenen kommunalen Anspruchsgruppen wird bei der Stadt Karlsruhe großgeschrieben und beispielsweise mit dem niederschweligen Online-Beteiligungs-Portal gefördert. Im Bereich der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit werden sich die städtischen Ämter fortan an dem im Juni 2021 verabschiedeten Grundsatzpapier „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ orientieren; zudem wird sich die Stadtverwaltung vor allem in der Klimapartnerschaft mit San Miguel de los Bancos (Ecuador) engagieren.



10.1.1 Beteiligung

Anteil Ehrenamtliches Engagement in Prozent



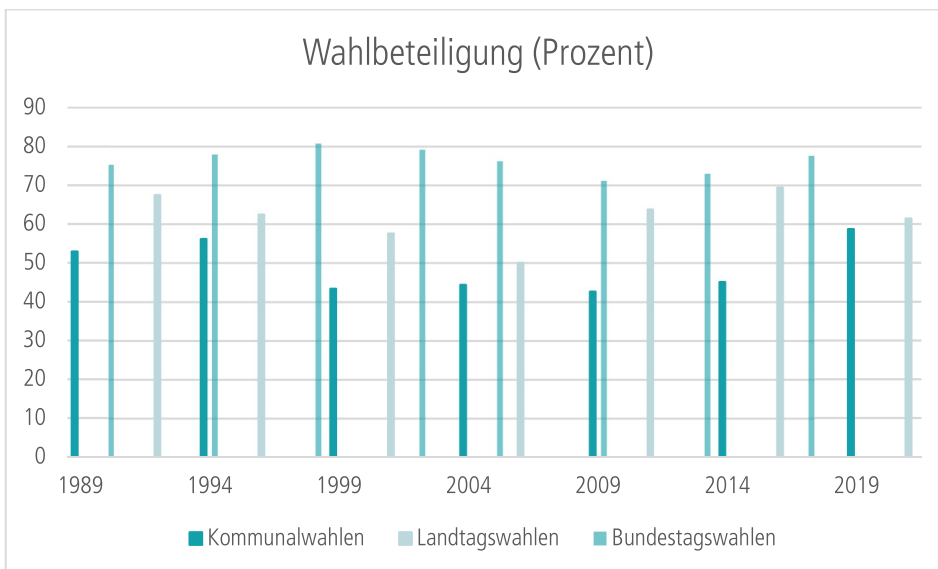
Datenquelle:
Stadt Karlsruhe:
Amt für Stadtentwicklung

Definition:
Anteil ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger einer repräsentativen Bürgerumfrage mit rund 3.500 Befragten



Nachhaltigkeitsbezug: Ehrenamtliches Engagement macht eine Stadt lebenswert und lebendig. Die Zahl derer, die sich ehrenamtlich betätigen, dient als ein Gradmesser für die Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und sich in der Gesellschaft einzubringen. Wichtige Beweggründe für Personen in ehrenamtlichen Tätigkeiten sind Solidarität und humanitäre Verantwortung in der heutigen Gesellschaft. Das ehrenamtliche Engagement der Karlsruher Bevölkerung hat im Verlauf der Jahre deutlich zugenommen. Hatten im Jahr 1999 etwa ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner ein Ehrenamt, so waren es bei der letzten Bürgerumfrage 2017 bereits über 35 Prozent. Also mehr als jede und jeder dritte Erwachsene ist ehrenamtlich tätig.

Wahlbeteiligung



Datenquelle:
Stadt Karlsruhe:
Amt für Stadtentwicklung

Definition:
Anteil aller Wählerinnen und Wähler an allen Wahlberechtigten nach Kommunal-, Landtags-, und Bundestagswahl



Nachhaltigkeitsbezug: Generell gilt die Höhe der Wahlbeteiligung als Maß der Demokratie. Eine hohe Wahlbeteiligung legitimiert die demokratisch Gewählten. Auch wird die rege Beteiligung am Abstimmungsprozess bei Wahlen als Indikator für allgemeines Demokratieverständnis und -bewusstsein gewertet. Im Rahmen einer nachhaltigen Kommunalentwicklung ist besonders die Beteiligung bei Wahlen auf kommunaler Ebene von Interesse, denn traditionsgemäß gehen bei Bundestags- und Landtagswahlen mehr Wahlberechtigte zur Abstimmung als bei Kommunalwahlen.



Stadtteilentwicklungskonzepte (STEK)



Als Grundlage einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Karlsruher Stadtteile werden seit 2001 Integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte (STEK) erstellt. Diese sind in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Karlsruhe 2020 eingebunden. Es bildet eine konzeptionelle Handlungsgrundlage der künftigen Stadtentwicklung für alle Akteure der Stadt. Durch die STEK-Prozesse wird diese gesamtstädtische Perspektive konkretisiert und in den Stadtteilen kooperativ und alltagsnah umgesetzt.

Wesentliches Element eines jeden STEK-Prozesses ist die Aktivierung und Mobilisierung des Erfahrungswissens, der Kenntnisse, der Problemsicht und der Einsatzbereitschaft der in den Stadtteilen lebenden und tätigen Bürger und Bürgerinnen. Die Selbstverwaltung und das bürgerschaftliche Engagement vor Ort werden über intensive Prozesse der Bürgerbeteiligung – inklusive einer Vielzahl an unterschiedlichen Beteiligungsformaten – gestärkt.

Online-Beteiligungsportal

Das Bürgerbeteiligungsportal der Stadt Karlsruhe ist eine Online-Beteiligungsplattform für Bürgerinnen und Bürger und dient als digitaler Informations- und Kommunikationskanal für stadtspezifische Prozesse. Bürger und Bürgerinnen können sich über Projekte der Stadtverwaltung informieren und nach einmaliger Registrierung an Online-Diskussionen partizipieren. Als digitales Instrument der informellen Bürgerbeteiligung nimmt das Beteiligungsportal eine wichtige Funktion im politischen Willensbildungsprozess ein.



Bürgerinnen und Bürger können Verwaltung und Politik digital Vorschläge zur Verbesserung städtischer Vorhaben darbieten, somit an der Stadtentwicklung teilnehmen und Einfluss auf kommunale politische Entscheidungen ausüben.

Im Sinne einer gelebten lokalen Demokratie ist das Beteiligungsportal als digitale Ergänzung zu konventionellen Formen der Bürgerbeteiligung sowie zu repräsentativen Formen der Demokratie, wie der Entscheidungsfindung im Gemeinderat, zu betrachten.



10.1.2 Zusammenarbeit und Partnerschaften

Primäres Ziel des 17. SDG ist es, die Umsetzungsmittel zu stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben zu erfüllen. Zur Abbildung dieses Ziels schlägt die Bertelsmann Stiftung unter anderem die Indikatoren Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens, sowie Entwicklungspolitische Projekte vor. Diese werden nach der Katalog-Definition meist auf die Einwohnerzahl bezogen, was für die Daten der Stadt Karlsruhe wenig sinnvoll ist und daher angepasst wurde.

Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

Jahr	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit
2016	12.320
2017	12.320
2018	12.320
2019	
2020	80.540*

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Stabsstelle für Außenbeziehungen und Strategisches Marketing (SAM)

Definition:

Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Euro pro Jahr



SDG-Indikator Nr. 116

* **Anmerkungen:** Betragszusammensetzung 2020: 24.840 EUR Corona-Solidarpakt (häftiger SKEW-Anteil 2020) und 20.000 EUR Coronahilfe als Spende der Stadt Karlsruhe (beide Ausgaben zugunsten Los Bancos) sowie zusätzlich Ausgaben über 35.700 EUR für einen Kooperationsvertrag mit dem Klimabündnis (Kampala).

Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens

Jahr	Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens
2016	1
2017	1
2018	1
2019	1
2020	1

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Stabsstelle für Außenbeziehungen und Strategisches Marketing (SAM)

Definition:

Städtepartnerschaften insbesondere in Ländern des Globalen Südens



SDG-Indikator Nr. 118

Anmerkungen:

- Es besteht eine Klimapartnerschaft mit San Miguel de Los Bancos (Ecuador).
- Weiterhin bestehen Projektpartnerschaften mit den türkischen Städten Van und Sakarya. Diese fallen aber nicht unter Kommunale Entwicklungszusammenarbeit.
- Darüber hinaus ist eine Projektpartnerschaft mit Kampala anvisiert und befindet sich in der Prüfungsphase.

Entwicklungspolitische Projekte

Entwicklungspolitische Projekte

Seit 2019 prüft die Stadtverwaltung zusammen mit städtischen Gesellschaften und externen Partnern eine mögliche Projektpartnerschaft mit der Stadtverwaltung von Kampala/Uganda.

Datenquelle:

Stadt Karlsruhe: Stabsstelle für Außenbeziehungen und Strategisches Marketing (SAM)

Definition:

Anzahl entwicklungspolitischer Projekte, an denen die Kommune beteiligt war



SDG-Indikator Nr. 120



Tabelle 25: Klimapartnerschaft mit San Miguel de Los Bancos (Ecuador) im Überblick

Klimapartnerschaft Karlsruhe – San Miguel de Los Bancos (Ecuador)	
Wer ist beteiligt?	Stadt Karlsruhe (laut Gemeinderatsbeschluss Juli 2016), Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur KEK (fachtechnisch verantwortliche Organisation), Kanton San Miguel de Los Bancos (SMLB), Ecuador
Was ist das Ziel?	Die Internationalisierungsstrategie der Stadt Karlsruhe hat das Ziel, globale Verantwortung zu übernehmen und Nachhaltigkeit und außereuropäische Kooperationen zu fördern. In diesem Zusammenhang leistet die Klimapartnerschaft primär einen aktiven Beitrag im Bereich Klimaschutz und ferner mit Blick auf den Erhalt von Artenvielfalt und soziale Entwicklung.
Motivation für die Umsetzung der Maßnahme	Der Ausbau der kommunalen Zusammenarbeit im Bereich Klima und Umwelt dient dem Ziel der Partner in Ecuador, SMLB zu einem „grünen Kanton“ zu machen. Parallel verfolgt die Stadt Karlsruhe das Ziel der Klimaneutralität. Die Entwicklung der Partnerschaft wurde maßgeblich unterstützt durch das BMZ-Programm „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“.
Kommunales Handlungsfeld und Zielgruppe	Sensibilisierung und konkrete Maßnahmen zugunsten von Klima und Umwelt Zivilgesellschaft beider Partnerkommunen, ferner Verwaltungen, besondere Akteursgruppen (zum Beispiel Bildungseinrichtungen, Kooperativen, NGO)
Welche Nachhaltigkeitsziele werden umgesetzt?	SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz Dies schließt auch die Anpassungsfähigkeit mit Blick auf klimabedingte Katastrophen ein sowie die damit verbundene Wissensvermittlung.
Erfolge – Was ist das Besondere?	Aufforstungsaktivitäten seit 2015 kombiniert mit Umweltbildung und Aufklärung der lokalen Bevölkerung (zum Beispiel betroffene Anwohnerinnen und Anwohner, Schulgruppen im Rahmen von Schulaustauschen), um die Nachhaltigkeit des Projekts sicherzustellen; Schulpartnerschaften mit konkreten Projekten (zum Beispiel Baumschulen), erste Schritte für ein Abfallmanagement. Ab Juni 2021 wird zunächst für 18 Monate ein Entwicklungshelfer für kommunales integriertes Umweltmanagement in SMLB eingesetzt (finanziert über das BMZ). Die Arbeitsschwerpunkte der Fachkraft sind Abfall-/Wassermanagement und die Umsetzung des Handlungskatalogs.
Wirkung – Was hat sich seither verändert?	Dank Förderung durch das Programm Nakopa und den Karlsruher Klimafonds (www.karlsruher-klimafonds.de) konnte wertvoller sekundärer Regenwald aufgeforstet und dauerhaft gesichert werden. Das Projektgrundstück wurde 2019 als Schutzgebiet deklariert und wird in kommunale Konzepte vor Ort eingebunden (zum Beispiel als „grünes Klassenzimmer“). Auch die Kooperation mit benachbarten Kommunen soll mit Blick auf Walderhalt und Aufforstung verstärkt werden, vor allem auch zum Schutz von Fließgewässern.
Kontakt und weitere Informationsquellen	Stabsstelle Außenbeziehungen und Strategisches Marketing (SAM) Nicole Walther, Frederike Groß Telefon: +49 721 133-1871 E-Mail: sam@karlsruhe.de Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) Maria Gagliardi E-Mail: gagliardi-reolon@kek-karlsruhe.de www.karlsruhe.de/b4/international/entwicklungszusammenarbeit/ecuador



10.2 Nachhaltigkeitsaktivitäten



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Allgemeines und Übergreifendes		
AfStA	Stadtteilentwicklungskonzepte (STEK)	2001	Konzept
AfStA	Unterstützung für Vereine und Projekte	2001	Programm
UA	Web-App Agenda 2030	2020	Projekt
UA	Nachhaltiger Konsum: <u>Einkaufsführer „Grüner Marktplatz“</u>	circa 2004	Projekt
	(Bürger-) Beteiligung		
AfStA	Arbeitskreis Bürgerbeteiligung	2021	Netzwerk
AfStA	Bürgermentorat	2003	Programm
AfStA	<u>Online-Beteiligungsportal</u>	2018	Einrichtung
AfStA	Aktivierende Beteiligungsformen	2018	Programm
AfStA	Akteursbeteiligung Innenstadt	2019	Netzwerk
OV G.	Arbeitskreis Klima-, Natur- und Umweltschutz zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft	2019	Netzwerk
UA	Begleitgruppe Grüne Stadt: Einbindung wichtiger Schlüsselakteure zur konzeptionellen Weiterentwicklung	2016	Netzwerk
	(Bürgerschaftliches) Engagement/Ehrenamt		
AfStA	Online-Freiwilligenagentur	2003	Netzwerk
AfStA	Forum Ehrenamt	2004	Einrichtung
AfStA	Marktplatz Ehrenamt	2020	Netzwerk
AfStA	Corporate Citizenship	2019	Projekt
OV N.	zwei aktive Bürgervereine mit Projekten zu Gemeinschaftspflege und Naturschutz		Netzwerk
GBA	Förderung von Baumpatenschaften durch die Bürgerinnen und Bürger		Programm
UA	Agendabüro: Unterstützung des Agenda 21 Karlsruhe e.V.	2002	Netzwerk
UA	Anpacker-Projekte: Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung ihrer Ideen zur nachhaltigen Stadtentwicklung	2017	Projekte
UA	Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements zur Entwicklungszusammenarbeit	2017 - 2019	Netzwerk

Abkürzungen

AfStA: Amt für Stadtentwicklung
GBA: Gartenbauamt
KEK: Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH
OV G.: Ortsverwaltung Grötzingen
OV N.: Ortsverwaltung Neureut
PIA: Presse- und Informationsamt
SAM: Stabsstelle Außenbeziehungen und Strategisches Marketing

StPIA: Stadtplanungsamt
SWK: Stadtwerke Karlsruhe GmbH
UA: Umwelt- und Arbeitsschutz
VBK: Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH
Wifö: Wirtschaftsförderung
WWF: World Wide Fund For Nature



Wer	Nachhaltigkeitsaktivität	(Seit wann)	Kategorie
	Eine Welt und Internationales		
Dezernat 1, Dezernat 5	Unterstützung der bundesweiten Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ (Schulausbau Haiti)	2019	Projekt
Dezernat 5	Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe	1987	Verein
SAM	Grundsatzpapier „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ (einstimmig verabschiedet vom GR am 22. Juni 2021)	2021	Konzept
SAM, KEK	Klimapartnerschaft mit San Miguel de Los Bancos (Ecuador)	2016	Partnerschaft
SAM, StPIA, VBK/KVV	Karlsruhe – Kampala (Uganda): Verwaltungs- und Managementberatung ÖPNV-System	2021	Projekt
StPIA	Partnerschaft für nachhaltige Lösungen mit Sub-Sahara-Afrika (Projekt Aktive Mobilität CAMA)	2021	Partnerschaft/Projekt
UA	Agendabüro der Stadt: Unterstützung des Agenda 21 Karlsruhe e.V. und seiner Arbeitskreise, darunter auch das Netzwerk Eine Welt Karlsruhe	2010	Netzwerk
UA	Stadtrallye „Faires Karlsruhe“	2020	Projekt
UA	Faire Wochen Karlsruhe (in Kooperation mit dem AEW e.V.)	2009	Projekt
UA	Radiospot zur Fairen Woche	2020	Projekt
UA	Kinospot zur Fairen Woche	2016	Projekt
UA, Weltladen	Karlsruher Fächerkaffee (fairer Kaffee) (www.agenda21-karlsruhe.de/projekte/karlsruher-faecherkaffee)	2017	Projekt
Wifö	Aufbau eines Ostafrika-Netzwerks in Karlsruhe	2019	Netzwerk
Wifö	Wirtschaftspartnerschaft Karlsruhe – Pune (Indien)	2012	Partnerschaft
Wifö	Fach Austausch und Vernetzung Klima, Energie, Technologietransfer (Ostafrika, Fokus Uganda und Dschibuti)	2019	Netzwerk
Zoo	Finanzielle Unterstützung der Auffang- und Aufzuchtstationen für Asiatische Elefanten-Waisen in Sri Lanka und für Orang-Utan-Waisen in Borneo	2017	Projekt
Zoo	Vietnam: Kooperation in der Nachzucht und Auswilderung von Edwardsfasanen, die nach dem Vietnam-Krieg ausgerottet waren	2019	Projekt
Zoo	Indonesien, Sumba: Erforschung der Brutbiologie der letzten verbliebenen Orangehaubenkakadus	2017	Projekt
Zoo	Südostasien: Unterstützung der Plumploris	2021	Projekt
Zoo	Afrika: Nachzucht und Wiederauswilderung von Säbelantilopen	1996	Projekt
Zoo	Australien: Finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau des durch Feuer vernichteten Lebensraumes für viele australische Wildtiere wie zum Beispiel Koalas	2019	Projekt
Zoo	Europa: Nachzucht und Wiederauswilderung von Przewalskipferden und Wisenten	1995	Projekt
Zoo und KEK	Ecuador: Biodiversitätsprojekt „La Elinita“ und CO2-Projekte „Saloya“ und „Mirador“ mit Einbindung der örtlichen Bevölkerung und Bildungsinitiativen	2018	Projekt
Zoo und WWF	Kenia, Afrika: Kooperation in der Masai Mara zur Sicherung der Wanderkorridore und des Lebensraumes für afrikanische Wildtiere	2019	Projekt

10.3 Zusammenfassung und Handlungsbedarf



Die **Beteiligung** verschiedener gesellschaftlicher Anspruchsgruppen wird bei der Stadt Karlsruhe großgeschrieben und beispielsweise mit dem niederschweligen Online-Beteiligungs-Portal gefördert. Daneben engagiert sich die Stadt Karlsruhe auch in der **Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit**, vor allem in der Klimapartnerschaft mit San Miguel de los Bancos (Ecuador).

Im Hinblick auf Anregungen zum bestehenden (politischen) Handlungsbedarf tragen das Amt für Stadtentwicklung und die Stabsstelle Außenbeziehungen und Strategisches Marketing zur Entwicklung der Handlungsbereiche bei.

(Politischer) Handlungsbedarf

Beteiligung

- Die Erarbeitung und Implementierung von Strategien zur langfristigen und breiten Bürgerbeteiligung und Engagementförderung muss ausgebaut werden.
- Die Erarbeitung und Umsetzung kooperativer Lösungsansätze zur innerstädtischen Quartiersentwicklung muss zügig erfolgen, da der Strukturwandel insbesondere im innerstädtischen Einzelhandel durch die Folgen der Corona-Pandemie deutlich beschleunigt wird.
- Aktivitäten verschiedener städtischer wie auch zivilgesellschaftlicher Akteure sollten stärker verzahnt und abgestimmt werden, die Förderprogramme ausgebaut und mehr auf soziale Integration orientiert werden.
- Notwendig für eine nachhaltige, akteursbasierte kooperative Innenstadtentwicklung sind entsprechende Förderprogramme sowie Befugnisse der Kommune.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

- Strategische, organisatorische und politische Verankerung des Handlungsfelds der „Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ (KEZ) in den städtischen Ämtern und Gesellschaften
- Schaffung von ausgewiesenen Stellenanteilen; Schaffung einer zentralen Zuständigkeit
- Weiterentwicklung der Klimapartnerschaft mit Los Bancos

Teil 3

Handlungsempfehlungen

Tabelle 26: Im Bericht noch fehlende zentrale Aspekte des BNK und weiteres Vorgehen im Nachhaltigkeitsprozess

BNK	Erläuterung
01 Strategie	Die Kommune legt offen, ob sie eine Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt und erläutert, welches ihre zentralen Handlungsfelder im Bereich Nachhaltigkeit sind.
	Aspekt 1: Berichten Sie, ob Ihre Kommune eine eigenständige Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt oder ob Nachhaltigkeit in eine übergreifende Strategie eingebunden ist. Ist das noch nicht der Fall, legen Sie offen, zu wann Sie die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie beabsichtigen.
	Aspekt 2: Berichten Sie, welche zentralen Handlungsfelder die Nachhaltigkeitsstrategie definiert oder, falls keine Nachhaltigkeitsstrategie vorhanden ist, in welchen Handlungsfeldern Ihre Kommune bereits Nachhaltigkeitsmaßnahmen umsetzt.
	Aspekt 3: Berichten Sie, inwiefern sich die Nachhaltigkeitsstrategie auch auf die Eigen- beziehungsweise Beteiligungsunternehmen bezieht. Falls keine Nachhaltigkeitsstrategie vorhanden ist, erläutern Sie, wie darauf hingearbeitet wird, dass die nachhaltigkeits-bezogenen Aktivitäten der Kommune und ihrer Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen ineinandergreifen.
02 Schwerpunkte	Aspekt 4 (in der Kompaktversion nicht enthalten): Berichten Sie, inwiefern sich Ihre Nachhaltigkeitsstrategie auf die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundeslandes, auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und auf die Agenda 2030 bezieht. Falls vorhanden, beschreiben Sie auch Verknüpfungen zu anderen übergreifenden nachhaltigkeitsrelevanten Standards oder Zielsetzungen (zum Beispiel CO ₂ -Reduktionsziele).
	Die Kommune beschreibt ihre individuellen Besonderheiten sowie die Chancen und Herausforderungen, die sich aus diesen Besonderheiten für die künftige Entwicklung der Kommune in Richtung Nachhaltigkeit ergeben.
	Aspekt 1: Beschreiben Sie die Besonderheiten der kommunalen Verwaltung und der Kommune, die einen Einfluss auf das Themenfeld der Nachhaltigkeit haben.
	Aspekt 2: Beschreiben Sie, welche kommunalen Transformationshebel und speziellen Herausforderungen sich aus diesen Besonderheiten für die künftige Entwicklung der Kommune in Richtung Nachhaltigkeit ergeben, und begründen Sie diese.
03 Ziele und Evaluation	Aspekt 3 (in der Kompaktversion nicht enthalten): Erläutern Sie den Bezug zwischen den identifizierten Transformationshebeln und Herausforderungen mit den in der Nachhaltigkeitsstrategie definierten zentralen Handlungsfeldern.
	Die Kommune legt offen, welche qualitativen und/oder quantitativen sowie zeitlich definierten Nachhaltigkeitsziele sie sich gesetzt hat. Sie zeigt auf, welche Informationen über die Weiterentwicklung der Kommune zur Nachhaltigkeit in der regelmäßigen internen Planung und Kontrolle genutzt werden und wie diese für politische Entscheidungen genutzt werden.
	Aspekt 1: Berichten Sie, welche übergeordneten mittel- und langfristigen Ziele sich Ihre Kommune zum Thema Nachhaltigkeit gesetzt hat.
	Aspekt 2: Erläutern Sie, inwiefern die Nachhaltigkeitsziele der Kommune sich in den Zielvereinbarungen mit Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen widerspiegeln.
04 Öffentliche Beteiligung	Aspekt 3: Berichten Sie, welche Informationen (zum Beispiel Prozessfortschritte oder Kennzahlen) über die Weiterentwicklung der Kommune zur Nachhaltigkeit in der regelmäßigen internen Planung und Kontrolle genutzt werden und wie diese Informationen für politische Entscheidungen genutzt werden.
	Aspekt 4 (in der Kompaktversion nicht enthalten): Erläutern Sie den Prozess, der ausgelöst wird, wenn Ziele nicht erreicht wurden oder voraussichtlich nicht erreicht werden.
	Die Kommune legt offen, wie die Bandbreite der kommunalen Anspruchsgruppen in den Prozess der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und in die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen einbezogen wird.
	Aspekt 1: Beschreiben Sie, wie Sie den Dialog mit Ihren Anspruchsgruppen zu Nachhaltigkeitsthemen gestalten. Erläutern Sie auch, wie die Ergebnisse daraus in die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und in die Umsetzung von nachhaltigkeitsbezogenen Maßnahmen einfließen.
04 Öffentliche Beteiligung	Aspekt 2: Nennen Sie die zentralen Aspekte, die von Anspruchsgruppen zu Nachhaltigkeitsthemen eingebracht wurden.
	Aspekt 3: Berichten Sie, wie Sie bürger- und zivilgesellschaftliche Akteure, Initiativen und Projekte unterstützen und mit diesen zusammenarbeiten, um eine Transformation zur nachhaltigen Kommune voranzutreiben (zum Beispiel Transition-Town-Initiativen, Urban Gardening oder entwicklungspolitische Gruppen).
	Optional: 2-mal Leuchtturm: Beschreibung (Prozess, Ziele, Maßnahmen)

Empfehlung der Einrichtung eines Nachhaltigkeits-Büros

Der wie zuvor beschriebene Prozess zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie sowie deren Umsetzung sind ohne eigene personelle Ressourcen nicht leistbar. Zur Etablierung des Themas wird die Einrichtung eines Nachhaltigkeits-Büros bzw. einer Stabsstelle Nachhaltigkeit empfohlen. Derzeit finden zwar bereits quer durch die Stadtverwaltung vielfältige Nachhaltigkeitsaktivitäten statt, aber das Thema ist momentan weder thematisch noch personell explizit und umfassend verortet. Eine zentrale Ansprechperson, die den Überblick über bestehende Nachhaltigkeitsaktivitäten der Stadtverwaltung hat, den Prozess koordiniert, ein internes Netzwerk aufbaut, bei Bedarf Schulungen zur Thematik anbietet und die strategische Ausrichtung im Blick behält, wird dringend empfohlen.

Dabei kann das Leitbild Nachhaltiger Entwicklung als übergreifender Management-Ansatz dienen, welcher bei allen Entscheidungen ämterübergreifend mitgedacht wird. Die Indikatoren, welche speziell zur Abbildung der SDGs auf kommunaler Ebene entwickelt worden sind, eignen sich hervorragend als Steuerungs- und Monitoring-Element für zukünftige städtische Vorhaben.

Empfehlung zur Fortführung der Berichterstattung

Wenn die Stadt Karlsruhe Nachhaltigkeitsziele entwickelt hat, dient die regelmäßige Nachhaltigkeitsberichterstattung der Dokumentation des aktuellen Stands der Umsetzung dieser Ziele.

Dazu wird die Orientierung an einem bestehenden Berichtstandard empfohlen, zur Förderung von Transparenz, Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit. Als besonders geeignet erscheint hier der BNK, der auch als Orientierung für den Nachhaltigkeitsprozess selbst dienen kann.

Ein Vergleich mit anderen Kommunen ist über das Onlineportal Wegweiser Kommune (www.wegweiser-kommune.de) oder das SDG-Portal (www.sdg-portal.de/de) bereits möglich.

Im Hinblick auf die zukünftige Datenerhebung ist zu beachten, dass rund die Hälfte der ausgewählten 78 Indikatoren auf dem Portal Wegweiser Kommune online zur Verfügung stehen. Allerdings gab es hier in manchen Fällen große Abweichungen zu den stadt eigenen Daten. Die Bereitstellung stadteigener Daten ist wiederum insbesondere für das Amt für Stadtentwicklung, welches 15 Indikatoren bereitstellte, mit erheblichem Aufwand verbunden, welcher rechtzeitig eingeplant werden muss.



Abbildung 8: Die zehn kommunalen Handlungsfelder.

Eine weitere Orientierung an den SDGs im Nachhaltigkeitsbericht bietet nicht zuletzt auch Einblick in die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene.

Fazit

Begonnen in den 1990er Jahren, wurde der Prozess der Nachhaltigen Entwicklung in Karlsruhe in bisher drei Berichten dokumentiert, zuletzt im Jahre 2015. Ziel des vorliegenden Berichtes war es, einen aktuellen **Überblick** über die bestehenden Nachhaltigkeitsaktivitäten in Karlsruhe zu erfassen und so darzustellen, wo die Stadt in Sachen Nachhaltigkeit steht. Dies bezieht sich zum einen im engeren Sinne auf den nachhaltigen Betrieb der kommunalen Verwaltung. Im Weiteren umfasst das auch den Wirkungsraum in die Kommune und die Stadtgesellschaft hinein. Daher wurden alle Dienststellen und städtischen Gesellschaften bei der Datenerhebung mit einbezogen.



























Es entstand so ein buntes Bild quer durch alle Dienststellen und Gesellschaften wie auch durch alle Handlungsfelder. Insbesondere im Bereich **Nachhaltige Mobilität** nimmt Karlsruhe als fahrradfreundliche Kommune eine Vorreiterposition ein. Auch verfügt die Stadt über die höchste CarSharing-Dichte Deutschlands und arbeitet an einem neuen schienenbasierten Logistikkonzept. Im Handlungsfeld **Klima und Energie** gibt es mit dem neuen Klimaschutzkonzept 2030 bereits zahlreiche konkrete Zielvorgaben, wie die klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2040, und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog. Ebenso gut aufgestellt, ist die Stadt im Bereich der Klimaanpassung. Weiterhin zählt Karlsruhe zu den **digitalsten Städten** in Deutschland und wurde mehrfach ausgezeichnet, nicht zuletzt dank eines großen Netzwerks sowie einer umfassenden Expertise aus der lokalen Digitalbranche. Darüber hinaus fehlten in einigen Handlungsfeldern noch konkrete Zielvorgaben, um die Entwicklung der ausgewählten Indikatoren oder der gesammelten Nachhaltigkeitsaktivitäten bewerten zu können.

























Daher ist es erforderlich, in einem nächsten Schritt eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für die Stadt Karlsruhe zu entwickeln. Wie in Tabelle 26 dargestellt, sollten dabei Schwerpunkte und Ziele gesetzt, sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden. Hier kann der vorliegende Überblicksbericht beim Entwickeln konkreter Nachhaltigkeitsziele von Nutzen sein. Mit dem vorliegenden Bericht ist eine neue Grundlage für die weitere Ausrichtung der Stadt hin zu einer nachhaltigen Kommune geschaffen. Mit einem umfangreichen Indikatorenset und der Anlehnung an den neu entwickelten Berichtsstandard „Berichtsrahmen nachhaltige Kommune auf Basis des DNK“ (BNK), kann ein **Nachhaltigkeitsprozess** mit zukünftiger Berichterstattung unmittelbar angeschlossen werden.

Anhang

Tabelle 27: Übersichtstabelle aller 78 Indikatoren mit Berechnungshinweisen.

H	Nr.	Indikator	Berechnung des Indikators
	1	Finanzmittelsaldo	(Zahlungsmittelüberschuss-/bedarf aus Verwaltungstätigkeit + Saldo aus Investitionstätigkeit + Saldo aus Finanzierungstätigkeit)/Anzahl Einwohner
	2	Steuereinnahmen	(insbesondere Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer)/(Anzahl Einwohner)
	3	Index „Nachhaltige Beschaffung“	(Anzahl Ja-Antworten/10) * 100
	4	Papierverbrauch	Anzahl (Recycling)-Papierverbrauch in DIN A4 Blatt pro Jahr; (Anzahl Recycling-Papier)/(Anzahl Papier gesamt) * 100
	5	Fairtrade-Town	0 bis X
	6	Fairtrade-Schools	(Anzahl Fairtrade-Schools/Anzahl aller Schulen) * 100
	7	Naturschutzflächen	(Fläche Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke)/(Fläche) * 100
	8	Nachhaltige Forstwirtschaft	(Waldfläche mit PEFC- beziehungsweise FSC-Zertifizierung)/(Waldfläche) * 100
	9	Ökologischer Landbau	(Landwirtschaftlich genutzte Fläche mit ökologischem Landbau)/(Landwirtschaftlich genutzte Fläche) * 100
	10	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	Stickstoffüberschuss/Fläche landwirtschaftlicher Nutzung
	11	Fließwasserqualität	(Fließgewässerslänge mit „sehr gut“ und „gut“)/(Fließgewässer insgesamt in km) * 100
	12	Trinkwasserverbrauch	(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe))/(Anzahl Einwohner) * (Anzahl Tage pro Jahr)
	13	Abfallmenge	(Entsorgte Abfallmenge)/(Anzahl Einwohner)
	14	Recyclingquote	(Stofflich verwertete Siedlungsabfälle)/(Siedlungsabfallaufkommen) * 100
	15	EMAS-zertifizierte Standorte	(Anzahl der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte)/(Anzahl aller Betriebsstandorte) * 1000
	16	THG-Emissionen – Private Haushalte	(THG-Emissionen in Tonnen CO ₂ -eq)/(Anzahl Einwohner)
	17	THG-Emissionen – Verkehr	(THG-Emissionen des Verkehrs in Tonnen CO ₂ -eq)/(Anzahl Einwohner)
	18	THG-Emissionen – Industrie und Gewerbe	(THG-Emissionen in Tonnen CO ₂ -eq)/(Anzahl der Beschäftigten)
	19	THG-Emissionen – komm. Einrichtungen	(THG-Emissionen in Tonnen CO ₂ -eq)/(Anzahl Beschäftigter)
	20	Strom aus erneuerbaren Energien	(Aus EE-Quellen erzeugter Strom)/(Anzahl Einwohner)
	21	Stromanteil aus erneuerbaren Energien	(Strombereitstellung durch EE)/(Gesamtstromverbrauch) * 100
	22	Bäume auf städtischem Grund	(Anzahl Bäume im öffentlichen Raum)/(Gesamtfläche öffentlicher Raum)
	23	Index Kommunale Klimaanpassung	(Anzahl Ja-Antworten/10) * 100
	24	Modal Split	(Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV)/(Verkehrsaufkommen insgesamt) * 100
	25	Radwegenetz	Länge der Radverkehrsanlagen in km (gerundet)
	26	Pkw-Dichte	(Anzahl der Pkw)/(Anzahl Einwohner) * 1.000
	27	Verunglückte im Verkehr	(Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen)/(Anzahl Einwohner) * 1.000
	28	Carsharing	Anzahl der bei Stadtmobil registrierten Teilnehmenden (nach Jahr) beziehungsweise nach bcs registrierten Fahrzeuge

H	Nr.	Indikator	Berechnung des Indikators
	29	E-Mobilität	Anzahl der Ladepunkte und Ladestandorte für E-Fahrzeuge
	30	Bruttoinlandsprodukt	(Bruttoinlandsprodukt)/(Anzahl Einwohner)
	31	Beschäftigungsquote	(SvB am Wohnort 15 – 64 Jahre)/(Bevölkerung 15 – 64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.06.)
	32	Verhältnis von Beschäftigungsquoten	(SvB Frauen am Wohnort 15 – 64 Jahre/Frauen 15-64 Jahre)/ (SvB Männer am Wohnort 15 – 64 Jahre/Männer 15-64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.06.)
	33	Langzeitarbeitslosenquote	(Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr)/ ((Anzahl Arbeitslose) + (Anzahl SvB am Wohnort)) * 100
	34	Aufstocker und Aufstockerinnen	Anzahl erwerbstätiger ALG II-Bezieher (ELB)/ Erwerbsfähige Leistungsberechtigter (ELB) gesamt * 100
	35	Hochqualifizierte	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort/ SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.06)
	36	Studierende an Karlsruher Hochschulen	Anzahl eingeschriebener Studierender im Wintersemester
	37	Existenzgründungen	(Anzahl der Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben)/(Anzahl Einwohner) * 1000
	38	Breitbandversorgung Private Haushalte	(Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung (≥ 50 Mbit/s)/ (Anzahl Haushalte gesamt) * 100
	39	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete in Euro je Quadratmeter
	40	Wohnfläche	Wohnfläche in Quadratmetern/Gesamtbevölkerung
	41	Bestand an Sozialwohnungen	Anzahl Sozialwohnungen
	42	Flächeninanspruchnahme	(Siedlungs- und Verkehrsfläche)/(Gesamtfläche) * 100
	43	Flächennutzungsintensität	(Siedlungs- und Verkehrsfläche)/(Anzahl Einwohner)
	44	Naherholungsflächen	(Erholungsfläche)/(Anzahl Einwohner) * 1.000
	45	Wohnungsnahe Grundversorgung Supermarkt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz = \sum angenommene euklidische Distanzen eines 250 Quadratmeter-fassenden Gemeindeabschnitts zum nächsten Supermarkt/Einwohnerdichte im betreffenden Gemeindeabschnitt
	46	SGB II-/SGB XII-Bezugs-Quote	((Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB II) + (Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB XII im Alter von unter 65 Jahren))/(Anzahl Einwohner bis 65 Jahre) * 100
	47	Kinder-, Jugend- und Altersarmut	Anzahl Leistungsbezieher unter 15 Jahre beziehungsweise 15 – 17 Jahre beziehungsweise ab 65 Jahren + Nicht Leistungsberechtigte unter 15 Jahre beziehungsweise 15 – 17 Jahren/(Anzahl Einwohner unter 15 Jahre beziehungsweise 15 – 17 Jahre beziehungsweise ab 65 Jahren) * 100
	48	Wohnungslosigkeit	(Anzahl der wohnungslosen Einwohner)/(Anzahl Einwohner) * 100
	49	Inklusives Arbeiten bei der Stadtverwaltung	(Anzahl X)/(Anzahl Mitarbeitende gesamt) * 100
	50	Einbürgerungen	Anzahl Einbürgerungen im jeweiligen Jahr/Anzahl ausländische Einwohner (Stichtag: 31.12. des Vorjahres) * 100
	51	Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung	(Anzahl Frauen in Führungspositionen)/(Anzahl Führungspositionen) * 100
	52	Geschlechterverteilung im Kommunalparlament	(Anzahl der Frauen beziehungsweise Männer/Gesamtanzahl) * 100
	53	Städtische Beschäftigte in Elternzeit	Anzahl weiblicher beziehungsweise männlicher städtischer Beschäftigter in Elternzeit
	54	Straftaten	(Anzahl der polizeilich bekanntgewordenen Straftaten)/ (Anzahl Einwohner) * 1.000

H	Nr.	Indikator	Berechnung des Indikators
	55	Betreuung von Kindern (unter 3 Jahre)	$(\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter drei Jahren in Tageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter drei Jahren}) * 100$
	56	Integrative Kindertageseinrichtungen	$(\text{Anzahl der integrativen Kindertageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen}) * 100$
	57	Schulabbrecherquote	$(\text{Anzahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl der Schulabgänger}) * 100$
	58	Schulabbrecherquote Ausländer	$(\text{Anzahl der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl der ausländischen Schulabgänger}) * 100$
	59	Übergänge auf weiterführende Schulen	$(\text{Anzahl Schüler an jeweilige weiterführende Schule}) / (\text{Anzahl Schulabgänger gesamt}) * 100$
	60	Inklusiv beschulte Schüler und Schulen	$(\text{Anzahl inklusive Schulen}) / (\text{Anzahl alle Schulen}) * 100$
	61	Bildungsangebote der Volkshochschule	Anzahl Bildungsangebote und Teilnehmerzahlen der Volkshochschule
	62	Bibliotheksnutzung	$(\text{Anzahl Medien beziehungsweise Entleihungen}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 100$
	63	Kulturelles Angebot	$(\text{Anzahl Besucher}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 100$
	64	Vorzeitige Sterblichkeit von Männern und Frauen	$(\text{Anzahl der Todesfälle bei Frauen/Männern unter 70 Jahren}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 1.000$
	65	Zahngesundheit Kinder	$(\text{Anzahl naturgesunder Kinder}) / (\text{Anzahl untersuchte Kinder}) * 100$
	66	Wohnungnahe Grundversorgung HA	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz = \sum angenommene euklidische Distanzen eines 250 Quadratmeter-fassenden Gemeindeabschnitts zum nächsten Hausarzt/Einwohnerdichte im betreffenden Gemeindeabschnitt
	67	Krankenhausversorgung (Betten)	$(\text{Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 100.000$
	68	Personal in Pflegeheimen	$(\text{Personal in Pflegeheimen}) / (\text{Anzahl der voll- und teilstationär Pflegebedürftigen}) * 10.000$
	69	Personal in Pflegediensten	$(\text{Personal in ambulanten Pflegediensten}) / (\text{Anzahl der ambulant Pflegebedürftigen}) + (\text{Anzahl der Pflegegeldempfänger})$
	70	Luftschadstoffe	Jahresmittelwerte der Luftschadstoffe Feinstaub (PM10; PM2,5), Stickstoffdioxid und Ozon
	71	Lärmbelastung	$(\text{Anzahl der Betroffenen mit einer über 24 Stunden gemittelten Lärmbelastung von } L_{den} > 65 \text{ dB(A)}) / (\text{Anzahl der Einwohner}) * 100$ beziehungsweise $(\text{Anzahl der Betroffenen mit einer nächtlichen Lärmbelastung von } L_{night} > 55 \text{ dB(A)}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 100$
	72	Nitrat im Grundwasser	$(\text{Anzahl Messstellen mit Überschreitung Grenzwert Nitrat}) / (\text{Anzahl Messstellen}) * 100$
	73	Zu- und Fortzüge	$(\text{Anzahl Zu- beziehungsweise Fortgezogener}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 10.000$
	74	Ehrenamtliches Engagement	Angaben aus Bürgerumfragen
	75	Wahlbeteiligung	Anteil aller Wähler an allen Wahlberechtigten in Prozent
	76	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	Summe Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit
	77	Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens	Städtepartnerschaften insbesondere in Ländern des Globalen Südens
	78	Entwicklungspolitische Projekte	Anzahl entwicklungspolitischer Projekte, die institutionell, finanziell oder beratend von der Kommune unterstützt werden

